

KARL SALOMO ZACHARIÄ'S

Vierzig Bücher

vom

S T A A T E.

Umarbeitung

des früher von demselben Verfasser unter demselben Titel
herausgegebenen Werkes.

An omnis moriar?

Fünfter Band.

HEIDELBERG,
akademische Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter.

—
1841.

KARL SALOMO NACHHAR'S

Vierzig Bücher.

70 m

S T A A T E.

Umarbeitung

des früher von demselben Verfasser unter demselben Titel
herausgegebenen Werkes.

An omnis mortalis

Fünftes Band.

HEIDELBERG,

Verlagshandlung von C. F. Winter.

1841.

KARL SALOMO ZACHARIÄ'S

Vierzig Bücher

vom

S T A A T E.

Sieben und zwanzigstes bis Dreissigstes Buch.

Fünfter Theil.

Regierungslehre. — Zweiter Theil dieser Lehre.

KARL SALOMO NACHARIAS

Vierzig Bücher

von

S T A A T L I C H

Sieben und zwanzigste bis Dreißigste Buch.

Fünftes Theil.

Rechtsangelegenheiten. — Zweites Theil dieses Buchs.

INHALT
DES FÜNFTEN BANDES
der
VIERZIG BÜCHER VOM STAATE.

SIEBEN UND ZWANZIGSTES BUCH.

Des
VÖLKERRECHTS ERSTES BUCH.

Das
*Naturrecht in seiner Anwendung auf das Verhältniß
unter Völkern.*

EINLEITUNG IN DAS GESAMMTE VÖLKERRECHT.

	Seite
I. Begründung des Völkerrechts	1
II. Methodologie des Völkerrechts	11
III. Die auswärtige Politik und die Diplomatie	17

ERSTER ODER THEORETISCHER THEIL.

Des
VÖLKERRECHTS ERSTER ABSCHNITT.

*Von den
ursprünglichen Gütern eines Volkes.* 22

ZWEITER ABSCHNITT.

*Von den
Rechten der Völker an äußeren Gegenständen.*

ERSTE ABTHEILUNG.

*Von den
Rechten der Völker an Sachen
oder
das Sachenrecht in seiner Anwendung auf das Völkerrecht.*

VI

	Seite
Erstes Hauptstück. Von dem Eigenthume, das einem Volke an seinem Lande zusteht	32
Zweites Hauptstück. Von dem Rechte der Dienstbarkeit, welches einem Volke an dem Lande eines andern Volkes zustehn kann	48
Drittes Hauptstück. Von dem Pfandrechte in seiner Anwendung auf das Verhältniß unter Völkern	51

ZWEITE ABTHEILUNG.

<i>Von dem Rechtsverhältnisse zwischen den Kolonien und dem Mutterlande</i>	52
---	----

DRITTE ABTHEILUNG.

<i>Von den Rechten, welche ein Volk gegen das andere durch Verträge erwerben kann.</i>	
--	--

Erstes Hauptstück. Grundsätze, welche von Verträgen unter Völkern überhaupt gelten	55
Zweites Hauptstück. Von den verschiedenen Arten dieser Verträge	61

VIERTE ABTHEILUNG.

<i>Von dem Vermögen eines Volkes.</i>	
---	--

Erstes Hauptstück. Von dem Eigenthume, welches einem Volke an seinem Vermögen zusteht	71
Zweites Hauptstück. Von der Nachfolge in das Vermögen eines Volkes	74

ZWEITER ODER PRAKTISCHER THEIL.

ERSTER ABSCHNITT.

<i>Das Recht des Friedens</i>	80
---	----

(Hier zugleich vom Gesandtschaftsrechte.)

ZWEITER ABSCHNITT.

Das Recht des Krieges.

Einleitung.	99
Erstes Hauptstück. Von dem Rechte eines Volkes mit andern Völkern Krieg zu führen	101
Zweites Hauptstück. Von dem Rechte während eines Krieges, oder, von dem Kriege in der engeren Bedeutung	111

Erster Anhang. Rechtsgrundsätze von Eroberungen .	118
Zweiter Anhang. Von dem Kriege in Seekriegen .	131
Dritter Anhang. Von dem Rechte der Neutralität .	135
Drittes Hauptstück. Von der Wiederherstellung des Friedens	145

ACHT UND ZWANZIGSTES BUCH.

Des

VÖLKERRECHTS ZWEITES BUCH.

Das Völkerstaatsrecht.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von Völkerstaaten überhaupt.

Erstes Hauptstück. Der Völkerstaat eine Rechtsidee .	152
Zweites Hauptstück. Von dem Unterschiede zwischen einem Völkerstaate und einem Völkerbunde	154
Drittes Hauptstück. Von den Bedingungen der Entstehung und Fortdauer dieser Vereine	160
Viertes Hauptstück. Von der Verfassung eines Völkerstaates	165
Fünftes Hauptstück. Das Regierungsrecht eines Völkerstaates	168

ZWEITE ABTHEILUNG.

Der Europäische Völkerstaat.

Die (fünf) Perioden dieses Völkerstaats	173
---	-----

NEUN UND ZWANZIGSTES BUCH.

Das Weltbürgerrecht.

Erstes Hauptstück. Begründung des Weltbürgerrechts .	235
Zweites Hauptstück. Von der Freiheit des Verkehrs zwischen dem In- und dem Auslande, oder, von dem ersten Grundsatz des Weltbürgerrechts	240
Drittes Hauptstück. Von dem Rechte der Fremden, oder, von dem zweiten Grundsatz des Weltbürgerrechts	244
Viertes Hauptstück. Von der Stellung des Weltbürgerrechts zum Völkerrechte	248
Fünftes Hauptstück. Von dem antikosmopolitischen Geiste der positiven Gesetze	290

DREISIGSTES BUCH.

Das Staatenrecht.

	Seite
Erstes Hauptstück. Begründung des Staatenrechts. —	
Grundsätze	258
Zweites Hauptstück. Von dem Falle, da ein und dasselbe Individuum der Unterthan mehrerer Staaten zugleich ist .	267
Drittes Hauptstück. Anwendung des ersten Grundsatzes (des I. Hptst.) auf den Fall, da ein und dasselbe Individuum der Unterthan zweier oder mehrerer Staaten nach einander ist	283
Viertes Hauptstück. Von der Hülfe Rechtsens, welche eine Regierung der andern zu leisten hat. Anwendung des zweiten (im I. Hptst.) aufgestellten Grundsatzes	287
Fünftes und letztes Hauptstück. Von der Rechtskraft, welche, was von einem Staate beurkundet worden ist, auch für alle andere Staaten hat. Anwendung des dritten (im ersten Hauptstücke aufgestellten) Grundsatzes	289

SIEBEN UND ZWANZIGSTES BUCH.

Des VÖLKERRECHTES ERSTES BUCH.

*Das
Naturrecht in seiner Anwendung auf das Verhältniß
unter Völkern.*

EINLEITUNG in das gesammte Völkerrecht. ¹⁾

I. Begründung des Völkerrechts.

Das Recht hat unmittelbar nur das Verhältniß, in welchem die Menschen als Einzelne oder als Individuen zu einander stehn, zu seinem Gegenstande. Es fragt sich jetzt: Erstreckt sich seine Herrschaft auch auf das Verhältniß unter Völkern? und aus welchem Grunde? — Die Frage führt wieder zu einer andern, zu der Frage: Was ist ein Volk? ²⁾

Ein Volk ist die Einheit (oder die Gesammtheit) aller derer, welche einem und demselben Staatsherrscher unter-

1) Ueber die Literatur des VR. s. v. Ompteda, Literat. des VR. Regensb. 1785. 2 Thle. v. Kamptz, neue Literatur des VR. als Fortsetzung und Ergänzung jenes Werkes. Berlin 1817. Auch Klüber, Europ. VR. Stuttg. 1821. — Neueste Handbücher: Pinheiro-Ferreira, cours de droit public interne et externe. Par. 1831. II Vol. de Rayneval, institutions du droit de la nature et des gens. Nou. édit. Par. 1832. Wheaton, elements of international law, with a sketch of the history of the science. Lond. 1836. II Vol. Manning, commentaries on the law of nations. Lond. 1839. Mirus, Europ. VR. München 1839.

2) Vgl. Bd. I. Buch II. Hptst. 2. Buch III. Hptst. 2 — 4.

worfen sind. Diese bilden zusammen *de facto* ein Ganzes oder eine Gesamtheit, weil und in wie fern der Wille eines und desselben Staatsherrschers über sie gebietet. Sie bilden zusammen auch *de jure* ein Ganzes, weil und in wie fern der Wille des Staatsherrschers von Rechtswegen als der Wille aller derer, welche jenem Willen zu gehorchen rechtlich verpflichtet sind, und zwar eines jeden Einzelnen unter ihnen, zu betrachten ist.

Diesem Ganzen oder dieser Gesamtheit kommt die Eigenschaft der Persönlichkeit zu. Denn eine Person (in der juridischen Bedeutung) ist ein Subjekt, welches Andere rechtlich verpflichten und von Andern rechtlich verpflichtet werden kann. Da nun der Wille des Souverains den aller Mitglieder des Staatsvereines in sich vereinigt, — und zwar nicht kraft einer unter diesen willkürlich getroffenen Uebereinkunft, sondern kraft einer Rechtspflicht in sich vereinigt, *) — da mithin, was von dem Willen des einzelnen Menschen gilt, auch auf den Willen des Souverains anwendbar ist, dem Menschen aber die Eigenschaft der Persönlichkeit um deswillen (in rechtlicher Hinsicht) zukommt, weil er einen Willen hat, welcher von der Willkühr Anderer von Rechtswegen unabhängig ist, so ist ein Volk eben so, wie der einzelne Mensch, und aus demselben Grunde, wie dieser, eine Person, — wenn auch mit dem Unterschiede, daß der Mensch nach Naturgesetzen, ein Volk aber vermöge einer That- sache die Eigenschaft einer Person hat, der Mensch also eine physische, ein Volk eine moralische Person ist, — und so gelten mithin die Grundsätze des Rechts eben so wohl von dem Verhältnisse unter Völkern als von dem unter einzelnen Menschen.

Jedoch hat ein Volk die Eigenschaft der Persönlichkeit nur in der juridischen Bedeutung dieses Worts; nur in

*) Denn sonst d. i. im erstern Falle würde diese Willenseinheit für dritte Personen eine *res inter alios acta* seyn. Man würde mithin die Mitglieder eines Staatsvereines, wie die einer Gesellschaft, nur als *singulos* zu betrachten haben.

rechtlicher Hinsicht ist ein Volk einem Menschen gleichzustellen. Dem Menschen kommt dieselbe Eigenschaft noch überdies in dem Sinne zu, daß er ein sittlich freies Wesen ist, daß ihm seine Handlungen — zur Schuld oder zum Verdienste — zugerechnet werden können. Nicht so einem Volke! Denn nur in Beziehung auf ihre äußere und rechtliche Freiheit sind die Mitglieder eines Staatsvereines den Willen des Herrschers als den ihrigen anzuerkennen verpflichtet. — Es giebt daher zwar ein Völkerrecht aber nicht eine Völkermoral oder eine Tugendlehre für Völker. Zwar haben die Menschen, so wie als Glieder des Staatsvereines, z. B. als Staatsbürger, als obrigkeitliche Personen, als Unterthanen, so als Glieder der Volksgemeinde besondere Gewissenspflichten auf sich. Sie sollen in der letzteren Eigenschaft z. B. während eines Krieges ihre inneren Streitigkeiten, wie es die Römer in den Blüthezeiten ihres Freistaates hielten, einstweilen ruhen lassen, die Beschwerden, die sie über die Regierung zu haben glauben, einstweilen in Vergessenheit begraben und den Feind auch dann für einen Feind halten, wenn er ihnen goldne Berge verspricht. (*Metuo Danaos et dona ferentes.*) Aber ein Volk, als solches, der Souverain als Vertreter des Volks, hat nur Rechts- und nicht Gewissenspflichten. — Aus demselben Grunde kann sich ein Volk zur Rechtfertigung eines Krieges, den es mit einem andern Volke führt, nicht darauf berufen, daß es die Strafe in Vollziehung setze, welche der Feind durch seine Handlungsweise verwirkt habe.*) Der Unschuldige soll nicht mit dem Schuldigen leiden! Andere Ansichten können jedoch und müssen sogar bei einem Volke herrschen, welches unter einer

*) Ein Strafverfahren ist eben so wenig gegen ein Volk, als gegen eine im Staate bestehende Gemeinheit zulässig. *Universitas delinquere nequit.* (Ueberhaupt kann man nicht selten das Recht dieser Gemeinheiten aus dem Völkerrechte erläutern und umgekehrt — das Unbekanntere aus dem Bekannteren.) Nach dem Naturrechte kommt noch der Grund hinzu, daß kein Volk der Herr des andern ist.

Theokratie oder Priesterherrschaft steht. Wo sich die Machtvollkommenheit des Souverains eben sowohl auf die innere oder sittliche als auf die äußere Freiheit der Unterthanen erstreckt, das Staatsrecht keinen Unterschied zwischen Rechts- und Gewissenspflichten kennt, da sind die Mitglieder des Staatsvereines schlechthin ein Ganzes, da kommt dem Volke die Eigenschaft der Persönlichkeit in demselben Umfange, wie dem einzelnen Menschen, also sowohl in sittlicher als in rechtlicher Hinsicht, zu. Das Staatsrecht eines solchen Volks wird dann die Grundlage seines Völkerrechts. Kommt noch hinzu, daß der Glaube, zu welchem sich das Volk bekennt, diesem gewisse Vorrechte im Verhältniß zu andern Völkern ertheilt oder wohl selbst auf Weltherrschaft Anspruch macht, so wird ein solches Volk um so weniger Bedenken tragen, gegen die Irrgläubigen oder gegen die Ungläubigen Strafkriege zu führen. Die Strafkriege, deren die Geschichte gedenkt, waren daher fast ohne Ausnahme Religionskriege. So rechtfertigte das Volk Israel den Vertilgungskrieg, den es, aus Egypten vertrieben, gegen die Völker führte, welche das ihm gelobte Land Palästina bewohnten, mit der Abgötterei dieser Völker. Eben so waren die Eroberungskriege, zu welchen einst der Islam seine Bekenner begeisterte, Strafkriege, weil sie Religionskriege waren. Mohammed hatte seinen Jüngern geboten, einen nie rastenden Kampf gegen die Ungläubigen zur Strafe für ihren Unglauben zu bestehn. (*Aut credant aut serviant.*) Die Kreuzzüge, ebenfalls Strafkriege, beruhten auf einem Rechtsgrunde desselben Charakters. Wenn der Wiener Kongreß den Kaiser Napoleon, welcher, von der Insel Elba nach Frankreich zurückgekehrt, hier die Zügel der Regierung von neuem ergriffen hatte, in die Acht erklärte, so war diese Erklärung nur der Form nach ein Straferkenntniß, der Sache nach aber eine durch andere Gründe sattsam gerechtfertigte Kriegsankündigung.

Die Eintheilung der Menschengattung in Völker ist wesentlich verschieden von der in Stämme und Natio-

nen. Die Menschheit ist nach Völkern gesondert und geschaart, kraft der Verschiedenheit der Staaten, also aus einem Rechtsgrunde, — nach Stämmen und Nationen, kraft der Verschiedenheit der Abstammung der Menschen, also aus einem physischen oder naturgeschichtlichen Grunde. Es giebt ein Völkerrecht, aber nicht ein gegenseitiges Recht der Stämme und Nationen. *) — Jedoch, so wie die Menschengattung ursprünglich überall in so viele Staatsvereine und Völkerschaften, als Stämme oder Nationen, gespalten war, so hatte auch die Stammes- oder Nationalverschiedenheit der Völker ursprünglich überall den entschiedensten Einfluss auf die Art und Weise, wie ein jeder einzelne Stamm, als Volk, sein Rechtsverhältniss zu anderen Stämmen und Völkern beurtheilte. Denselben Einfluss hat dieselbe Ursache auch jetzt noch da, wo jene naturgemäße und daher ursprüngliche Gestaltung der Staatenwelt nicht durch die Willkühr der Menschen, (z. B. nicht durch Eroberungskriege,) gestört oder verrückt worden ist. Ja selbst diejenigen Völker, deren Staatsverfassung dem Charakter einer Stammes- oder Nationalverfassung schon in einem hohen Grade oder auch gänzlich untreu geworden ist, richten sich nicht selten nach einem Völkerrechte, dessen Grundlage die Stammes- oder Nationalverschiedenheit der Völker ist, nach einem Völkerrechte, in welchem eben deswegen, (denn jene Verschiedenheit beruht auf der thierischen Natur der Menschen,) ein Geist der Abgeschlossenheit oder Feindseligkeit lebt. So reiht sich z. B. in der altgriechischen Völkergeschichte fast Alles an die Verschiedenheit der Hellenischen Stämme und an die Nationaleinheit der Hellenen. Der Peloponnesische Krieg war ein Kampf unter den beiden Hauptstämmen der Nation um das Primat. Die Kriege der Hellenen

*) Das deutsche Wort: Völkerrecht, bezeichnet den Gegenstand der Wissenschaft des Völkerrechts richtiger, als ihn die Worte: *Jus gentium*, *droit des gens*, *international law*, — ihrer Etymologie nach — bezeichnen.

gegen die Perser waren Nationalkriege. ¹⁾ Soll der Glanz, mit welchem den Namen des Griechischen Volks unsere Dankbarkeit gegen seine Schriftsteller und Künstler umgiebt, nicht erbleichen, so darf man nicht bei der Politik verweilen, welche die Hellenischen Stämme im Verhältniß zu einander befolgten. Da wurde unverholen der Grundsatz gepredigt und ins Werk gesetzt: Die Herrschaft gebührt dem Stärkeren! Die Gefangenen wurden nicht selten ermordet oder verstümmelt. ²⁾ Eben so herrschte bei den Römern von jeher und bis zum Untergange ihres Staates die Ansicht, daß das Völkerrecht die Regel für das gegenseitige Verhältniß unter verschiedenen Stämmen und Nationen, als solchen, enthalte. Anstatt den Grundsatz der Gleichheit des Rechts auf ihr Verhältniß zu andern Völkern anzuwenden, betrachteten die Römer vielmehr alle die Völker, mit welchen sie nicht in Vertragsverhältnissen standen, als Feinde. ³⁾ Ihr Völkerrecht war das Resultat der Antipathieen, welche zwischen verschiedenen Stämmen oder Nationen, vielleicht aus physischen Ursachen, stattzufinden pflegen. Uebrigens stand dieses Völkerrecht mit dem Römischen Staatsrechte ursprünglich noch in dem besonderen Zusammenhange, daß sich die Römische Bürgerschaft, als sie nach und nach ganz Italien (bis zum Rubikon) ihrer Herrschaft unterworfen hatte, nicht als den Herrn des Landes sondern nur als das Haupt eines alle Völker Italiens umfassenden Völkerbundes oder Völkerstaates betrachtete. ⁴⁾ Aehnliche Vorstellungen hatten

1) Arist. Polit. III, 1 — 3. VII, 1. Thucyd. VI, 80. 82.

2) Thucyd. V, 32. 105. 116. Plutarch. in Lysandro.

3) l. 7. D. de captivis et postliminio. S. auch Tac. German. c. 41.

4) Das bellum sociale wurde auch deswegen mit so vieler Erbitterung geführt, weil der Streit der Frage von der Nationaleinheit aller Völkerschaften Italiens galt. — Das eroberte Land, über welches die Römer zuerst ein Eigenthumsrecht geltend machten, war Macedonien. (Macedonia primum in provinciae formam redacta est.) S. jedoch Liv. IX, 20. — Die lateinische Sprache enthält kein einzelnes Wort, welches das Gebiet des Römischen Staates oder das Land der Römer bezeichnete. (Orbis Romanus.)

einst die Deutschen von dem Völkerrechte ¹⁾, so wie von dem Rechte eines Staates, welcher mehrere Stämme unter sich begriff. Darum machten die Deutschen Völkerschaften, welche sich in den Provinzen des von ihnen zerstörten Weströmischen Reiches festsetzten, von dem Eroberungsrechte anfangs nur den Gebrauch, daß die einzelnen Wehrmänner, welche zusammen die ständige Besatzung des eroberten Landes bildeten, von diesem zu unterhalten oder zu besolden waren. ²⁾ Darum erhielt sich in den Staaten Deutschen Ursprungs so lange der Grundsatz, daß, wenn ein und derselbe Staat Menschen verschiedener Abstammung in sich vereinigte, ein Jeder nach seinem Nationalrechte lebe und zu richten sey, — *quemlibet lege sua vivere.* ³⁾

Wie die Begriffe: Volk und Nation, von einander wesentlich verschieden sind, so gilt dasselbe auch von den Begriffen: Volk und Staat. ⁴⁾ Der letztere Begriff ver-

1) Nur in der *lex Saxonum* tritt die Idee eines Staatsgebietes und die eines Landrechts schon bestimmt hervor.

2) Wie die Deutschen früher in dem Heere des Kaisers gedient hatten, so waren sie jetzt bleibend die Besatzung der Römischen Provinzen. Aber die Organisation des Heeres hatte sich wesentlich verändert. — Mit dem Solde wurde es bald so gehalten, daß die bisherigen Grundeigenthümer einen Theil ihrer Grundstücke, ($\frac{1}{3}$ oder $\frac{2}{3}$, *sortes barbaricae*), den Eroberern abtreten mußten, bald so, daß die Eroberer unter die bisherigen Grundeigenthümer zur Verpflegung vertheilt wurden. S. v. Savigny, *Geschichte des Röm. Rechts im Mittelalter*, Th. I. §. 88. 89. 103. und die daselbst a. Gesetze und Schr. — *Vicende della proprieta in Italia della caduta dell Imperio Romano fino allo stabilimento dei feudi* Di Carlo Baudi et di Spirito Fossati. Torino 1836.

3) Noch jetzt ist dieser Grundsatz aus den Rechten der Germanischen Völker nicht gänzlich verschwunden. Mit ihm steht z. B. die Gerichtsbarkeit, welche hin und wider, und namentlich im Oriente von den Handelskonsulen über ihre Stammesgenossen ausgeübt wird, in einem geschichtlichen Zusammenhange. Vgl. Dumont, *corps diplomat.* Tit. I. P. I. S. 130. 168. P. II. S. 240. 265. 268.

4) Daher ist die Staatengeschichte nicht mit der Völkergeschichte, die Staatenkunde nicht mit der Völkerkunde zu verwechseln. Auch das auswärtige Staatsrecht hat einen andern Gegenstand als das Völkerrecht.

hält sich zu dem ersteren, wie der Grund zu seiner Folge. Mit dem Daseyn eines Staates ist auch das Daseyn eines Volkes gegeben. Und umgekehrt kann von einem Volke nur unter der Voraussetzung, daß ein Staat in der Erfahrung gegeben ist, die Rede seyn. (*Ubi civitas ibi et populus. Sine civitate nec populus.*) So verhalten sich Staat und Volk zu einander, weil einer Anzahl Menschen, wenn und in wie fern sie einem Staatsherrscher unterworfen sind, die Eigenschaft der Persönlichkeit (oder die einer Gesammtheit) zukommt und nur aus diesem Grunde zukommen kann. Hieraus folgt:

Erstens: Das Daseyn eines Volkes ist von *den* Bedingungen abhängig, von welchen das Daseyn eines Staates — die Herrschaft eines einzigen Willens — wesentlich abhängt; es ist von *diesen* und von keinen *anderen* Bedingungen abhängig. — Es wird also, wie zu dem Daseyn eines Staates, so zu dem eines Volkes vorausgesetzt, daß über eine Anzahl Menschen ein Herrscher d. i. eine zur Ausübung der Machtvollkommenheit berechnete physische oder moralische Person gebiete. Ein Volk ist so lange nur ein Volk, als der Staatsverein, durch welchen es ein Volk ist, einem und demselben Herrscher unterthan ist. Treten an die Stelle dieses Herrschers mehrere, so spaltet sich auch das Volk in mehrere Völker. Jedoch können auch zwei oder mehrere Staaten in einem staatsrechtlichen Verhältnisse zu einander stehn, vermöge dessen sie in völkerrechtlicher Hinsicht gleichwohl nur als ein einziger Staat — schlechthin oder in gewissen Beziehungen — zu betrachten sind. *) *Ferner:* so wie einem Staatsherrscher eine Macht zu Gebote stehn muß, damit er im Stande sey, Gehorsam nöthigenfalls zu erzwingen, so muß ein Volk eine Macht (*puissance*) seyn, damit es seine Selbstständigkeit gegen andere Völker geltend machen könne. Ein Volk, das nicht

*) Großbritannien — der Oesterreichische Kaiserstaat — einst das deutsche Reich. (*Unio civitatum.*)

eine Macht ist, kann nur entweder in einem Vereine mit andern Völkern, oder unter dem Schutze eines mächtigeren Volks oder, (der bedenklichste Fall!) durch die Eifersucht seiner mächtigeren Nachbarn sein Daseyn erhalten oder fristen. Beide, die Macht, mit welcher der Souverain im Innern gebietet, und die Macht, mit welcher das Volk seinen Feinden Widerstand leisten kann, stehen zugleich in einem ursachlichen Verhältnisse zu einander. Z. B. Ein Volk kann Alles in sich vereinigen, wodurch ein Volk zu einer Macht wird, und es wird dennoch nicht eine Macht seyn, wenn es, von seiner Macht gegen den Feind Gebrauch zu machen, durch die Verfassung des Staates verhindert wird. — Andererseits ist zum Daseyn eines Volkes weiter nichts erforderlich, als was zum Daseyn eines Staates wesentlich erfordert wird. Es mag also ein Volk auch seiner Abstammung nach ein Ganzes seyn oder aus mehreren Stämmen oder Nationen bestehn, das Volk mag feste Wohnsitze haben, (der Fall, welcher in der Folge immer vorausgesetzt werden wird,) oder nicht, und seine Staatsverfassung mag beschaffen seyn, wie sie wolle, das Volk ist und bleibt ein Volk, auf das Recht der Völker hat diese Verschiedenheit der Fälle keinen Einfluss. Geht mit einem Volke in der einen oder in der andern dieser Beziehungen eine Veränderung vor, so bleiben gleichwohl die Rechtsverhältnisse dieselben, in welchen das Volk bisher zu andern Völkern stand. *) Denn die Bedingung, von welcher das Daseyn und die Fortdauer eines Volkes allein wesentlich abhängt, ist die Thatsache, daß eine Anzahl Menschen einem Herrscher unterworfen sind und unterworfen bleibt. Eine jede andere Bedingung ist für den Rechtsbegriff eines Volkes gleichgültig.

*) Als in Frankreich durch die Revolution vom Jahre 1830 eine neue Dynastie an die Stelle der bisherigen gesetzt wurde, behauptete eine Parthei, daß Frankreich nicht weiter an die von der vertriebenen Dynastie abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge gebunden sey. Diese Meinung beruhte auf einem Grundsätze, welcher eben so widerrechtlich als gefährlich ist.

Zweitens: Die Rechte des Volkes sind zugleich Rechte des Souveraines, diesen als den Vertreter des Volkes betrachtet; und umgekehrt sind die Rechte, welche dem Souveraine dem Völkerrechte nach, (sey es kraft Gesetzes oder kraft eines Titels d. i. kraft einer Thatsache,) zustehn, zugleich Rechte des Volks. — Daher ist dem Völkerrechte nach der Souverain z. B. als der Eigenthümer des Landes zu betrachten, welches sich das Volk als sein Wohnland zugeeignet hat. ¹⁾ Man kann sich hiernach das Rechtsverhältniß, welches unter den Europäischen Völkern und deren Vertretern überhaupt eintritt, unter dem Bilde des Rechtsverhältnisses vorstellen, in welchem mehrere selbstständige Grundherren zu einander stehen würden; eine Ansicht, welche, so wie sie den Rechtsbegriffen der Germanischen Völker vorzugsweise entspricht, so auch die Lösung mehrerer völkerrechtlichen Fragen besonders erleichtert. — Aus demselben Grunde sind die Ehrenrechte, welche dem Souveraine dem Völkerrechte nach zustehn können und dem Europäischen Völkerrechte nach wirklich zustehn, zugleich Rechte des Volks. Ein Krieg also, welchen ein Volk wegen einer seinem Fürsten oder den Vertretern desselben zugefügten Ehrenkränkung beginnt, ist ein rechtmäßiger Krieg.

Drittens: Ein Volk hat nicht bloß seine eigenen Handlungen d. i. nicht bloß die Handlungen der Regierung, sondern auch die Handlungen der einzelnen Mitglieder der Volksgemeinde ²⁾, wenn und in wie fern durch die einen oder durch

1) Damit steht der diplomatische Sprachgebrauch in Zusammenhang, daß man von dem Lande, statt von dem Volke oder von seinem Oberhaupte, spricht. Man sagt z. B. Frankreich befolgt bei der und der auswärtigen Angelegenheit die und die Politik.

2) Z. B. wenn diese zum Umsturze der Verfassung eines andern Staates einen Verein, (eine Propaganda,) stiften, — oder wenn sie das Papiergeld eines andern Staates nachmachen und in Umlauf setzen.

die andern die Rechte eines andern Volkes verletzt worden sind oder gefährdet werden, im Verhältnisse zu diesem Volke zu vertreten. Denn, kraft der Einheit eines Volkes sind auch die Handlungen der Individuen, aus welchen das Volk besteht, als Handlungen der Gesamtheit zu betrachten. Das Volk oder dessen Vertreter ist für die Handlungen dieser Individuen verantwortlich, weil er sie hätte verhindern sollen, weil er dem Staatsrechte nach verpflichtet ist, das Urtheil über Handlungen dieser Art nicht einer auswärtigen Macht zu überlassen.

Endlich *viertens*: Ein Volk ist befugt, sich wegen einer ihm von einem andern Volke, — von der Gesamtheit oder von einzelnen Mitgliedern dieser Volksgemeinde, — zugefügten Rechtsverletzung nicht nur an die Gesamtheit dieser Volksgemeinde, sondern auch an ein jedes einzelne Mitglied derselben zu halten. Es erstreckt sich daher das Kriegerrecht seinem Wesen nach auf die Einzelnen, aus welchen das feindliche Volk besteht. Eben so sind Repressalien dem Völkerrechte nach zulässig.

II. Methodologie des Völkerrechts.

Wenn auch das Völkerrecht seinen Grundsätzen nach nicht von dem Rechte der Menschen, diese als Einzelne betrachtet, verschieden ist, so ist es doch für sich als eine Wissenschaft zu behandeln. Denn nicht in der Verschiedenheit der Grundsätze allein, auch in der Verschiedenheit der Gegenstände, auf welche man einen und denselben Grundsatz anwendet, liegt ein Grund, die Wissenschaften von einander zu sondern. *)

Das Völkerrecht ist entweder philosophisches (allgemeines) oder positives (urkundliches) Völkerrecht. Das letztere beruht entweder auf Verträgen oder (in einem

4) Unter den älteren Schriftstellern wurde häufig über die Frage gestritten, ob das Völkerrecht eine eigene Wissenschaft sey.

Völkerstaate) auf Gesetzen. ¹⁾ — Es giebt nur ein philosophisches Völkerrecht, wie es nur eine Menschenvernunft giebt. Aber, in diesem wie in andern Fällen wird die Stimme der Vernunft von dem einen Volke so von einem andern Volke anders gedeutet oder verstanden, je nachdem die Cultur und Civilisation eines Volkes so oder anders beschaffen ist, höher oder niedriger steht. So verschieden die Völker in dieser Beziehung von einander sind, eben so sehr weichen sie in den Grundsätzen von einander ab, von welchen sie bei der Beurtheilung ihrer gegenseitigen Verhältnisse ausgehn. Ein anderes Völkerrecht haben z. B. Völkerschaften, welche, weil bei ihnen noch die thierische Natur des Menschen das Uebergewicht hat, Wilde genannt zu werden pflegen ²⁾, ein anderes die Völker, welche sich zum Islam bekennen ³⁾, ein anderes die Chinesen ⁴⁾, u. s. w. Und gleichwohl hält ein jedes Volk die ihm eigenthümlichen völkerrechtlichen Ansichten für die allein richtigen, für übereinstimmend mit dem Vernunftrechte! — Unter dem Europäischen Völkerrechte versteht man bald das positive Völkerrecht der Europäischen Völker, bald den Inbegriff der Rechtsgrundsätze, nach welchen sich die Europäischen Völker in Verhältniss zu

1) In dem einen und in dem andern Falle ist es entweder *jus scriptum* oder *jus non scriptum*. Das *jus non scriptum* ist entweder ein Recht, dessen Quelle stillschweigend (i. e. *factis*) abgeschlossene Verträge sind, oder beziehungsweise ein Gewohnheitsrecht.

2) Vgl. *Moeurs de sauvages*. Par Lafiteau. — Versuch einer allgemeinen Beschreibung des Zustandes der gesitteten und der ungesitteten Völker. Karlsr. 1766. — Gibbon I, 294. — So manche Eigenthümlichkeiten in dem Charakter der Wilden kann man aus dem Charakter der Raubthiere erklären.

3) Der Koran ist zugleich der *Codex juris gentium* dieser Völker. Vgl. Zeilinger, *Kriegs- und Friedensgesetze der Muselmänner*. A. d. Arab. Erlang. 1828.

4) Die Chinesen betrachten ihr Reich als das Reich der Mitte, (als das Reich, welches in dem Mittelpunkte der Erde liege,) und als das himmlische Reich. Der Grundsatz der rechtlichen Gleichheit der Völker ist ihnen unbekannt. Ihr Kaiser gewährt andern Völkern nur entweder Schutz oder Gunstbezeugungen.

einander richten, der Rechtsgrundsätze, welche zugleich die Grundlage des positiven Völkerrechts dieser Völker sind. Es giebt auch in der letzteren Bedeutung ein Europäisches Völkerrecht. (Jedoch hat man bei der genaueren Bestimmung dieses Begriffs nicht zu übersehn, theils, daß die Türken, ein Asiatisches Volk, nur Gäste oder Fremdlinge in Europa sind, theils, daß die Russen, wenn sie auch zu den Europäischen Völkern gerechnet werden können, dennoch nur die völkerrechtlichen Grundsätze der Europäischen Völker Germanischer Abkunft sich angeeignet haben, daß also das Europäische Völkerrecht seinem Ursprunge und seiner Grundlage nach ein Zweig des Germanischen oder Deutschen Rechtes ist.) Die Einheit dieses Rechts beruht auf der Einheit der Abstammung der grossen Mehrzahl der Europäischen Völker, auf der Einheit ihrer Cultur und Civilisation, auf der Einheit des Glaubens, zu welchem sie sich insgesamt, wenn auch in der Deutung desselben von einander abweichend, bekennen, endlich auf der geographischen Beschaffenheit unseres Welttheiles. Der Charakter dieses Rechts ist Uebereinstimmung oder nahe Verwandtschaft mit dem philosophischen Völkerrechte; der Grund, warum jenes Recht in Verbindung mit diesem Rechte vorgetragen werden kann und vorgetragen zu werden pflegt. Das Europäische Völkerrecht verdankt diesen seinen Charakter dem weltbürgerlichen oder rein menschlichen Charakter der Europäischen Cultur und Civilisation überhaupt. Sowohl das Staats- als das Völkerrecht hat bei allen noch ungebildeten Völkerschaften eine Stammes- oder Nationalphysiognomie. In demselben Grade, in welchem ein Volk in der Cultur und Civilisation fortschreitet, erweitern sich die Ansichten, auf welche es ursprünglich durch seine Nationalität d. i. durch seine physische Beschaffenheit beschränkt war, wenn anders nicht eine positive Religion oder eine künstliche Staatsverfassung diese Schranken bleibend aufrecht erhält. Bei den Völkern Deutschen Ursprungs trat nie ein solcher geistiger Stillstand ein. Schon als es in der Geschichte

der Deutschen zuerst Tag wird, herrschten bei ihnen Grundsätze, welche für das geistige Fortschreiten der Nation Bürgschaft leisteten. Schon damals war bei den Deutschen die Einehe Rechtens. Eng und mannigfaltig waren die Bande, welche die Mitglieder einer und derselben Familie unter sich vereinigten. Der freie Mann durfte nicht willkürlich besteuert werden, konnte nach Gefallen im In- oder im Auslande bei einem Anführer seiner Wahl Kriegsdienste nehmen. Alle wichtigere öffentliche Angelegenheiten wurden von der Volks- oder Landesgemeinde berathen. Dieselbe Gemeinde wählte auch ihre Obrigkeiten. In dem Christenthume erhielten die Deutschen eine Religion, in welcher ein weltbürgerlicher Geist lebte, eine Religion, welche, den Sitten und Gewohnheiten der Deutschen entsprechend, eben deswegen bei der Nation leichter, als bei andern Nationen, Eingang fand. Und wenn auch mit dem Christenthume zugleich ein Kirchenthum zu den Deutschen kam, welches, Asiatischen Ursprungs, mit den Grundlagen der Deutschen Staatsverfassungen in Widerspruch stand, so hatte doch dieser Widerspruch jenen Kampf zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt zur Folge, welcher, so wie er das Lebensprincip der Geschichte des Europäischen Mittelalters war, so als die Grundursache der Reformation zu betrachten ist. Auch befreundete sich dieses Kirchenthum mit dem Deutschen Nationalcharakter und mit dem Deutschen Rechte in mehr als einer Beziehung so, daß es auf die Fortbildung des einen und des andern einen unmittelbar wohlthätigen Einfluß hatte. *) — Uebrigens erstreckt sich die Herrschaft dieses Europäischen Völkerrechts, seitdem in Amerika so viele von Europäischen Völkern gestiftete Kolonien selbstständige Staaten geworden sind, auch auf diese neuentstande-

*) Kreuzzüge — Ritterwesen — Ritterorden — Reichsstandschaft. — Der Satz des Spheer läßt sich auch umkehren. Die Verfassung der Lateinischen Kirche verdankt ihre Ausbildung zu einem guten Theile dem Umstande, daß die Völker, welche diese Kirche unter sich begriff, größtentheils deutscher Abkunft waren.

nen — ihrer Lage nach Amerikanischen ihrer Bevölkerung nach aber Europäischen — Staaten.

Das Völkerrecht ist ferner entweder Naturrecht oder Völkerstaatsrecht. Als Naturrecht wird es in dem vorliegenden, als Völkerstaatsrecht wird es in dem folgenden Buche dargestellt werden. ¹⁾ — Als Naturrecht enthält das Völkerrecht die Rechtsgrundsätze, welche das Verhältniß unter Völkern im Stande der Natur d. i. unter der Voraussetzung bestimmen, daß die Völker in Beziehung auf Recht und Unrecht ihre eigenen Herren also in ihrem Urtheile von einander gegenseitig unabhängig sind. An sich eine Rechtsidee ist der Stand der Natur im Völkerrechte eine Wirklichkeit. Mit wenigen Ausnahmen standen die Völker von jeher und stehen sie noch jetzt in dem Verhältnisse zu einander, welches oben der Stand der Natur genannt worden ist. ²⁾ Die Menschen leben nothgedrungen in Staaten. Denn sie sind einzeln nicht mächtig genug, um ihre äußere Freiheit gegen Gewaltthätigkeit und Hinterlist zu vertheidigen. Völker sind dagegen mächtig genug, um ihre Unabhängigkeit dem Triebe der Selbsterhaltung nicht opfern zu müssen. — Jedoch auch Völker können in einen Staatsverein mit einander treten; und die Geschichte enthält Beispiele von Staaten, welche aus Völkern bestanden. Das uns am nächsten liegende und für uns interessanteste Beispiel dieser Art liefert die Geschichte der Europäischen Völker. Wie in dem 28sten Buche des vorliegenden Werkes ausführlicher gezeigt werden wird, besteht unter diesen Völkern schon seit den Zeiten des Mittelalters ein Verein, welcher der Idee eines Völkerstaates wenigstens in einem gewissen Grade entspricht. ³⁾ Es hat daher die Aufgabe, das Völ-

1) So oft also in dem vorliegenden Buche von Völkern überhaupt die Rede ist, sind allemal selbstständige Völker zu verstehn.

2) Buch II. Hptst. 1.

3) Andere Beispiele: Das Deutsche Reich, so wie der Westphälische Friede die Verfassung dieses Reichs gestaltet hatte. — Der Oesterreichische Kaiserstaat. (Denn nicht als einen einfachen sondern als

kerstaatsrecht wissenschaftlich zu bearbeiten, nicht bloß ein theoretisches, sondern selbst ein praktisches Interesse für sich. Uebrigens ist die Idee eines Völkerstaatsrechtes keineswegs neu oder unerhört. Sie schwebte allen denen vor, welche bald diesen bald einen andern Plan in Vorschlag brachten, wie unter den Europäischen Mächten ein auf die Gewährleistung für einen allgemeinen und bleibenden Frieden förmlich berechneter Verein gestiftet werden könnte. ¹⁾ Ein solcher Plan wird schon dem Könige von Frankreich, Heinrich IV, zugeschrieben. ²⁾ Einen ähnlichen Plan entwarf der Abbé von St. Pierre, ein Mann, welcher es sich zum Geschäfte seines Lebens machte, diesem Plane bei den Europäischen Regierungen Eingang zu verschaffen. ³⁾ Besonders aber erschienen zur Zeit des Wiener Kongresses und schon in den Zeiten der Machtherrschaft Napoleon's eine große Anzahl Schriften, in welchen dieselbe Aufgabe zu lösen versucht wurde. ⁴⁾

einen Völkerstaat hat man den Oesterreichischen Kaiserstaat zu betrachten, um sich von der Politik seiner Regierung Rechenschaft zu geben.)

- 1) Nachrichten von solchen Vorschlägen s. in der Schrift: Der ewige und allgemeine Friede. Gött. 1763. — in der Encyclop. méthodique, in dem Theile, welcher von der économie politique handelt, unter dem Worte: Projets chimeriques. — in Klüber's Völkerrechte, §. 329. — in Bauer's Naturrechte, §. 304.
- 2) Die Nachricht steht in den Memoiren des Herzogs von Sully, die freilich nicht von Sully selbst sondern nur nach den von ihm hinterlassenen Papieren abgefaßt worden sind. — Zu Folge dieser Nachricht war Heinrich IV. im Begriffe, den Plan in Vollziehung zu setzen und zu diesem Ende dem Hause Habsburg, dessen Uebergewicht er für unvereinbar mit der Ruhe von Europa hielt, den Krieg anzukündigen, als seinem Leben der Dolch eines Mörders ein Ende machte.
- 3) Er reiste unermüdet in ganz Europa herum, erschien auf allen Friedenskongressen, um die Minister und Gesandten der europäischen Mächte für seinen Plan zu gewinnen. — Ueber ein ähnliches Friedensprojekt, das dem Kardinale Alberoni zugeschrieben wird, s. Moore, Life of Cardinal Alberoni. II. Edit. Lond. 1814. S. 134.
- 4) S. z. B. De la réorganisation de la société Européenne. Par le comte de Saint-Simon. Par. 1814. — Neuere Schriften: Schmidt-Phiseldock, der Europäische Bund. Kopenh. 1821.

Jedoch betrachten die Urheber dieser Friedensprojekte die Aufgabe, mit welcher sie sich beschäftigen, mehr als eine Aufgabe der Politik, als in der Eigenschaft einer Aufgabe, welche unmittelbar aus dem Rechtsgesetze, dieses auf das Verhältniß unter Völkern angewendet, hervorgehe. Als in das Gebiet der Rechtswissenschaft gehörend wurde das Völkerstaatsrecht zuerst von dem berühmten Deutschen Philosophen, Christian Freiherrn v. Wolff, dargestellt.¹⁾ Und noch entschiedener sprach Kant²⁾ den Grundsatz aus, daß den Völkern eben so die Rechtspflicht obliege, sich zu einem Völkerstaate zu vereinigen, wie die einzelnen Menschen von Rechtswegen in Staaten leben sollen, daß also das Völkerstaatsrecht in einer jeden Beziehung das Seitenstück zu dem Staatsrechte sey.

III. Die auswärtige Politik und die Diplomatie.

Auch in ihrer Anwendung auf das Verhältniß unter Völkern soll die Politik dem Rechte dienstbar seyn, — soll sie nur die Aufgaben lösen, welche das Recht zwar aufstellt, aber nicht zu lösen vermag, so wie die Art und Weise an die Hand geben, wie das, was das Recht gebietet, nach Zeit und Umständen am besten in Vollziehung gesetzt werden könne. In Beziehung auf das Verhältniß, in welchem Recht und Politik zu einander stehn, tritt zwischen einem Privatmanne und der Regierung überhaupt nur in so fern ein wesentlicher Unterschied ein, als eine Hand-

Nouveau projet de paix perpetuelle entre tous les peuples de la chretienneté. Par. 1828. Sartorius, Organon des vollkommenen Friedens. Zürich 1837. (Diese Schrift entspricht jedoch ihrem Titel nur sehr unvollkommen.) An essay on a congress of nations for the adjustment of international disputes without resort to war. By W. Ladd. Lond. 1840.

1) S. dessen *Jus gentium methodo scientifica pertractatum*. Halle 1749. Vgl. v. Ompteda, *Literat. d. Völkerrechts*. Th. I. S. 322. (Wolff's *jus gentium voluntarium* ist der Sache nach Völkerstaatsrecht.)

2) S. dessen *Abh.: Zum ewigen Frieden*. — Vgl. auch meine Schrift: *Janus*. Lpz. 1802. (Eine Jugendarbeit.)

ungsweise, welche, ohne widerrechtlich zu seyn, vortheilhaft ist, Jenem nur rechtlich erlaubt, dieser aber rechtlich geboten ist. Der Privatmann verwaltet sein eigenes, die Regierung nur ein ihr anvertrautes Gut.

Gleichwohl ist die Klage eben so allgemein als gegründet, daß sich die Völker gegenseitig nicht das Recht sondern ihren Vortheil zur Richtschnur ihres Verhaltens machen und von jeher gemacht haben. Die Schwäche beruft sich auf das Recht, die Macht auf sich selbst. Die mächtigeren Völker bewachen einander mit Mißtrauen, den Augenblick erlauernd, welcher sie dieses Mißtrauens, durch die Demüthigung des Gegners, entledigen kann. Nur Furcht oder Erschöpfung gebietet einen allemal unsicheren Frieden oder Waffenstillstand. Dieser ist dann Vorbereitung zu neuen Kriegen. Mit einem Worte, wenn man einen prüfenden Blick auf die Völkergeschichte wirft, so ist man versucht, das Völkerrecht in das Gebiet der Träume oder in das der frommen Täuschungen zu verweisen.¹⁾ — Eine Ursache dieser Erscheinung liegt in dem Charakter der Menschengattung. Die Menschen sind den Raubthieren verwandt. Man muß sie zähmen oder fesseln, um sich ihnen ungestraft nähern zu können. Und dann blickt ihre ursprüngliche Natur noch oft genug durch. (Darum ist z. B. ein Eroberer, wenn er auch Tausende zur Schlachtbank geführt, in seinem Uebermuthe keines Gesetzes geachtet hat, dennoch der Abgott seines Volks.) Aber eine nicht minder wirksame Ursache, zugleich eine Entschuldigung der Willkühr, welche in dem Verkehre unter Völkern zu herrschen scheint, liegt in der Beschaffenheit des Verhältnisses, in welchem die Völker in der Regel zu einander stehn. Dieses Verhältniß, der Stand der Natur, ist seinem Wesen nach ein Nothstand.²⁾

1) Von Gagern, Kritik des Völkerrechts. Mit praktischen Anwendungen auf unsere Zeit. Lpz. 1840. (Jedoch enthält die Schrift nicht sowohl eine Kritik der Wissenschaft, als interessante Betrachtungen über das Völkerrecht, mit Rücksicht auf die Gegenwart.)

2) Vgl. Vattel, droit des gens. II, 9.

Wenn in den auswärtigen Verhältnissen die Politik so oft mit dem Rechte in Widerspruch geräth, so sollte man jene vielmehr mit dem Namen eines Nothrechtes bezeichnen. *)

Man würde sich jedoch irren, wenn man dem Völkerrechte, wenigstens dem Europäischen, allen praktischen Werth, einen jeden Einfluss auf die Begebenheiten abspräche. Das Europäische Völkerrecht ist eine Macht. Je nachdem eine Europäische Macht das Völkerrecht für oder gegen sich hat, hat sie an jener Macht entweder einen mächtigen Bundesgenossen oder einen mächtigen Feind. Denn sie hat die öffentliche Meinung unter der ersteren Voraussetzung für unter der letzteren aber gegen sich. Seitdem in Europa die Tagesliteratur und die Publicität, mit welcher in so vielen Staaten die öffentlichen Angelegenheiten verhandelt werden, den Kabinetten kaum noch Geheimnisse übrig gelassen haben, seitdem die Europäischen Völker durch die Art, wie in den neueren Zeiten Kriege geführt werden, (nämlich mit grossen Massen,) durch die Schulden, welche auf allen gröfseren Europäischen Staaten haften, und durch die Fortschritte, welche das Repräsentativsystem gemacht hat, auch in völkerrechtlichen Angelegenheiten zu einem offenen oder geheimen Stimmrechte gelangt sind, und seitdem der Verkehr unter den Europäischen Völkern an Vielseitigkeit und Lebendigkeit in dem Grade zugenommen hat, dafs diese Völker gleich als ein einziges Volk betrachtet werden können, giebt es eine Europäische öffentliche Meinung, deren Sprüche keine Europäische Regierung, ohne sich selbst zu schaden, unbeachtet lassen kann. Und, so wie sich die öffentliche Meinung schon als solche für die Erörterung der Rechtsfrage hinneigen wird, so läfst sich noch überdies behaupten, dafs Achtung für Recht und Gerechtigkeit von jeher ein hervorstechender Zug in der Denk- und Sinnesart der Völker Deutscher Abstammung war.

*) S. Bd. I, S. 37.

Wenn also auch eine jede Regierung ein ihr eigen-
thümliches System in der auswärtigen Politik haben und
befolgen darf und soll, — ein System, welches auf die
gesamten Interessen des Staates, so wie sich diese In-
teressen nach Zeit und Umständen stellen und gestalten,
zu gründen ist, ¹⁾ — so muß doch das System der aus-
wärtigen Politik, welches einer Europäischen Regierung
in unseren Tagen zur Richtschnur dienen soll, entweder
mit dem Völkerrechte in Uebereinstimmung stehn oder mit
Achtung für dieses Recht in Vollziehung gesetzt werden,
wenn es nicht in der seinem Zwecke entgegengesetzten
Richtung wirken soll. Ludwig XIV. und Napoleon, beide
waren Eroberer, beide also befolgten eine Politik, welche,
des Krieges nicht zu ersättigend, ihrem Wesen nach wi-
derrechtlich ist. Schon Ludwigs XIV. Macht wurde durch
diese Politik erschüttert, Napoleon erlag ihr.

Unter der Diplomatie versteht man bald die Kunst,
das auswärtige Interesse eines Volkes im Verkehre mit
andern Völkern durch friedliche Mittel zu wahren und zu
befördern ²⁾, bald den Inbegriff der Kenntnisse, deren

1) Man hat in einem Systeme dieser Art die (vergleichungsweise)
ständigen und die auf vorübergehende Zeitumstände berechneten
(oder die transitorischen) Maximen von einander zu unterscheiden.
Die ersteren, — zu welchen vorzugsweise diejenigen gehören,
welche auf der geographischen Beschaffenheit und Lage des Lan-
des beruhn, — sind von besonderer Wichtigkeit oder lassen allein
eine wissenschaftliche Darstellung zu. Mir ist kein Werk bekannt,
welches die ständigen Maximen der auswärtigen Politik aller ein-
zelnen Europäischen Regierungen umfasste. An Vorarbeiten fehlt
es jedoch nicht.

2) Eine interessante Schilderung der (falschen) Diplomatie findet man
in dem Lustspiele: Die Hochzeit des Figaro. Von Beaumarchais.
III. Aufz. 3. Scene. „Sich stellen, als ob man das wisse, was
man nicht weiß und das nicht wisse, was man weiß; daß man
begreife, was man nicht versteht, und nicht höre, was man hört;
besonders aber daß man mehr zu vermögen vorgebe, als man
vermag; oft sehr heimlich thun, um zu verbergen, daß man kein
Geheimniß habe; sich einschließen, um Federn zu schneiden
und sehr ernst und tief zu scheinen, während man doch nur leer
und hohl ist; denselben Gegenstand nach Gefallen entweder von

der Diplomat bedarf, um seinem Berufe gehörig vorzustehn. — In wie fern die Diplomatie eine Kunst ist, kann sie, wie eine jede andere freie Kunst, nicht erlernt werden. Nur von demjenigen darf man sich vorzügliche Leistungen in dieser Kunst versprechen, welcher Urtheilskraft, eine gewisse Divinationsgabe, das Talent, die Menschen richtig zu beurtheilen und einen Jeden nach seiner Individualität zu behandeln, Gemüthsruhe, Geschmeidigkeit und Charakterfestigkeit, gesellschaftliche Bildung und die Gabe sich geltend zu machen, der Natur oder dem Glücke verdankt. Jedoch machen auch in dieser Kunst nur Uebung und Bekanntschaft mit den Arbeiten der vorzüglichsten Kunstgenossen ¹⁾ den Meister. — Die Diplomatie in der andern Bedeutung ist ein Gegenstand des Lernens und des Wissens. Der Diplomat muß in dem Völkerrechte, in der Völkergeschichte, in dem geschichtlichen Theile der auswärtigen Politik und in der Statistik ²⁾ zu Hause seyn, er muß Sprachkenntnisse besitzen ³⁾, damit er von den

seiner Licht- oder von seiner Schattenseite darstellen; Spione aussenden und Verräther besolden; Siegel erweichen; Briefe auffangen; die Aermlichkeit der Mittel durch die Wichtigkeit des Zweckes adeln; — das ist die Diplomatie.

1) In dieser Hinsicht ist besonders das Lesen der Denkschriften zu empfehlen, in welche ausgezeichnete Diplomaten ihr Verfahren und ihre Erfolge niedergelegt haben.

2) Insbesondere bedarf der Diplomat einer genaueren Kenntniss der Verfassung derjenigen Staaten, mit welchen er zu unterhandeln hat. Nicht nur, damit er an eine auswärtige Regierung nicht Forderungen richte, welche von dieser nicht ohne eine Verletzung der Landesverfassung bewilligt werden könnten. Sondern auch, weil allemal die auswärtige Politik eines Staates von dem Geiste seiner Verfassung — mehr oder weniger — abhängt. Napoléon äußerte in seinem Exile, daß er zu spät den Einfluß gewahr geworden sey, welchen der aristokratische Bestandtheil des Oesterreichischen Kaiserstaates auf die auswärtige Politik dieses Staates, (auf die Ständigkeit dieser Politik,) ausübe.

3) In Europa war einst (bis in die Mitte des 17ten Jahrhunderts) die allgemein gebräuchliche diplomatische Sprache die Lateinische. An die Stelle dieser Sprache trat dann die Französische. Vgl. (außer den älteren Schriften von Schwab und Rivarol,) Al-

Naturgaben und von den Glücksumständen, auf welchen sein Beruf zum Diplomaten im Allgemeinen beruht, den Gebrauch machen könne, welchen er von ihnen nach Rechtsgrundsätzen und zu Folge der in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse zu machen hat. So mannigfaltig sind schon die Kenntnisse, deren ein Diplomat, um seinem Berufe Genüge zu leisten, bedarf*), daß man geneigt ist, diesen Beruf für einen der schwierigsten zu halten. Doch tröstete der berühmte Schwedische Kanzler Axel Oxenstierna seinen Sohn, Johann Oxenstierna, als dieser wegen seiner Jugend Bedenken trug, die Krone Schweden auf dem Westphälischen Friedenskongresse zu vertreten, mit den Worten: Mein Sohn! du weißt nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!

ERSTER ODER THEORETISCHER THEIL.

Des

Völkerrechts

ERSTER ABSCHNITT.

Von den

ursprünglichen Gütern eines Volkes.

Ein Volk ist schon deswegen, weil es ein Volk ist, (also ipso jure und ohne daß eine Handlung oder Willenserklärung des Volkes hinzukommen müßte,) *erstens* berechtigt, die *einzelnen* Gemeindeglieder gegen eine jede Rechtsverletzung, welche dem ei-

lon, sur l'universalité de la langue Francaise. Par. 1828. S. auch die Schlufsakte des Wiener Kongr. Art. 120. — Jetzt macht ihr die Englische Sprache die Alleinherrschaft streitig. — Ein Gesandter sollte billig die Sprache des Volkes verstehn, bei dessen Regierung er beglaubiget ist.

*) H. Winter, système de diplomatie etc. Berl. 1830. (Eine Aufzählung aller der Wissenschaften und Kenntnisse, welche sich der — vollkommene — Diplomat zu eigen zu machen hat.)

nen oder dem andern Gemeindegliede von einem andern Volke, — von der Gesamtheit oder von Einzelnen dieses Volkes, — zugefügt würde, gleich als wäre sie dem ganzen Volke zugefügt worden, zu vertheidigen. Denn ein Volk hat durch die einzelnen Menschen, aus welchen es besteht, und nur durch diese, ein äusseres Daseyn. — Das in Frage stehende Recht ist seinem ganzen Umfange nach bei den Völkern oder Stämmen in Kraft, welche entweder noch keinen festen Wohnsitz haben oder welchen wenigstens der Begriff eines Staatsgebietes noch fast unbekannt ist. Wenn z. B. in Nordamerika zwei Indianer, welche verschiedenen Stämmen angehören, in einen Streithandel mit einander verwickelt werden, so nimmt sich sowohl der Stamm des einen als der des andern Theiles der Sache, als der eigenen, an. Sind dagegen die Staaten nach Gebieten die Völker nach Ländern von einander scharf gesondert, so kann jenes Recht nur selten zur Anwendung kommen. Denn alsdann trifft die Rechtsverletzung, welche dem Einzelnen zugefügt wird, fast immer entweder diesen in der Eigenschaft, in welcher er zugleich Unterthan (z. B. *subditus temporarius*) des andern Staates ist, oder aber zugleich unmittelbar das Volk, als ein Ganzes. ¹⁾

Zweitens: Ein Volk hat in seinen *Verfassungsangelegenheiten* ein Recht auf Selbstständigkeit. Es handelt also ein Volk widerrechtlich, wenn es ein anderes Volk zu einer Veränderung seiner Verfassung zwingt oder dasselbe von einer Veränderung seiner Verfassung zwangsweise abhält. ²⁾ Nur so viel ist,

1) Vgl. unten über das dritte Recht. — Z. B. Ein Einwohner des Landes A. treibt aus dem Lande B. eine einem Privatmanne gehörende Schaafheerde fort. Die Handlung ist zugleich eine Verletzung des Staatsgebietes.

2) Man nennt ein solches Verfahren eine „Intervention“, dieses Wort in seiner engeren Bedeutung genommen. (Dieselbe Bedeutung ist in dem Folgenden mit dem Worte zu verbinden.) Der im Texte aufgestellte Grundsatz ist also der Grundsatz der Wi-

wenn bei einem Volke der innere Friede gestört oder bedroht ist, einer auswärtigen Regierung erlaubt, daß sie zur Wiederherstellung oder Erhaltung des Friedens durch Vermittlung oder durch Rathschläge, die sie den Partheien oder auch nur der einen Parthei giebt, beitragen kann. Ja selbst eine Einmischung dieser Art ist sowohl für den einen als für den andern Theil nicht ohne Gefahr. Es ist mit dem Landfrieden, wie mit dem Hausfrieden. Am besten bleiben die streitenden Partheien sich selbst überlassen. — Unter dem Grundsätze der Widerrechtlichkeit einer Intervention ist jedoch nicht der Fall begriffen, da sich ein Volk — durch eine Revolution, welche bei ihm ausgebrochen ist, — in zwei oder mehrere Völker gespalten hat, und nun ein drittes Volk in dem Kampfe, der zwischen den Theilen des bisherigen Ganzen fortdauert, für den einen oder für den andern Theil Parthei nimmt. In diesem Falle gilt der Streit nicht weiter den Verfassungsangelegenheiten eines und desselben Volkes, sondern dem Verhältnisse zwischen zweien selbstständigen Völkern. In diesem Falle hängt die Rechtmäßigkeit des Beistandes, welchen ein drittes Volk dem einen oder dem andern Theile leistet, nur von der Vorfrage ab, ob die Spaltung des Volkes oder die Losreißung eines Theiles vom Ganzen bereits (*de facto*) als bewerkstelliget zu betrachten sey oder nicht. *) Eben so wenig ist unter jenem Grundsätze der Fall begriffen, da ein Volk in den Verfassungsangelegenheiten eines an-

derrechtlichkeit einer Intervention. — Vgl. v. Kamptz, Erörterung des Rechts der Europ. Mächte, in die Verfassung eines einzelnen Staates sich zu mischen. Berlin 1821.

- *) Die Beantwortung dieser Frage ist in den meisten Fällen mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden. — Beispiele solcher Fälle: Losreißung eines grossen Theiles der Britischen Kolonien in Nordamerika vom Mutterlande. — Desgleichen der Spanischen Kolonien in Südamerika. — Losreißung des Königreichs Griechenland von der Türkei. — Spaltung des K. der Niederlande in das K. Holland und in das K. Belgien. — Streit zwischen der Türkei und Mehmet Ali. — Vgl. Roest van Limburg, *de jure reipublicae cum deficientibus ab alia republica provinciis, veluti cum civitate sui juris, agendi*. Lugd. Batav. 1831.

dern Volks entweder bereits intervenirt ist oder zu interveniren beabsichtigt und sich ein drittes Volk der Intervention mit bewaffneter Macht widersetzt. ¹⁾ Wer sich im Zustande der Nothwehr befindet, dem ist ein Dritter Beistand zu leisten berechtigt. Dagegen behält es bei dem vorliegenden Grundsatz sein Bewenden d. i. eine Intervention ist auch dann widerrechtlich, wenn eine Regierung der nach dem bisherigen Rechte verfassungsmässigen Regierung eines andern Staates gegen ihre Unterthanen beisteht. Wollte man diesen Fall von dem Grundsatz ausschliessen, so würde man den Grundsatz selbst aufheben. Einer auswärtigen Regierung steht entweder in keinem oder es steht ihr in einem jeden Falle ein Urtheil über die Rechtsfrage zu, wenn ein anderes Volk wegen der mit seiner Verfassung zu treffenden Veränderungen in Partheien gespalten ist. ²⁾ — Der in Frage stehende Grundsatz leidet eine Ausnahme, es ist also ein Volk zu einer Intervention berechtigt, wenn seine äussere Sicherheit durch die Verfassung eines andern Volkes bedroht ist. ³⁾ Nur die Vorfrage, ob eine solche Gefahr vorhanden sey, hat ihre Schwierigkeiten. Nicht aber ist von dem Grundsatz der Fall auszunehmen, da eine Intervention den Zweck hat, die bei dem intervenirenden Volke bestehende oder neueingeführte Staatsverfassung aufrechtzuerhalten oder zu befestigen. ⁴⁾ Denn ist ein Volk rechtlich ver-

1) Vgl. die (berühmte) Rede, welche Canning, damals Minister der a. A. in Grossbritannien, im Parlamente hielt, als er den Vorschlag zu einer Intervention in Portugal machte.

2) Eben so wenig oder noch weniger spricht die Politik einer Intervention in diesem Falle das Wort. Die Intervention verlängert dann nur den Kampf unter den Partheien. Sie giebt überdies fast unausbleiblich der heftigeren Parthei das Uebergewicht. Denn diese macht dann der Gegenparthei den Vorwurf, an das Ausland verkauft zu seyn. (Doch wer hört auf die Mahnungen der Geschichte?)

3) Mit diesem Grunde rechtfertigte z. B. Napoléon seinen Einfall in Spanien.

4) Die Frage kam z. B. zu Anfange der französischen Revolution zur Sprache.

pflichtet, einem andern Volke zur Erhaltung oder Veränderung seiner Staatsverfassung behülflich zu seyn? oder handelt ein Volk widerrechtlich, wenn es z. B. durch eine Veränderung seiner Verfassung andern Völkern ein böses Beispiel giebt? Haltbarer scheint die Ausnahme zu seyn, da sich das intervenirende Volk wegen seines Rechts, das andere Volk an einer Veränderung seiner Verfassung zu verhindern, auf einen Vertrag berufen kann, durch welchen es für die Verfassung des andern Volkes Gewähr geleistet oder gewisse in diese Verfassung eingreifende Rechte erworben hat. Jedoch von dieser Ausnahme wird weiter unten, in der Lehre von den Verträgen unter Völkern, die Rede seyn. — Uebrigens wird man nicht übersehen, daß das Interventionsrecht in dem Obigen nur aus dem Standpunkte des Naturrechts in Betrachtung gezogen worden ist. Andere Grundsätze stellt das Völkerstaatsrecht über denselben Gegenstand auf. Das Interventionsrecht ist in Europa während der letztverflossenen 25 Jahre besonders deswegen so oft zur Sprache gekommen, weil sich das unter den Europäischen Völkern bestehende Verhältniß der Idee eines Völkerstaates nähert.

Drittens: Auch was seine *Regierungsangelegenheiten* betrifft, hat ein Volk ein Recht auf Selbstständigkeit. — Hiernach ist eine Regierung dem Völkerrechte nach ermächtigt, innerhalb des Staatsgebietes alles das zu thun oder zu lassen, was sie nur überhaupt thun oder lassen kann und will. *) Mag auch eine Mafsregel, welche von der Regierung ergriffen wird, für ein anderes Volk noch so nachtheilig seyn, völkerrechtswidrig ist die Mafsregel nicht. Es sind also z. B. nicht die Gesetze völkerrechtswidrig, durch welche eine Regierung die Aus- oder die Einfuhr gewisser Waaren

*) Dem Staatsrechte nach kann sie den Unterthanen auch solche Verbindlichkeiten auferlegen, welchen sie im Auslande nachzukommen haben. Da ist die Regierung, nur was die Vollziehbarkeit ihrer Vorschriften etc. betrifft, auf das Staatsgebiet beschränkt.

verbietet oder (durch hohe Zölle) erschwert oder auch den Handelsverkehr zwischen dem In- und dem Auslande gänzlich einstellt. ¹⁾ — Eben so ist, was die Alleinherrschaft der Regierung innerhalb des Staatsgebietes betrifft, nicht zwischen den verschiedenen Arten der Unterthanen und der Unterthänigkeit, dem Völkerrechte nach, ein Unterschied zu machen. Es sind daher die Ausländer, welche sich im Inlande (vorübergehend) aufhalten oder welche in demselben bewegliches oder unbewegliches Gut besitzen, der Regierung des Inlandes eben so unbedingt, wie die Inländer, unterworfen. (*Quicquid est in territorio, est de territorio.*) Angenommen z. B. daß eine Regierung gegen einen Ausländer, den sie in ihrer Gewalt hat, wegen eines von ihm verübten Vergehens oder aus einem andern Grunde mit einer wenn auch keinesweges zu rechtfertigenden Härte verfährt oder daß sie sich eines Wortbruchs gegen ihre auswärtigen Gläubiger schuldig macht ²⁾, völkerrechtswidrig handelt sie gleichwohl weder in dem einen noch in dem andern Falle. Keine Regierung also ist berechtigt, ihre Unterthanen zu vertreten, wenn diesen von einer andern Regierung, welcher sie vorübergehend oder beziehungsweise unterthänig waren, Unrecht geschehen ist. Nur dann stellt sich die Sache anders, wenn die Mafsregel, durch welche eine Regierung einem Ausländer Unrecht gethan hat, nicht gegen den Ausländer für seine Person, sondern gegen das Volk, welchem der Ausländer angehört, gerichtet war ³⁾, mit andern Worten, wenn die

1) In dem Zeitalter der Reformation kam die Frage vor: Darf sich ein protestantischer Fürst seiner Glaubensgenossen annehmen, welche unter einem katholischen Fürsten stehn, wenn sie von diesem wegen ihres Glaubens bedrängt werden? Luther verneinte die Frage. Hortleder, Geschichte des Schmalkaldischen Krieges. Bd. I. Buch VI. c. 1. S. 1403.

2) Die Englischen Kapitalisten haben bei den Staatsanleihen, welche die Südamerikanischen Freistaaten aufgenommen haben, große Summen verloren. Die Britische Regierung hat sich immer geweigert, die Sache dieser Kapitalisten zu der ihrigen zu machen.

3) Der Fall tritt z. B. bei Repressalien ein.

Mafsregel nur eine Einkleidung des Kriegsrechtes war, welches die Regierung gegen dieses Volk zu haben glaubte. — Zu Folge des in Frage stehenden Grundsatzes haben umgekehrt, wenn ein und dasselbe Individuum mehreren Regierungen zugleich unterthänig ist oder mehreren Regierungen nach einander unterthänig wird, die Handlungen der einen Regierung (dem Völkerrechte nach) nicht in dem Gebiete der andern Regierung die Kraft Rechtens. Es kann also z. B. die *exceptio litis pendentis* nicht auf einen bei den Gerichten des Auslandes anhängigen Rechtsstreit, die *exceptio rei judicatae* nicht auf ein im Auslande gesprochenes Urtheil gegründet werden. — Allemal aber ist der vorliegende Grundsatz nur mit der Einschränkung in Anwendung zu bringen, dafs eine Regierung weder sich selbst noch ihren Unterthanen Handlungen erlauben darf, welche, ihren Folgen nach betrachtet, die Rechte eines andern Volks verletzen oder gefährden würden. Es handelt daher eine Regierung völkerrechtswidrig, wenn sie z. B. das von einer andern Regierung ausgeprägte Geld nachprägt oder nachzuprägen gestattet, oder wenn sie in ihrem Gebiete Verbindungen duldet, welche den Zweck haben, die Verfassung eines andern Staates gewaltsam zu verändern, oder wenn sie ihren Unterthanen die Erlaubnifs ertheilt, bei einer mit einem dritten Volke Krieg führenden Macht Kriegsdienste zu nehmen. *) Eben so unstatthaft ist es, wenn eine Regierung diejenigen in Schutz nimmt, welche sich, um einer im Auslande verwirkten Strafe zu entgehn, auf flüchtigen Fufs gemacht haben. Der flüchtige Verbrecher ist zwar nicht weiter der Unterthan der Regierung, aus deren Gebiete er sich geflüchtet hat. Diese aber ist berechtigt, den flüchtigen Verbrecher, gleich als

*) Jedoch die Völker deutscher Nation haben den Kriegsdienst von jeher als eine freie Kunst betrachtet. Tacitus (German. c. 14.) berichtet von den Deutschen: „Si civitas, in qua orti sunt, longa pace et otio torpeat, plerique nobilium adolescentium petunt ultro eas nationes, quae tum bellum aliquod gerunt.“ — Vgl. die Verhandlungen im Britischen Unterhause vom 7ten Juli 1828.

einen Feind, zu verfolgen. Es steht daher die Regierung, in deren Gebiet sich der Verbrecher geflüchtet hat, zu diesem und zu der Regierung, in deren Gebiete das Verbrechen verübt worden ist, in demselben Verhältnisse, in welchem zu zwei mit einander Krieg führenden Völkern ein drittes Volk steht. Sie hat also, (dem Naturrechte nach,) die Wahl, ob sie — zur Bewahrung ihrer Neutralität — den flüchtigen Verbrecher zur Landesräumung anhalten oder aber der einen oder der andern Parthei, gleich als ein Verbündeter derselben, Beistand leisten d. i. entweder den Verbrecher ausliefern oder die Auslieferung des Verbrechers verweigern will. In dem letzteren Falle kann sie von der Regierung, aus deren Gebiete sich der Verbrecher geflüchtet hat, als der Verbündete des Feindes dieser Regierung, feindselig behandelt werden; und zwar auch dann, wenn ihr die Landesgesetze die Auslieferung untersagen sollten. Für die Regierung, welche den Verbrecher verfolgt, sind diese Gesetze nicht verpflichtend. ¹⁾ — Auch durch Verträge unter zweien oder mehreren Völkern kann die Anwendbarkeit des vorliegenden Grundsatzes beschränkt werden. Jedoch von der Rechtsgültigkeit solcher Verträge kann und wird erst weiter unten die Rede seyn. Vgl. auch Buch XXX.

Viertens: Wie die Menschen als Einzelne berechtigt sind, sowohl den Erdboden sammt seinen Schätzen und Erzeugnissen sich zuzueignen, als mit einander in Verkehr zu treten, so haben sie auch zu Völkern vereinigt dieselben Rechte. ²⁾ Denn es sind diese Rechte die Bedingungen, unter welchen allein sowohl die Menschen als die Völker ihre äußere Freiheit ergänzen und erweitern können. Jedoch stehen diese Rechte den einen und den anderen nur

1) Warum pflegen die meisten Europäischen Regierungen die Auslieferung politischer Verbrecher zu verweigern? Ein in mehr als einer Hinsicht interessantes Problem! Vgl. unten in diesem Bande das 30ste Buch.

2) Vgl. Vattel, droit des gens. II, 11.

mit den Einschränkungen zu, ohne welche sie der Selbstständigkeit und der Rechtsgleichheit eines jeden einzelnen Menschen oder Volkes Eintrag thun würden. Es kann sich z. B. gleichwohl ein Volk von dem andern, schlechthin oder beziehungsweise, abschliessen. Widerrechtlich aber handelt ein Volk, wenn es andern Völkern nicht gestattet, mit einander zu verkehren, z. B. die Erzeugnisse des einen Landes gegen die des andern Landes auszutauschen.¹⁾ — Uebrigens ist der vorliegende Grundsatz das Band, welches die Rechte, die ein Volk an äusseren Gegenständen erwerben kann, an seine ursprünglichen Rechte anknüpft. Der folgende Abschnitt, welcher von jenen Rechten handelt, wird daher die Anwendung und Ausführung dieses Grundsatzes enthalten.

Unter den ursprünglichen Rechten eines Volkes ist nicht auch das Recht auf gewisse Ehrenbezeugungen begriffen. Sondern nur kraft einer Uebereinkunft (oder, in einem Völkerstaate, kraft eines Gesetzes) kann unter Völkern ein gewisses Ceremoniell Rechtens seyn, z. B. also, das Oberhaupt des Staates auf einen gewissen Titel und Rang in Verhältniß zu andern Völkern Anspruch machen. Wie die Geschichte und die Erfahrung lehren, besteht eine solche Uebereinkunft selbst unter ungebildeten Völkern. Die erste Veranlassung zur Entstehung eines Völkerceremoniells war wohl die, daß die Völker in ihrem Verkehre mit einander von denen vertreten wurden, welche dem Staatsrechte nach gewisser Ehreenauszeichnungen genossen und nun ihre Würde auch gegenseitig zeigen und geltend machen wollten. Künstlicher wurde dieses Ceremoniell ausgebildet, als man in der Folge erkannte, daß in demselben ein sehr wirksames Mittel liege, das Verhältniß unter Völkern friedlicher zu stellen. — Diesen Vortheil gewährt ins Besondere das Europäische Völkerceremoniell, so wie sich dieses Ceremoniell im Ver-

3) Besonders für die Rechte neutraler Völker während eines Seekrieges ist dieser Satz von Wichtigkeit.

laufe der Zeit ausgebildet hat. ¹⁾ Wenn eine Europäische Regierung der andern auch noch so unangenehme Wahrheiten zu sagen oder auch noch so bittere Vorwürfe zu machen hat, so legt ihr doch der Anstand und die Gemessenheit der herkömmlichen diplomatischen Sprache die Nothwendigkeit auf, sich wenigstens in der Wortfassung zu mäßigen, welche sie für ihre Mittheilung wählt. ²⁾ Ein jeder Tadel oder Vorwurf aber verwundet nicht sowohl an sich, als wenn er schonungslos ausgedrückt wird. Einen nicht minder wohlthätigen Einfluss auf das Verhältniß unter den Europäischen Völkern hat das Ceremoniell, welches die Europäischen Fürstenhäuser in ihrem Verkehre mit einander zu beobachten pflegen. ³⁾

1) S. die Literatur dieses Theiles des Europäischen Völkerrechts in Klüber's Europ. VR. §. 60. Ueber das Seeceremoniell insbesondere vgl. Wheaton, elements of international law. I, 193. — Auf die Ausbildung des Europäischen Völkerceremoniells hatte das Ceremoniell des Byzantinischen Hofes einen nicht geringen Einfluss; theils unmittelbar, theils (durch den päpstlichen Hof) mittelbar.

2) Wie könnte sonst die Mittheilung mit der Formel enden? J'ai l'honneur, d'être avec une haute considération etc.

3) Verwandtschaftsnamen, welche die regierenden Herren einander ertheilen. — Kondolenzen; Hoftrauer. — Glückwünsche. — Ordensverleihungen. U. s. w.

ZWEITER ABSCHNITT.

*Von den
Rechten der Völker an äußeren Gegenständen.*

ERSTE ABTHEILUNG.

*Von den
Rechten der Völker an Sachen
oder
das Sachenrecht in seiner Anwendung auf das Völkerrecht.*

ERSTES HAUPTSTÜCK.

*Von dem
Eigenthume, das einem Volke an seinem Lande zusteht. *)*

I. Von dem Rechtsgrunde dieses Eigenthumes.

Es giebt kaum einen Theil der bewohnbaren Erde, welchen sich nicht irgend ein Volk zugeeignet hätte. Ein Land grenzt an das andere. Ja die beglaubigte Geschichte reicht sogar nicht bis zu einer andern Ordnung der Dinge hinauf.

Mit welchem Rechte haben nun die Völker den Erdboden unter sich vertheilt? — Eine keineswegs müßige Frage! Zwar die Europäischen Völker können sich gegenseitig wegen der von ihnen bewerkstelligten Vertheilung des Europäischen Bodens auf die Verträge berufen, welche sie unter sich, theils ausdrücklich theils stillschweigend, zur Sicherung ihres Besitzstandes abge-

*) Ich beschränke die Untersuchung auf das Eigenthum am Lande. Das Eigenthum am Lande begreift auch das Eigenthum an den beweglichen Sachen unter sich, welche sich innerhalb des Landes befinden. — Man sollte übrigens nicht die Worte: Land und Gebiet, Staatsgebiet, als gleichbedeutend gebrauchen. Ein Land (in sensu juris) ist der Theil des Erdbodens, welcher das Eigenthum eines Volkes ist, ein Gebiet der Theil, über welchen sich die Machtvollkommenheit eines Staatsherrschers erstreckt. Jener Begriff gehört in das Völkerrecht, dieser in das Staatsrecht.

geschlossen haben. Aber nicht alle Völker der Erde stehen in Vertragsverhältnissen zu einander. Und selbst die Europäischen Völker sind bei jener Frage unmittelbar betheiliget. Denn sie können theils mit andern Völkern der Erde theils unter sich in andern Theilen der Erde in Berührungen kommen, in welchen jene Frage, obwohl die Vorfrage, dennoch nicht durch Verträge entschieden ist. Ja, auch die Verträge, welche die Europäischen oder welche andere Völker wegen des Umfangs und der Grenzen ihrer Länder unter sich abgeschlossen haben, würden eines genügenden rechtlich verpflichtenden Grundes entbehren, wenn man das Eigenthumsrecht, das sie bestätigen, schlechthin als eine Schöpfung menschlicher Willkühr zu betrachten hätte. Die vorliegende Frage ist in so fern nur eine Wiederholung oder nur eine neue Stellung der Frage: Auf welchem allgemeinen Rechtsgrunde beruhen die Staatsgesetze, kraft welcher die einzelnen Mitglieder des Staatsvereines ein Sondereigenthum an Grund und Boden erwerben können?

Ein Recht, dessen Quelle eine göttliche Offenbarung ist, muß seinem Wesen nach bei der Beantwortung der vorliegenden Frage von dem Grundsatz ausgehn: Ein Volk hat in so fern und nur in so fern ein rechtskräftiges Eigenthum an einem Theile des Erdbodens, als es denselben in der Eigenschaft eines Gotteslehnes besitzt oder in Anspruch nimmt. — Die eine Anwendung, welche ein solches Recht von diesem Grundsatz machen kann, ist die, daß es nur einem einzelnen Volke und diesem nur einen bestimmten Theil des Erdbodens, jedoch für ewige Zeiten zueignet. So hatte dem Volke Israel der Gott seiner Väter, Jehova, Palästina verheißen; und gestützt auf diese Verheißung, (gleichsam auf eine Eventualbelehrung,) vertilgte oder vertrieb das Volk in der Folge diejenigen Völkerschaften, welche das Land bisher widerrechtlich oder ohne einen Titel besessen hatten. — Weiter erstreckt sich eine andere Anwendung, welche von demselben Grundsatz gemacht werden kann und gemacht wor-

den ist. Eine Offenbarung, welcher die Idee des einigen und wahren Gottes, und nicht blos die einer Nationalgotttheit, zum Grunde liegt, führt unmittelbar zu der Ansicht, daß, so wie ein jeder Mensch alles, was er hat, der Gnade Gottes verdankt, so auch ein jedes Volk an seinem Lande den ihm von Gott verliehenen und beschiedenen Antheil an äusseren Gütern besitze. Und wenn sich dann aus einer solchen Offenbarung die Idee eines die gesamte Menschheit umfassenden äusseren Gottesstaates entwickelt oder wenn diese Idee in einer solchen Offenbarung selbst liegt, so kann es nicht fehlen, daß, zu Folge jener Ansicht, das sichtbare Oberhaupt dieses Staates die Lehnsherrlichkeit über alle Länder der Erde in Anspruch nimmt. Dieses Geistes war einst — und ist (in thesi) noch jetzt — das Völkerrecht der römisch-katholischen Kirche. Der Pabst, das sichtbare Oberhaupt dieser Kirche, eines Gottesstaates, betrachtete sich als den obersten Lehnsherrn aller Länder der katholischen Christenheit. Wenn auch auf die Gestaltung dieses Lehnsverhältnisses das weltliche Lehnswesen des Mittelalters einen sehr erheblichen Einfluss ausübte, so lag doch der innere Grund jenes Verhältnisses in der Eigenschaft, welche der Pabst als Stellvertreter Gottes auf Erden hatte. Und nicht an den Ländern der Christenheit allein nahm der Pabst das Obereigenthum in Anspruch. Als in der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts die Portugiesen den Weg nach Ostindien um das Vorgebirge der guten Hoffnung herum, die Spanier Amerika entdeckt hatten, da geriethen diese Völker bald wegen ihrer Ansiedelungen und Eroberungen in den neuentdeckten Ländern mit einander in Streit. Beide Theile legten den Streit dem Pabste zur Entscheidung vor, gleich als könne dieser über alle Länder der Erde, als über sein Eigenthum, verfügen. Der Pabst, Alexander VI, — nicht ahndend, daß die Erde die Gestalt einer Kugel habe, — verordnete durch eine Bulle vom Jahre 1493, daß alles Land, welches jenseits der Linie, die er von Pol zu Pol 100 Meilen westlich von den Azoren zog, entdeckt wer-

den würde, den Spaniern, das Land diesseits dieser Linie den Portugiesen gehören solle.

Nach dem Vernunftrechte läßt sich die ursprüngliche oder einseitige Erwerbung eines Landes, (*occupatio*,) — und mithin die uranfängliche Theilung der Erde unter die Völker, die sie in Besitz genommen haben, auf eine doppelte Weise rechtfertigen.

Erstens: Wie der einzelne Mensch, so hat auch ein Volk das Recht, sich auf der Erde an irgend einem Orte aufzuhalten. Zwischen einem einzelnen Menschen und zwischen einem Volke tritt jedoch in dieser Beziehung der Unterschied ein, daß sich jener, unbeschadet seiner Persönlichkeit, bald an diesem bald an einem andern Orte aufhalten kann, ja in dem Interesse seiner persönlichen Freiheit nicht an einen und denselben Aufenthaltsort gebannt seyn darf *), ein Volk aber, um wegen seiner Existenz vollkommen gesichert zu seyn, einen Theil des Erdbodens als sein Eigenthum d. i. dergestalt besitzen muß, daß es sich auf diesem Theile des Erdbodens, also in seinem Lande, bleibend aufhalten, ein jedes andere Volk von der Ausübung irgend eines Rechts innerhalb dieses Landes oder über dasselbe ausschließen kann. Denn aus mehreren Menschen bestehend, nur deswegen ein Ganzes, (ein *corpus*,) weil die einzelnen Mitglieder des Vereines einem und demselben Herrscher unterworfen sind, hat ein Volk eben so wenig ohne ein Land, als der Staat ohne ein Gebiet, ein vollständiges und auf die Dauer gesichertes äußeres Daseyn. Wenn sich daher ein Volk einen Theil des Erdbodens zueignet, so hat dieses Volk aus demselben Grunde ein Eigenthumsrecht an diesem Theile des Erdbodens, aus welchem es ein Recht auf Unabhängigkeit von der Willkühr anderer Völker hat. Jenes Eigenthumsrecht ist die physische Bedingung der Selbstständigkeit des Volks. — *Zweitens*: Der allgemeine Rechtsgrund des

*) Jedoch, auch was die Menschen als Einzelne betrifft, beruht auf dem Rechte, sich irgendwo aufzuhalten, das Heimathsrecht.

Eigenthumsrechtes (an Sachen) lautet so ¹⁾: Die Menschen dürfen und sollen den Erdboden so wie seine Schätze und Erzeugnisse dem Eigenthume nach unter sich vertheilen, auf dafs sie, der Früchte ihrer Arbeit gewifs, unverdrossen die Arbeit verrichten, welche sie, um ihre Bedürfnisse desto reichlicher und vollkommener zu befriedigen, auf den Erdboden und seine Produkte zu verwenden haben. Auf diesen Rechtsgrund kann sich ein Volk für das Eigenthum an dem Lande, das es in Besitz genommen hat, in so fern berufen, als es das Land urbar und sonst wohnlicher gemacht hat. Es kann sich auf diesen Rechtsgrund desto mehr berufen, je gröfser das Kapital ist, welches das Volk in dem Lande angelegt hat. — Dagegen läfst sich die ursprüngliche Erwerbung eines Landes nicht schon auf die Rechtsregel gründen: Eine herrenlose Sache gehört dem, welcher sich die Sache zuerst zueignet. (*Res nullius cedit primo occupanti.*) Allerdings kann man sich nicht eine Sache zueignen, welche schon ihren Herrn hat. Aber darin, dafs eine Sache herrenlos ist, liegt noch nicht ein Grund, warum ein Einzelner, z. B. ein Volk, durch sein Machtwort alle Andere von der Erwerbung der Sache ausschliessen könnte. Daher ist das Europäische Völkerrecht im Irrthume, wenn es, was Länder oder Inseln betrifft, welche von einer Europäischen Macht in andern Welttheilen entdeckt werden, das Recht der ersten Entdeckung und Besitznahme unbedingt d. i. selbst in dem Falle für gültig erachtet, da das Volk, welches die Entdeckung gemacht hat, in dem Lande oder auf der Insel keine Ansiedelung (oder Kolonie) stiftet. ²⁾

1) S. Bd. IV. S. 148.

2) Vgl. über dieses Recht der ersten Entdeckung und Besitznahme, welches so manche Streitigkeiten unter den Europäischen Mächten veranlafst hat, Story, commentaries on the constitution of the United States. I, 5. — Ich setze übrigens im Texte voraus, dafs das entdeckte Land oder die entdeckte Insel noch unbewohnt ist. In dem entgegengesetzten Falle ist die Besitznahme schon aus einem andern Grunde widerrechtlich. Dann ist das Land oder die Insel nicht mehr eine *res nullius*.

Der erste der obigen Gründe ist schon für sich hinreichend, die ursprüngliche Erwerbung eines Landes zu rechtfertigen. Nicht deswegen sind die Menschen rechtlich verpflichtet, sich zu Völkern zu schaaren, weil der Erdboden, seine Schätze und Erzeugnisse Arbeit von ihnen fordern, sondern weil sie unter sich selbst ein dem Rechtsgesetze entsprechendes geselliges Verhältniß verwirklichen sollen. Nicht deswegen also hat ein Volk ein Eigenthum an dem von ihm in Besitz genommenen Lande, weil es Arbeit auf das Land verwendet hat, sondern deswegen, weil es ohne ein Land nicht wegen seiner Existenz gesichert seyn würde. Allemal aber erhält das Eigenthum am Lande durch die Arbeit, welche das Volk auf das Land verwendet, eine neue — sowohl eine rechtliche als eine moralische — Sanktion. ¹⁾ Denn ein Volk, welches sein Land auf eine der Beschaffenheit desselben entsprechende Weise bebaut und benutzt, verdient sein Land zu besitzen. Der Besitzstand eines solchen Volkes ist auch in den Augen anderer Völker ehrwürdiger, oder man müßte, (gegen das Zeugniß der Geschichte,) moralischen Ideen allen Einfluß auf die Handlungsweise der Völker absprechen. Sollte auch ein solches Volk seine Selbstständigkeit verlieren, so darf es doch hoffen, daß den gewesenen Gemeindegliedern, als Einzelnen, der Besitz des Grundes und des Bodens ganz oder größtentheils verbleiben werde.

Die Völker sind berechtigt, einen jeden Theil der Erdoberfläche in Besitz zu nehmen, ausgenommen das Weltmeer. Wie dem Staatsrechte nach Straßen und schiffbare Flüsse dem gemeinen Gebrauche vorzubehalten sind, so fordert das Völkerrecht, daß das Weltmeer, — diese von der Natur selbst gebahnte Straßse, auf welcher allein alle Völker der Erde zu einander gelangen können, — das Gemeingut der Völker bleibe. ²⁾ — Wenn aber ein jedes

1) Vgl. Bd. IV. S. 156.

2) Ueber die Ausnahmen, welche das Europäische Völkerrecht (aus mehreren und besonderen Gründen) von der Regel macht, daß

Volk, welches vermöge der Lage seines Landes das Weltmeer beschiffen kann, dieses gleich als eine öffentliche Strafe zu benutzen berechtigt ist, so müssen auch die Seeschiffe, welche unter der Flagge eines Volkes segeln, in der Eigenschaft schwimmender Inseln derselben Unverletzlichkeit, wie das feste Land des Volkes, genießen. Eben so könnte man aus der Eigenschaft, welche das Weltmeer als ein Gemeingut der menschlichen Gesellschaft hat, die Folgerung ziehn, daß Seeschiffe, welche ihre eigene Flagge führen, gleich als selbständige Länder, die Mannschaften dieser Schiffe gleich als Wandervölker zu betrachten wären, auch angenommen, daß die Mannschaften dieser Schiffe gegen die Schiffe aller andern Völker Krieg führten. Gleichwohl gestattet das Europäische Völkerrecht, Seeschiffe dieser Art, wenn sie, um Beute zu machen, ausgerüstet sind, als Räuberherbergen, und die, von welchen sie bemannt sind, (nicht nach dem Kriegesrechte, sondern) als Seeräuber d. i. als Verbrecher zu behandeln, welche die Macht, die ihrer habhaft wird, zu richten und zu bestrafen befugt ist. Und mit Grund! Die Mannschaft eines solchen Schiffes führt mit allen die See befahrenden Völkern einen Krieg, der sich durch nichts rechtfertigen läßt. Unterliegt sie in diesem Kriege, so darf gegen sie das Kriegesrecht in seiner ganzen Strenge in Vollziehung gesetzt werden. Schon das ist eine Milderung dieses Rechts, daß Seeräuber, wenn auch nach einem ihnen fremden Gesetze, gerichtet und nicht ohne Urtheil und Recht hingerichtet werden. *)

das Weltmeer das Gemeingut der Völker sey, s. Jam. Kent, commentaries on American law. T. I. (Newyork 1826.) S. 25. Wheaton, elements of international law. T. I. chap. 4.

*) Kent in dem a. W. I, 171 ff.

II. Von den

Rechten, welche einem Volke kraft des Eigenthumes an dem Lande, das es in Besitz genommen hat, zustehn.

Das Eigenthum, welches ein Volk an seinem Lande hat, enthält ganz dieselben Rechte, wie das Eigenthum an Grund und Boden überhaupt.

Dem Völkerrechte nach also kann ein Volk sein Land oder einen Theil seines Landes ganz so veräußern, wie ein Privatmann sein Grundstück ¹⁾, ist derjenige, welcher das Volk im Verhältniß zu andern Völkern überhaupt zu vertreten berechtigt ist, auch bei einer Veräußerung des Landes der rechtmäßige Vertreter des Volkes. Daher ist z. B. in der absoluten Monarchie der Fürst dem Völkerrechte nach befugt, über das Land oder über einen Theil des Landes zum Vortheile eines andern Volkes zu verfügen. Nicht als ob er dem Staatsrechte nach Eigenthümer des Landes wäre. Dem Staatsrechte nach ist der Monarch nur der Landesherr d. i. ist er nur berechtigt, die Pflichten der Unterthanen in Beziehung auf den Grund und Boden des Landes zu bestimmen und geltend zu machen. Er ist dem Staatsrechte nach selbst dann nur der Landesherr, wenn er auch aus einem andern Grunde (kraft eines andern Rechtstitels) ein Eigenthum des bürgerlichen Rechts an dem Lande hätte. ²⁾ Sondern weil er als Souverain zugleich eine andere rechtliche Eigenschaft hat, die eines Vertreters oder Repräsentantens der Volks-

1) Der eine und der andere Fall ist dem Staatsrechte nach einer wesentlichen Umgestaltung der Verfassung nahe verwandt.

2) Daher ist umgekehrt der Satz, daß in der unbeschränkten Monarchie der Fürst das Land zu veräußern befugt sey, nicht auf die sogenannten Patrimonialstaaten zu beschränken. Auch da, wo der Monarch dem bürgerlichen Rechte nach Eigenthümer des Landes ist, ist er dennoch dem Staatsrechte nach nur der Landesherr, wenn es auch in den Staaten dieser Art nicht an einer Verwechselung beider Eigenschaften und an Kollisionen zwischen ihnen fehlen kann. (Daher gab es in Deutschland ehemals Länder, quae, — wie Pütter sich ausdrückte, — modo magis herili regebantur.)

gemeinde. ¹⁾ Jedoch, wenn in irgend einem Falle, (die Verfassung sey übrigens welche sie wolle,) die Pflichten, welche der Souverain als solcher auf sich hat, mit den Rechten, die ihm als dem Vertreter der Volksgemeinde zustehn, kollidiren, so ist es in dem Falle einer Veräußerung des Landes. Denn, indem der Souverain das Land veräußert, entschlägt er sich zugleich der Pflichten, welche ihm, als Souveraine, gegen die Einwohner des Landes oblagen. Daher wird eine solche Veräußerung von der öffentlichen Meinung nur in den Fällen gebilliget, da sie sich durch einen besonderen Grund rechtfertigen läßt; also nur dann, wenn erstens in einem Friedensschlusse eine Provinz — ohne oder gegen eine Vergeltung — abgetreten wird, oder wenn zweitens ein von dem Gebiete eines oder mehrerer anderer Staaten eingeschlossener (eine enclave) oder ein von dem Hauptkörper des Landes entfernt liegender Bezirk der Gegenstand der Abtretung ist, oder wenn drittens ein unbewohnter Theil des Landes veräußert wird. ²⁾ In dem ersten Falle läßt sich die Abtretung als ein für den Frieden gezahlter Preis, also durch einen Nothstand rechtfertigen; in dem zweiten Falle kann man annehmen, daß sie die Zustimmung der unmittelbar Betheiligten für sich habe; in dem dritten Falle, (wenn anders dieser unter die Regel gehört,) kann man sie als eine in dem Interesse des Staatshaushaltes ergriffene Mafsregel betrachten. — Anders urtheilte die öffentliche Meinung, als in den achtziger Jahren des letztverflossenen Jahrhunderts Oesterreich den Plan verfolgte, die Niederlande gegen Baiern zu vertauschen.

Eben so kann ein Volk in seinem Lande, mit Ausschluss eines jeden andern Volkes, schalten und walten, wie es ihm beliebt. Ein jedes Recht des Souveraines

1) S. oben Band I. Buch III. Hptst. 4.

2) Fälle der dritten Art kommen in Europa selten oder nie, desto häufiger in andern Welttheilen, namentlich in Nordamerika, vor. Vgl. *Indian treaties and laws and regulations relating to Indian affairs*, Washington 1827.

ist zugleich ein Recht, welches dem Volke, kraft seines Eigenthumes am Lande, zusteht. Das Grundeigenthum ist an sich — oder im Stande der Natur — die Machtvollkommenheit selbst bezogen auf einen bestimmten Theil des Erdbodens. (Vgl. das nächstfolgende Hauptstück.)

Endlich hat ein Volk, kraft des ihm an seinem Lande zustehenden Eigenthumes, das Recht, einem jeden andern Volke, das sich widerrechtlich in den Besitz des Landes gesetzt hat, dieses zu entwähren. (Jus vindicandi.) Begründet ist dieses Entwährungsrecht, wenn in einem Kriege die eine kriegführende Macht einen Theil des Landes der andern erobert hat ¹⁾, — oder wenn ein Theil des Landes widerrechtlich, (d. i. von dem, welcher das Volk entweder überhaupt nicht oder nicht in dieser Beziehung zu vertreten berechtigt war,) veräußert, — oder wenn durch eine Revolution ein Theil vom Ganzen abgerissen worden ist ²⁾, — oder wenn zwischen zwei Völkern Streitigkeiten wegen der Landesgrenzen obwalten. Dagegen ist der Fall, da ein Volk aus seinem bisherigen Wohnlande auswandert, als ein Verzicht zu beurtheilen, welchen das Volk auf das Eigenthum an diesem Lande geleistet hat. Denn mit welchem Rechte könnte das Volk andere Völker von der Besitzergreifung des Landes ausschließen? — So gewiß aber auch in dem Eigenthume am Lande das Recht enthalten ist, das Land dem widerrechtlichen Besitzer zu entwähren, so ist es doch widerrechtlich, veraltete Ansprüche zu erneuern. ³⁾ Zwar läßt das Natur-

1) Hat sie das Land der andern Macht ganz erobert, so ist der Fall als eine durch äußere Gewalt verursachte Revolution zu betrachten.

2) In diesen Fall greifen jedoch zugleich die von Revolutionen geltenden Grundsätze ein.

3) Napoleon berief sich, als er den Kirchenstaat mit dem Französischen Kaiserreiche vereinigte, unter anderem auf die Widerrechtlichkeit der Schenkungen Pipins und Karls des Großen, welchen der Kirchenstaat seine Entstehung verdanke! Ein Gewaltstreich, der beschöniget wird, erbittert desto mehr. Dann kommt zur Gewaltthat noch Verhöhnung hinzu.

recht die zur Ersitzung erforderliche Zeitfrist unbestimmt. Aber unter Völkern soll schon das Rechtens seyn, was der Billigkeit gemäß ist.

Zu Folge der Rechte, welche den Völkern, weil und in wie fern sie Eigenthümer der von ihnen in Besitz genommenen Länder sind, zustehn, kann man den Begriff des Völkerrechts auch so bestimmen: Das Völkerrecht ist das Recht, welches die gegenseitigen Verhältnisse unter Völkern, diese als *Grundeigenthümer* betrachtet, zum Gegenstande hat. Die Selbstständigkeit eines Volkes ist gegen einen jeden physischen Zwang vollkommen gewahrt, wenn und so lange das Volk in seinem Lande ausschliesslich Herr und Meister ist. (Daher bewachen auch die Regierungen die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes billig mit besonderer Eifersucht.)

Diese Ansicht liegt insbesondere auch dem Europäischen Völkerrechte zum Grunde. (Daher setzt die in Europa übliche diplomatische Sprache, wenn sie ein bestimmtes Volk oder den Stellvertreter desselben nennen will, so häufig den Namen des Landes. Sie sagt z. B. Frankreich oder Rußland hat in dem und dem Falle das und das Interesse.) Es steht diese Ansicht in einem wesentlichen Zusammenhange mit den Begriffen, welche einst den Rechten der Völker Deutschen Ursprungs überhaupt zum Grunde lagen. Da diese Rechte den Staat als einen unter den Land- und Grundherren des Landes abgeschlossenen Verein und den Monarchen als den Landesherrn d. i. als den Oberherrn dieser Land- und Grundherren betrachteten ¹⁾, so konnte sich ihnen das Recht, das wir Völkerrecht nennen, nur in der Gestalt eines Rechtes darstellen, welches das gegenseitige Verhältniß unter den Herren verschiedener Länder oder unter diesen Ländern selbst zum Gegenstande habe. ²⁾ Auch das Lehnswesen, eine

1) S. oben Bd. III. S. 156 ff.

2) Dafs diese Ansicht eine den Deutschen eigenthümliche Ansicht ist,

Modifikation der Grundherrlichkeitsverfassung, trug zur Befestigung und zur Verbreitung dieser Vorstellungen das Seinige bei, zumal da es auf das Verhältniß unter den Europäischen Staaten Deutschen Ursprungs unmittelbar angewendet wurde.

An diese Ansicht, welche die Völker Deutscher Nation vom Völkerrechte haben, reihte sich schon frühzeitig eine andere ihr nahe verwandte an. Man betrachtete und man betrachtet in einem gewissen Grade noch jetzt das Völkerrecht als ein Recht, welches die gegenseitigen Verhältnisse der Europäischen Herrschergeschlechter zum Gegenstande hat. — Schon zu der Zeit, da es zuerst in der Geschichte der Deutschen tagt, scheint diese Nation auf Verschwägerungen und Verwandtschaften unter ihren Königs- und Fürstenhäusern ein besonderes Gewicht gelegt zu haben. Denn Tacitus ¹⁾ berichtet, daß, obwohl bei den Deutschen die Einehe Rechtens war, dennoch einige Könige und Fürsten der Nation mehrere ihnen ebenbürtige Gemahlinnen hatten, auf daß die eigene Macht durch die Macht der ihnen verschwägerten Familien verstärkt würde. Eben so wird die politische Wichtigkeit solcher Verschwägerungen durch die Nachrichten beurkundet, welche uns derselbe Schriftsteller von den Familienverhältnissen Armin's aufbewahrt hat. ²⁾ Auch nach der sogenannten gro-

davon kann man sich am besten durch eine Vergleichung jener Ansicht mit den Meinungen anderer Völker überzeugen. Z. B. bei den altgriechischen Schriftstellern ist nicht von dem Kampfe zwischen Griechenland und Persien — sondern zwischen den Griechen oder den Hellenen und den Persern — die Rede. Dieselben Schriftsteller stellen den Peloponnesischen Krieg als einen Kampf zwischen den beiden Hauptstämmen der Griechischen Nation dar. s. Arist. Polit. I, 1. III, 1 — 3. VII, 1. Thucyd. VI, 80. 82. Die Römer hatten nicht einmal einen Namen für ihr Land.

1) Germania c. 18. „Germani prope soli barbarorum singulis uxoribus contenti sunt; exceptis admodum paucis, qui non libidine, sed ob nobilitatem pluribus nuptiis ambiuntur.“

2) Annal. I, 55 ff. Armin hatte die Tochter Segest's geraubt. Daher Haß und Zwietracht zwischen dem Schwiegervater und dem Schwiegersohne; ein Verhältniß, welches auf den Kampf gegen

fsen Völkerwanderung und während des Mittelalters fehlt es nicht an Beispielen, daß die Deutschen Königs- und Fürstenhäuser auf Verschwägerungen unter sich fort-dauernd einen besonderen politischen Werth legten. So bediente sich schon Theodorich, König der Ostgothen, zur Ausführung des Planes, den er verfolgte, unter den süd-europäischen Staaten Deutschen Ursprungs einen dauerhaften Frieden zu stiften ¹⁾, auch des Mittels, daß er Verschwägerungen unter den Königshäusern dieser Staaten zu Stande brachte. ²⁾ Noch entscheidender aber wurden die Familienverhältnisse unter den Europäischen Dynastien für das Europäische Völkerrecht von dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts an. Von dieser Zeit an und bis in die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war in Europa die Eifersucht zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon ein Hauptthema der auswärtigen Politik. Nun hat sich zwar in den neueren und neuesten Zeiten auch in dieser Beziehung nicht wenig in Europa geändert. Die meisten Völker sind auch in den auswärtigen Angelegenheiten — öffentlich oder heimlich — zu einer Stimme gelangt. Weil die großen Staaten größer oder mächtiger, der kleinen Staaten weniger geworden sind, stehen bei einem Kriege größere und allgemeinere Interessen auf dem Spiele. Gleichwohl ist auch jetzt noch nicht, — wie z. B. die Geschichte Napoleon's bezeugt, — das Band zwischen dem Familienrechte der Europäischen Dynastien und dem Europäischen Völkerrechte gänzlich gelöst, noch das Fami-

Rom einen entscheidenden Einfluß gehabt zu haben scheint. Vielleicht würde die Thusnelde eine nicht minder wichtige Rolle in der Geschichte der Deutschen spielen, wie die Helena in der Geschichte der Griechen, — wenn die Nachrichten bei Tacitus mehr, als Bruchstücke, wären. (Caret vate sacro.)

1) Es lag diesem Plane die Idee eines politischen Gleichgewichtes zum Grunde.

2) Rudolph von Habsburg verheirathete seine Töchter mit den weltlichen Churfürsten des Reichs. — Die langwierigen Kriege zwischen England und Frankreich während des Mittelalters waren Familienkriege.

lieninteresse jener Dynastien ohne Einfluss auf die auswärtige Politik. ¹⁾ — Nimmermehr würden Familienverbindungen unter den Herrschergeschlechtern zu dieser politischen Bedeutung in Europa gelangt seyn, wenn nicht bei den Völkern Deutscher Abkunft die Einehe von jeher Rechtens gewesen wäre. Jedoch reicht die Herrschaft dieses Rechts noch nicht hin, die in Frage stehende Thatsache zu erklären. Den Byzantinischen Kaisern z. B. war diese Familienpolitik unbekannt. ²⁾ Eben so wenig geben über jene Thatsache die besondere Achtung, in welcher das weibliche Geschlecht von jeher bei den Deutschen stand ³⁾, und der Geist des Deutschen Familienrechts schon für sich eine genügende Auskunft. Sondern man muß, um den Zusammenhang der Familienverhältnisse unter den Europäischen Herrschergeschlechtern mit den Verhältnissen unter den Europäischen Völkern auf seine Ursachen zurückzuführen, noch überdies die Verfassungen der Staaten Deutschen Ursprungs zu Hülfe nehmen. Fast in allen diesen Staaten gab es einen landsässigen Adel. Obwohl in so viele besondere Körperschaften getheilt, als das Germanische Europa Staaten zählte, bildete er doch, desselben Ursprungs, derselben Gesinnung und Sitte, und ohngefähr derselben Vorrechte theilhaft, zugleich eine einzige große Körperschaft. Wie hätten sich nicht eben so die in diesen Staaten herrschenden Geschlechter als zu einem einzigen Stande, dem hohen Europäischen Adel, gehörend betrachten sollen?

1) Für Deutschland ist dieser Einfluss von besonderer Wichtigkeit. Man könnte eine eigene Abhandlung unter dem Titel schreiben: *De Germania, seminario virginum illustrium*. In den neuesten Zeiten hat man auch die Könige in Deutschland gesucht.

2) Vgl. *Luitprandi legatio ad Nicephorum Phocam*. p. 136 ff. (In ej. Opp. Antwerp. 1640.) Luitprand hatte unter anderem den Auftrag, um die Griechische Prinzessin Theophania für Otto II. anzuhalten.

3) Tacit. Germ. c. 8. „Inesse quin etiam sanctum aliquid et providum foeminis putant.“ (Eine kaum erklärbare Eigenthümlichkeit des Deutschen Nationalcharakters!)

Nicht gering sind die Vortheile anzuschlagen, welche die Ansicht, — daß das Europäische Völkerrecht als ein Recht zu betrachten sey, welches das gegenseitige Verhältniß unter den Europäischen Herrschergeschlechtern zum Gegenstande habe, — für die Europäische Menschheit gehabt hat. Der Standes- d. i. der Adelsgeist, welcher in diesen Geschlechtern, dem hohen Germanisch-Europäischen Adel, herrschte, (er war derselben Art, wie der, welcher den niederen oder grundherrlichen Adel in dem Germanischen Europa charakterisirte,) hatte in völkerrechtlicher Hinsicht sehr wohlthätige Folgen. Er führte zu einer gewissen Mäßigung bei der Verhandlung völkerrechtlicher Angelegenheiten. Die Souveraine der Germanischen Staaten redeten einander mit Verwandtschaftsnamen an, sie bezeugten einander ihre Theilnahme bei besonders erfreulichen oder schmerzlichen Familienereignissen, auch sonst fehlte es nicht an Veranlassungen zu freundlichen Mittheilungen unter ihnen; wie hätten sie also bei diplomatischen Verhandlungen, und selbst in Kriegzeiten, des Anstandes gänzlich vergessen können, welchen Standes- und Familienverhältnisse ihnen gegenseitig zur Pflicht machten? Die Standes- und die Herrscherrechte eines Souverains waren einander zu nahe verwandt, als daß sich die Achtung für jene von der Achtung für diese gänzlich losreißen konnte. Derselbe in den Dynastien der Germanischen Staaten herrschende Adels- und Familiengeist sicherte überdies die einzelnen Souveraine, auch die minder mächtigen, in dem Besitze ihrer Länder. (Mit andern Worten, es stand dieser Geist mit dem Principe der Legitimität in einem wesentlichen Zusammenhange.) Denn, wenn auch ein Erbadel seine Stufen haben kann, so kann doch diese Abstufung, was die wesentlichen Rechte des Adels betrifft, der Gleichheit und Ebenbürtigkeit seiner Mitglieder keinen Eintrag thun. Daher hatten, aus dem vorliegenden Grunde, alle Europäische Souveraine, (so ungleich sie auch der Macht nach einander seyn mochten, denselben Anspruch auf Ach-

tung für die Hoheit über ihre Länder; was für den politischen Zustand unseres Welttheiles eine um so gröfsere Bedeutung hatte, je ungleicher der Europäische Boden unter die einzelnen Völker und Völkerschaften und deren Souveraine vertheilt war. ¹⁾ Andererseits ist ein Erbadel nicht nur auf diejenigen eifersüchtig, welche zur Aufnahme in seine Körperschaft, sey es durch Verdienst oder durch Glück, gelangt sind, sondern auch auf diejenigen, welche, obwohl der Geburt nach Standesgenossen, dennoch eine die Rechtsgleichheit aller Standesgenossen bedrohende Macht an sich reißen wollen. Dieselbe Eifersucht war eine der Ursachen, warum, wenn ein Emporkömmling oder ein Eroberer den Besitzstand anderer Souveraine bedrohte, allemal der hohe Germanisch - Europäische Adel den herkömmlichen Besitzstand aufrecht zu erhalten suchte. (Napoleon. — Ludwig XIV. Friedrich II.) Endlich kann man von der in Frage stehenden Eigenthümlichkeit des Europäischen Völkerrechts auch das rühmen, dafs sie das Eigenthum am Lande unmittelbar unter den Schutz der Grundsätze stellte, durch welche das Deutsche Recht das Grundeigenthum überhaupt vorzugsweise heiligt.

Dieselbe Eigenthümlichkeit des Europäischen Völkerrechts hat jedoch auch ihre Schattenseite. — Wenn auch das Eigenthum am Lande von der Hoheit über das Staatsgebiet wesentlich verschieden ist, und wenn auch dem Souveraine, — dem Monarchen ²⁾, — nicht deswegen, weil er dem Völkerrechte nach Eigenthümer des Landes ist, auch dem Staatsrechte nach ein Eigenthum an dem Staatsgebiete zusteht, so kann doch ein Völkerrecht, welches, wie das Europäische, das Verhältnifs unter Völkern als ein Verhältnifs unter Grundeigenthümern betrachtet,

1) In den neueren und neuesten Zeiten haben aus der oben angegebenen Ursache die kleinen Staaten diese Stütze in einem gewissen Grade verloren.

2) Ich beschränke den Satz auf einen Monarchen, weil in der Monarchie die Verwechslung beider Begriffe besonders zu befürchten ist.

leicht zu einer Verwechslung zwischen jenen beiden Begriffen d. i. zu dem Irrthume verleiten, als ob der Souverain auch über das Staatsgebiet und in demselben die in dem Eigenthume enthaltenen Rechte ausüben könnte. Und das Europäische Völkerrecht hat nur zu sehr Veranlassung zu diesem Irrthume gegeben. Wie hätte man sonst z. B. auf den Gedanken verfallen können, ein Land zum Gegenstande einer Belehnung zu machen? — Eben so war der Einfluss, welchen die verwandtschaftlichen Verhältnisse unter den Europäischen Herrschergeschlechtern auf die auswärtigen Verhältnisse der Europäischen Staaten hatten, für die Völker Europa's vielleicht nicht weniger nachtheilig, als vortheilhaft. Ein Familienzweist oder die Eifersucht zwischen zwei mächtigen Herrschergeschlechtern wurde nicht selten Veranlassung zu einem blutigen Kampfe. Oder es wurden Streitigkeiten über das Recht zur Regierungsnachfolge, z. B. wenn die Dynastie im Mannsstamme erlosch, — Streitigkeiten, welche an sich nur die inneren Angelegenheiten eines Staates betrafen und in dieser Eigenschaft innerhalb dieses Staates zu erledigen waren, — in völkerrechtliche Streitfragen verwandelt. (Spanischer — Oesterreichischer Erbfolgekrieg.)

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

*Von dem
Rechte der Dienstbarkeit,
welches
einem Volke an dem Lande eines andern Volkes
zustehn kann*

Man pflegt mit dem Namen der völkerrechtlichen Dienstbarkeiten zwei wesentlich verschiedene Lasten zu bezeichnen *), — die Landesdienstbarkeiten, Be-

*) *Servitutes juris gentium s. juris publici.* — Noch weniger ist eine andere (allgemein übliche) Terminologie zu billigen, welche, ohne beide Arten von einander zu unterscheiden, alle diese Dienstbarkeiten Staatsdienstbarkeiten nennt.

schränkungen, welchen die Eigenthumsrechte eines Volks an seinem Lande, und Staatsdienstbarkeiten, Beschränkungen, welchen die Hoheitsrechte des Staatsherrschers kraft eines einem andern Volke — beziehungsweise an dem Lande oder an dem Staatsgebiete des belasteten Theiles — zustehenden dinglichen Rechts unterworfen sind. Z. B. Die *servitus viae militaris* gehört in die erste, das Recht eines Staates, in dem Gebiete eines andern Staates eine Gerichtsbarkeit auszuüben, gehört in die zweite Klasse der völkerrechtlichen Dienstbarkeiten.¹⁾

Die Landesdienstbarkeiten sind ganz in demselben Sinne dingliche Rechte an einer fremden Sache, an dem Grund und Boden des Landes eines andern Volkes, in welchem das bürgerliche Recht die Worte: Dienstbarkeiten, Grunddienstbarkeiten, gebraucht.²⁾ Eben so ist der Grund, mit welchem sich die Landesdienstbarkeiten, obwohl Beschränkungen des Grundeigenthumes, rechtfertigen lassen, identisch mit dem, aus welchem das bürgerliche Recht die Zulässigkeit der Grunddienstbarkeiten ableitete. Die Vertheilung der Erde unter mehrere Völker kann eben so, wie die Vertheilung des Bodens eines und desselben Landes unter die einzelnen Bürger, die Folge haben, daß der eine oder der andere Theil entweder schlechthin nicht oder nicht gehörig benutzt werden kann, wenn nicht mit dem Eigenthume an demselben ein Recht der Dienstbarkeit verbunden wird. Da muß es also den Eigenthümern der Theile des ursprünglichen Ganzen freistehn, einander Dienstbarkeiten zu verwilligen. Die Verhältnisse können sich in der Erfahrung sogar so stellen, daß ein Volk gegen das andere schon von Rechts wegen eine gewisse Landesdienstbarkeit in Anspruch nehmen kann. So hat z. B. die Schlußakte des Wiener Kongresses, indem sie festsetzt, daß

1) Mehrere andere Beispiele von völkerrechtlichen Dienstbarkeiten s. in Klüber's Europ. Völkerrechte. §. 137. Nur sind sie nicht nach der Klassenverschiedenheit solcher Dienstbarkeiten geordnet.

2) S. Bd. IV. S. 166 ff.

Flüsse, welche zwei Länder von einander scheiden oder mehrere Länder nach einander durchströmen, den sämtlichen Uferbewohnern zur Beschiffung offen seyn sollen, wohl nur einen Grundsatz ausgesprochen und bekräftiget, welcher schon an sich Rechtens ist. *) Und eben so kann ein Uferstaat, welcher durch einen Flußbau, den ein anderer Uferstaat beabsichtigt oder unternimmt, mit einer Ueberschwemmung bedroht wird, schon kraft eigenen Rechts Einsprache thun. — Mit einem Worte also, von den Landesdienstbarkeiten gelten schlechthin die Grundsätze, welche das bürgerliche Recht von den Grunddienstbarkeiten aufstellt, wenn auch zwischen der einen und der andern Art der — politische — Unterschied eintritt, daß eine Regierung, indem sie eine Landesdienstbarkeit bestellt, mittelbar zugleich der Staatshoheit Fesseln anlegt.

Dagegen haben die so genannten Staatsdienstbarkeiten nur um deswillen und nur in so fern etwas von der Natur einer Dienstbarkeit, weil und in wie fern sie — nach der Absicht der Partheien — bleibende Lasten sind. Im übrigen beruhen sie weder auf einem dinglichen Rechte überhaupt noch auf einem dinglichen Rechte an einer Sache. Ihr Gegenstand ist nicht das Land, sondern die Landeshoheit oder die Machtvollkommenheit in ihrer Beziehung auf das Staatsgebiet. Staatsdienstbarkeiten sind Vertragsverbindlichkeiten und als solche nach den von Verträgen unter Völkern überhaupt geltenden Grundsätzen zu beurtheilen.

*) *Cremér van den Bergh, historia novarum legum de fluminum communium navigatione. Leyden 1835.*

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von dem Pfandrechte in seiner Anwendung auf das Verhältniß unter Völkern.

Eine Regierung kann eine ihr als Sondereigenthum gehörende bewegliche oder unbewegliche Sache eben so wohl einer andern Regierung, als einem Privatmanne, verpfänden. Eine solche Verpfändung ist schlechthin nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts zu beurtheilen.

Dagegen kann der Pfandvertrag, diesen Vertrag im Sinne des bürgerlichen Rechts gedeutet, wenn er unter Völkern abgeschlossen wird, nicht das Land oder einen Theil des Landes zum Gegenstande haben. Denn ein Volk würde seine Selbstständigkeit geradezu aufopfern, es würde sich zu einem Zubehöre des Landes, das es sich zugeeignet hat, herabwürdigen, wenn es an seinem Lande einem andern Volke das Recht einräumen wollte, welches dem bürgerlichen Rechte nach dem Pfandgläubiger zusteht, das Recht, sich durch die Veräußerung des Landes oder sonst mit dem Lande bezahlt zu machen. Ein solcher Vertrag würde eben so wenig mit den Grundsätzen des Völkerrechts als mit denen des Staatsrechts vereinbar seyn.

Mit diesem Falle ist jedoch nicht der Fall zu verwechseln, da ein Volk, sey es um einer Beeinträchtigung seiner Rechte vorzubeugen oder um für ein ihm widerfahrnes Unrecht Genugthuung zu erhalten, das Land eines andern Volkes in Beschlag nimmt oder in einem eroberten Lande nach wiederhergestelltem Frieden einstweilen eine Besatzung zurückläßt. *) In diesem Falle ist nicht von der Erwerbung eines Pfandrechts in der civilrechtlichen Bedeutung des Worts, sondern von einer Sicherheitsmaßregel die Frage, welche das Volk, das von ihr Gebrauch macht, kraft eigenen Rechts zu ergreifen befugt ist.

*) Chursachsen zu Anfang des siebenjährigen Krieges. — Frankreich im Jahre 1815.

Auch angenommen, daß dieses Volk wegen dieser Mafsregel einen Vertrag mit der Gegenparthei abschließt, so ist doch dieser Vertrag nicht als ein Pfandvertrag des bürgerlichen Rechts sondern kraft des Rechts, welches durch ihn anerkannt wird, verpflichtend.

ZWEITE ABTHEILUNG.

Von dem
Rechtsverhältnisse zwischen Kolonien und dem Mutterlande. ¹⁾

Wie das Kind von seinen Eltern so stammt eine Kolonie von der Nation ab, welche sie gestiftet oder von welcher sie sich abgelöst hat. Die Menschengattung erneuert und vermehrt sich durch Zeugungen. Aus Kolonien entstehen neue Staaten und Völker. Betrachtet man daher das Verhältniß zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonien als ein thatsächliches Verhältniß oder aus dem Standpunkte der Naturlehre, so ist es demjenigen zu vergleichen, welches zwischen Eltern und Kindern eintritt.

Aber auch in rechtlicher Hinsicht ist das erstere Verhältniß dem letzteren gleichzustellen. So wie das Interesse der Kinder der Mafsstab der elterlichen Gewalt ist, so ist das Interesse der Kolonien der Mafsstab der Pflichten und Rechte, welche das Mutterland im Verhältniß zu seinen Kolonien hat. ²⁾ Das Kind ist ein werdender Mensch, die Kolonie

1) S. oben Bd. III. S. 13 ff. — On the colonial policy of the ancients. By W. J. Buttler. Lond. 1840. — Martin, history of the British colonies. Lond. IV Vol. — Die Briten haben in den neuesten Zeiten so große Fortschritte in der Kolonialpolitik gemacht, daß man bei der vorliegenden Lehre besonders die Werke Englischer Schriftsteller zu Rathe zu ziehen hat. Vgl. Martin, colonial policy of the British Empire. — Responsible government for colonies. Lond. 1840.

2) So wie das Verhältniß der Kinder zu den Eltern ein Mittelding zwischen Selbstständigkeit und Abhängigkeit ist, so schwebt auch

ein werdendes Volk. Beide können die Hülfe, deren sie bedürfen, um ihre Bestimmung zu erfüllen, von denen verlangen, welche sie ins Daseyn gerufen haben. Diese haben über beide nur die Rechte, welche sie haben müssen, um jene Hülfe leisten zu können.

Hieraus folgt: Wenn eine Kolonie schon bei ihrer Entstehung nicht des Schutzes und Beistandes des Mutterlandes bedarf, so handelt das Mutterland, (die Metropolis,) widerrechtlich, wenn es sich dennoch eine Herrschaft über die Kolonie anmaßt. Die Griechen statteten ihre Kolonien so aus, daß sich diese sofort als selbstständige Gemeinwesen behaupten konnten. Zwar bestand fortdauernd eine Verbindung zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonien. Aber diese Verbindung hatte nur die Einheit der Abstammung und die zwischen beiden Theilen eintretende Gemeinschaft der Rechte, Sitten und Gebräuche zur Grundlage. Auch aus der Geschichte der neuesten Zeit kann man einige Beispiele entlehnen, daß, unter besonderen Umständen, Kolonien sofort in der Eigenschaft selbstständiger Staaten gegründet wurden. (Liberia in Afrika. Kolonie in Port Natal. Die Englischen Ansiedelungen in Neuseeland sind erst im Jahre 1840 unter die Herrschaft des Mutterlandes gestellt worden.) Vielleicht ein Vorzeichen, daß der Europäischen Kolonialpolitik eine wesentliche Veränderung bevorsteht! — Auch angenommen, daß eine Kolonie, um zu gedeihen, der Herrschaft des Mutterlandes unterworfen bleiben muß, so soll doch diese Abhängigkeit der Kolonie, so lange sie dauert, mit dem jeweiligen Bedürfnisse der Kolonie in Verhältniß stehn, mithin, so wie sich dieses Bedürfnis nach und nach vermindert, stufenweise abnehmen, zu keiner Zeit aber die Folge haben, daß die Kolo-

das Verhältniß der Kolonien zu dem Mutterlande zwischen einem völkerrechtlichen und einem staatsrechtlichen Verhältnisse in der Mitte.

nie von dem Mutterlande nur gleich als ein nutzbares Besitzthum ausgebeutet wird. Denn ganz so haben auch Eltern die Gewalt, die ihnen über ihre Kinder zusteht, in dem Verhältnisse zu ermäßigen, in welchem das Kind älter wird, überhaupt aber das Kind, nicht um es zu benutzen, sondern seiner Bestimmung gemäß zu erziehn. Die Britischen Kolonien erhalten von dem Mutterlande, entweder gleich anfangs *) oder sobald sie für eine gewisse Selbstständigkeit reif geworden sind, eine der Verfassung Großbritanniens nachgebildete Verfassung. Und wenn auch das Britische Kolonialrecht dem vorliegenden Grundsatz nur in dieser Beziehung entspricht, so steht es doch schon deswegen mit der Bestimmung, welche ein jedes Kolonialsystem erfüllen soll, in einem wesentlichen Zusammenhange. — Diese Bestimmung ist, daß Kolonien, wenn sie nicht gleich anfangs als vom Mutterlande unabhängige Gemeinwesen gegründet werden, mit der Zeit zu selbstständigen Staaten und Völkern heranwachsen sollen. (Was die Kolonien der Europäischen Völker betrifft, reiht sich an diese Bestimmung noch die, daß diese Kolonien Europäische Cultur und Civilisation, — vielleicht auch die Europäische Menschenrasse — über andere Theile der Erde verbreiten sollen.) Wenn daher eine Kolonie, welche bisher in ihrem eigenen Interesse die Herrschaft des Mutterlandes über sich anerkannte, in *dem* Grade erstarkt ist, daß sie sich als ein selbstständiger Staat durch eigene Kraft zu vertheidigen vermag, so ist die Zeit gekommen, daß das Mutterland die Kolonie zu *emancipiren* d. i. sich seiner Gewalt über die Kolonie zu begeben hat. Ganz so hat auch die elterliche Gewalt ihr Ziel erreicht, sobald das Kind zu seinen Jahren gekommen ist. Wird das Mutterland nicht gewahr, daß jene Zeit da sey, so entsteht über kurz oder über lang ein Bürgerkrieg,

*) So die Kolonien, aus welchen die Vereinigten Staaten von Nordamerika erwachsen sind. — Das Britische Ostindien ist nicht eine Kolonie, sondern eine Eroberung der Briten.

ein Krieg zwischen dem Mutterlande und der Kolonie, ein Krieg, in welchem denn doch das Recht mehr auf der Seite der letzteren als auf der der ersteren Parthei seyn möchte. Und so vortheilhaft auch eine friedliche Lösung der bisherigen Bande für beide Theile seyn würde, so ist sie doch mehr zu wünschen als zu hoffen. Auch Eltern verfallen oft genug in den Fehler, ihren Kindern gebieten zu wollen, wenn sie ihnen nur noch rathen können.

In der Geschichte der Kolonien, welche von den Völkern des heutigen Europa gegründet worden sind, spielt das Handelsinteresse dieser Völker eine besonders wichtige Rolle. Bisher hat dieses Interesse mehr zur Verkenning als zur Anerkennung der Rechtsgrundsätze beigetragen, nach welchen das Verhältniß zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonien zu beurtheilen ist. Jedoch dasselbe Interesse läßt auch eine andere Deutung zu. Und seitdem sich die Europäischen Kolonien in Nord- und in Südamerika größtentheils von Europa unabhängig gemacht haben, hat auch für das Europäische Kolonialrecht eine neue Zeit begonnen.

DRITTE ABTHEILUNG.

Von den

Rechten, welche ein Volk gegen das andere durch Verträge erwerben kann.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Grundsätze,

welche

von den Verträgen unter Völkern überhaupt gelten.

Ein Volk ist schon seinem Wesen nach sowohl physisch als faktisch befähiget, Verträge mit andern Völkern abzuschließen. Die Frage also: Wer ist zur Abschließung eines Vertrages befähiget? wiederholt sich im Völkerrechte nur in Beziehung auf diejenigen, welche das den

Vertrag abschliessende Volk zu vertreten befugt sind. In so fern aber ist die Antwort auf diese Frage aus dem Verfassungsrechte des Volkes zu entlehnen. Uebrigens haben die Verfassungsgesetze dieses Vertretungsrecht so wenig, als möglich, an lästige Bedingungen und Formen zu binden. Denn auf diplomatische Unterhandlungen ist die *Maxime* vorzugsweise anwendbar: *Rapienda est occasio, quae benignius responsum praebet.* Auch bedürfen die Politik — und die Liebe — oft genug des Geheimnisses, weil beide nicht selten auf Nebenwegen sind. ¹⁾

Auch Verträge unter Völkern sind als nicht geschlossen zu betrachten, wenn die eine oder die andere Parthei aus Irrthum eingewilliget hat. ²⁾ Jedoch kann, wenigstens in Europa, nicht leicht der Fall eintreten, daß sich ein Volk der Vollziehung eines Vertrages aus dem Grunde weigerte, weil es zur Abschließung des Vertrages durch einen Irrthum bestimmt worden sey. Nicht genug, daß, ehe ein Vertrag unter solchen Partheien abgeschlossen wird, Alles aufs reiflichste und von Männern, welchen man die zu dem Geschäfte erforderlichen Kenntnisse und Einsichten zutrauen kann, erwogen wird. Auch wenn sich eine Regierung in den Berechnungen geirrt hätte, welche sie zur Abschließung des Vertrages bestimmten, würde sie noch immer, aus Achtung für sich selbst, Bedenken tragen, den Irrthum einzugestehn. Es giebt übrigens Verträge, bei deren Abschließung die Regierung der Gefahr,

1) Nach der Deutschen Reichsverfassung konnte der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstages Frieden schließen etc. (Wahlkap. IV, 2. 11.) Und was waren die Folgen? — Daß in der konstitutionellen Monarchie völkerrechtliche Verträge, welche zu einer Geldzahlung verpflichten, nicht ohne Zustimmung der Kammern rechtskräftig sind, gehört keinesweges zu den Glanzseiten dieser Verfassung.

2) Wer bei einem Vertrage überlistet worden ist, war in einem Irrthume. Er ist nicht, weil er überlistet worden ist, sondern weil und in wie fern er sich geirrt hat, an den Vertrag nicht gebunden. — Es wird daher hier von der Ueberlistung nicht weiter die Rede seyn.

sich zu irren, besonders ausgesetzt ist. Verträge dieser Art sind z. B. die, durch welche sich die Partheien die Herabsetzung der auf die Einfuhr gewisser Waaren gelegten Zölle gegenseitig bedingen. Da ist es rathsam, die verbindende Kraft des Vertrages auf eine bestimmte Frist zu beschränken.

Die Einrede der erzwungenen Einwilligung*) kann zwar auch gegen einen Vertrag, welchen selbstständige Völker, (Völker im Stande der Natur,) mit einander abgeschlossen haben, geltend gemacht werden. Wenn aber die Parthei, welche den Zwang angewendet hat, erwidert, daß sie nur von einem rechtmässigen Zwange Gebrauch gemacht habe, so löst sich der Streit in den über die Rechtmässigkeit eines Krieges auf. — Dagegen ist ein unter Völkern abgeschlossener Vertrag seinem Wesen nach ungültig, wenn derjenige, welcher das eine oder das andere Volk vertrat, (z. B. der Monarch oder sein Gesandter,) nicht für seine Person frei war. In diesem Falle steht in der That nicht die Einrede der erzwungenen Einwilligung sondern die des ermangelnden Vertretungsrechts, (gleichsam die *exceptio deficientis legitimisationis ad processum*,) in Frage. Als Franz I, König von Frankreich, den Vertrag widerrief, den er, (nach der Schlacht bei Pavia,) ein Gefangener, mit dem Kaiser Karl V. abgeschlossen hatte, gieng er mit Recht von dem Grundsätze aus, daß ein Fürst auch *de jure* nicht mehr Fürst oder Souverain sey, wenn er *de facto* nicht mehr die Macht habe, als Fürst zu gebieten. Zur Beseitigung derselben Einrede wurde es von dem Wiener Kongresse (1815) für nothwendig erachtet, daß der König von Sachsen, ehe er den Vertrag wegen der Theilung Sachsens unterzeichnete, aus dem Lande, in welchem er bisher als Gefangener enthalten worden war, in den Oesterreichischen Kaiserstaat versetzt würde.

*) Irrthum und Zwang sind zwei von einander wesentlich verschiedene *vitia consensus*. *Error ad factum, vis ad jus pertinet.*

Verträge unter Völkern sind zwar nicht schon von Rechtswegen an eine gewisse äußere Form gebunden. Jedoch war eine der ersten Anwendungen, welche man von einer Schrift machte, immer die, daß man diese so wichtigen Verträge aufzeichnete, auf daß der Gefahr eines Streites über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der Vertrag abgeschlossen worden sey, desto sicherer vorgebeugt würde. *) — In Europa pflegen die verschiedenen Stipulationen eines Vertrages unter Völkern in so viele Artikel eingekleidet zu werden, weil diese Fassung von der fortlaufenden Rede den Vorzug hat, daß sie den Vertrag mehr zusammenzudrängen gestattet und selbst nöthiget. Auch wird, wenn eine Vertragsurkunde von den Gesandten der Partheien unterzeichnet wird, den kontrahirenden Mächten selbst noch die Ratifikation vorbehalten, auf daß der Vertrag, da er erst nach einer nochmaligen Prüfung und Unterzeichnung verbindende Kraft erhält, desto gewissenhafter gehalten werde.

Endlich: ein Vertrag unter Völkern ist nur unter der Bedingung verpflichtend, daß er eine sowohl an sich als beziehungsweise — in Beziehung auf die Partheien und in Beziehung auf dritte Völker — rechtmäßige Leistung zum Gegenstande hat. Es ist also z. B. ein Vertrag ungültig, in welchem der Vertreter des einen oder der des andern Volks, (also in der Monarchie der Fürst,) ein Versprechen leistet oder annimmt, welches er nach den Verfassungsgesetzen des Volkes, das er vertritt, nicht leisten oder nicht annehmen konnte; und eben so ein Vertrag, durch welchen die Vertragsverbindlichkeiten verletzt werden, die der einen oder der andern Parthei gegen ein drittes Volk obliegen.

*) Nach einer Nachricht in v. Langsdorf's Reise um die Welt sind auf mehreren Inseln der Südsee die Häuptlinge deswegen so reich tätowirt, weil sie durch die ihnen eingeätzten Figuren das Andenken an die Verträge aufbewahren, welche der Stamm mit andern Stämmen abgeschlossen hat. (Glücklicher sind die Europäischen Diplomaten.)

Jedoch, ein Vertrag kann allen diesen Bedingungen entsprechen, (sie sind insgesamt nur negative Bedingungen, nur *conditiones sine quibus non*,) gleichwohl ist er, dem Naturrechte nach, deshalb noch nicht verpflichtend. Denn, — wie in einer andern Stelle dieses Werkes gezeigt worden ist, *) — dem Naturrechte nach hat ein Vertrag nicht schon als solcher d. i. nicht schon als ein gegebenes und angenommenes Versprechen, sondern nur vermöge eines besonderen Verpflichtungsgrundes, (nur *ex causa obligandi speciali*,) verbindende Kraft. Es bleibt also, was Verträge unter Völkern betrifft, ungeachtet der obigen Ausführung, noch immer die Frage übrig: Haben diese Verträge oder haben wenigstens gewisse Arten derselben einen dem Naturrechte nach hinreichenden Verpflichtungsgrund für sich? Von dieser Frage in dem folgenden Hauptstücke d. i. in der Lehre von den verschiedenen Arten der Verträge, mit welchen sie in einem wesentlichen Zusammenhange steht. — Uebrigens ist die Frage selbst in Beziehung auf das Europäische Völkerrecht nicht ohne Interesse. Zwar erklärt dieses Recht einen jeden Vertrag unter Völkern, wenn er nur mit den obigen (blos negativen) Bedingungen übereinstimmt, für verpflichtend. Auch läßt sich diese Vorschrift des Europäischen Völkerrechts auf jeden Fall, d. i. wie man auch jene Frage beantworte, als eine Regel des Schutzrechts und in dem Interesse des unter den Europäischen Völkern zu erhaltenden Friedens vollkommen vertheidigen. Aber nicht so fest steht dieser Grund jener Regel, nicht so unverbrüchlich werden Verträge von den Europäischen Völkern gehalten, daß es in praktischer Hinsicht gleichgültig wäre, ob und wie man die aufgeworfene Frage beantworte. Auch ist mit dieser Frage eine andere verflochten; die Frage: Welche Verträge darf ein Volk abschließen? welche nicht?

Man mag nun entweder Verträge überhaupt oder nur gewisse Arten derselben für verpflichtend erachten, alle-

*) S. Bd. IV. S. 231 ff.

mal liegt in einem Vertrage, dieser seinem Wesen oder dem Naturrechte nach betrachtet, eine Bedingung oder Klausel, welche die Vollziehung eines jeden Vertrages wesentlich gefährdet — die so genannte *clausula rebus sic stantibus*. *) Ein jeder Vertrag setzt eine die Partheien, — beide Partheien oder (bei einseitigen Verträgen) die eine Parthei, — verpflichtende Willenserklärung voraus. Diese aber läßt sich nicht von dem Grunde trennen, welcher die Partheien oder die Parthei, sich zu verpflichten, bestimmt hat. Dieser Grund also ist eine eben so wesentliche Bedingung der verbindenden Kraft des Vertrages, wie die Willenserklärung selbst. Das einmal gegebene Versprechen kann die Parthei nicht zurücknehmen; denn das war ihr Werk. Wenn sich aber in der Folge, ohne Zuthun der Parthei, die Umstände wesentlich verändern, welche der Grund waren, daß die Parthei das Versprechen leistete, so hört das Versprechen mit seinem Grunde zugleich auf, verpflichtend zu seyn. (Es hört nach Naturgesetzen auf, verpflichtend zu seyn. *Cessante causa cessat effectus*.) Allerdings wird durch die in Frage stehende Klausel die verbindende Kraft der Verträge überhaupt erschüttert; daher auch die positiven Gesetze, (z. B. die Römischen,) nur in gewissen Fällen den Partheien gestatten, einen Vertrag wegen einer seit der Abschließung desselben eingetretenen Veränderung der Umstände anzufechten. Aber, was die Vertragsverhältnisse unter selbstständigen Völkern betrifft, hat und behält die Klausel ihre volle Kraft, wenn es auch, da in einem Vertrage alle Verträge angefaßt werden, der Klugheit gemäß ist, diese Klausel nur in den äußersten Fällen geltend zu machen. Die Europäischen Mächte haben sich oft genug auf diese Klausel be-

*) Der Satz gilt nicht bloß von Verträgen unter Völkern, sondern von Verträgen überhaupt, die Partheien seyen welche sie wollen, — wenn er auch hier vorzugsweise in der ersten Beziehung in Betrachtung kommt.

rufen. ¹⁾ Friedrich II. hat sie in seinen Schriften unumwunden gerechtfertiget.

Von jeher hat man auf Mittel Bedacht genommen, wie sich ein Volk von dem andern Sicherheit gegen einen Wortbruch verschaffen könne. — Bald hat man zu diesem Ende die moralisch bindende Kraft des gegebenen Versprechens zu steigern gesucht. Man schloß Verträge z. B. mit gottesdienstlichen Feierlichkeiten ab, auf dafs sie von den Partheien, aus Scheu vor Gott oder vor den Göttern, desto heiliger gehalten würden. ²⁾ Oder man hielt sich von dem schuldenden Theile Bedingungen aus, welche ihn entweder außer Stand setzen oder durch Furcht abhalten könnten, den Vertrag zu verletzen. Man liefs sich also z. B. Geiseln stellen oder das Besatzungsrecht in gewissen festen Plätzen des zweideutigen Schuldners einräumen. — Jedoch die beste Bürgschaft für die Vollziehung eines Vertrages, den ein Volk mit dem andern abgeschlossen hat, ist die, dafs der Vertrag sowohl für die eine als für die andere Vertragsparthei, und ohngefähr in demselben Grade, vortheilhaft ist.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

*Von den
verschiedenen Arten dieser Verträge.*

Die Verträge unter Völkern sind ihrem Gegenstande nach entweder civilrechtliche oder staatsrechtliche oder völkerrechtliche Verträge. Die civilrechtli-

1) Beispiele: Der zweite Schlesische Krieg. — Untergang des Französischen Heeres in Rußland im J. 1812. Hierauf hoben Oesterreich und Preussen das Bündniss auf, das sie mit Frankreich abgeschlossen hatten.

2) Collegium fecialium der Römer. — Im Europäischen Mittelalter: Bestärkung dieser Verträge durch einen Eid, welchen der Vertreter des Volks, mit einer Anzahl von Eideshelfern, leistete. Die Klausel, dafs sich die Parthei, welche den Vertrag verletzen würde, der päpstlichen Strafgerichtsbarkeit unterwerfe.

chen Verträge haben das Sondereigenthum der Regierung oder das Staatsgut ¹⁾, — die staatsrechtlichen haben die Hoheitsrechte — die völkerrechtlichen haben das Verhältniß des Volkes zu andern Völkern (oder die auswärtigen Verhältnisse des Staates) zu ihrem Gegenstande. Diese Verschiedenheit der Verträge unter Völkern bezieht sich zugleich auf die Verschiedenheit der Gründe, aus welchen diese Verträge verpflichtend sind.

I. Von den civil- oder privatrechtlichen Verträgen unter Völkern.

Wenn eine Regierung der andern gewisse Sachen, (z. B. Schiffe, Kriegsvorräthe, ein Grundstück) verkauft oder eine Summe Geld darleiht, oder wenn eine Regierung für ein Darlehn, das eine andere Regierung aufzunehmen gedenkt oder aufgenommen hat, Bürgschaft leistet, oder wenn eine Regierung der andern für eine Schuld durch ein Faustpfand, (z. B. in Juwelen,) Sicherheit bestellt, oder wenn ein Souverain dem andern ein Geschenk macht, — in diesen so wie in allen ähnlichen Fällen gehört der Vertrag in die Klasse der civilrechtlichen Verträge. Denn er hat das Sondergut der Regierung oder das Staatsgut in der engeren Bedeutung, — das Gut, welches die Regierung als ihr Sondereigenthum besitzt oder kraft des Besteuerungsrechts zu ihrem Sondereigenthume machen kann, — zu seinem Gegenstande.

Die Verträge dieser Klasse unterscheiden sich in Beziehung auf ihren Verpflichtungsgrund überall nicht von den Verträgen, welche dem Civilrechte nach von Privatpersonen abgeschlossen werden können. Was also oben ²⁾, in dem allgemeinen bürgerlichen Rechte, von dem Verpflichtungsgrunde der Verträge dieses Rechts gesagt wor-

1) Diese Verträge können ebensowohl auch unter Privatpersonen eingegangen werden. Daher man sie auch privatrechtliche Verträge nennen kann.

2) S. Buch XXIII. S. 231 ff. (des vorliegenden Bandes).

den ist, gilt von denselben Verträgen auch dann, wenn Völker die Vertragspartheien sind. In beiden Fällen gelten überhaupt von diesen Verträgen dieselben Grundsätze, ausgenommen, daß ein Privatmann nur durch richterliche Hülfe ein Volk aber durch Selbsthülfe den Schuldner zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit anhalten kann.

Den Verträgen dieser Klasse sind an sich auch diejenigen Verträge beizuzählen, durch welche eine Regierung eine Anzahl ihrer Unterthanen einer andern Regierung zur Verrichtung gewisser Arbeiten oder zur Leistung gewisser Dienste überläßt; z. B. also die Verträge, durch welche eine Regierung einen Theil ihrer Kriegsmannschaft einer andern Regierung in Sold giebt. Allein Verträge dieser Art haben so wenig einen Verpflichtungsgrund für sich, daß sie vielmehr mit den Pflichten, welche dem Souveraine gegen sein Volk und gegen einen jeden Einzelnen im Volke obliegen, geradezu in Widerspruch stehn. Wohl mag der einzelne Bürger, unbeschadet seines Bürgerrechts, in die Dienste einer andern Regierung treten, selbst Kriegsdienste nicht ausgeschlossen. Wenigstens haben es die Deutschen von jeher*) für erlaubt gehalten, im Auslande Kriegsdienste zu nehmen, damit sie, wenn ihrer dereinst das Vaterland zu seiner Vertheidigung bedürfte, des Krieges desto kundiger wären. Aber, was der einzelne Mensch über sich beschließen darf, darf nicht schon deshalb auch der Staat über ihn beschließen.

II. Von den staatsrechtlichen Verträgen unter Völkern.

Die Verträge dieser Klasse können zuvörderst die Verfassungsangelegenheiten der Vertragspartheien zum Gegenstande haben. Verträge dieser Art sind daher

*) Tacit. German. c. 14. — Andere und strengere (und mithin undeutsche) Ansichten liegen den Verordnungen zum Grunde, welche Napoleon in den letzten Jahren seiner Herrschaft über den Eintritt in auswärtige Civil- und Militärdienste erliefs.

die Verträge, durch welche ein Volk für die Aufrechthaltung der Staatsverfassung oder eines gewissen Bestandtheiles der Staatsverfassung eines andern Volkes Gewährleistet, ferner die Verträge, durch welche sich der eine oder der andere Theil verpflichtet, mit seiner Staatsverfassung eine gewisse Veränderung vorzunehmen. Die deutsche Bundesakte enthält mehrere Beispiele von Stipulationen der einen und der anderen Art. ¹⁾

Sodann aber können die staatsrechtlichen Verträge die Regierungsangelegenheiten der Vertragspartheien betreffen. — Verträge dieser Art sind *erstens* die Verträge, welche die eine Regierung ermächtigen, in dem Gebiete der andern ein gewisses Hoheitsrecht oder auch mehrere Hoheitsrechte auszuüben, welche also z. B. eine so genannte Staatsdienstbarkeit begründen. So hat z. B. in der Türkei ein jeder Handelskonsul die Gerichtsbarkeit über die Unterthanen derjenigen Regierung, welche ihn bestellt hat. ²⁾ — *Zweitens* die Verträge, durch welche eine Regierung in Beziehung auf die Ausübung ihrer Hoheitsrechte gewisse — positive oder negative — Verbindlichkeiten zum Vortheile der andern Vertragsparthei übernimmt. Es können alsdann die bedungenen Verbindlichkeiten *entweder* zum Vortheile der Regierung reichen, welche sie bedungen hat, d. i. zum Vortheile des andern Staats, diesen als ein Ganzes betrachtet. Von dieser Art ist z. B. der Vertrag, welcher eine Regierung in dem Rechte beschränkt, ihre Kriegsflotte oder das Landheer nach Gefallen zu vermehren ³⁾; ferner der Vertrag,

1) S. auch die Schlufsakte des Wiener Kongresses. Art. VI. (Krakau.)

2) Diese Gerichtsbarkeit steht in einem geschichtlichen Zusammenhange mit dem Grundsatz des altdeutschen Rechts, quemlibet lege sua vivere. Vgl. die Reise meines Sohnes in den Orient. Heidelb. 1840. — Desselben Ursprungs ist der privilegierte Gerichtsstand der Engländer in Portugal. — S. auch (von den Vorrechten der Hanse) Dumont, corps diplomatique. T. VI. P. I. p. 406.

3) Die Römer legten diese Bedingung nicht selten einem gedemüthigten Feinde auf. So z. B. den Karthaginiensern in dem Friedensschlusse, welcher den zweiten Punischen Krieg beendigte.

durch welche sich die eine Regierung von der andern die Auslieferung flüchtiger Verbrecher versprechen läßt, eben so der Vertrag, durch welchen sich die eine Regierung verpflichtet, die Strafe der Deportation an denen zu vollziehen, die in dem Lande der andern Regierung zu dieser Strafe verurtheilt werden. ¹⁾ Oder es gereichen die bedungenen Verbindlichkeiten zum Vortheile der einzelnen Unterthanen der Regierung, welcher das Versprechen geleistet worden ist. Beispiele solcher Verträge sind die Verträge, durch welche die Unterthanen beider Mächte entweder in Beziehung auf das Civilrecht überhaupt ²⁾ oder in Beziehung auf gewisse Civilrechte ³⁾ einander gleichgestellt werden, — die, durch welche die Vertragsparteien das Schrifteigenthum gegenseitig in Schutz nehmen ⁴⁾, — die, welche den Handelsverkehr zwischen den kontrahirenden Völkern betreffen. Die zuletzt gedachten Verträge, die Handelsverträge, (*les traités de commerce*,) kommen in der Geschichte der heutigen Europäischen Völker am frühzeitigsten und häufigsten vor. Auch durch den Einfluß, den sie auf die Verhältnisse unter diesen Völkern gehabt haben und noch haben, zeichnen sie sich vor den übrigen die Hoheitsrechte betreffenden Verträgen aus. Die erste Veranlassung zur Abschließung von Handelsverträgen gaben die Plackereien und Unbilden, welchen im Mit-

1) Der zuletzt erwähnte Vertrag hat übrigens den staatsrechtlichen Grund gegen sich, daß er die Regierung, welche die Verurtheilten einer andern Regierung zur Deportation überläßt, außer Stand setzt, über die urtheilsmäßige Vollziehung der Strafe zu wachen.

2) Ein solcher Vertrag besteht zwischen Frankreich und der Schweiz.

3) Nach dem Rechte mehrerer Kantone der Schweiz stehen in einem Gante die ausländischen Gläubiger den inländischen nach. Das hat Veranlassung zu vielen Verträgen mit der Schweiz gegeben, in welchen diese Ungleichheit des Rechts wechselseitig aufgehoben wird. (Der neueste Vertrag dieses Inhalts ist der zwischen Baiern und der Schweiz vom Jahre 1834.)

4) Einen solchen Vertrag hat z. B. Oesterreich mit Sardinien im Jahre 1840 abgeschlossen.

telalter der Seehandel ausgesetzt war. Die ältesten Handelsverträge waren daher die, welche die Seemächte zur Sicherung ihrer Seeschifffahrt mit einander abschlossen. ¹⁾ Jedoch bald, — zum Theil schon im 14ten und noch allgemeiner im 15ten Jahrhunderte, — veränderte sich der Charakter der Handelsverträge. ²⁾ Die Europäischen Staaten, besonders die Seemächte, fingen an, die Einfuhr und bei gewissen Waaren auch die Ausfuhr mit hohen Zöllen zu belasten, den inländischen Schiffen vor denen des Auslandes gewisse Vortheile einzuräumen. Es suchte also eine Macht von der andern die Abstellung oder wenigstens eine Ermäßigung dieser auf den auswärtigen Handelsverkehr gelegten Lasten vertragsweise, gegen Bewilligung ähnlicher Begünstigungen, zu erlangen. Auch die Handelsverträge der folgenden drei Jahrhunderte wurden in dem Geiste dieser Politik abgeschlossen; wie auch derselbe Geist noch in der Mehrzahl der Handelsverträge des laufenden Jahrhunderts lebt. Denn fast alle Europäische Regierungen haben sich nach und nach für das System erklärt, nach welchem man den Wohlstand eines Volkes am besten und sichersten auf Kosten des Wohlstandes anderer Völker befördern kann. ³⁾ Ja es ist dieses System im Verlaufe der Zeit von den Europäischen Regierungen nur noch künstlicher ausgebildet und nur noch konsequenter durchgeführt worden. Nur in einer Beziehung hat das entgegengesetzte System, das System der Handelsfreiheit, in den Handelsverträgen der neuesten Zeit Anerkennung gefunden. Es pflegen diese Verträge, wenn sie unter Seemächten abgeschlossen werden, die gegenseitige Stipulation zu enthalten, daß die Ein- und Ausfuhrzölle dieselben

1) S. Dumont, corps diplom. T. I. P. I. p. 130. 168. P. II. p. 10. 182. 222. 240. 265. 286. T. II. P. I. p. 302. 328.

2) S. Dumont T. II. P. II. p. 222. T. III. P. I. p. 3. 445. 522.

3) Es giebt kaum eine schwierigere Aufgabe für einen Diplomaten, als die, einen vortheilhaften Handelsvertrag nach den Grundsätzen dieses Systemes abzuschließen. Zwei Kaufleute wollen sich wechselseitig, der eine auf Kosten des andern, bereichern.

seyn sollen, die Waaren mögen von In- oder von Ausländern auf den Schiffen des In- oder auf denen des Auslandes, ein- oder ausgeführt werden. (Grundsatz der Reciprocität.)

Das Europäische Völkerrecht hält die staatsrechtlichen Verträge, wie andre Verträge, die unter Völkern abgeschlossen werden, für verpflichtend. Nach *allgemeinen Rechtsgrundsätzen* aber ermangeln alle staatsrechtliche Verträge, keine Art derselben ausgenommen, kraft der Beschaffenheit ihres Gegenstandes, eines rechtlichen Verpflichtungsgrundes. Ein Volk handelt sogar widerrechtlich, wenn es einen staatsrechtlichen Vertrag mit einem andern Volke abschließt. Denn ein jeder Vertrag dieser Art beschränkt seinem Wesen nach die Machtvollkommenheit des Staatsherrschers, des Vertreters des Volks. Nun beruht aber die Machtvollkommenheit des Staatsherrschers auf einer Pflicht, — auf der Pflicht, welche dem Souveraine gegen seine Unterthanen obliegt, die Idee einer dem Rechtsgeetze entsprechenden Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft so darzustellen, wie es die in der Erfahrung gegebenen Verhältnisse in jedem Augenblicke gestatten oder fordern. Indem also ein staatsrechtlicher Vertrag den Souverain in der Ausübung seiner Machtvollkommenheit beschränkt, enthält er der Sache nach eine Verzichtleistung auf die Erfüllung einer Pflicht. Kann man aber auf eine Pflicht Verzicht leisten? Die Grenzen einer Pflicht können nur in dem Wesen der Pflicht selbst liegen. Der Machtvollkommenheit, diese als eine Pflicht betrachtet, sind nur dem Staatsrechte und nicht dem Völkerrechte nach gewisse Schranken gesetzt und durch die Verfassung zu setzen. Man kann den Beweis des vorliegenden Grundsatzes auch so führen: Staatsrechtliche Verträge ermächtigen allemal zu einer Intervention in den inneren Angelegenheiten eines andern Volkes. Sie sind also mit dem Grundsatz der Nichtintervention unvereinbar. — Nicht besser empfehlen

sich diese Verträge, wenn man auf sie den Spruch anwendet: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Jedoch, man wird einwenden: Also nicht einmal die staatsrechtlichen Verträge sollten rechtlich verpflichtend seyn, welche nur das, was schon an sich Rechtens ist, bekräftigen? z. B. nicht einmal die Verträge, durch welche die Freiheit der Auswanderung oder die Freiheit des Waarenverkehrs gesichert oder erweitert würde? Ist das nicht eine Theorie, welche mit dem rechtlichen Interesse der menschlichen Gesellschaft geradezu in Widerspruch steht? — Diese Einwendung würde allerdings Beachtung verdienen, wenn sich der Zweck der Verträge, welche das, was an sich Rechtens ist, in ein Vertragsrecht verwandeln, nicht auf einem andern Wege, — und zwar mit derselben Sicherheit und ohne daß man seine Zuflucht zu einem widerrechtlichen Mittel zu nehmen brauchte, — erreichen ließe. Es kann ja eine jede Regierung einseitig und kraft eignen Rechts erklären, daß sie die und die Vortheile einem andern Staate oder den Unterthanen eines andern Staates unter der Bedingung der Gegenseitigkeit angedeihen lassen wolle. Nach der Verschiedenheit der Fälle kann diese Erklärung an alle auswärtige Regierungen oder nur an eine einzelne Regierung gerichtet seyn, kann es nothwendig seyn oder nicht, daß der Erklärung oder der Anwendung dieser Erklärung diplomatische Unterhandlungen vorausgehn u. s. w. Dieser Weg hat vor dem andern den Vorzug, daß er weder die eine noch die andere Parthei in dem Rechte beschränkt, ihre inneren Angelegenheiten nach Gefallen zu ordnen. Denn die eine und die andere Parthei kann eine solche Erklärung widerrufen, ohne sich eines Wortbruchs schuldig zu machen. Ueberdies ist es, so wie eine Vorschrift der Moral, so eine Maxime der Politik, sich nicht ohne Noth eine Verbindlichkeit aufzulegen. Denn man führt sonst sich selbst in Versuchung. Wenn wir beten sollen: Herr, führe uns nicht in Versuchung; wie dürften wir uns selbst in Versuchung führen! Erfreulich ist daher die Erscheinung, daß

man in den neuesten Zeiten einen Anfang gemacht hat, diesen Weg zu betreten. *)

Uebrigens wird man nicht übersehn, daß der Grundsatz: Staatsrechtliche Verträge sind nicht verpflichtend; nur als ein Grundsatz des Naturrechts aufgestellt worden ist. Dem Völkerstaatsrechte nach ist er eben so wenig, als der Grundsatz der Nichtintervention, Rechtens. Selbst auf einen Völkerbund ist er nicht unbedingt anwendbar. Denn ein Völkerbund nähert sich allemal (*de facto*) und soll sich sogar (*de jure*) der Idee eines Völkerstaates nähern.

III. Von den völkerrechtlichen Verträgen unter Völkern.

Zu den Verträgen dieser Klasse gehören *erstens* die Verträge, welche einen friedlichen Verkehr unter Völkern, diese als Gemeinheiten oder moralische Personen betrachtet, überhaupt möglich machen oder diesen Verkehr begünstigen und befördern; also z. B. die Verträge, welche die Rechte der Gesandten betreffen. — *Zweitens* die Verträge, welche unmittelbar die Erhaltung des Friedens bezwecken; also z. B. Neutralitätsverträge, ferner Verträge zur gütlichen Beilegung eines Rechtsstreites. — *Drittens* die Verträge, durch welche ein Volk dem andern zur Verfolgung seiner Rechte Beistand zu leisten verspricht; also z. B. Bündnisse, (*alliances*,) Subsidienvverträge, Verträge wegen gegenseitiger Auslieferung flüchtiger Verbrecher. Die Bündnisse werden unter anderem in Of- und in Defensivbündnisse eingetheilt; eine Eintheilung, deren hier theils wegen ihres Zusammenhanges mit der Frage von der Rechtmäßigkeit dieser Verträge theils wegen ihrer Zwei-

*) Nach einer Akte des Britischen Parlaments genießen in Großbritannien auswärtige Verleger — unter der Bedingung der Gegenseitigkeit — desselben Schutzes gegen den Nachdruck, wie die des Inlandes. Vgl. die Zeitschrift für die Gesetzgebung und Rechtswissenschaft des Auslandes. Bd. XI. S. 194 ff. Eine ähnliche Erklärung hat Preussen erlassen.

deutigkeit besonders zu gedenken ist. *) Man kann diese Eintheilung entweder auf die *conditio juris* oder auf die *conditio facti* beziehen, unter welcher der *casus foederis* eintreten d. i. das Bündniss wirksam werden soll. Ein Bündniss hat die Eigenschaft eines Defensivbündnisses in der ersteren Bedeutung, wenn es auf den Fall eines gerechten Krieges, in der letzteren Bedeutung, wenn es auf den Fall, dass die andere Parthei zuerst mit bewaffneter Macht angegriffen wird, beschränkt ist. Da jedoch die erstere Beschränkung schon von Rechts wegen in einem Bündnisse liegt, die letztere aber eben so unwesentlich in rechtlicher als gefährlich in politischer Hinsicht ist, so ist es besser, die Bündnisse, die abgeschlossen werden, (in Uebereinstimmung mit der neueren Praxis,) überall nicht mit einem Zunamen zu bezeichnen. — *Viertens* die Verträge, welche (gewöhnlich nur während eines Krieges) über die Art, wie das Kriegsrecht ausgeübt werden soll, eingegangen werden; also z. B. Kapitulationen, Waffenstillstandsverträge, Verträge über die Behandlung oder Auswechslung der Gefangenen. — Endlich *fünftens* die Verträge, welche die Wiederherstellung des Friedens zum Gegenstande haben; also z. B. Friedensschlüsse, Verträge zur Vollziehung des geschlossenen Friedens.

Völkerrechtliche Verträge sind verpflichtend. Denn selbstständige Völker, (Völker, welche im Stande der Natur leben,) müssen von diesen Verträgen Gebrauch machen, auf dass ihre gegenseitigen Verhältnisse mit den Grundsätzen des Rechts so sehr als möglich in Uebereinstimmung oder so wenig als möglich in Widerspruch stehn. Der Verpflichtungsgrund dieser Verträge hat Aehnlichkeit mit dem Grunde, kraft dessen die Menschen eine äussere Gewalt, die Staatsgewalt, über sich anzuerkennen verpflichtet sind.

*) Andere Eintheilungen, — in einseitige und wechselseitige, in beschränkte und unbeschränkte, — haben mehr ein politisches Interesse.

VIERTE ABTHEILUNG.

Von dem
Vermögen eines Volkes. ¹⁾

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Von dem
*Eigenthume, welches einem Volke an seinem Vermögen
zusteht.*

Das Vermögen eines Volkes ist die rechtliche Gesamtheit (oder die rechtliche Einheit) aller der Güter, welche ein Volk erworben hat oder in Zukunft erwerben wird. ²⁾ Die Güter, welche der Mensch zu irgend einer Zeit erwirbt, sind kraft der Einheit und Identität seines Selbstbewußtseyns in rechtlicher Hinsicht als ein Ganzes zu betrachten; der Mensch hat also ein Vermögen, weil er, ungeachtet des Wechsels seiner Zustände, dennoch immer eine und dieselbe Person ist und bleibt. Die Güter, welche ein Volk zu irgend einer Zeit erwirbt, bilden eine Rechts-gesammtheit, weil ein Volk d. i. eine Gemeinde oder moralische Person nur eine Idee ist, wenn auch diese Idee von menschlichen Individuen dargestellt (repräsentirt) wird, weil also ein Volk, ungeachtet die menschlichen Individuen, durch welche es in der Erfahrung besteht, sterben, wechseln, dennoch als eine moralische Person unsterblich, dem Wechsel nicht unterworfen ist.

Man verwechsle nicht die Begriffe: Volksvermögen und Staatsvermögen mit einander. Der erstere Begriff gehört in das Völkerrecht, der letztere in das Staatsrecht. Das Volksvermögen ist das Eigenthum des Volks, dieses als ein Ganzes (als eine universitas hominum) betrachtet, das Staatsvermögen ist das Eigenthum des Souveraines.

1) Vgl. Bd. IV. S. 253 ff.

2) Zu dem Vermögen eines Volkes gehören seine ursprünglichen Güter zwar nicht an sich, wohl aber in so fern, als sie, verletzt, ein Recht auf Schadenersatz zur Folge haben.

Das erstere ist schlechthin ein Ganzes; das letztere ist wieder in das Staatsvermögen in der engeren Bedeutung und in das Volksvermögen *) gespalten und einzutheilen. Das Staatsvermögen in der engeren Bedeutung begreift theils die Güter unter sich, welche die Regierung dem gemeinen Gebrauche vorzubehalten, theils die, welche sie sich zu ihrem eigenen Gebrauche zuzueignen hat. Das Volksvermögen, dieses als einen Theil des Staatsvermögens betrachtet, ist die Gesammtheit der Güter, welche den Unterthanen gehören. — Hier ist nur von dem Volksvermögen in der zu Anfang dieses Hauptstücks bestimmten — also in der völkerrechtlichen — Bedeutung die Rede.

Das Vermögen eines Volkes ist zwar ein Bestandtheil der Macht aber nicht eins mit der Macht des Volkes. Ein Volk ist nicht in dem Verhältnisse mächtiger, in welchem es reicher ist. Wie häufig sind in der Geschichte die Beispiele, daß ein reiches Volk von einem armen unterjocht wurde! Auch angenommen, daß die Macht eines Volkes zugleich von seinem Reichthume abhängt, so ist doch der Antheil, welchen der Reichthum eines Volkes an seiner Macht hat, nach Zeit und Umständen bald größer bald geringer. — Da in dem heutigen Europa der relative Reichthum der Völker auf den Ausgang der Kriege einen sehr bedeutenden Einfluß hat, so ist man nicht selten in den Irrthum verfallen, den Reichthum eines Volkes zum Mafsstabe seiner Macht zu machen. (Man hat daher, wenn z. B. bei Friedensunterhandlungen von der Abtretung einer Provinz gegen eine andere die Frage war, nicht selten die Rechnung so gestellt, daß man den Verlust und den Ersatz allein oder vorzugsweise in Geld anschlug.) Auch deswegen hat dieser Irrthum Eingang gefunden, weil man,

*) Hier wird das Wort: Volk, in seiner staatsrechtlichen Bedeutung genommen, in welcher es die Gesammtheit der Unterthanen im Verhältniß zur Regierung bezeichnet. — In der Folge wird das Wort: Staatsvermögen, immer in der weiteren Bedeutung (in der vorliegenden Lehre) gebraucht werden.

in dem Geiste des Europäischen Staatsrechts ¹⁾), die Repräsentanten der Europäischen Völker auch in Beziehung auf die vorliegende Frage als Grundeigenthümer oder Grundherren betrachtete. Allein die Rechnung ist weit zusammengesetzter. Selbst in dem heutigen Europa. Wenn man auch annehmen kann, daß die Völker des heutigen Europa in demselben Verhältnisse mächtiger, wie reicher, sind, wenn es ihnen insbesondere auch gelungen ist, sich vor dem verweichlichenden Einflusse des Reichthums zu bewahren ²⁾), so hängt doch auch in dem heutigen Europa die Macht der Völker noch von einer Menge anderer Bedingungen ab.

Wie der Mensch so hat auch ein Volk ein Eigenthumsrecht an seinem Vermögen. Beide haben dieses Eigenthumsrecht kraft ihrer Persönlichkeit, kraft des Rechts, über sich selbst zu gebieten. Beide haben an ihrem Vermögen ein von Zeitbedingungen unabhängiges Recht; der Mensch jedoch nur *de jure*, denn, ein sterbliches Wesen, kann der Mensch nur in einem Erben fortdauern, ein Volk aber auch *de facto*, denn es ist unsterblich.

Betrachtet man die einzelnen Güter, welche einem Volke (oder einem Menschen) gehören, als Gegenstände oder Bestandtheile seines Vermögens, so verlieren sie gleichsam ihre Individualität. Sie können nur noch, als Güter überhaupt, zu Geld angeschlagen werden. Obwohl die Eigenschaft, welche die Güter eines Volkes als Bestandtheile seines Vermögens haben, nur eine ideelle Eigenschaft d. i. nur eine Beziehung zu seyn scheint, in welcher sie gedacht werden können oder zu denken sind, so greift sie doch ins Leben in so fern ein, als sie auf die Verfolgung der Rechte, welche einem Volke an seinen Gütern zustehn, einen wesentlichen Einfluß hat.

1) S. oben S. 42.

2) Und so eine Aufgabe zu lösen, welche die größten Staatsmänner Altgriechenlands für unauflösbar hielten. — Wie ist ihnen dieses gelungen? Eine inhaltschwere Aufgabe!

Weil ein Volk, als Eigenthümer seines Vermögens, die ihm gehörenden Güter zu Geld anzuschlagen berechtigt ist, kann es, in seinen Rechten an diesen Gütern von einem andern Volke beeinträchtigt, von diesem Ersatz in Geld fordern, wenn auch eine Genugthuung in natura unmöglich seyn sollte oder nicht zu erlangen wäre. Man darf vielleicht behaupten, daß das Geld, indem es den Völkern das Mittel an die Hand gab, einen erlittenen Verlust und den zu leistenden Ersatz genauer zu bestimmen, die Kriege seltner gemacht, die Wiederherstellung des Friedens erleichtert hat.

Da ein Volk kraft der Eigenschaft, welche ihm als einer (moralischen) Person zukommt, ein Eigenthum an seinem Vermögen hat, da also das Vermögen eines Volkes gleich als das Zubehör des Volkes zu betrachten ist, so haften alle Rechtsverbindlichkeiten, welche einem Volke gegen andere Völker obliegen, zugleich auf dem Vermögen desselben. Es erstreckt sich also das Kriegerrecht, (das *jus persequendi hostem*,) auch auf das Vermögen des Feindes.¹⁾ Und zwar, dem strengen Rechte nach, sowohl auf das feindliche Privat- als auf das feindliche Staatsgut. Denn in Beziehung auf das Völkerrecht sind Staats- und Privatgut ein Ganzes.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von der Nachfolge in das Vermögen eines Volkes.

Der Fall einer Nachfolge in das Vermögen eines Volkes ist *erstens* dann gegeben, wenn sich ein Volk — auf irgend eine Weise, sey es in der Güte, oder in Folge einer Revolution oder durch Feindesgewalt, — in mehrere

*) Auch, aber nicht allein auf das Vermögen des Feindes. Denn, wie wäre sonst das Recht, sich an dem Vermögen des Feindes zu erholen — im Stande der Natur — vollziehbar?

Völker spaltet ¹⁾, und *zweitens* dann, wenn ein Volk oder ein Theil desselben — auf irgend eine Weise — mit einem andern Volke zu einem einzigen Volke vereinigt wird. ²⁾ Der eine und der andere Fall läßt wieder mehrere Modifikationen zu, welche er durch Verträge erhalten kann. Hier wird jedoch, zur Abkürzung der Darstellung, vorausgesetzt, daß die Spaltung oder die Vereinigung unbedingt war.

Grundsatz: Wenn sich ein Volk in mehrere spaltet, so dauert das Volk in Beziehung auf sein Vermögen d. i. in Beziehung auf die Gesamtheit seiner Rechte und Rechtsverbindlichkeiten in den Theilen fort, in welche es sich aufgelöst hat, — so sind also diese Theile gleich als Erben oder allgemeine Rechtsnachfolger jenes Volkes zu betrachten. Dasselbe ist umgekehrt Rechtens, wenn aus mehrern Völkern ein einziges Volk erwachsen ist.

Dieser Grundsatz beruht unmittelbar auf der Einheit und Ewigkeit des Staates, — eines Volkes. Er ist nur ein anderer Ausdruck für den Satz, daß im Staate Einer für Alle und Alle für Einen stehn. ³⁾ Er hat überdies den Grundsatz der Nichtintervention für sich, da er eine Stütze desselben ist. — Derselbe Grundsatz ist zugleich ein Grundsatz des Staatsrechts; und zwar in so fern, als der Souverain der Vertreter der Volksgemeinde im Verhältniß zu den einzelnen Gemeindegliedern ist. ⁴⁾ Hier ist er je-

1) Beispiele: Auflösung des Deutschen Reichs. — Die Trennung Griechenlands von der Türkei. — Die Spaltung des Königreichs der Niederlande in das K. Holland und in das K. Belgien.

2) So verloren durch die Abschließung des Rheinbundes mehrere Länder ihre Selbstständigkeit. Jedoch die Periode der Europäischen Völkergeschichte vom Jahre 1790 bis zum Jahre 1815 ist überhaupt reich an Beispielen solcher Fälle.

3) Universitas in uno capite continuatur.

4) S. oben Bd. I. S. 96 ff. — Hieraus folgt z. B. (s. unten in diesem Hauptstücke die zweite Folgerung.) Wenn ein Staat, welcher ein Darlehn aufgenommen hatte, in mehrere zerfällt oder in mehrere gespalten wird, so sind die Staatsgläubiger von Rechts-

doch nur als ein Grundsatz des Völkerrechts in Betrachtung zu ziehn.

Zu Folge dieses Grundsatzes gehen *erstens* alle Rechte, in dem Falle einer Spaltung des Staates in mehrere Staaten, von dem Ganzen auf die Theile und, in dem entgegengesetzten Falle, von den Theilen auf das Ganze über; vorausgesetzt jedoch, daß nicht das eine oder das andere Recht, weil es seiner besondern Beschaffenheit nach mit der neuen Ordnung der Dinge unvereinbar ist, erlischt oder untergeht. Z. B. Wenn sich mehrere Völker zu einem einzigen Volke vereinigen, so stehen sie nicht weiter in völkerrechtlichen Verhältnissen zu einander. Wenn daher in einem Friedensschlusse eine eroberte Provinz an die Macht, welche sie erobert hat, abgetreten worden ist, so ist ihr Verhältniß zu dem Lande, von welchem sie nunmehr ein Bestandtheil ist, nicht weiter nach dem Eroberungsrechte sondern nach dem Staatsrechte zu beurtheilen.

Was hier von der Nachfolge in die Rechte eines Volkes gesagt worden ist, gilt *zweitens* eben so und kraft desselben Grundsatzes von der Nachfolge in die Verbindlichkeiten, welche ein Volk gegen andere Völker auf sich hat. — Wenn sich z. B. ein Volk in mehrere Völker auflöst, so sind die Verbindlichkeiten, welche dem Volke, so lange es ein Ganzes war, gegen andere Völker oblagen, nunmehr von allen den Völkern, in welche sich das Volk aufgelöst hat, zu halten und zu erfüllen, die Verbindlichkeiten mögen nun ihrem Gegenstande nach eine Theilung zulassen oder nicht zulassen; übrigens unter der bei

wegen befugt, einen jeden dieser Staaten in solidum zu belangen. (Die Rechtsregel: *Nomina hereditaria ipso jure inter heredes divisa sunt*, beruht nicht auf einem civilrechtlichen Grunde. Sie ist nur *utilitatis causa* — nur um Prozesse abzuschneiden, — eingeführt worden.) Nur zu oft ist das zum Nachtheile der Staatsgläubiger übersehn worden. (Könnte und sollte man nicht in Fällen dieser Art eine gemeinschaftliche Schuldentilgungskasse stiften?) — Haas, über das Repräsentationsprincip der Staatsschulden bei Länderzerstückelungen. 1831. 4.

dem ersten Folgesatz angeführten Voraussetzung. Ein jedes dieser Völker hat wegen aller dieser Verbindlichkeiten den Gläubigern sammtverbindlich (in solidum) zu haften. Denn im Staate stehen Alle für Einen und Einer für Alle. Die Schuld eines Volks ist zugleich die eines jeden einzelnen Mitgliedes der Volksgemeinde. Jedoch nur im Verhältniß zu den Gläubigern d. i. die Frage aus dem Standpunkte des Völkerrechts betrachtet ¹⁾, tritt diese Sammtverpflichtung ein. Betrachtet man dagegen die Völker, in welche sich ein Volk aufgelöst hat, im Verhältniß zu einander, so haftet ein jedes dieser Völker nur zu seinem Antheile (nur pro rata) für jene Schulden. Denn in so fern ist die Frage nur zufällig eine völkerrechtliche, ihrem Wesen nach aber eine staatsrechtliche Frage. Wie die Schuld, so lange diese Völker ein einziges Volk bildeten, unter die einzelnen Steuerpflichtigen oder unter die einzelnen Bezirke des Staatsgebietes zu vertheilen gewesen wäre, so d. i. nach demselben Maßstabe ist sie jetzt unter die Völker zu vertheilen, in welche sich das Ganze aufgelöst hat. Freilich ist dieser Maßstab der Vertheilung, in seiner Anwendung auf einzelne Fälle, noch immer unsicher genug. ²⁾ (Ganz so kann in dem entgegengesetzten Falle, d. i. wenn mehrere Völker zu einem einzigen vereinigt werden, obwohl nunmehr dieses Volk, als ein Ganzes, für die Schuld der Theile, aus deren Vereinigung es entstanden ist, den Gläubigern zu haften hat, dennoch die Regierung nur den Theil ihres Gebietes, auf welchem allein die Schuld ursprünglich haftete, mit der Verzinsung und Tilgung der Schuld ausschliesslich belasten.)

1) S. auf Seite 75 Anm. 4.

2) Man kann für diesen Maßstab — sowohl dem Völker- als dem Staatsrechte nach — auch die Formel wählen: So viel die Länder, so lange sie Theile desselben Landes waren, zu den öffentlichen Lasten alljährlich beitrugen, so viel haben sie — im Verhältniß zu einander — von der unter sie zu vertheilenden Schuld zu übernehmen.

Wenn in diesem Falle d. i. bei der Vertheilung der Schulden eines Landes unter die Länder, welche an die Stelle des bisherigen Ganzen getreten sind, die Schwierigkeit der Aufgabe nicht den Maßstab der Vertheilung selbst sondern nur die Anwendung dieses Maßstabes betrifft, so fehlt es dagegen, wenn die Abschätzung eines Landes oder einer Provinz ¹⁾ in Frage steht, weil z. B. eine kriegführende Macht von der andern die Abtretung eines Landestheiles oder einen Ländertausch als Preis des Friedens verlangt, sogar gänzlich an einem auch nur einigermaßen genügenden Maßstabe. Zwar lassen sich die Momente, welche bei der Frage zu beachten sind: Wie hoch ist die Macht eines Volkes, diese an sich und im Verhältniß zu der Macht anderer Völker betrachtet, anschlagen? mit einiger Vollständigkeit aufzählen. Denn die Hauptmomente, auf welche es bei der Lösung dieser Frage ankommt, sind der Umfang und die Fruchtbarkeit des Landes, seine Beschaffenheit und Lage für den Handel und für den Krieg, die Volkszahl, der gesammte physische, geistige und moralische Zustand des Volkes, seine Vermögensverhältnisse und Staatseinrichtungen. Aber mehrere von diesen Momenten lassen sich nicht in Zahlen bestimmen ²⁾; selbst bei denen, welche eine solche Bestimmung zulassen, fehlt es meist an genügenden Datis, um die Rechnung mit Genauigkeit zu führen ³⁾; auf jeden Fall kann man ein jedes Moment nur für sich in Zahlen oder nach Graden anschlagen und mithin nicht die Macht eines Volkes als ein Ganzes mit der eines andern Volkes vergleichen. Neue Schwierigkeiten entstehn, wenn die Frage

1) Der an sich anstößige Ausdruck: Abschätzung eines Landes, wird gleich hernach die Deutung erhalten, deren er bedarf.

2) Z. B. nicht das Moment, welches auf der Geisteskraft und auf dem Charakter (der Nationalität) des Volks beruht. Dieses Moment erinnert an die Imponderabilien der Physik.

3) Besonders gegen die Berechnung des Vermögens eines Volkes, welche von den Statistikern so oft versucht wird, hat man Ursache mißtrauisch zu seyn.

die ist: Wieviel gewinnt ein bestimmter Staat durch die und die Vergrößerung oder wieviel verliert er durch die und die Verkleinerung seines Gebietes? Mit einem Worte also, die vorliegende Aufgabe, — eine der schwierigsten der Diplomatie, — kann nur annäherungsweise und nur mittelst einer Wahrscheinlichkeitsrechnung gelöst werden. Nichts ist unbeachtet zu lassen, was in dem Bereiche des Volkes steht, dessen Macht der Gegenstand der Rechnung ist. Denn in der Hand der Klugheit verwandelt sich Alles in Macht.

ZWEITER ODER PRAKTISCHER THEIL
des

V ö l k e r r e c h t s.

ERSTER ABSCHNITT.

Das Recht des Friedens.

Es herrscht Friede unter Völkern, wenn unter ihnen die Waffen ruhn, sey es, daß sie nicht in Rechtsstreitigkeiten mit einander verwickelt sind, oder daß sie ihre Streithändel im Wege der Güte schlichten. Der Friedenszustand ist nicht ein schlechthin rechtmäßiger Zustand. Denn es fehlt ihm an einer genügenden Bürgschaft für seine Fortdauer. Wohl aber steht er, dem Naturrechte nach, *vergleichungsweise* allein mit den Grundsätzen des Rechts in Uebereinstimmung; es *soll* unter Völkern, so lange sie im Stande der Natur beharren d. i. so lange sie in Rechts-sachen ihre eigenen Herren sind und bleiben, wenigstens *Friede* herrschen. Im Frieden widerfährt, wenigstens einstweilen, Niemanden, im Kriege allemal entweder dem einen oder dem andern Theile Unrecht.

Zu Folge des Grundsatzes: Selbstständige Völker sollen wenigstens in Frieden mit einander leben! — der Grundlage des gesamten praktischen Völkerrechts, — hat ein Volk *erstens* das Recht, im Frieden zu beharren; also z. B. während eines Krieges, den andere Völker mit einander führen, neutral zu blei-

ben ¹⁾, ferner, sich zu rüsten, damit es, auf den Krieg gefasst, desto weniger den Ausbruch eines Krieges zu fürchten habe. ²⁾

Vermöge desselben Grundsatzes ist ein Volk *zweitens* berechtigt, Völkern, welche in Rechtsstreitigkeiten oder in einen Krieg mit einander verwickelt sind, Vermittelung, (seine bona officia,) zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens anzubieten. Eine bewaffnete Vermittelung ist jedoch nur dann erlaubt, wenn der Vermittler den Krieg, mit welchem er droht, für sich d. i. mit der Gefahr rechtfertigen kann, welche, wenn der Friede unter jenen Völkern nicht erhalten oder wiederhergestellt wird, seiner eigenen Sicherheit droht.

Drittens: Der dem Rechtsgesetze allein entsprechende Zweck der auswärtigen Politik ist die Erhaltung des Friedens. Widerrechtlich ist dagegen die Politik, welche auf den Krieg oder, was (in hypothesi) dasselbe ist, auf das Erobern berechnet ist.

Die Politik, welche die Erhaltung des Friedens zum Zwecke hat, — oder die Politik des Friedens, — ist zugleich an sich d. i. auch abgesehn von der Rechtsfrage, die richtigere. Denn sie allein verfolgt einen Zweck, der seinem Wesen nach bestimmt und begrenzt ist. Dagegen ist die Politik des Eroberns auf ein Ziel gerichtet, das sich entfernt, indem man sich ihm nähert. Gieng auch der Plan anfangs nur auf die Ausdehnung des Staatsgebietes bis zu einer bestimmten Grenze, so nöthiget doch das Gelingen dieses Planes, bald weil die gemachte Eroberung gegen neue Feinde zu vertheidigen ist, bald weil sie die Unzulänglichkeit des ursprünglichen Planes aufdeckt oder auch diesen Plan erweitert, zum Fortschreiten auf der einmal

1) Vgl. den zweiten Abschnitt dieses Buches. Hptst. II. Anhang 3.

2) Jedoch können, wenn ein Volk außerordentliche Kriegsrüstungen vornimmt, andere Völker, gegen welche diese Rüstungen gerichtet seyn könnten, (aus demselben Grunde) eine Erklärung von ihm wegen des Zwecks der Rüstungen fordern.

betretenen Bahn. Wo ist dann Stillstand? — Den Eroberer warnt noch überdies die Endlichkeit des menschlichen Lebens vor einem Wege, der kein Ende hat. (*Vita brevis spem vetat inchoare longam.*) Um Griechenland von seinem alten und von seinem gefährlichsten Feinde zu befreien, bekriegte Alexander den Perserkönig. Sieger in diesem Kampfe schritt er zu immer neuen Eroberungen fort, sey es, daß er derselben zur Sicherung seiner ersten Eroberung bedurfte, sey es, daß ihn das Gelingen seines ursprünglichen Planes zur Verfolgung eines weit riesenhafteren Planes ermuthiget hatte.¹⁾ Doch plötzlich rief ihn der Tod von dem Schauplatze seiner Thätigkeit ab. Sein Reich zerfiel unmittelbar nach seinem Tode. Ein ähnliches Schicksal hatte unter ähnlichen Umständen das Reich Attila's und das eines unserm Zeitalter angehörenden Eroberers. — Minder gefährlich oder unhaltbar ist die Politik des Eroberns, wenn sie die ständige Politik eines Staates oder Volkes ist; doch nur in so fern, als die Gefahren, mit welchen sie droht, dann langsamer in Erfüllung gehn. Die Römer, Meister in der Kunst, Eroberungen zu machen und zu behaupten²⁾, erstreckten nach und nach ihre Herrschaft, mit weiser Bedachtsamkeit vorwärts schreitend, über drei Welttheile. Ungeachtet des hereinbrechenden Verfalles ihres Reiches im Innern wußten sie sich dennoch in dem Besitze ihres Gebietes Jahrhunderte lang zu vertheidigen. Aber auch sie ernteten die Früchte, welche die Politik des Eroberns über kurz oder über lang trägt. Sie hätten, um die nördliche Reichsgrenze zu sichern, auch ganz Germanien ihrem Gebiete einverleiben müssen. Doch der Plan mißlang.³⁾

1) Vgl. Heyne, de Alexandro M. id agente, ut totum terrarum orbem mutuis commerciis jungeret. In ejus Opusc. acad.

2) Vgl. Tialling, de Romanorum prudentia in populis sub imperium suum subjungendis conspicua. Gröning. 1834.

3) Die einsichtsvolleren Römischen Staatsmänner wußten recht wohl, von welcher Seite die Gefahr drohe. S. Tacit. Germ. c. 33. 37.

Allein so verwerflich auch die Politik des Eroberns ist oder seyn mag, es giebt dennoch Staaten, welche genöthiget sind, diese Politik zu der ihrigen zu machen. Das sind zuvörderst diejenigen Staaten, deren Gebiet so gestaltet z. B. zerrissen ist, daß es, in dem Interesse der Landesvertheidigung, einer Ergänzung oder Abrundung bedarf. Das sind ferner diejenigen Staaten, welche im Verhältniß zu ihren Nachbarn mittler Gröfse sind. Sie haben Macht genug, um sich, wenn die Umstände günstig sind, zu vergrößern, nicht genug, um sich mit dem dormaligen Umfange ihres Gebiets zu begnügen. Die friedlichsten Staaten des heutigen Europa's sind die kleinen. Von Vielen begehrt, nur dem Machtneide der großen Staaten ihre Fortdauer verdankend, können sie in einem Kriege nur verlieren.

Nicht darin besteht die Politik des Friedens, daß sich ein Volk, um den Frieden zu bewahren, von andern Völkern Alles gefallen lassen soll. Ein Volk, das nicht von andern Völkern gefürchtet wird, wird eben so wenig von ihnen geachtet. Die Achtung aber, in welcher ein Volk bei andern Völkern steht, ist eine nicht minder gute Bürgschaft für seine Sicherheit, als die Furcht vor seiner Macht. Schon einen Beweis von Nichtachtung kann ein Volk nicht ohne Gefahr verschmerzen, da es sich sonst schwereren Unbilden, und schon gebeugten Muthes, aussetzt. Auch darauf beschränkt sich die Politik des Friedens nicht, daß ein Volk Alles zu vermeiden hat, was einem andern Volke Veranlassung zu einer Beschwerde oder zu einem Kriege geben könnte. Sondern die Hauptmaxime dieser Politik ist die: *Si vis habere pacem, para bellum!* Um auf die Erhaltung des Friedens rechnen zu können, muß ein Staat gerüstet seyn! Und auch diese Maxime ist nicht etwa bloß wörtlich d. i. nicht bloß von Kriegsrüstungen in der eigentlichen Bedeutung zu verstehn. — Zwar muß der Staat, um auf die Erhaltung des Friedens rechnen zu können, vor allen Dingen ein schlagfertiges Heer in Bereitschaft haben. (Einer von den vielen Gründen, aus welchen die

Kriegswissenschaften auch dem Diplomaten nicht fremd seyn dürfen.) Aber, das ist nicht die einzige Bedingung, unter welcher ein Staat, weil er zum Kriege wohl gerüstet ist, den Forderungen einer friedlichen Politik Gehör geben kann. — Auf die Kriegsmacht eines Volkes hat auch die Beschaffenheit seiner Staatsverfassung Einfluss. Die dem Interesse dieser Macht vorzugsweise entsprechende Verfassung ist die unbeschränkte Einherrschaft. (Man kann daher in der vorliegenden Beziehung behaupten, daß diese Verfassung besser, als eine jede andere, für die Erhaltung des Friedens Gewähr leiste.) Da in der unbeschränkten Einherrschaft alle Gewalt in den Händen eines Einzigen ist, da dieser Alleinherrscher, wenn seine Gewalt ererbt ist, desto selbstständiger gebieten kann, so vermag er der Kriegsmacht diejenige Einheit und Thatkraft mitzutheilen, von welcher die Erfolge eines Heeres, dieses als ein Ganzes betrachtet, wesentlich abhängen. Das gerade Gegentheil dieser Verfassung ist in derselben Beziehung die Erbaristokratie, wenn anders nicht der herrschende Adel zahlreich genug ist, um selbst zur Vertheidigung des Landes hinzureichen. Mißtrauisch gegen ihre Unterthanen, mißtrauisch selbst gegen die Einzelnen ihres Mittels haben Erbaristokratieen nicht selten den mißlichen Entschluß gefaßt, ihre Kriege mit einem aus Fremdlingen bestehenden Heere zu führen oder doch den Kriegsbefehl einem Fremdlinge anzuvertrauen. *) In der Mitte zwischen beiden Verfassungen steht in der vorliegenden Beziehung die Volksherrschaft. Wenn auch ein Volk, welches eine demokratische Verfassung hat, da ein Krieg, welchen es führt, nur der Wunsch und Wille der Gesammtheit seyn kann, besonders zu fürchten ist; so ist doch anderseits, wenn sich der Krieg in die Länge zieht oder wenn sich das

*) Beispiele findet man bei Muratori; *Antiquitates Italiae*. II, 26. Ueber die Vortheile und Nachtheile der Festungen in Beziehung auf die Verschiedenheit der Staatsverfassungen s. *Arist. Polit.* VII, 10. *Machiavel*, *Abhdlgen. über den Livius*. II, 24. 32. *Richelieu*, *testament polit.*

Kriegsglück für den Feind erklärt, nicht auf die Beständigkeit der Menge zu rechnen. Man berufe sich gegen dieses Urtheil über die Demokratie nicht auf das Beispiel der Römer. Allerdings bewährten die Römer ihre alte Kraft und Ausdauer auch dann noch in ihren Kriegen, als sich ihre Verfassung zu einer Demokratie umgestaltet hatte. Aber der Charakter eines Volkes kann noch grössere Mängel und Gebrechen der Staatsverfassung ergänzen und verbessern. Auch hatte die Verfassung des Römischen Freistaates die Eigenthümlichkeit, daß sie in außerordentlichen Zeiten einen unbeschränkten Herrscher, — einen Diktator, — einzusetzen gestattete. ¹⁾ — Wie die Staatsverfassung, so steht auch die Staatsverwaltung in einer wesentlichen Beziehung auf die Macht eines Volkes. Wenn auch diese Beziehung, einen jeden der verschiedenen Verwaltungszweige seiner eigenthümlichen Beschaffenheit nach betrachtet, bei dem einen näher bei einem andern entfernter ist ²⁾, so kann doch die Staatsverwaltung überhaupt in dem Sinne eine militärische seyn, daß sich in ihr der Geist, in welchem ein Heer zu befehligen ist, gleichsam wiederholt. Sie ist dieses Geistes, wenn z. B. die Regierungsgeschäfte möglichst centralisirt sind, wenn in Rechtssachen der Instruktions- und der Untersuchungsprozeß eingeführt auch sowohl in Rechts- als in Regierungssachen die Zahl der Instanzen beschränkt ist. Und, wenn sie dieses Geistes ist, kann die Regierung mit desto mehr Nachdruck nach Außen auftreten, je weniger ihre Macht im Inneren gehemmt oder zersplittert ist. — Endlich kann sich ein Staat auch so auf den Krieg gefaßt machen, daß er auf Bündnisse, (auf Alliancen,) Bedacht nimmt.

1) Vielleicht sollte die Verfassungsurkunde einer konstitutionellen Monarchie eine ähnliche Vorschrift enthalten.

2) In der nächsten Beziehung auf das Kriegswesen steht die Staatshaushaltung. Doch bemerkt Machiavel, (zum Livius II, 10. 17.) daß auch jetzt noch nicht das Geld, sondern die Tapferkeit und die Kriegszucht der nervus belli sey.

Jedoch so groß sind die Forderungen, welchen ein Bündniß entsprechen muß, auf daß man Vertrauen in dasselbe setzen könne, daß auf diese Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens am wenigsten ein Gewicht zu legen ist. Vor allen Dingen muß das Bündniß zum Vortheile beider Partheien gereichen. Ueberdies aber muß der Vortheil, welchen das Bündniß den Partheien gewährt, gleich groß ja selbst gleichartig seyn. Ein Bundesgenosse also, welcher in der Sache der andern Parthei nicht zugleich die eigene führt, wird seinem Versprechen nur so lange treu bleiben, als er zu ohnmächtig ist, die Last abzuschütteln. ¹⁾ Napoleon machte im Jahre 1813 von neuem die Erfahrung: *Tempora si fuerint nubila, solus eris!* Ebenso hat ein kleiner Staat, der sich in den Schutz einer großen Macht begiebt, für seine Selbstständigkeit eher zu fürchten, als zu hoffen. Jedoch, sey es auch, daß ein Bündniß an und für sich eine genügende Grundlage habe, dennoch steht es auf einem schwankenden Boden, wenn andere Verhältnisse Spannungen oder Reibungen unter den Verbündeten veranlassen. Daher z. B. Bündnisse unter Nachbarvölkern nur selten von Dauer sind. ²⁾ Ja schon eine jede Verschiedenheit oder Ungleichheit der Interessen, welche unter Verbündeten eintritt, bedroht die Innigkeit oder die Dauer ihres Zusammenhaltens. Das gilt insbesondere von der Verfassung der verbündeten Staaten. Gleichheit, welche unter ihnen in dieser Beziehung eintritt, hat unter ihnen politische Sympathieen vorzugsweise zur Folge. Sogar können sich in der Erfahrung die Verhältnisse so stellen, daß bei der Wahl eines Bundesgenossen auf jene Gleichheit vor allem andern Rück-

1) Wie Vegetius berichtet, war es bei den Römern, in den Zeiten ihrer Kraft, Grundsatz, daß das Heer nicht über die Hälfte aus Hülfsvölkern bestehen durfte. S. auch Machiav., *Il principe* Kap. 12. 13. — Diese Maxime ist auf die in Frage stehenden Bündnisse überhaupt anwendbar.

2) Stehe mit deinem Nachbar gut, noch besser mit dem Nachbar deines Nachbars, — war eine Maxime der Republik von Venedig.

sicht zu nehmen ist. ¹⁾ So waren während des Peloponnesischen Krieges die demokratischen Freistaaten mit den Atheniensen, die aristokratischen mit den Spartanern verbündet. So wurden in den Bund der Achäer nur Freistaaten, welche eine demokratische Verfassung hatten, aufgenommen. ²⁾ Andere Beispiele kann man aus der Geschichte der Kriege der Französischen Revolution entlehnen. Wenn in einem Kriege zugleich über politische Meinungen gestritten wird, kann ein Bündniß nur unter denen von Dauer seyn, welche derselben politischen Farbe sind.

Also — *si vis habere pacem, para bellum!* Aber, indem sich ein Volk zum Kriege rüstet, um im Frieden beharren zu können, läuft es gleichwohl Gefahr, sich zur Befolgung der entgegengesetzten Politik hinreißen zu lassen. Denn der mächtige will noch mächtiger, wie der Reiche noch reicher seyn. Alles das also, was nach dem Obigen die Kriegsmacht eines Volkes steigert, hat eben sowohl eine kriegerische als eine friedliche Tendenz. Die stehenden Heere z. B., so gewiß sie auch plötzlichen Friedensstörungen vorbeugen, sind dennoch so viele Herde des Krieges. Denn nur im Kriege kann man im Kriegsdienste schnell sein Glück machen. ³⁾ Eben so ist die Monarchie, in ihrer Beziehung auf Krieg und Frieden, ein zweischneidiges Schwert. — Es bedarf daher die Politik des Friedens, wenn sie, ungeachtet der Zweideutigkeit der Mittel, von welchen sie Gebrauch zu machen hat, die ständige Maxime einer Regierung werden soll, noch äußerer Stützen und Bürgschaften. Ob und in wie fern sie diese

1) Jedoch ist auch hier der Kern von der Schale zu unterscheiden. (Politische Sympathieen der Englischen Tories in der auswärtigen Politik.)

2) Ubbö Emmius, *veteris Graeciae T. III. repraesentans Graecorum respublicas*. Lugd. Batav. 1626. p. 274.

3) Der Herzog von Rovigo (Savary) bemerkt in seinen Denkschriften, daß in den Zeiten des Französischen Kaiserreichs die Kriegslust der jüngeren Officiere nicht wenig zu der kriegerischen Stimmung der Regierung beigetragen habe.

in dem heutigen Europa hat, wird in dem folgenden Buche (zu Ende) erörtert werden. Jedoch ist schon hier des Schutzes zu gedenken, welchen sie in Europa dem Organismus der Staatsverwaltung in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten verdankt. In den gröfseren Europäischen Staaten besteht überall für diesen Verwaltungszweig ein eigenes Ministerium, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Eine dem Interesse einer friedlichen Politik unmittelbar entsprechende Einrichtung! Denn so erhalten die diplomatischen Verhandlungen, als die ständigen Amtsgeschäfte einer besondern Staatsbehörde, einen gewissen Charakter von Bedächtlichkeit und Mäfsigung; es wird namentlich in der Monarchie dem nachtheiligen Einflusse Ziel und Mafs gesetzt, welchen die augenblickliche Stimmung des Fürsten auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten haben kann. Es ist nun das persönliche Interesse desjenigen, welcher an der Spitze des Ministeriums des Auswärtigen steht, so wie derer, die mit oder unter ihm arbeiten, den Frieden zu erhalten. Denn, wenn das Kriegsheer ins Feld rückt, bezieht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Winterquartiere mit seinem Heere. Dieselbe Einrichtung trägt endlich auch dazu bei, dafs die auswärtigen Angelegenheiten nach einem Systeme geleitet werden; da nun die Fäden aller diplomatischen Verhandlungen in denselben Mittelpunkt zusammenlaufen und von diesem aus, schon damit sie sich nicht unter einander verwirren, nach gewissen allgemeinen und ständigen Maximen zu richten und zu lenken sind, da sich überdies in dem Ministerium des Auswärtigen mit der Zeit gewisse Traditionen und Regeln gleichsam von selbst bilden. Eine auswärtige Politik aber, welcher ein System zum Grunde liegt, mufs allemal in einem gewissen Grade eine friedliche seyn, da sich die auswärtige Politik überhaupt nur als eine Politik des Friedens auf ein System zurückführen läfst. Dasselbe Lob gebührt einer systematischen Politik auch in so fern, als sie vorzugsweise geneigt ist, den Zeitpunkt abzuwarten, wo

ein gewisser Vortheil im Wege der Güte oder gelegentlich erreicht werden kann.

Ein Hauptmittel, wo nicht das vollkommenste, ein Volk für den Frieden zu stimmen, würde eine Staatsverfassung seyn, welche durch ihre Form oder durch ihren Geist der Kriegslust Ziel und Mafs setzte. Aber noch scheint es dem menschlichen Verstande nicht gelungen zu seyn, eine solche Verfassung zu ersinnen. Was den Hang zum Erobern betrifft, ist ein Unterschied zwischen Einherrschaften und Freistaaten etc. in der Geschichte nicht bemerkbar. Eben so wenig zwischen geistlichen und weltlichen Staaten. Die Religion hat jenem Hange von jeher bald zum Mittel bald zum Vorwande gedient. Schon die Bekehrungssucht ist die Schwester oder die Tochter der Eroberungssucht. ¹⁾ Desto entscheidender ist umgekehrt der Einfluss, welchen die Art und Weise, wie die Kriegsmacht eines Staates organisirt ist, auf die Beschaffenheit seiner Verfassung hat, auf den Stand des Partheikampfes, welcher in dem Innern eines jeden Staates über den Besitz der Macht offen oder heimlich geführt wird. ²⁾ So entscheidend ist dieser Einfluss, dass man die Verfassungsgeschichte eines Staates fast immer an die Veränderungen anreihen kann, welche sich mit dem Bestande seines Heeres begeben haben. Das gilt z. B. von der Verfassungsgeschichte Deutschlands. Als die Lehns- und Dienstmannschaft, ein stehendes Heer, an die Stelle der Landwehr, welche ursprünglich den Kern des Heeres gebildet hatte, getreten war, gelangte der Adel, der hohe und der niedere, zu dem ausschließlichen Besitze der Macht, die

1) Man erinnere sich z. B. an die Kreuzzüge, an die Missionen. (Die letzteren spielen auch jetzt noch eine nicht unbedeutende Rolle in der auswärtigen Politik.)

2) Ueber die Vorthelle oder Nachtheile, welche ein Staat, je nachdem seine Verfassung so oder anders beschaffen ist, vom Kriegführen zu erwarten hat, s. Plutarch. in Pelopida. Montesquieu des causes de la grandeur des Romains. c. 9. Ferguson, on the progress of civil society.

er bis dahin mit den Gemeinen getheilt hatte. Als in der Folge bewaffnete Bürgerschaften entstanden, erhielt die Verfassung, die Reichs- und die Territorialverfassung, von neuem einen demokratischen Bestandtheil. Hierauf erstarkte durch den Miethsoldaten und dann durch das stehende Heer die landesfürstliche Gewalt. In den neuesten Zeiten endlich sind wieder die Landwehren aufgeboten worden; eine Veränderung im Kriegswesen, mit welcher sich so manche Erscheinungen der Gegenwart, so manche Aussichten in die Zukunft in Verbindung setzen lassen, zugleich ein merkwürdiges Beispiel von dem Kreislaufe, welchen menschliche Angelegenheiten so oft beschreiben.¹⁾ — Jedoch es bedarf ein Staat, um im Frieden zum Kriege, im Kriege zum Kampfe gerüstet zu seyn, eben sowohl des Geldes als eines Heeres. Wie daher die Verfassung des Heeres auf die Verfassung des Staates Einfluß hat, so gilt dasselbe auch von dem Staatshaushalte.²⁾ Da kann sich nun der Fall auch so stellen, daß die eine Ursache in dieser ihrer Wirksamkeit durch die andere Ursache gehemmt oder neutralisirt wird. Z. B. Die Freunde politischer Freiheit haben fast ohne Ausnahme die stehenden Heere als Feinde dieser Freiheit betrachtet. Allein, wenn auch dieses Mißtrauen im allgemeinen für wohlbegründet zu erachten seyn möchte, und zwar selbst unter der Voraussetzung, daß das stehende Heer nur in dieser Eigenschaft von dem Volke geschieden und gesondert ist³⁾, so hat

1) Tacit. Annal. III, 55. Tacitus spricht hier von einer Veränderung zum Besseren, welche sich mit dem sittlichen Zustande Roms unter Vespasian begeben habe. Nachdem er die Ursachen dieser Veränderung angegeben hat, fügt er hinzu: „Nisi forte rebus cunctis inest quidam velut orbis, ut, quemadmodum temporum vices, ita morum vertantur.“

2) Vgl. Historische Entwicklung der Deutschen Steuerverfassung. Von K. H. Lang. Berl. 1793. (Der Vf. zeigt, wie in Deutschland Veränderungen im Kriegswesen, in der Staatshaushaltung und in der Staatsverfassung immer Hand in Hand mit einander giengen.)

3) Daß also das Heer durch Konscription ergänzt wird, — daß es,

doch der Einfluss, welchen ein solches Heer zum Nachtheile der politischen Freiheit, wo diese existirt, haben kann, in den heutigen Europäischen Staaten ein Gegengewicht in dem verschuldeten Zustande dieser Staaten. Eine Regierung, welche mit Schulden belastet ist, steht unter der Kontrolle eines Publikums, welche allen Gewaltschritten abhold ist, — unter der Kontrolle ihrer Gläubiger.

In Gemäfsheit des (zu Anfang dieses Abschnittes aufgestellten) Grundsatzes, — dafs Völker, auch wenn sie Richter in ihrer eigenen Sache sind, in Frieden mit einander leben sollen, — stehen *viertens* alle die Mittel und Mittelspersonen unter dem Schutze des Völkerrechts, welche einen friedlichen Verkehr unter Völkern möglich machen oder einen solchen Verkehr auch nur befördern. Ja nicht blos auf Schutz, sondern selbst auf eine besondere Gunst können diese Mittel und Mittelspersonen dem Völkerrechte nach Anspruch machen. Denn alles, was die Wirksamkeit dieser Mittel oder den Einfluss dieser Mittelspersonen vermehrt, steigert zugleich die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens. Es geniefsen daher dieses Schutzes und dieser Gunst z. B. Depeschen, Kuriere, diplomatische Agenten d. i. diejenigen, welche von einer Regierung bevollmächtigt sind, in ihrem Namen in den auswärtigen Angelegenheiten des Staates zu handeln. In Europa wird der friedliche Verkehr unter Völkern hauptsächlich durch diplomatisch Agenten vermittelt.

Das Europäische Völkerrecht kennt mehrere Arten diplomatischer Agenten, — Gesandte, Unterhändler, (z. B. geheime,) welche nicht mit dem Charakter eines Gesandten bekleidet sind, Handelskonsulen *), Kriegsbefehls-

abgesehn von den Vergehungen gegen den Kriegsdienst, unter den Gesetzen und Gerichten des gemeinen Rechtes steht. Vgl. Blackstone, comment. on the laws of England. I, 13.

*) On the origin, nature, progress and influence of consular establishment. By Warden. Lond. 1813. De l'origine et des fonc-

haber, weil und in wie fern diese schon als solche, d. i. ohne daß sie einer ausdrücklichen Vollmacht bedürfen, ermächtigt sind, innerhalb der Grenzen ihres Kriegsbefehles ¹⁾, in Angelegenheiten, welche die Führung des Krieges betreffen, mit den Führern des feindlichen Heeres zu unterhandeln und Verträge abzuschließen. Unter diesen Arten oder Klassen ist die der Gesandten aus mehr als einem Grunde die vornehmste. ²⁾

Ein Gesandter unterscheidet sich (dem Europäischen Völkerrechte nach) von andern Regierungsbevollmächtigten in völkerrechtlichen Angelegenheiten, (also von andern diplomatischen Agenten,) so, daß er seinen Machtgeber nicht blos, wie ein jeder andere Bevollmächtigte, in Beziehung auf das ihm übertragene Geschäft, sondern daß er ihn schlechthin in rechtlicher Hinsicht vertritt, (repräsentirt,) daß ihm also überhaupt dieselben Rechte zustehn, wie der Regierung, von welcher er bevollmächtigt ist, wenn auch mit Vorbehalt gewisser Einschränkungen, von welchen in der Folge die Rede seyn wird. Der Repräsentativcharakter eines Gesandten ist also keineswegs eine Folgerung aus der Rechtsregel: *Mandans et*

tions des consuls. Par Borel. Lpz. 1830. Vgl. auch meines Sohnes Reise in den Orient. Heidelb. 1840. — Der Ursprung der Handelskonsulen steht mit dem Grundsatz des altdeutschen Rechts in einem geschichtlichen Zusammenhange: *Quilibet lege sua vivit.* Die Rechte dieser Konsulen haben sich vorzugsweise im Oriente ungeschmälert erhalten.

1) „Innerhalb der Grenzen ihres Kriegsbefehles.“ Ein Hauptmerkmal! Hat der Kriegsbefehlshaber diese Grenzen bei einem Vertrage, z. B. bei einer Kapitulation, überschritten, so kann der Vertrag von der höheren Behörde widerrufen werden. (Kapitulation vom Kloster Zeven im 7jährigen Kriege. Kapitulation der Festung Dresden im Jahre 1813.)

2) Vgl. Meisel, *cours de style diplomatique.* Dresd. 1823. v. Martens, *manuel diplomat. ou précis des droits et des fonctions des agens diplomat.* Lpz. 1821. Ebenders., *guide diplomatique.* Lpz. 1832. Pinheyro-Ferreira, *observations über diesen Wegweiser.* Par. 1833. *Ambassador's Secretary.* Lond. 1827. IV Vol.

mandatarius habentur pro una persona. Denn diese Rechtsregel hat nur den Sinn, daß ein Bevollmächtigter, so weit seine Vollmacht reicht, im Namen und an Statt seines Machtgebers Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehn kann, nicht aber auch den Sinn, daß ein Bevollmächtigter, als solcher, dieselben Rechte, wie sein Machtgeber, habe, daß in der Person des Bevollmächtigten zugleich die seines Machtgebers verletzt werde. Eben so wenig ist dieser Repräsentativcharakter der Gesandten mit der besonderen Heiligkeit und Unverletzlichkeit zu verwechseln, welche selbst von ungebildeten Völkern als das Recht einss Gesandten betrachtet wird. (Nomen legatorum etiam apud barbaras gentes sanctum.) In jenem Charakter liegt weit mehr, als in dieser Unverletzlichkeit. Die Unverletzlichkeit ist nur eine Folge von dem Repräsentativcharakter eines Gesandten. *) — Darum aber ertheilt das Europäische Völkerrecht den Gesandten den Repräsentativcharakter, damit sie ihrem Berufe, als Herolde des Friedens, desto vollkommener Genüge leisten können.

Ein Gesandter ist also *erstens* ein Bevollmächtigter seiner Regierung. — Die Grundsätze, welche von Bevollmächtigten überhaupt (dem philosophischen Rechte nach) gelten, sind insgesamt auch auf Gesandte anwendbar; z. B. also der Grundsatz, daß ein Bevollmächtigter, welcher gegen seine Vollmacht handelt oder über seine Vollmacht hinausgeht, seinen Machtgeber nicht verpflichtet. Jedoch können sich die Verhältnisse in der Erfahrung so stellen, daß es die Pflicht eines Gesandten ist, auch ohne Vollmacht oder gegen seine Vollmacht eine Verbindlichkeit einzugehn, (einen Vertrag sub spe rati abzuschließen.) Wenn von einer Verzögerung das Aeufserste für den Staat

*) Die Schriftsteller über das Europäische Völkerrecht haben meist nicht genug den Unterschied herausgehoben, welcher zwischen diesem Rechte und dem Rechte anderer Völker in der Bestimmung des Begriffs eines Gesandten eintritt.

zu fürchten ist, so muß der Gesandte auch das für ihn Aeufserste aufs Spiel setzen. — Die Vollmacht eines Gesandten ist nicht ein Amt. Denn ein Amt ist eine Vollmacht, durch welche der Staat seinen Bevollmächtigten mit der Ausübung einer Gewalt beauftragt. So wenig aber einem Volke über das andere Gewalt zusteht, so wenig hat die Vollmacht eines Gesandten die Eigenschaft eines Amtes. ¹⁾ In Europa werden von den Gesandten allerdings zugleich Geschäfte verrichtet, welche ihrer Natur nach nur von einem Beamten verrichtet werden können. ²⁾ Aber zur Verrichtung dieser Geschäfte ist der Gesandte nicht als solcher, sondern nur kraft eines besondern Rechtsgrundes (*ex lege vel mandato speciali*) ermächtigt.

Ein Gesandter ist *zweitens* (dem Europäischen Völkerrechte nach) der Vertreter oder Repräsentant seiner Regierung; in ihm ist das Volk oder der Souverain, von welchem er bevollmächtigt ist, gleichsam verkörpert. — Daher ist 1) eine dem Gesandten für seine Person zugefügte Rechtsverletzung, z. B. eine an ihm verübte Thätlichkeit, ganz so zu betrachten, als ob sie den Souverain, welcher den Gesandten bevollmächtigt hat, unmittelbar getroffen hätte. (Recht der Gesandten auf persönliche Unverletzlichkeit.) — Daher sollten einem jeden Gesandten 2) dieselben Ehrenvorrechte, wie seinem Machtgeber, zustehn. Zwar weicht das Europäische Völkerrecht von dieser Regel in so fern ab, als es nach diesem Rechte eine Klassenordnung unter den Gesandten gibt und nur die Gesandten der ersten Klasse, die Botschafter (die Ambassadeurs) und die päpstlichen Nuncien, schlechthin einen Repräsentativcharakter in der vorliegenden Beziehung (oder den Repräsentativcharakter in der engeren

1) Der Unterschied, der zwischen einem Gesandten und einem Beamten eintritt, ist besonders auch in staatsrechtlicher Hinsicht von Wichtigkeit; z. B. bei der Frage, ob das Gesetz die persönlichen Rechte der Beamten auch auf die Gesandten auszudehnen habe.

2) Z. B. Visirung der Pässe. — S. auch den C. N. Art. 48.

Bedeutung) haben. ¹⁾ Jedoch läßt sich diese Inkonsequenz des Europäischen Völkerrechts damit rechtfertigen, daß in Beziehung auf Ehrenvorrechte die Einheit zwischen dem Gesandten und seinem Machtgeber Modifikationen zuläßt, ohne daß man zu befürchten hätte, deshalb des Zweckes zu verfehlen, welcher durch jene Einheit überhaupt erreicht werden soll. — Auf derselben Eigenschaft beruht endlich ³⁾ das Recht der Extraterritorialität der Gesandten. Kraft dieses Rechts ist das Verhältniß, in welchem der Gesandte zu der Regierung steht, an die er abgeordnet ist, ganz so zu beurtheilen, als ob er sich nicht in dem Gebiete dieser sondern in dem Gebiete derjenigen Regierung befände, von welcher er bevollmächtigt ist; woraus folgt, nicht nur, daß ein Gesandter nicht den Gesetzen und Behörden des Staates, bei dessen Regierung er die seinige vertritt, unterworfen ist, sondern auch, daß die Regierung, bei welcher der Gesandte beglaubiget ist, wenn sich dieser einer völkerrechtswidrigen Handlung schuldig macht, zu dem Gesandten in demselben Verhältnisse, wie zu einem Feinde, steht. ²⁾ Das Europäische Gesandtschaftsrecht unterscheidet sich von dem Gesandtschaftsrechte anderer Völker vorzugsweise dadurch, daß es den Gesandten das Recht der Extraterritorialität zueignet. Durch diese Eigenthümlichkeit schützt das Europäische Völkerrecht die Gesandten vorzugsweise vor einer Abhängigkeit, welche, so rechtmäßig sie auch wäre, dennoch der Vollziehung des ihnen gewordenen Auftrages zum Nachtheile gereichen könnte, vor der Abhängigkeit von der Regierung, bei welcher sie beglaubiget

1) Diese Klassenordnung ist nach und nach, (vielleicht nicht ohne Mitwirkung der Rangstufen unter den päpstlichen Legaten,) durch das Herkommen eingeführt und dann auf dem Wiener Kongresse genauer bestimmt worden. S. auch das Aachener Konferenz-Protokoll v. 21. Nov. 1818. Vgl. Klüber, Völkerrecht. §. 179.

2) Das, was von dem Rechte des Staates, einen flüchtigen Verbrecher im Auslande zu verfolgen, gilt, kann auch zur Entscheidung der den vorliegenden Fall betreffenden Rechtsfragen benutzt werden.

sind. Es hat daher das Recht der Extraterritorialität, wenn sich auch der Umfang desselben nicht im Allgemeinen genau bestimmen läßt, doch allemal eine besondere rechtliche Gunst für sich.

Der friedlichen Tendenz, welche das Europäische Gesandtschaftsrecht in so fern hat, als es den Gesandten einen Repräsentativcharakter beilegt, kommt überdies das Herkommen der immerwährenden Gesandtschaften zu Statten. So groß sind die Vortheile, welche dieses Herkommen, (das sich schon im siebenzehnten Jahrhunderte feststellte,) für die Erhaltung des Europäischen Friedens hat, daß man eine Abweichung von demselben, (wenn z. B. eine Regierung den Gesandten, den sie bei einer andern Regierung beglaubigt hatte, abberuft, ohne ihm einen Nachfolger zu geben,) billig als einen Beweis feindseliger Gesinnungen betrachtet. — Es hat jenes Herkommen eine friedliche Tendenz hauptsächlich deswegen, weil die immerwährenden Gesandtschaften die Veranlassung und das Mittel sind, eine jede besondere völkerrechtliche Angelegenheit, d. i. eine jede Angelegenheit, welche an sich nur zwei oder nur einige Staaten betrifft, in eine allgemeine Europäische zu verwandeln. Nur in der Erhaltung und nicht in der Störung des Friedens aber können sich die Interessen aller Europäischen Staaten vereinigen. — Jedoch auch in so fern tragen die immerwährenden Gesandtschaften zur Erhaltung des Friedens bei, als sie den Rechten zur Stütze dienen, welche, wie oben gezeigt worden ist, den Gesandten dem Europäischen Völkerrechte nach in dem Interesse des Europäischen Friedens zustehn. Denn die immerwährenden Gesandtschaften haben veranlaßt, daß die Gesandten, welche bei einer und derselben Regierung beglaubiget sind, in der Hauptstadt des Staates eine Körperschaft, das *corps diplomatique*, bilden, einen Verein, welcher über die Rechte seiner Mitglieder mit Eifersucht wacht. *) — Endlich hat das in Frage stehende

*) Zugleich stehen diese Vereine in einem genauen Zusammenhange

Herkommen eine Theilung der Arbeiten zur Folge gehabt, welche für die Erhaltung des Friedens von nicht geringer Wichtigkeit ist. Denn diesem Herkommen ist es zuzuschreiben, daß sich in den (größerem) Europäischen Staaten ein eigener Stand gebildet hat, dessen ausschließlicher Beruf die Vermittelung eines friedlichen Verkehrs unter den Völkern ist, der Stand der Diplomaten. Diese Sonderung der diplomatischen Geschäfte von den übrigen Staatsgeschäften hat zuvörderst für den Zweck jener Geschäfte dieselben wohlthätigen Folgen, welche eine jede Vertheilung verschiedenartiger Arbeiten beziehungsweise hat. Nun können sich diejenigen, welche die diplomatische Laufbahn zu betreten beabsichtigen, auf ein besonderes Fach beschränkt, für dieses desto besser vorbereiten. Nun ist denjenigen, welche Talent und Neigung für die Diplomatie haben, eine Laufbahn eröffnet, auf welcher sie ihr Glück machen können. Und gerade von den Gaben, welche der Mensch nur der Natur verdanken kann, hängen die Erfolge eines Diplomaten vorzugsweise ab. Mit Recht sagte der Fürst Kaunitz: „Einem geschickten Diplomaten ist nichts unmöglich!“ Denn demjenigen würde nichts unmöglich seyn, welchem das Innere der Menschen vollkommen aufgeschlossen wäre und welcher zugleich die Gabe hätte, einen Jeden so zu behandeln, wie er seiner Denk- und Sinnesart nach zu behandeln ist. Demjenigen aber, welcher unter ungünstigen Sternen zum Leben erwacht ist, ist in der einen und in der andern Beziehung Alles unmöglich. Ja auch der, welcher zum Geschäftsmanne geboren ist, wird als Diplomat nur unter der Bedingung glänzen, daß er, berufen, einander widerstrebende Interessen und Ansprüche zu versöhnen, noch die besondere Gabe hat, einen Mittelweg (einem *medius terminus*) aufzufinden. Dieselbe Vertheilung der Arbeiten ist überdies für die Erhaltung des Friedens auch in so fern

mit dem erwähnten Hauptvorteile, welchen die immerwährenden Gesandtschaften für die Erhaltung des Friedens haben.

vortheilhaft, als sich nun Verhältnisse und Formen der Geselligkeit unter den Diplomaten bilden, welche so viele Bürgschaften für einen friedlichen Verkehr unter den von ihnen repräsentirten Regierungen sind. Endlich, (vielleicht die Hauptsache!) wenn, wie in Europa, die Diplomatie der Beruf eines eigenen Standes ist, so ist die Aufrechterhaltung des Friedens zugleich das persönliche Interesse derer, welche zu diesem Stande gehören. Denn kommt es zum Kriege, so hat der Diplomat seines Zweckes verfehlt. Napoleon nahm seine Gesandten gewöhnlich aus dem Heere. Als er auf der Insel St. Helena sein früheres Leben noch einmal durchlebte, erkannte er (zu spät) den begangenen Fehler. *) In Europa kann man zu den friedlichen Gesinnungen des Standes der Diplomaten noch aus einem besonderen Grunde Vertrauen hegen. Gewöhnlich entscheiden sich für die diplomatische Laufbahn diejenigen, welche von Adel sind. Der Adelsgeist aber ist ein Geist der Mäßigung, des Erhaltens, der Achtung für das Bestehende. Denn müßte nicht ein Erbadel, (von diesem allein ist hier die Rede,) für seine Zukunft fürchten, wenn er sich von der Vergangenheit losrisse?

*) Vgl. die Denkschrift von St. Helena. — Einst, bis in die Mitte des 17ten Jahrhunderts, spielten bei diplomatischen Verhandlungen die Doctores juris eine Hauptrolle. Waren sie aber in Welthändeln genugsam unterrichtet, um gute Diplomaten zu seyn? (Eine Vergleichung des damaligen Ganges diplomatischer Verhandlungen mit dem heutigen würde nicht ohne Interesse seyn.) — Wäre es nicht rathsam, einem Gesandten, der einen großen Staat zu vertreten hätte, einen rechtsgelehrten und einen kriegskundigen Rath, besonders bei Friedensunterhandlungen, zuzuordnen?

ZWEITER ABSCHNITT.

Das Recht des Krieges. ¹⁾

EINLEITUNG.

Der Grundsatz dieses Rechts ist kein anderer, als der, von welchem auch das Recht des Friedens auszugehn hat, — das Verhältniß, welches unter selbstständigen Völkern von Rechts wegen eintreten soll, ist der Zustand des Friedens. ²⁾ Die Folgerungen nun, die sich aus diesem Grundsatz theils für das Recht, einen Krieg anzufangen, theils für das Recht, das während eines Krieges unter den kriegführenden Mächten gilt, theils für die Wiederherstellung des Friedens ableiten lassen, sind der Gegenstand des vorliegenden Abschnittes.

Der Krieg — die Verhandlung eines Rechtsstreites unter Völkern mittelst wechselseitiger Anwendung physischer (mechanischer) Gewalt ³⁾, — ist nicht die einzige Art der Selbsthülfe, von welcher ein Volk gegen das andere Gebrauch machen kann. Auch so kann sich ein Volk von dem andern Genugthuung für ein ihm widerfahrenes oder Sicherheit gegen ein ihm drohendes Unrecht verschaffen, daß es in seinem Lande eine feindselige Maßregel gegen das andere Volk in Vollziehung setzt, z. B. die in seinen Häfen befindlichen Schiffe des Gegners mit Beschlagnahme belegt; — oder so, daß es sich von der Erfüllung einer positiven Verbindlichkeit, die es gegen das andere Volk

1) In der staatsrechtlichen Bedeutung ist das Kriegsrecht (oder das Martialgesetz) das Recht, nach welchem ein Ort oder ein Bezirk — in einem Kriege oder in einem Aufstande — (kraft eines Nothstandes) unter die Gewalt der Militärbehörden gestellt wird.

2) Mars ist der Tyrann, der Gott des Friedens ist der König der Menschenwelt! — Worte des Timotheus bei Plutarch in der Lebensbeschreibung des Demetrius.

3) Was unter Völkern der Krieg ist, das ist unter einzelnen Menschen der Zweikampf. — Bellum — duellum.

auf sich hatte, loszählt; — oder so, daß es zwar Feindseligkeiten, jedoch nur Feindseligkeiten einer gewissen Art, gegen das andere Volk ausübt, z. B. also, daß es sich auf eine Blokade der Küsten oder Häfen des andern Volkes beschränkt.¹⁾ Obwohl diese Arten der Feindseligkeiten, wenn man sie ihrer physischen Beschaffenheit nach betrachtet, beziehungsweise entweder der Art oder dem Grade nach von einem Kriege verschieden sind, so sind sie diesem doch in rechtlicher Hinsicht schlechthin gleichzuachten. Das erstreckt sich auch auf die Fälle, in welchen diese Zwangsmittel (man könnte sie friedliche Feindseligkeiten nennen) in die Rechte dritter Völker, in die der Neutralen, eingreifen. — Ein Fall dieser Art, der gewöhnlichste, ist der, da eine Seemacht gegen die Küsten oder Häfen einer andern Seemacht eine Blokade in Friedenszeiten verhängt. Mit denselben Gründen und unter denselben Bedingungen, mit welchen und unter welchen man eine solche Blokade in Kriegszeiten rechtfertigen kann, kann man sie auch in Friedenszeiten rechtfertigen. Der einzige Unterschied betrifft eine *quaestio facti*. Da eine Blokade in Friedenszeiten eine vereinzelt stehende Zwangsmafsregel ist, so ist sie im Verhältniß zu den neutralen Mächten für sich d. i. als ein in dem gegebenen Falle zur Wiederherstellung des Friedens taugliches und nothwendiges Mittel zu rechtfertigen.²⁾ Eine Blokade in Kriegszeiten aber hat ihre Rechtfertigung in sich selbst

1) Ist die eine oder die andere dieser Mafsregeln Erwidrerung einer ähnlichen Handlungsweise der Gegenparthei, so sagt man, daß die eine Regierung gegen die andere Repressalien ergriffen habe. Von diesen verschieden ist die Retorsion, — die Erwidrerung einer Regierungsmafsregel, welche, obwohl nicht völkerrechtswidrig, dennoch dem andern Volke nachtheilig ist. Vgl. Buch XXIX. Hptst. 4.

2) Daher entsteht nicht selten die Frage, ob eine Blokade in Friedenszeiten von einer dritten Macht anzuerkennen sey. Selten wird das Anerkenntniß verweigert, — unter dem stillschweigenden Vorbehalte des Reciproci für künftige Fälle.

d. i. in dem Rechte, welches einer kriegführenden Macht zusteht, gegen den Feind eine jede Art von Zwangsmitteln zu gebrauchen.

ERSTES HAUPTSTÜCK,

Von dem

Rechte eines Volkes, mit andern Völkern Krieg zu führen.

Ein Krieg ist unter der Bedingung ein rechtmäßiger Krieg, daß er ein Vertheidigungskrieg ist. Dagegen hängt die Rechtmäßigkeit eines Krieges nicht von der Beschaffenheit des Gegenstandes ab, auf welchen sich das zu vertheidigende Recht bezieht. Dieser Gegenstand sey weleher er wolle, sein Werth sey groß oder klein, der Rechtsgrund eines Krieges ist von seinem faktischen Grunde unabhängig.

Der Satz, daß nur ein Vertheidigungskrieg ein rechtmäßiger Krieg seyn könne, hat nicht den Sinn, daß in einem Kriege das Recht jederzeit auf der Seite des angegriffenen das Unrecht auf der des angreifenden Theiles sey. Denn da selbstständigen Völkern Selbsthülfe erlaubt ist, so kann die Frage von der Rechtmäßigkeit eines Krieges nicht von der Frage abhängen: Welches Volk war der angreifende Theil? Anders verhält sich die Sache mit dem Rechte, welches dem Menschen im Staate zusteht, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, oder mit dem Rechte der Nothwehr. Da hat der angreifende Theil unrecht, weil im Staate Selbsthülfe verboten ist.

Sondern ein Krieg ist unter der Bedingung ein Vertheidigungs- und mithin ein gerechter Krieg, daß er entweder ein Genugthungs- oder ein Präventionskrieg ist. Ein Krieg hat die erstere Eigenschaft, wenn ein Volk denselben führt, um für ein ihm widerfahrenes Unrecht Ersatz von dem Feinde zu erlangen oder um den Feind zur Erfüllung einer diesem obliegenden positiven

Verbindlichkeit anzuhalten. Er hat die letztere Eigenschaft, wenn ihn ein Volk führt, um, mit einer Beeinträchtigung seiner Rechte von einem andern Volke bedroht, das ihm drohende Unrecht von sich abzuwenden, demselben zuvorzukommen. — Obwohl aber der Krieg an sich (oder in thesi) sowohl mit dem einen als mit dem andern Grunde in gleichem Grade gerechtfertiget werden kann, da die äussere Sicherheit eines Volkes, sowohl von der Gültigkeit des einen als von der des andern Grundes abhängt, so tritt doch im Leben (oder in hypothesi) zwischen dem einen und dem andern Grunde der Unterschied ein, daß sich die Frage, ob ein genügender Rechtsgrund zu einem Kriege thatsächlich (oder de facto) vorhanden sey, weit leichter und entscheidender in dem Falle eines Genugthuungs- als in dem eines Präventionskrieges beantworten läßt. Denn in dem letzteren Falle hängt die Beantwortung dieser Frage, kraft des Wesens eines Präventionskrieges, jederzeit von einer Wahrscheinlichkeitsrechnung ab. Da stellt sich die Frage so: Ist das Volk in seinen Rechten überhaupt von einem andern Volke bedroht? wird die Möglichkeit über kurz oder über lang zur Wirklichkeit werden? kann die Gefahr nicht auf eine andere Weise, als durch einen Krieg, abgewendet werden? Gleichwohl kommen gerade Präventionskriege am häufigsten in der Geschichte vor. Was um so weniger befremden darf, da der Stand der Natur, — das Verhältniß, in welchem selbstständige Völker zu einander stehn, — sogar seinem Wesen nach die Sicherheit eines jeden einzelnen Volkes bedroht. Besonders sind die Kriege unter Völkern, deren Verhältnisse in dem Grade in einander verschlungen sind, daß das ganze System bedroht ist, wenn ein Theil dessel- aus seiner bisherigen Stellung zum Ganzen heraustritt, der grossen Mehrzahl nach Präventionskriege. Da läßt sich ein Krieg selbst durch den »metus crescentis potentiae« rechtfertigen oder beschönigen. Die Europäischen Völker stehen in diesem Verhältnisse zu einander. Darum enthält die Geschichte dieser Völker so viele Beispiele von Prä-

ventionskriegen. (Der Spanische Successionskrieg. Der siebenjährige Krieg. Die Kriege der Französischen Revolution.)

Nur in der Eigenschaft eines Genugthuungs- oder in der eines Präventionskrieges aber läßt sich ein Krieg rechtfertigen. — Widerrechtlich also sind 1) Strafkriege. Denn eine Gemeinde und mithin eine Volksgemeinde kann sich ihrem Wesen nach nicht eines Vergehens schuldig machen. Das Urtheil über Recht und Unrecht, welches einem selbstständigen Volke zusteht, ist zwar für seine eigene Handlungsweise rechtskräftig, nicht aber ein Gesetz für andere Völker. Eben so widerrechtlich sind 2) Meinungskriege, Kriege zur Ausbreitung oder in Gemäfsheit gewisser religiöser oder politischer Meinungen. Denn ein Volk wird nicht dadurch in seinen Rechten gekränkt, daß seine Meinungen und Ansichten nicht die anderer Völker sind. Eben so wenig ist irgend ein Volk berechtigt, sich zum Schiedsrichter über Wahrheit und Irrthum aufzuwerfen. Dennoch kommen wenigstens Religionskriege häufig genug in der Geschichte vor. (Kriege des Volkes Israel gegen die früheren Bewohner Palästina's. Kriege der Araber in den ersten Jahrhunderten des Islams. Die Kreuzzüge.) Allemal aber berief man sich zur Rechtfertigung eines Religionskrieges auf eine bestimmte Offenbarung, auf einen von Gott ertheilten Auftrag, und nicht auf einen dem Verstande begreiflichen Rechtsgrund. Daher auch die Schrecknisse dieser Kriege. Denn wohin muß es kommen, wenn es der Mensch für erlaubt hält, die göttliche Gerechtigkeit sich zum Mafsstabe seiner Handlungen zu machen? In dem Kreuzzuge gegen die Albigenser lag das Heer der Kreuzfahrer vor der Stadt Béziers, welche, obwohl gröfstentheils von Albigensern bewohnt, doch auch eine Anzahl guter Katholiken zu Einwohnern hatte. Das Kreuzheer, entschlossen, den Platz zu stürmen, machte sich jedoch ein Bedenken wegen dieser Katholiken, welche bei dem Sturme mit den Kätzern zugleich den Tod finden würden. Der bei dem Heere ge-

genwärtige päpstliche Legat, wegen dieses Zweifels befragt, antwortete: „Tödtet sie Alle; denn Gott kennt die Seinen!“ Der Sturm gelang. Und Alle, Rechtgläubige und Irrgläubige, wurden niedergemetzelt. ¹⁾ Endlich ³⁾ sind auch die Kriege widerrechtlich, welche ein Volk bloß deswegen führt, um sich einen gewissen Vortheil, z. B. bessere Mündungen für seinen Ausfuhrhandel, zu verschaffen. Jedoch, wenn auch ein Krieg dieser Art nimmermehr gerechtfertiget werden kann, so läßt er sich doch zuweilen mit einem Nothstande entschuldigen; wie z. B. in dem Falle, da der Krieg unternommen wird, um dem Lande eine zu dessen Vertheidigung taugliche Grenze zu geben, oder um, in den Zeiten innerer Unruhen, die im Inneren tobenden Leidenschaften durch einen Krieg mit dem Auslande zu beschwichtigen.

Ein Krieg ist nur unter der Bedingung, daßs er den einen oder den andern der oben angeführten Rechtsgründe für sich hat, nicht aber schon deswegen, weil er dieser Bedingung entspricht, ein rechtmäßiger Krieg. ²⁾ Denn er ist und bleibt doch immer eine Selbsthülfe, ein Rechtshandel, der nicht im Wege Rechtens verhandelt und entschieden wird. Es fragt sich also: Wie läßt sich der Krieg in Beziehung auf die Art, wie durch denselben Völker ihre Rechte geltend machen, rechtfertigen?

Nicht so kann man diese Rechtfertigung führen, daßs man sich auf die vortheilhaften Folgen beruft, welche der Krieg für die Menschheit hat. — Es ist wahr, daßs der Krieg so vieler Kenntnisse, Erfindungen und Berechnungen bedarf, daßs er zur Kultur der Menschen mächtig beiträgt, zumal er die Völker zugleich zu einem geistigen Wettkampfe auffordert oder nöthiget, — daßs er, (den Stürmen vergleichbar, welche das Meer aufwühlen, da-

1) Die Worte des Legaten waren: „Tuez — les tous; car Dieu connaît eux qui sont à lui!“ S. Histoire des croisades contre les Albigeois. Par Barrau et Darragon. Par. 1840. p. 88.

2) Der Rechtsgrund ist die causa sine qua non, aber nicht die causa propter quam.

mit es nicht in Fäulniß übergehe,) die Völker vor den Lasten bewahrt, die im Gefolge der Verweichlichung sind, — daß er die verborgenen Mängel und Gebrechen, an welchen vielleicht der Staat leidet, an den Tag bringt ¹⁾, — daß er sogar, weil und in wie fern er die Regierung vom Volke abhängig macht, der Freund politischer Freiheit ist, u. s. w. ²⁾ Aber, nicht zu gedenken, daß man dieser Lobrede eine nicht weniger begründete Anklage entgegensetzen könnte, eine Rechtfertigung des Krieges, welche von den wohlthätigen Folgen desselben entlehnt wird, ist dem Principe nach unhaltbar. Denn sie beruht auf dem Grundsätze, daß der Zweck die Mittel heilige. ³⁾

Nicht genügender ist eine andere Art, wie man den Krieg zu rechtfertigen versucht hat. Sie lautet so: Da selbstständige Völker keinen Richter auf Erden über sich haben, da sie gleichwohl nicht Richter in der eigenen Sache seyn sollen, so bleibt ihnen nichts übrig, als ihre Rechtsstreitigkeiten der Entscheidung des höchsten Richters, — einem Gottesurtheile, — zu unterwerfen. Der Krieg ist nun das Mittel, ist sogar, wenigstens in Ermangelung eines Orakels, das einzige Mittel, wie Völker die göttliche Willensmeinung über Rechtsfragen, die unter ihnen streitig sind, erforschen können. Wie der Mensch Alles der Gottheit verdankt, so verdankt ihr auch ein Volk den Sieg. Diejenige kriegführende Macht also hat das Recht auf ihrer Seite, welcher der Gott der Schlachten den Sieg verleiht. — Allein in dieser Rechtfertigung des Krieges würde die Rechtfertigung einer jeden Gewaltthat liegen, welche der Erfolg gekrönt hätte. Diese Rechtfertigung des Krieges also würde zwischen der göttlichen

1) Diese Erfahrung machte Preussen in den Jahren 1806. 1807.

2) Eine Lobrede auf den Krieg findet man in Lüder's Entwicklung der Veränderungen der bürgerl. Gesellschaft. Bd. I. S. 118.

3) Aus demselben Grunde muß ein jeder Versuch einer Theodicee mißglücken. — Wie oft könnte man den Philosophen zurufen: Bis hierher und nicht weiter!

und der menschlichen Gerechtigkeit eine unheilbare Zwietracht stiften. Wie oft müßte man dann in die Worte des Dichters einstimmen: *Victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni!* — Gleichwohl findet man fast bei allen Völkern der Erde Sitten und Gebräuche, welche mit dieser Ansicht von der Rechtmäßigkeit der Kriege im Zusammenhange stehn. Selbst in den heutigen Europäischen Staaten wird nach einer Schlacht von dem Sieger — oder auch von beiden Theilen — ein *Te Deum* angestimmt. Es erinnert die weite Verbreitung dieser Ansicht aus mehr als einem Grunde an den nicht weniger verbreiteten Gebrauch, die Entscheidung der vor Gericht anhängigen Rechtssachen einem Gottesurtheile zu überlassen.

Sondern zur Rechtfertigung des Krieges kann man sich nur auf einen Nothstand berufen. Wenn auch Selbsthülfe schlechthin widerrechtlich ist, so ist man doch, was das Verhältniß unter selbstständigen Völkern betrifft, auf die Wahl zwischen zwei Uebeln beschränkt. Entweder sind selbstständige Völker gänzlich rechtlos, oder sie müssen befugt seyn, zur Vertheidigung ihrer Rechte Selbsthülfe anzuwenden. Offenbar aber ist das Recht der Selbsthülfe das kleinere Uebel. Der Stand der Natur ist ein fortdauernder Zustand der Nothwehr.

Wenn die Rechtmäßigkeit des Krieges nur mit einem Nothstande d. i. nur mit dem Grunde vertheidiget werden kann, daß der Krieg die Bedingung ist, von welcher die Wirksamkeit der Rechte eines selbstständigen Volks wesentlich abhängt, so folgt *erstens*: Ein Volk, das einen rechtmäßigen Grund zum Kriege hat, soll gleichwohl, ehe es zum Kriege schreitet, kein Mittel unversucht lassen, um zu einer friedlichen Abhülfe seiner Beschwerden zu gelangen. Nur wenn diese Mittel erschöpft sind oder wenn die Gegenparthei mit den Feindseligkeiten schon den Anfang gemacht hat, ist es erlaubt, zu den Waffen zu greifen. Es ist ein Glück für die Völker des heutigen Europas, daß schon die unter ihnen üblichen Verhandlungsformen gegen eine übereilte Entscheidung der Frage über Krieg

und Frieden eine gewisse Bürgschaft leisten. — *Zweitens*: Auch dann, wenn sich der Krieg nach der so eben aufgestellten Regel rechtfertigen liesse, soll das Volk nur unter der Bedingung zu diesem äußersten Mittel greifen, daß es nicht den Zweck des Krieges durch eine andere und mildere Art der Feindseligkeiten *) erreichen kann. Endlich *drittens*: Nicht das ist ein Nothstand in dem Sinne, in welchem der Krieg mit einem Nothstande gerechtfertiget werden kann, wenn die Regierung durch die im Lande herrschende kriegerische Stimmung zum Kriege genöthiget wird. Vielmehr stellt das Völkerrecht an die Politik die Aufgabe, der Gefahr einer solchen Nöthigung vorzubeugen. Es dürfte daher wenigstens zweifelhaft seyn, ob man von der jetzt in Europa herrschenden Publicität, welche den Kabinetten kaum noch Geheimnisse übrig läßt, für die Erhaltung des Europäischen Friedens vortheilhaftere oder nachtheiligere Folgen zu erwarten habe. Diese Publicität kann eine Aufregung im Volke zur Folge haben, welche selbst die Regierung mit sich fortreißt oder welcher die Regierung nicht gewachsen ist. Aus demselben Grunde darf man ein Mißtrauen gegen alle die Verfassungen hegen, welche die auswärtigen Angelegenheiten des Staates eben so, wie die inneren, der Berathung des Volkes oder der einer Versammlung seiner Vertreter unterwerfen. Die Geschichte der Griechischen Demokratien, namentlich die des Atheniensischen Freistaates, (diese z. B. in den Zeiten des Peloponnesischen Krieges, in denen Philipps von Macedonien,) rechtfertiget nur zu sehr ein solches Mißtrauen. Aber auch die Repräsentativverfassung hat ihre Gefahren in dieser Beziehung. Im Jahre 1739 wurde Jenkins, Kapitain eines Englischen Kauffartheschiffes, in das Britische Unterhaus eingeführt. Die Spanier hatten ihm, weil er mit ihren Kolonien Schleichhandel getrieben hatte, die Nase aufgeschlitzt und die Ohren abgeschnitten; die Schiffsmannschaft war in Ketten

*) Vgl. oben die Einleitung zu dem vorliegenden Abschnitte.

gelegt worden. Mit seemännischer Kürze erzählte er dem Unterhause die Geschichte seines Unglücks. „Als man mich so verstümmelt hatte“, so schloß er seine Anrede, „drohte man mir mit dem Tode. Ich erwartete ihn, indem ich meine Seele Gott empfahl und meine Rache dem Vaterlande.“ Alles brach in einen Schrei des Entsetzens aus. Die Minister sahen sich genöthiget, den Spaniern den Krieg zu erklären.

Die Frage von der Rechtmäßigkeit des Krieges ist in dem Obigen nur aus dem Standpunkte des Völkerrechts in Betrachtung gezogen worden. Dieselbe Frage aber wiederholt sich im Staatsrechte. — Hier stellt sie sich zuvörderst so: Aus welchem Grunde steht das Recht, Krieg zu führen, ausschließlich dem Staatsherrscher — und nicht auch einem jeden einzelnen Mitgliede des Staatsvereines — zu? Der Zweifel, welcher zu dieser Frage Veranlassung giebt, ist der: Wenn auch ein Volk, als eine moralische Person, seine Rechte eben so, wie der einzelne Mensch, durch physischen Zwang und zwar, im Stande der Natur, durch Selbsthülfe vertheidigen darf, so scheint doch hieraus noch nicht zu folgen, daß nicht auch ein jedes einzelne Mitglied der Volksgemeinde, wenn es in seinen Rechten von einem auswärtigen Feinde gekränkt wird, von demselben Vertheidigungsrechte Gebrauch machen dürfe. Jedoch, dieser Zweifel hebt sich, wenn man den Grund in Erwägung zieht, aus welchem ein Volk ein Volk ist d. i. die Eigenschaft einer moralischen Person hat. Ein Volk hat diese Eigenschaft, weil sein Daseyn auf einem andern Verhältnisse, auf dem zwischen dem Staatsherrscher und den Unterthanen, beruht. Die Staatsgewalt würde überall nicht eine Gewalt d. i. nicht ein unbedingtes oder absolutes Recht seyn, wenn sie nicht in einer jeden Beziehung ein unbedingtes Recht wäre, wenn sie also den Unterthanen, als Einzelnen, die Freiheit ließe, in Beziehung auf auswärtige Feinde ein rechtskräftiges Urtheil zu fällen. Und umgekehrt ist es die Pflicht des Staatsherrschers, die Unterthanen in einem jeden Rechtsverhältnisse

zu vertheidigen, weil sie in einem jeden Rechtsverhältnisse unterthan sind. — Sodann aber läßt sich ein Krieg dem Staatsrechte nach nur unter der Bedingung rechtfertigen, daß es rathsam ist, den Krieg zu führen, den einzigen Fall ausgenommen, da der Feind schon zu den Waffen gegriffen hat. (Dum deliberant Romae, perit Saguntum.) In dieser Beziehung wird zur Rechtfertigung eines Krieges 1) die Wahrscheinlichkeit des Sieges erfordert. Die Beurtheilung dieser Wahrscheinlichkeit ist zwar vorzugsweise die Sache des Kriegsministers. Jedoch gebührt dabei auch dem Minister des Friedens, (d. i. dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten,) eine Stimme. Denn, auch angenommen, daß der Staat, welcher den Krieg zu führen beabsichtigt, in diesem Kriege auf den Sieg rechnen kann, so sind doch bei der in Frage stehenden Berathung zugleich die entfernteren oder die mittelbaren Folgen des Sieges in Anschlag zu bringen. Der Sieg kann dem Staate neue und gefährlichere Feinde erwecken. *) In derselben Beziehung wird zur Rechtfertigung eines Krieges 2) erfordert, daß der Aufwand, welchen der Krieg verursachen würde, (das Wort: Aufwand, in seiner weitesten Bedeutung genommen,) nicht die Früchte des Sieges — nach einem vorläufigen Anschlage — übersteige. Auch deswegen ist in dem heutigen Europa die Frage von der Råthlichkeit eines Krieges allemal zugleich eine Geldfrage. So unsicher ist übrigens, sowohl was die Wahrscheinlichkeit des Sieges als was die Opfer betrifft, welche der Krieg fordert, die zu führende Rechnung, daß die Erwägung dieser Unsicherheit die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens seyn würde, wenn die Menschen in dem Vertrauen auf ihr Glück weniger Thoren wären.

*) Rußland hat (seit dem Anfange des 18ten Jahrhunderts) hauptsächlich deswegen so große Eroberungen gemacht, weil es für seine Eroberungskriege immer den Zeitpunkt abwartete, da das westliche Europa mit sich selbst beschäftigt war. — Nicht weniger verstanden sich die Römer auf diese methodus expectativa.

Die erste oder die Vorfrage, welche eine Regierung an sich zu richten hat, ehe sie den Entschluß faßt, einen Krieg zu führen, ist zwar allemal die, ob sich der Krieg dem Völkerrechte nach rechtfertigen lasse. Wenn sich aber die Regierung für den Krieg, sey es mit Recht oder mit Unrecht, entschieden hat, so hat diese Entscheidung dem Staatsrechte nach (oder in Beziehung auf die Unterthanen der Regierung) die Kraft und Gültigkeit eines Gesetzes. Im Verhältniß zu ihren Unterthanen hat die Regierung recht, die Gegenparthei unrecht. Dem Staatsrechte nach also ist der Krieg sowohl von der Seite der einen als von der Seite der andern kriegführenden Macht ein gerechter Krieg. — Hieraus folgt z. B.: Den Kriegsgefangenen verbleiben in dem Staate, welchem sie vor der Gefangenschaft angehörten, alle die Rechte, welche ihnen in diesem Staate vor der Gefangenschaft zustanden. Sie können, auch während sie in der Gefangenschaft enthalten werden, Rechte in diesem Staate erwerben und über die Güter, die sie in dem Gebiete dieses Staates besitzen, Verfügungen treffen.¹⁾ Hat der Feind Beute gemacht und wird ihm die Beute wieder abgenommen, so fallen die dem Feinde wiederentrungenen Sachen an ihre früheren Eigenthümer schon von Rechtswegen zurück.²⁾ Wie könnte eine Gefangenschaft, die widerrechtlich ist, dem Stande der Gefangenen, wie könnte ein Raub dem Rechte des Eigenthümers Eintrag thun? — Doch schließt die Rechtfertigung, welche ein Krieg schon in dem Urtheile der Regierung hat, nicht das Bedürfniß einer anderen Rechtfertigung aus, der, welche er dem Urtheile der öffentlichen Meinung verdanken kann.

1) Das *jus postliminii* der Römer beruhte auf der (irrigen) Voraussetzung, daß der Gefangene in die Sklaverei verfalle. — Man darf daher das in einigen Europäischen Staaten bestehende Gesetz der Härte beschuldigen, nach welchem den Officieren bei dem Dienstalder die Jahre der Gefangenschaft nicht angerechnet werden.

2) Beschränkt wird dieser Satz durch die den Seekrieg betreffenden Gesetze einiger Europäischen Staaten.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von dem
Rechte während eines Krieges
 oder
von dem Kriege in der engeren Bedeutung. ¹⁾

Das Recht der Waffen ²⁾ ist in dem Sinne ein unbeschränktes Recht, daß es keine anderen Grenzen und Schranken hat, als diejenigen, welche ihm durch seinen Zweck gesetzt sind. (Datur jus belli infinitum.) Dagegen ist es in dem Sinne ein beschränktes Recht, daß die Ausübung desselben nur durch seinen Zweck gerechtfertigt werden kann. Dieser letztere Satz, — der Grundsatz des Kriege, — kann auch so ausgedrückt werden: Der Zweck des Krieges ist der Friede!

Zu Folge dieses Grundsatzes lassen sich *erstens* nur die Feindseligkeiten rechtfertigen, welche eine kriegführende Macht gegen die andere anwenden *mufs*, um den Zweck des Krieges zu erreichen — welche sich also zu ihrem Zwecke wie nothwendige Mittel verhalten.

Diese Regel gilt zuvörderst von dem unter dem Waffenrechte begriffenen Rechte über Leben und Tod. — Es ist daher dieses Recht billig auf denjenigen Theil des feindlichen Volkes zu beschränken, welcher die Waffen trägt. ³⁾ Denn ist dieser besiegt, so steht weiter nichts

1) In dieser engeren Bedeutung wird das Wort: Kriege, in dem vorliegenden Hauptstücke jederzeit genommen werden.

2) Ich unterscheide zwischen dem Rechte Krieg zu führen und dem Waffenrechte, inter jus bellandi et jus armorum. Das letztere ist das Recht Krieg zu führen, in Beziehung auf die Feindseligkeiten betrachtet, von welchen im Kriege Gebrauch gemacht werden darf.

3) Freilich ergeben sich bei der Anwendung dieses Satzes auf diejenigen, welche, ohne die Waffen zu tragen, doch zum Heere gehören, (z. B. auf Feldprediger, auf Wundärzte,) noch manche Schwierigkeiten. — Wenn bei dem Sturme einer Festung die Wuth

der Wiederherstellung des Friedens im Wege. Darum hat der Bestand der bewaffneten Macht allemal einen entscheidenden Einfluss auf den mehr oder weniger blutigen Charakter der Kriege. Die Kriege unter ungebildeten Völkern endigen, (z. B. in Nordamerika,) nicht selten mit der gänzlichen Vertilgung der einen oder der andern Parthei. Denn bei diesen Völkern ist ein jeder erwachsene Mann ein Krieger. Dagegen haben die stehenden Heere die Kriege menschlicher gemacht. Unheimlicher ist in Europa die Aussicht in die Zukunft. — Auch gegen das Heer des Feindes ist nicht von Waffen und Geschossen Gebrauch zu machen, welche, ohne eine grössere Zahl der Feinde kampfunfähig zu machen, nur schmerzlicher verwunden.¹⁾ — Zu Folge derselben Regel ist gegen Gefangene nur das erlaubt, was nothwendig geschehen muss, um sie von der ferneren Theilnahme am Kampfe abzuhalten. Jedoch werden, damit diese Forderung Gehör finde, so manche Bedingungen — ein gewisser Grad von Civilisation und selbst äussere Verhältnisse — vorausgesetzt, dass es nicht befremden darf, wenn, besonders was die Behandlung der Gefangenen betrifft, die Rechte und Gewohnheiten so sehr von einander abweichen. So ist z. B. bei allen noch ungebildeten Völkern, wo nicht der Tod²⁾, doch Knechtschaft das Loos der Gefangenen. Wo hätten diese Völkern andere Mittel, die Gefangenen unschädlich zu machen? wie wäre von ihnen zu erwarten, dass sie, wuthentbrannt im Kampfe, nach dem Siege zur Milde überspringen würden? Mit der Zeit stellen sich zwar die Verhältnisse günstiger für die Gefange-

der Stürmenden keinen Unterschied zwischen den friedlichen Einwohnern und der Besatzung des Platzes macht, so lässt sich dieses Verfahren (wenn überhaupt,) nur mit der Voraussetzung entschuldigen, dass auch jene an der Vertheidigung des Platzes einen thätigen Antheil genommen haben.

- 1) Schiessen mit Glasscherben, mit gehacktem Bleie.
- 2) Dieses Ursprungs ist wohl die Menschenfresserei, — eine der schrecklichsten Erscheinungen in der Menschenwelt.

nen; ihr Schicksal mildert sich. Doch dauert es noch lange, bis das der Sieger auf das herkömmliche Eigenthumsrecht an einem Gefangenen unentgeltlich verzichtet. Auch die Deutschen machten einst ihre Gefangenen zu Sklaven, (zu Leibeigenen.) Dann wurde die Auslösung der Gefangenen Rechtens. Anfangs so, das ein Jeder die Gefangenen, die er gemacht hatte, so lange in seiner Gewahrsam behielt, bis das sie sich loskauften, „rancionirten“. Späterhin aber, im 16ten und 17ten Jahrhunderte, so, das die Auslösung die Sache der Regierungen wurde. Der Preis der Auslösung wurde nun durch Verträge, — mit Rücksicht auf die verschiedenen Dienststufen der Gefangenen und mit Vorbehalt der Auswechselung, — bestimmt. ¹⁾ Erst im 18ten Jahrhunderte stellte sich das noch bestehende Recht fest, nach welchem Gefangene entweder während des Krieges ausgewechselt oder nach wiederhergestelltem Frieden unentgeltlich in ihre Heimath entlassen werden. Es wäre zu wünschen, das man eine Bürgschaft entdeckte, gegen welche ein jeder Gefangene alsbald wieder freigegeben werden könnte.

Sodann gilt die oben aufgestellte Regel auch von dem unter dem Waffenrechte begriffenen Rechte auf das Vermögen des Feindes, (auch von der *occupatio bellica*.) — Es darf daher dieses Recht, wenn ihm auch das Eigenthum des feindlichen Staates preisgegeben ist, gleichwohl nicht auf das Sondergut der Einwohner des feindlichen Landes ausgedehnt werden. ²⁾ Denn mit dem Volke, als einem Ganzen, und nicht mit den einzelnen

1) Der älteste Vertrag dieser Art, der bei Dumont (T. VII. P. I. S. 231) vorkommt, ist vom Jahre 1673. S. auch dasselbe Werk T. VII. P. I. S. 292. P. II. S. 270. 310. — Die, welche sich der Gefangenschaft durch die Flucht befreit hatten, nannten sich Selbststranzionirte.

2) Waffen etwa ausgenommen. — Alle Regeln des Kriegsrechts sind von der Beschaffenheit, das sie nach Zeit und Umständen Ausnahmen zulassen. In diesem Sinne ist der Satz zu deuten: *Necessitas non habet legem*.

Menschen, aus welchen das Volk besteht, wird der Krieg geführt. Die Habe der Einzelnen steht mit der Kriegsmacht des Feindes nicht in dem Zusammenhange, daß der Zweck des Krieges, nicht ohne jene anzutasten, erreichbar wäre. — Jedoch auch das Staatsgut des feindlichen Volkes ist dem Rechte, Beute zu machen, nicht unbedingt sondern nur in so fern unterworfen, als dieses Gut die Kriegsmacht des Feindes erhöht. ¹⁾ In wie fern also das Staatsgut z. B. in Kunstschatzen oder in literarischen Sammlungen besteht, soll das Eigenthum an demselben auch von dem Feinde geehrt werden. In der That sind diese Schätze und Sammlungen nicht sowohl Eigenthum des Staates, als ein dem Staate anvertrautes Gut. Der Raub erbittert das beraubte Volk, ohne dessen Macht zu schwächen. ²⁾ (Vgl. den ersten Anhang, von dem Eroberungsrechte.)

Zu Folge des zu Anfange dieses Hauptstückes aufgestellten Grundsatzes hat eine kriegführende Macht *zweitens* alles das zu unterlassen, was die Wiederherstellung des Friedens unmöglich machen oder doch erschweren würde, vielmehr alles das zu thun, was der Wiederherstellung des Friedens förderlich ist, — übrigens unbeschadet des ihr zustehenden Waffenrechts.

Zu Folge des ersten Theiles dieser Regel haben sich kriegführende Mächte z. B. des Gebrauchs vergifteter Waffen zu enthalten. ³⁾ Wenn auch diese Waffen tödtender sind, als andere Waffen, so zerstört doch der Gebrauch derselben in dem Grade alles Vertrauen unter den kriegführenden Völkern, daß er die Wiederherstellung des

1) Ob und in wie fern das Heer einen Anspruch auf Beutegelder hat, ist eine Frage des Staatsrechts und der Politik. Die Gesetze Großbritanniens berücksichtigen vor andern diesen Anspruch.

2) Die Römer beraubten Griechenland seiner Kunstschatze. (Vgl. Heyne, opuscula academica.) Napoleon folgte diesem Beispiele, wenn er anders eines Beispieles bedurfte.

3) Eben so des Vergiftens der Brunnen, — der Lebensmittel.

Friedens so gut wie unmöglich macht. Aus demselben Grunde würde eine kriegführende Macht widerrechtlich handeln, wenn sie sich des Meuchelmordes bedienen wollte, um das Haupt des feindlichen Staates oder Heeres oder sonst einzelne ihr besonders gefährliche Feinde aus dem Wege zu räumen. — Eben so wenig sollen kriegführende Mächte einander, (wie die Homerischen Helden,) durch Schmähungen und Beschimpfungen bekämpfen. Uebermuth schmerzt mehr als eine Gewaltthat.¹⁾ Er nährt und steigert die Feindschaft. — Auch Ausspäher (Spione) stehen nicht unter dem Schutze des Völkerrechts d. i. sie können nicht, wenn ihrer der Feind habhaft wird, verlangen, als Kriegsgefangene behandelt zu werden. Denn der Krieg soll eine offene, ehrliche Fehde seyn; er soll offen und redlich geführt werden, wie ein vor den Gerichten anhängiger Rechtshandel. Wenn auch ein Heerführer Spione gebrauchen muß, um von dem ihm anvertrauten Heere das äußerste Schicksal abzuwenden, so ist er doch aus demselben Grunde berechtigt, den Spionen, die gegen ihn gebraucht werden, das äußerste Schicksal widerfahren zu lassen. — Endlich würde ein Volk auch dann der Wiederherstellung des Friedens ein fast unübersteigliches Hinderniß in den Weg legen, wenn es, ohne eine Kriegserklärung²⁾ vorzuschicken, zu Feindseligkeiten schritte.³⁾ Wäre es erlaubt, den Krieg mit einem Ueberfalle zu beginnen, so würde sogar ein ewiger Krieg, ein Krieg, der nur mit der gänzlichen Vertilgung des Feindes endigen könnte, (ein bellum internecinum,) einem in ei-

1) Thucyd. I, 77. Machiav. Abhdlgen über den Livius. II, 26.

2) Ein anderes ist die Bedrohung mit einem Kriege. Es ist sogar bedenklich, einen casus belli im voraus festzusetzen, d. i. auf einen gewissen noch nicht eingetretenen Fall entschieden mit einem Kriege zu drohn.

3) Bei den Europäischen Völkern Deutschen Ursprungs scheint der Gebrauch, den Feindseligkeiten eine Kriegserklärung vorzuschicken, den Gesetzen des Ritterwesens seine Entstehung zu verdanken.

nem jeden Augenblicke unsicheren Frieden vorzuziehen seyn; wie denn auch unter Völkerschaften, welche in der Kultur und Civilisation noch nicht weit genug vorgeschritten sind, um sich von der Widerrechtlichkeit eines Angriffs, welchem keine Kriegserklärung vorausgegangen ist, überzeugt zu haben, Vertilgungskriege häufig genug sind. Von einer so entscheidenden Wichtigkeit ist die in Frage stehende Bedingung der Rechtmäßigkeit eines Krieges, daß nur die Völker ein Kriege recht überhaupt haben können, bei welchen Kriegserklärungen im Gebrauche sind. Bei den Römern hatte einst eine eigene Priesterschaft das Collegium Fecialium, den Auftrag, den Krieg mit besonderen religiösen Feierlichkeiten anzukündigen. ¹⁾ Aehnliches findet man bei andern Völkern. Diese Völker heiligten eine Sitte, welche ihnen zuerst geoffenbart hatte, daß es auch im Kriege ein Recht geben könne. In dem heutigen Europa ist es herkömmlich, den Krieg mittelst eines an das ganze Europäische Publikum gerichteten Manifestes zu erklären, also den Krieg, vor oder bei dem Ausbruche der Feindseligkeiten, vor dem Richterstuhle der öffentlichen Meinung von ganz Europa zu rechtfertigen. Ein Herkommen, dessen Ursprung und dessen Zweck mit den Eigenthümlichkeiten des Europäischen Völkerrechts in dem genauesten Zusammenhange steht, von welchen in dem folgenden Buche die Rede seyn wird. ²⁾

Jedoch, nicht genug, daß kriegführende Mächte der Wiederherstellung des Friedens kein Hinderniß in den Weg legen sollen, sie können unbeschadet ihres Waffenrechtes und sie sollen daher die Wiederherstellung des Friedens auch positiv befördern. — Aus diesem Grunde sind alle die Verträge rechtlich verpflichtend, welche eine

1) Genaue Nachrichten von diesen Feierlichkeiten giebt Livius.

2) Dieses Herkommen verlassend rechtfertigte Napoleon einen Krieg, den er beschlossen hatte, in einem Vortrage an den Senat und durch ein Senatuskonsult. Die Neuerung betraf nicht blos die Form.

kriegführende Macht mit der andern, sey es um die Feindseligkeiten zu ermäßigen, sey es um den Frieden vorzubereiten, abschließt, also z. B. Kapitulationen, Verträge wegen Auswechslung der Gefangenen, Waffenstillstandsverträge, Verträge wegen Eröffnung eines Friedenskongresses. ¹⁾ Vielleicht sollte aus demselben Grunde der Krieg in Europa nicht die Folge haben, daß die kriegführenden Mächte ihre Gesandten gegenseitig abberiefen.

Man kann den Grundsatz des Kriegsrechts: Der Zweck des Krieges ist der Friede! — auch so ausdrücken: Der Zweck des Kriegsrechtes ist, die Schrecknisse des Krieges zu mindern und zu mildern! — So ausgedrückt deutet er schon durch seine Wortfassung auf den Zusammenhang hin, in welchem der jeweilige Stand der *Kriegskunst* und der der *Kriegsverwaltung* mit dem Kriegsrechte steht. Man darf wohl behaupten, daß die Kriegskunst in den letztverflossenen fünfzig Jahren Fortschritte gemacht hat, welche, indem sie die Folge haben, daß der Krieg schnell zu einem entscheidenden Resultate führt, die Wiederherstellung des Friedens selbst noch mehr beschleunigen, als sich dieser Erfolg von dem Kriegsrechte erwarten läßt. ²⁾ Eben so und in derselben Periode milderten sich, was die Verwaltung eines eroberten Landes betrifft, die Schrecknisse des Krieges. So schwer auch die Lasten waren, welche Frankreich in den Kriegen der Revolution den Deutschen Staaten auferlegte, so ist doch der Zustand, in welchem Deutschland aus die-

1) Verträge dieser Art pflegen sogar treuer erfüllt zu werden, als andere Verträge, welche Völker mit einander abschließen. Denn — hodie mihi, cras tibi.

2) Man nennt diese Kriege *Invasionskriege*. Sie werden mit grossen Massen geführt. Ihr Ziel — das Operationsobjekt — ist die Hauptstadt des feindlichen Landes. (Der unglückliche Ausgang, welchen im Jahre 1812 die Invasion Rußlands für die Franzosen nahm, wurde auch dadurch herbeigeführt, daß Rußland zwei Hauptstädte hat.) Verfehlt die Invasion ihren Zweck, so hat sie gleichwohl — für den angreifenden Theil — ein nicht weniger entscheidendes Resultat.

sen Kriegen hervorgieng, nicht mit demjenigen zu vergleichen, in welchen Deutschland durch frühere Kriege, z. B. durch den dreißigjährigen Krieg, versetzt wurde. Man hatte die Kriegslasten gleicher und regelmässiger vertheilen gelernt. — Auch daran erinnert der Grundsatz des Kriegsrechtes in der andern Wortfassung, daß es eine Politik des Krieges gebe, welche dem Kriegsrechte zu Hülfe kommen kann und soll. Lykurg verbot den Spartanern, zu oft mit demselben Volke Krieg zu führen, damit sie nicht den Feind durch den Krieg in der Kriegskunst unterrichteten. Napoleon führte die Französischen Heere von Siegen zu Siegen, bis daß ihm die Feinde das Geheimniss seiner Siege abgelernt hatten. Des Eroberers nicht zu ersättigend, stiftete er zugleich Einigkeit unter seinen Feinden, uneingedenk der Maxime: *Divide, ut vincas!*

ERSTER ANHANG.

*Rechtsgrundsätze,
nach welchen*

*der Fall einer Eroberung zu beurtheilen ist. *)*

Die Frage: Was ist in dem Falle einer Eroberung Rechtens? ist sowohl eine staats- als eine völkerrechtliche Frage; und so nahe grenzen hier Staats- und Völkerrecht an einander oder so schwer sind sie hier von einander zu scheiden, daß die vorliegende Frage sowohl in der einen als in der andern Eigenschaft in dem Folgenden zu erörtern war. Uebrigens wird bei dieser Erörterung nur der Fall untergestellt werden, da nur ein Theil des feindlichen Landes erobert worden ist. Wird das feindliche Land seinem ganzen Umfange nach erobert, so hört

*) Die Literatur dieser Lehre s. in Klübers's Europ. Völkerrechte, §. 258 f. und bei Pfeiffer, das Recht der Kriegseroberung in Beziehung auf Staatskapitalien. Kassel 1823.

das feindliche Volk auf, als ein Volk zu existiren, so gehört mithin die Frage: Was ist in dem Falle einer Eroberung Rechtens? nicht weiter in das Gebiet des Völkerrechts. *)

Zuerst von den in diese Frage einschlagenden Grundsätzen des

Völkerrechts.

Von diesen zuerst. Denn, was dem Eroberer dem Völkerrechte nach nicht erlaubt ist, kann ihm eben so wenig dem Staatsrechte nach verstattet seyn, da sein Titel, (sein *titulus ad acquirendum habilis*,) auf dem Völkerrechte beruht.

Die Eroberung giebt dem Eroberer ein *Recht* an dem eroberten Lande; sie macht ihn zum *Herrn* des eroberten Landes und der Einwohner desselben. Das Recht des Eroberers erstreckt sich sogar in einem gewissen Sinne weiter, als das Recht des verfassungsmässigen Souverains. Denn der Eroberer darf seinem Rechte eine Ausdehnung geben, welche der verfassungsmässige Herrscher seiner Gewalt zu geben nicht berechtigt seyn würde, vorausgesetzt, daß seine Handlungsweise als nothwendig, um den Feind zum Frieden zu zwingen, gerechtfertiget werden kann. — Alles dieses folgt aus dem Rechte, welches einer kriegführenden Macht zusteht, überhaupt physische Gewalt gegen den Feind zu gebrauchen.

Das Recht des Eroberers ist nur ein *wider-
ruffliches* Recht. Denn die Partheien stehen einander gleich; beide, sowohl der Eroberer, als das Volk, welches durch die Eroberung aus dem Besitze des eroberten Landes gesetzt worden ist, können sich gegenseitig auf ihr Recht berufen; das Urtheil beider ist in gleichem

*) Es wäre denn, daß das Volk durch die Dazwischenkunft eines dritten Volkes wieder in den vorigen Stand eingesetzt würde. Alsdann aber sind die Grundsätze, die von dem andern Falle gelten, schlechthin auch auf diesen Fall anwendbar.

Grade rechtsgültig. Unwiderruflich wird das Recht des Eroberers erst dadurch, daß es von der Gegenparthei in dem Friedensschlusse anerkannt worden ist. Doch hat dieses Anerkenntniss, wenn es erfolgt, rückwirkende Kraft. (*Non est novus titulus, sed confirmatio tituli, quo occupatio bellica nititur.*) Wenn daher in dem Friedensschlusse die eine Parthei der andern eine von dieser eroberte Provinz abtritt, so bestätigt sie damit zugleich alles das, was der Eroberer kraft seines Eroberungsrechtes vor dem Friedensschlusse gethan oder verfügt hat.

Der Eroberer hat sich einer jeden Ausübung seines Eroberungsrechtes zu enthalten, welche die Wiederherstellung des Friedens erschweren würde. Vielmehr soll er das eroberte Land einstweilen nur als ein ihm anvertrautes Gut verwalten. Er darf daher z. B. nicht die Landesverfassung umgestalten oder sonst den Rechtszustand des Landes wesentlich verändern; er darf nicht das Staatsgut veräußern, noch das Land mit Schulden belasten. — Aber, so gewiß auch aus dem Grundsatz: Der Zweck des Krieges ist der Friede! die Regel gefolgert werden kann, daß sich der Eroberer nur als einen *mandatarius in rem suam* zu betrachten habe, so wird doch die Anwendung dieser Regel dadurch in einem hohen Grade unsicher gemacht, daß die Regel selbst nur eine Ausnahme von einer andern Regel, von der zuerst aufgestellten, ist, d. i. gleichwohl dem Eroberer auch das Aeufferste erlaubt ist, wenn er auf keine andere Weise den Feind zum Frieden nöthigen kann. Besonders in Meinungskriegen ist das Ansehn dieser Regel gefährdet. Wie im Peloponnesischen Kriege die Athenienser in allen den Städten, deren sie Meister wurden, die demokratische und eben so die Spartaner die aristokratische Verfassung einführten, wie im dreissigjährigen Kriege, je nachdem sich der Sieg für die Sache der katholischen oder für die der protestantischen Reichsstände erklärte, der Religionszustand der Deutschen Länder und Gebiete in dem Interesse der siegenden Parthei umgestaltet

wurde, so verfuhr nach derselben Maxime das republikanische Frankreich. — Jedoch die Unsicherheit der in Frage stehenden Regel ist nur ein Grund mehr, die Regel, als eine Regel, einzuschärfen.

Dem *Staatsrechte* nach ist eine Eroberung als eine Revolution zu betrachten, welche durch *äufsere* Gewalt, durch Feindesgewalt, ins Werk gesetzt worden ist. Eine Eroberung setzt an die Stelle des verfassungsmässigen Herrschers gewaltsam einen andern, den Souverain des Staates, welcher die Eroberung gemacht hat. Eine jede gewaltsame Umgestaltung der Grundverfassung eines Staates aber, die Gewalt komme von einer Seite, von welcher sie wolle, ist eine Revolution.

Hieraus folgt unmittelbar: Dem *Staatsrechte* nach gilt von einer Eroberung alles das, was von Revolutionen überhaupt gilt *), wenn auch bei der Anwendung dieses Grundsatzes die Eigenthümlichkeiten nicht unberücksichtigt bleiben dürfen, welche eine durch Feindesgewalt bewerkstelligte Revolution ihrer Ursache und ihrem Zwecke nach hat.

In Gemäfsheit dieses Grundsatzes gehen ebensowohl die Verbindlichkeiten als die Rechte des verfassungsmässigen Herrschers auf den Eroberer über. Denn, wenn auch eine Revolution dem Staate eine neue Grundverfassung giebt; so ist sie doch, so tief sie auch in den aus der Vergangenheit sich herschreibenden Rechtszustand eingreifen mag, nicht eine Auflösung des bisherigen und die Stiftung eines ganz neuen Staatsvereines. Sondern der durch sie umgestaltete Staat ist dennoch, kraft der Ewigkeit des Staates, nur eine Forsetzung (*continuatio*) desselben Staates. Ueberdies kann das Unrecht, welches in dem Wesen einer jeden Revolution liegt, nur dadurch gemindert oder gemildert werden, dafs sich der neue Rechtszustand, so weit es nur der Zweck der Revolution

*) S. oben Buch XV. Hptst. 5.

also, in der voliegenden Beziehung, der Zweck der Eroberung, gestattet, an den vormaligen Rechtszustand anschliesst. Es sollen also auch dem Eroberer z. B. die Rechte heilig seyn, welche von einzelnen Einwohnern des eroberten Landes, sey es durch Verträge oder sonst auf eine rechtmässige Weise, sey es gegen die Regierung oder gegen Privatpersonen, erworben worden sind. Ebenso hat der Eroberer nicht weniger, als der verfassungsmässige Staatsherrscher, für eine unpartheiische Gerechtigkeitspflege Sorge zu tragen. Ja, nur durch die Erfüllung dieser Pflicht kann der Eroberer zwischen seiner Herrschaft und der eines Zwingherrs eine Scheidlinie ziehn.

In Gemäfsheit desselben Grundsatzes hat die Herrschaft des Eroberers nicht dieselbe rechtliche Sanktion für sich, wie die des verfassungsmässigen Souverains. Die Herrschaft des Eroberers steht sogar weniger fest, als die eines andern revolutionairen Herrschers. Eine Gewalt, die durch eine andere Revolution eingesetzt worden ist, hat denn doch nach Beendigung der Revolution einen Rechtsanspruch auf Gehorsam. So lange aber der Eroberer kraft seines Eroberungsrechts gebietet, — bis daß ihm also das eroberte Land durch einen Friedensschluß abgetreten worden ist, — kann von einer Beendigung der durch die Eroberung bewerkstelligten Revolution überall nicht die Rede seyn. Ein jeder revolutionäre Herrscher hat zwar die Parthei derer zu fürchten, welche die gestürzte Staatsverfassung zurückwünschen. Aber dem Eroberer ist diese Parthei desto gefährlicher, je achtungswerther die Treue ist, welche sie der vertriebenen Regierung, z. B. dem angestammten Herrscher, bewahrt. — Hieraus erklärt sich einerseits die Härte der Mittel, durch welche Eroberer gewöhnlich ihre Herrschaft aufrecht zu halten suchen, (*vae victis!*) und andererseits die Billigung, welche einem Aufstande gegen den Eroberer von der öffentlichen Meinung zu Theil zu werden pflegt.

Wenn nun in dem Lande, welches der Feind erobert hatte, die verfassungsmäßige Regierung, — sey es durch die Gewalt der Waffen sey es durch den Friedensschluss, — wiederhergestellt wird, so ist diese Wiederherstellung (oder Restauration) nicht als eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand d. i. nicht so zu beurtheilen, als ob das Land, so lange der Eroberer in dem Besitze desselben war, (de jure) ohne eine Regierung gewesen wäre, als ob mithin die wiederhergestellte verfassungsmäßige Regierung berechtigt wäre, alles das, was der Eroberer als solcher gethan hat, als ungültig zu betrachten, das alles, so weit nur seine Macht reicht, ungeschehen zu machen. Diese Ansicht würde mit der Ewigkeit des Staates geradezu in Widerspruch stehn; sie würde eben so verwerflich seyn, wie die, nach welcher man auch in anderen Fällen zwischen dem Souveraine de facto und dem de jure unterscheidet. Sondern der Fall ist nach den Grundsätzen zu beurtheilen, welche von der Beendigung einer Revolution gelten. Die Regel ist und bleibt zwar die, daß, so wie der Eroberer (dem Staatsrechte nach) als der Rechtsnachfolger der verfassungsmäßigen Regierung zu betrachten ist, dasselbe auch von dem Verhältnisse dieser zu dem Eroberer gilt. Woraus z. B. folgt, daß die Regierungshandlungen des Eroberers, wenn und in wie fern sie von der wiederhergestellten verfassungsmäßigen Regierung nicht ausdrücklich widerrufen werden, ihre Kraft und Gültigkeit fortdauernd behalten, ferner, daß diese Regierung nicht diejenigen zur Verantwortung zu ziehen berechtigt ist, welche, Einwohner des eroberten Landes, dem Feinde etwa Dienste geleistet haben. *) Da jedoch die verfassungsmäßige Regierung,

*) Diese letzte Folgerung ist sogar unbedingt gültig. (In dieser Beziehung bedarf es überall nicht einer Amnestie.) Wollte die wiederhergestellte verfassungsmäßige Regierung wegen solcher Dienstleistungen Strafen verhängen, so würde sie den Grundsatz, auf welchem jene Folgerung beruht, schlechthin aufheben. Sie würde ihren Gesetzen rückwirkende Kraft beilegen. —

indem sie wiederhergestellt wird, einem revolutionairen Zustande ein Ende macht und ein Ende machen soll, so ist sie allerdings (ausnahmsweise) berechtigt, diejenigen Regierungshandlungen des Eroberers zu widerrufen oder für die Zukunft außer Kraft zu setzen, deren fortdauernde Gültigkeit oder deren fortdauernde Wirksamkeit mit dem gemeinen Besten d. i. mit dem Zwecke, welchen die wiederhergestellte verfassungsmässige Regierung, um jenen Zustand zu beenden, zu verfolgen hat, unvereinbar seyn würde. Wenn sich auch zwischen der Regel und der Ausnahme keine bestimmte Scheidlinie ziehen läßt, so ergibt sich doch aus den Grundsätzen, von welchen in der Lehre von der Beendigung einer Revolution überhaupt auszugehen ist, die Folgerung, daß im Zweifel die Regel vor der Ausnahme, — die Aufrechthaltung der Regierungshandlungen des Eroberers vor der Entkräftung dieser Handlungen, — den Vorzug verdiene. Dieser Maxime kommt auch das zu statten, daß sie zur Milderung des Rechts, welches die Eroberung giebt, wesentlich beiträgt. Kann der Eroberer auf die Rechtsgültigkeit seiner Handlungen nur so lange rechnen, als er die Macht hat, sich in dem Besitze seiner Eroberung zu behaupten, so muß oder so wird er der Gegenwart desto mehr aufbürden, je weniger er von der Zukunft erwarten kann. ¹⁾ Wenn übrigens die Eroberung von längerer Dauer gewesen ist, wenn man alle Ursache hatte, sie für eine bleibende zu halten, so sprechen jener Maxime noch besondere Gründe das Wort. ²⁾

Dagegen gehört die Stipulation eines Friedensschlusses, welche wegen der in Frage stehenden Dienstleistungen Amnestie verleiht, in die Klasse derjenigen Verträge, welche oben (in der Lehre von den Verträgen unter Völkern) Staatsverträge genannt worden sind.

- 1) Dann kann z. B. von Anleihen nicht die Rede seyn.
- 2) Die hier erörterten Fragen haben bei Gelegenheit der Auflösung des Königreiches Westphalen eine besondere — für Viele sehr schmerzliche — Celebrität erhalten.

Wird bei der Wiederherstellung des Friedens das eroberte Land der Macht, welche das Land erobert hat, — oder auch einer dritten Macht, — abgetreten, so sind von nun an die Fragen, welche das Verhältniß zwischen dem Eroberer und dem eroberten Lande betreffen, nur noch Fragen des Staatsrechts und der inneren Politik. Die Hauptfrage ist dann *die*: Wie kann sich der Eroberer der von ihm gemachten Eroberung auf die Dauer versichern? ¹⁾

Das gründlichste Mittel ist das, die Einwohner des eroberten Landes zu vertilgen oder zu vertreiben oder zu versetzen oder in den alten Landestheilen zu verstreuen. Von diesem Mittel machen z. B. die Vereinigten Staaten in ihren Kriegen mit den Indianern Gebrauch. Aber so sichert man das Eigenthum an dem eroberten Lande, nicht die Treue der Besiegten. Und ist Verödung Friede? (*Solitudinem pacem appellant. Tacit.*)

Abgesehn von diesem Mittel, dem äußersten, giebt es *drei* Wege, welche, ein jeder für sich, zu dem in Frage stehenden Ziele führen.

Erstens: Der sicherste ja vielleicht der allein sichere Weg ist der Plan, beide, die Sieger und die Besiegten, zu einem Ganzen zu verschmelzen, nicht nur zu einem einzigen Volke, sondern auch, wenn die einen von den andern der Nationalität nach verschieden sind, zu einer einzigen Nation. — Es kann dieser Plan auf mehr als eine Weise und er muß nach Zeit und Umständen bald so bald anders ausgeführt werden. Es kann das Volk, welches die Eroberung gemacht hat, seine Verfassung auf das eroberte Land ausdehnen, seine Nationalität dem Besiegten mittheilen. Dahin kam es z. B. im Weströmischen Kaiserreiche. ²⁾ Zum Gelingen dieses Planes wird vor-

1) Vgl. Montesquieu, esprit des lois. Liv. X.

2) Die Geschichte der Römer verdient, auch was die Mittel betrifft, wie Eroberungen behauptet werden können, ganz besonders studirt zu werden. Die Römer haben alle die Wege, auf welchen dieser Zweck erreicht werden kann, nach einander versucht.

ausgesetzt, daß das Siegervolk den Besiegten an Kultur und Civilisation entschieden überlegen sey. ¹⁾ Unter der entgegengesetzten Voraussetzung kann auch, wie z. B. die Geschichte China's unter der jetzigen Dynastie beurkundet, der umgekehrte Fall eintreten. ²⁾ Endlich kann die Verschmelzung zwischen beiden Völkern und Nationen auch so vor sich gehn, daß, wenn die Sieger in das eroberte Land einwandern, aus der Mischung der Sieger und der Besiegten mit der Zeit ein neues Volk und eine neue Nation hervorgeht. So entstanden in den Provinzen des weströmischen Reichs, nachdem diese Provinzen von Völkern Deutschen Ursprungs erobert worden waren, neue Staaten und Nationen, welche durch ihren halb Deutschen halb Römischen Charakter an die Zweifältigkeit ihrer Abkunft erinnerten. — Welche Mittel in einem jeden dieser Fälle am sichersten zum Ziele führen, kann man am besten aus der Geschichte der Völker abnehmen, welche den einen oder den andern jener Wege mit Erfolg eingeschlagen haben. Der für die Besiegten schmerzlichste Fall ist der, da der Sieger auf die Vernichtung der Nationalität der Besiegten hinarbeitet; und gleichwohl ist gerade dieser Fall der gewöhnlichere. Auch in dem heutigen Eu-

Vgl. Montesquieu, des causes de la grandeur des Romains. Chap. 6. Herder, Ideen zur Geschichte der Menschheit. Buch XIV. Heyne, Romanorum prudentia in finiendis bellis. In ejus Opusc. acad. IV, 29. Tresling, Diss. duae, de Romanorum prudentia in populis sub imperium suum subjungendis conspicua. Gröning. 1834. 1835.

1) Darum mißlang den Römern dieser Plan in den Ländern, welche eine Griechische Bevölkerung hatten.

2) Besonders beachtenswerth sind die Mittel, welche die jetzt in China herrschende Dynastie angewendet hat, um die Sieger und die Besiegten in eine Nation zu verschmelzen, ohne jedoch den Siegern die Vorrechte zu entziehen, ohne welche sie nicht (im Verhältniß zu den gegen die Dynastie feindselig gesinnten Chinesen) die Stützen des Thrones seyn könnten und würden. Vgl. China oder allg. Beschreibung der Sitten und Gebräuche etc. etc. der Chinesen. Von J. F. Davis. A. d. E. von Wesenfeld. Magdeb. II Thle. 1839.

ropa gehören die Beispiele von der Anwendung dieser Maxime nicht zu den Seltenheiten; ja vielleicht weniger, als ehemals. ¹⁾ Denn unser Zeitalter hat besondere Veranlassung gehabt, sich von dem politischen Gewichte zu überzeugen, welches in der Nationaleinheit eines Volkes, so wie in der Nationalverschiedenheit der Völker, liegt. — Jedoch, so gewiß auch das beste Mittel, eine Eroberung zu sichern, in einer durchgreifenden Vereinigung zwischen den Siegern und den Besiegten besteht, so können sich doch in einzelnen Fällen der Anwendung dieses Mittels unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellen. Ein Fall dieser Art ist der, wenn die Sieger und die Besiegten ihrer Nationalität oder ihrem Glauben nach oder sowohl in der einen als in der andern Hinsicht von einander wesentlich verschieden sind, wenn insbesondere auch, (denn Verschwägerungen sind ein Hauptmittel, Nationen mit einander zu verschmelzen,) bei den Einen die Einehe bei den Anderen die Vielehe Rechtens ist. Darum gelang es Alexandern, dem Macedonier, nicht, die Griechen und die Perser zu einer Nation zu vereinigen, so sehr er sich auch diese Vereinigung angelegen seyn liefs. ²⁾ Darum sind im Türkischen Reiche die Sieger und die Besiegten bis auf diesen Tag von einander getrennt. Ein anderer Fall ist der, da beide Völker zwar ihrer Nationalität nach und sonst einander verwandt sind, beide aber schon bedeutende und ohngefähr dieselben Fortschritte in der Kultur und Civilisation, übrigens ein jedes in seiner Art, gemacht haben. Darum vermochten z. B. die Römer nicht, auch Griechenland zu romanisiren. Ebenso kann sich der Ausführbarkeit einer solchen Vereinigung die Verfassung des Staates, welcher die Eroberung gemacht hat, entgegenstellt. Die Demokratie, (die auto-kratische,) und die Monarchie stehen auch in dieser Be-

1) Polen, — die Ostseeprovinzen des Russischen Reichs.

2) S. J. Gillies, the history of ancient Grece. V, 225 ff. (Basler Ausg. 1790.)

ziehung mit einander im Gegensatze. Ein Plan dieser Art entspricht am wenigsten dem Geiste und dem Interesse der Demokratie; desto günstiger ist ihm die monarchische Verfassung. Nicht genug, daß in der Demokratie eine jede bedeutendere Ausdehnung des Staatsbürgerrechts den Werth dieses Rechts (oder die Aktie eines jeden einzelnen Staatsbürgers) herabsetzt, dieselbe Ausdehnung droht der Verfassung selbst Gefahr. Als die Römer sich genöthiget sahen, ihr Bürgerrecht allen Völkerschaften Italiens (bis zum Rubikon) zu verleihn ¹⁾, unterzeichneten sie das Todesurtheil ihres Freistaates. Anders stellt sich alles dieses in der Monarchie.

Zweitens: Es kann der Sieger in ein Bundesverhältniß mit den Besiegten treten d. i. den Besiegten zwar in ihren inneren Angelegenheiten die bisherige Selbstständigkeit, (wenn auch, nach Befinden, mit gewissen Einschränkungen,) lassen, dagegen sich mit ihnen zu Schutz und Trutz gegen auswärtige Feinde auf die Dauer vereinigen. — Eine Vereinigung dieser Art kann wiederum bald diese bald eine andere Grundlage, bald diese bald eine andere äußere Gestalt haben. Gewöhnlich lautet der Vertrag so, daß der Sieger das Protektorat — die Schutz- und Schirmherrschaft — über die Besiegten übernimmt, diese ihm in seinen Kriegen Hülfsvölker zu stellen versprechen. ²⁾ In diesem Verhältnisse stand Rom, unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges mit den Bundesgenossen, zu den übrigen Völkern Italiens. ³⁾ Rom d. i. die Römische Bürger-

1) Das war der endliche Ausgang des Krieges mit den Bundesgenossen. (Bellum sociale.) Selbst Sulla, obwohl das Haupt der den Bundesgenossen entgegengesetzten Parthei, mußte sich dem Drange der Verhältnisse fügen. Vgl. m. Schrift: Sulla als Ordner der Römischen Staatsverfassung dargestellt. Heidelb. 1832.

2) Der Vertrag, welchen Karl der Grofse mit den Sachsen zu Selz schloß, gehört nicht in diese Kategorie. Er hatte vielmehr den Zweck, die Franken und die Sachsen zu einem Volke und zu einer Nation zu vereinigen.

3) Doch nicht zu allen. Einige waren Unterthanen der Römer.

schaft war damals das Haupt eines grossen Italischen Bundes, und nicht der Herr und Beherrscher des Landes. Desselben Geistes und oft desselben Ursprungs war im Mittelalter das Lehnverhältniss, wenn und in wie fern es zwischen zwei Staaten bestand. Auch des Rheinbundes wird man sich erinnern. ¹⁾ — Es werden jedoch, wenn dieser Plan das leisten soll, was von ihm erwartet wird, Bedingungen vorausgesetzt, welche wenigstens auf die Dauer selten oder nie in der Erfahrung gegeben seyn können. Der Schutzherr muss mächtig genug seyn, um sich der Treue seiner Schutzgenossen nöthigenfalls mit den Waffen versichern zu können; er muss mächtig genug seyn, um seine Bundesgenossen gegen auswärtige Feinde beschützen zu können; er kann noch immer, auch wenn er die Macht hat, sich bei Freund und Feind gefürchtet zu machen, an der Klippe scheitern, dass er, bei seinen Kriegen nur den eigenen Vortheil verfolgend, den Bundesgenossen Bürden auferlegt, welche, weil sie ohne alle Vergeltung sind, desto unwilliger getragen werden. Im besten Falle kann nur ein sehr mächtiger Staat Vertrauen in diesen Plan setzen.

Endlich *drittens*: Der Sieger kann die Besiegten als seine Unterthanen — mit mehr oder weniger Strenge — behandeln. — Wie dieser Plan ins Werk zu setzen sey, lässt sich nicht im Allgemeinen, sondern nur mit Rücksicht auf die Beschaffenheit eines jeden einzelnen Falles, bestimmen. Die Römer verfahren auch bei der Anwendung dieses Planes mit besonderer Klugheit. Wenn sie eine gemachte Eroberung in ein ihnen unterthäniges Land (*provincia*) verwandeln wollten, ernannten sie eine ausserordentliche Behörde, (*quinque vel decem legatos*), welche die Verfassung dieses Landes (die *lex s. formula provinciae*) mit Rücksicht auf dessen frühere Verhältnisse zu bestimmen hatte. ²⁾ Dem einen Lande fiel ein härteres dem

1) F. E. Berg, de foederibus patrociniis. Amsterd. 1824.

2) Die der Zeit nach erste Eroberung, welche sie auf diese Weise organisirten, war Macedonien. S. Liv. XIV, 29.

andern ein milderes Loos, je nachdem Mißtrauen Strenge oder Furcht Schonung gebot. In derselben Provinz hatten wieder einzelne Gemeinden, als Kolonien, als Municipien, ihre Vorrechte. Eben so wurden einzelne Einwohner der Provinz durch Verleihung des Römischen Bürgerrechts ausgezeichnet. Ueberall war Spaltung, Zwietracht, Machtneid. Auf eine ähnliche Weise hielten die Venetianer ihre Unterthanen auf dem Festlande und auf den Inseln in Gehorsam. Sie stifteten unter ihnen, durch Titel und durch andere Vorrechte, welche sie Einzelnen oder einem gewissen Stande verliehen, eine Eifersucht, welche, je kleinlicher, desto bitterer war. Auch von den Russen, auch von den Engländern kann man lernen, wie Unterthanen, welche eine Macht dem Siege verdankt, am besten ans Gehorchen gewöhnt werden können. Von den ersteren z. B. die Maxime; sich des Sieges anfangs mit besonderer Mäßigung und selbst zu Gunsten des eroberten Landes zu bedienen; von den letzteren, daß bei der Behauptung einer Eroberung vielleicht noch mehr auf den persönlichen Werth derer, durch welche das eroberte Land verwaltet wird, als auf die Waffenmacht des Siegers ankomme. — Jedoch, so viel auch Kunst, in Verbindung mit dem geistigen und moralischen Uebergewichte der Sieger, für das Gelingen des dritten Planes thun kann, dieser hat doch alles das gegen sich, was gegen den zweiten Plan geltend gemacht werden konnte. Er ist sogar in einem höheren Grade unsicher, als dieser. Denn in demselben Verhältnisse, in welchem Unterthanen weniger, als Schutzgenossen, ihre eigenen Herren sind, werden sich die Besiegten in dem ersteren Falle unwilliger, als in dem letzteren, in ihr Schicksal fügen. Wenn daher dieser dritte Plan dem Sieger durch die Umstände nicht aufgedrungen wird, so ist er nur in so fern zu empfehlen, als er in dem gegebenen Falle das Mittel ist, die Ausführung des ersten Planes vorzubereiten. Bei den Römern hatte er, wenn auch nicht diesen Zweck, doch diesen Erfolg.

Uebrigens wird dieser dritte Plan allemal in dem Grade

gelingen, in welchem die Sieger, auch als Einzelne, den Besiegten in intellektueller und, (vielleicht die Hauptsache!) in moralischer Hinsicht überlegen sind. Man schlägt die eingeborne Bevölkerung des Britischen Ostindiens zu 100 Millionen, die Zahl der Engländer in dem Britisch-Ostindischen Reiche, Soldaten und Nichtsoldaten zusammengekommen, zu 100,000 Seelen an. (Also 1 auf 1000.) In einem eroberten Lande ist ein jeder Einzelne, der zu dem gebietenden Volke gehört, eine Macht.

ZWEITER ANHANG.

Von dem Kriegsrechte in Seekriegen. ¹⁾

Die Grundsätze des (philosophischen) Kriegsrechtes, welche in dem zweiten Hauptstücke aufgestellt worden sind, gelten ebensowohl von See- als von Landkriegen. Zwar sind die Verhältnisse zum Theil verschieden, auf welche diese Grundsätze, je nachdem der Krieg ein See- oder ein Landkrieg ist, anzuwenden sind. (Vgl. den dritten Anhang.) Aber die Grundsätze, von welchen diese verschiedenen Anwendungen zu machen sind, bleiben dieselben.

Dagegen ist das in Seekriegen geltende Europäische Völkerrecht in Beziehung auf einen Grundsatz wesentlich verschieden von dem Rechte, welches die Europäischen Völker in Landkriegen anerkennen. Dieses Recht schützt das Feindesgut, welches Privateigenthum ist; jenes Recht aber giebt alles Feindesgut, dasselbe mag Staats- oder Privateigenthum seyn, dem Beuterechte (dem *juri occupationis bellicae*) preis.

*) Für die Geschichte dieses Rechts ist folgendes Werk von besonderer Wichtigkeit: *Collection des lois maritimes antérieures au 18me siècle. Par Pardessus. Par. 1830.*

Die Ursache, warum das Europäische Völkerrecht diesen Unterschied zwischen Land- und Seekriegen macht, liegt schon in der Natur eines Krieges, der zur See geführt wird. — Ein Seekrieg kann den Feind selten oder nie direkt zum Frieden zwingen. Sondern nur indirekt kann er, wenigstens in der Regel, diesen Erfolg haben, d. i. nur entweder so, daß er einen direkten Angriff auf die Besitzungen des Feindes möglich macht, oder so, daß er den Seehandel des Feindes vernichtet und auf diese Weise eine Quelle vielleicht die Hauptquelle des Wohlstandes des feindlichen Volkes verstopft. Da sich nun die Verhältnisse in der Erfahrung so stellen, daß ein Seekrieg diesen letzteren Zweck jederzeit ja oft allein diesen Zweck haben kann, so sind im gewöhnlichen Laufe der Dinge alle Seekriege zugleich oder allein Handelskriege d. i. Kriege, bei welchen es darauf abgesehen ist, den Seehandel des feindlichen Volkes zu vernichten. *) Wie wäre aber dieser Zweck erreichbar, wenn nicht Kauffarthenschiffe eben so gut, wie Kriegsschiffe, weggenommen und für gute Prisen erklärt werden dürften? In Europa mußten übrigens die Seekriege um so mehr als Handelskriege geführt werden, da die auswärtige Politik der Europäischen Seemächte mit ihrer Handels- und Kolonialpolitik in dem genauesten Zusammenhange stand. Dieses vorausgesetzt, bietet zugleich vorzugsweise der Seekrieg Mittel und Gelegenheiten dar, sich des Eigenthumes des Feindes zu bemächtigen. Denn er wird auf einem Elemente geführt, welches, seiner Natur nach beweglich, diese Beweglichkeit auch der Kriegsmacht mittheilt, welcher es zum Kampfplatze dient. Die Grundbedingung aber, von welcher die Macht des Menschen über die Körperwelt abhängt, ist seine Beweglich-

*) Auch die zwei ersten Kriege zwischen Rom und Karthago waren zugleich Handelskriege. Wichtig sind in dieser Beziehung die Handelsverträge zwischen diesen beiden Mächten, von welchen die Urkunden auf uns gekommen. S. eine Abh. über diese Verträge in Heynii opusc. acad.

keit und sein Vermögen, Bewegung hervorzu-
bringen. ¹⁾ Wie wäre nun zu erwarten, daß Seemächte
der Verführung widerständen, von jenen Mitteln und Ge-
legenheiten Gebrauch zu machen.

Jedoch, um sich den heutigen Stand des Europäischen
Völkerrechts in der vorliegenden Lehre genügend zu er-
klären, muß man zugleich die Geschichte zu Hülfe neh-
men. — Einst, im Mittelalter, war in Europa der See-
handel so wenig geschützt, daß Seeräuberei, (wenn an-
ders dieser Ausdruck hier an seiner Stelle ist,) allgemein
für ein ehrliches einem Jeden nicht nur in Kriegs- sondern
auch in Friedenszeiten offenes Gewerbe gehalten wurde,
sey es, daß man noch nicht gelernt hatte, das Recht,
Krieg zu führen, ausschließlich dem Staate zuzuschrei-
ben, oder daß jenem Zeitalter die Ansicht unbekannt war,
nach welcher Seeschiffe, gleich als schwimmende Inseln,
zu dem Gebiete desjenigen Staates gehören, unter dessen
Flagge sie segeln. Insbesondere machten sich die An-
wohner der Nord- und die der Ostsee durch ihre Unterneh-
mungen zur See berühmt und gefürchtet. Bei ihnen war
es sogar herkömmlich, daß die jüngeren Brüder eines Kö-
niges, als Seekönige, (Vikings,) mit einer Anzahl be-
waffneter Schiffe, gleichsam ihrer Ausstattung, ihr Glück
zur See versuchten. — Nur nach und nach gieng das Eu-
ropäische Seerecht aus diesem Zustande der Barbarei her-
vor. Es wurden bald von diesen bald von andern See-
mächten Verträge abgeschlossen, durch welche sich die
Partheien verpflichteten, ihren Unterthanen die Ausrüstung
von Kriegs- oder Kaperschiffen nicht weiter in Friedens-
zeiten zu gestatten. ²⁾ Endlich wurde diese Regel ge-

1) Darum sind vielleicht die größten Veränderungen in der Men-
schenwelt durch Erfindungen und Entdeckungen hervorgebracht
worden, durch welche die Beweglichkeit oder die Bewegungskraft
der Menschen gesteigert wurde. — Erfindung des Pulvers, der
Buchdruckerkunst, der Dampfmaschinen.

2) Verträge dieser Art findet man in großer Zahl in Dumont's
Codex j. g. (S. z. B. T. I. P. II. p. 222. T. II. P. I. p. 359.)
Vgl. auch Sartorius, Geschichte der Hanse.

meines Recht. Dagegen blieb es in Kriegszeiten fort-dauernd bei dem Herkommen, daß es einem Jeden im Lande freistand, Kriegsschiffe (Kaper) auszurüsten, welche eben so, wie die Kriegsschiffe des Staates, berechtigt waren, die Schiffe des Feindes aufzubringen, Handelsschiffe nicht ausgenommen. — Dasselbe Herkommen besteht auch jetzt noch, mit dem einzigen Zusatze, daß ein Kaper, um unter dem Schutze des Kriegsrechtes zu stehn, von der Regierung, unter deren Flagge er sein Gewerbe treibt, mit einer schriftlichen Erlaubniß, (mit einem Kaperbriefe, *lettre de marque*,) versehen seyn muß. Nicht genug also, daß die Kriegsflotte des Staats ebensowohl gegen die Handels- als gegen die Kriegsschiffe des Feindes Krieg führt, es giebt noch überdies in dem heutigen Europa in einem jeden Seekriege legitimirte Seeräuber! Das möchte denn doch selbst für die eifrigsten Lobredner des Mittelalters zu viel seyn.

Nicht nur läßt sich ein solches Kriegsrecht nicht aus dem Zwecke des Krieges ableiten, d. i. nicht als ein zur Wiederherstellung des Friedens führendes Mittel rechtfertigen. Dasselbe steht sogar mit diesem Zwecke im Widerspruche; es verhindert die Wiederherstellung des Friedens. Denn, indem es den Handel zwischen den kriegführenden Völkern gänzlich einstellt, auch den Handel der neutralen Mächte auf mehr als eine Weise beeinträchtigt, stört es den Plan der Natur, durch den Handelsverkehr Völker mit einander zu vereinigen und zu versöhnen. Eben so unheimlich ja vielleicht noch unheimlicher wirkt es in so fern, als es den Unterthanen gestattet, auf eigne Rechnung Krieg mit dem Feinde zu führen. Nun ist die Fortdauer des Krieges das Anliegen aller derer, welche, diese Erlaubniß benutzend, Kaper ausgerüstet haben. Nun ist das Recht, Krieg zu führen, selbst wenn es von Staatswegen ausgeübt wird, ein zweideutiges Recht, Privatleuten (und welchen?) überlassen dem Mißbrauche desto mehr unterworfen. Und wenn schon dem Mißbrauche dieses Rechts dadurch einigermaßen vorgebeugt ist, daß die

Eigenthümer etc. der Kaper vor den Gerichten und Behörden des Staates, von welchen sie ihre Kaperbriefe haben, zur Verantwortung gezogen werden können ¹⁾, so ist es doch allemal besser, wenn man ein Unrecht nicht geschehn läßt, als wenn man es, nachdem es geschehn ist, wieder ungeschehn zu machen sucht.

Jedoch, so widerrechtlich auch das in Frage stehende Herkommen ist, so ist es doch mit der gesamten Politik der Europäischen Seemächte zu genau verflochten, als daß man sich der Hoffnung hingeben dürfte, an die Stelle desselben ein anderes und besseres Recht treten zu sehn. Der Vertrag, durch welchen im Jahre 1785 Preussen und die Vereinigten Staaten mit einander übereinkamen, daß im Falle eines unter ihnen ausbrechenden Krieges die Handelsschiffe beider Partheien unangefochten bleiben sollten, steht noch immer vereinzelt da. (Der Vertrag hatte ohnehin mehr ein wissenschaftliches als ein praktisches Interesse.) Doch darf man an der Zukunft nicht verzweifeln, sobald sie in der Macht der Menschen steht.

DRITTER ANHANG.

Von dem

Rechte der Neutralität. ²⁾

Ist ein Volk mit einem andern in einen Krieg verwickelt, so hat ein jedes dritte Volk das Recht, entweder dem einen dieser Völker Beistand zu leisten oder aber neutral zu bleiben. Denn eben so ist der einzelne Mensch berechtigt nicht aber rechtlich verpflichtet, demjenigen Bei-

1) In England vor dem Court of Admiralty, einem selbstständigen Gerichte, in Frankreich vor dem Conseil des prises, einer Regierungsbehörde. — Die (im Druck erschienenen) Sammlungen der Rechtssprüche dieser Behörden sind für das Seerecht von besonderer Wichtigkeit.

2) Lampredi, del commercio dei popoli neutrali in tempo di guerra. Mailand 1831.

stand zu leisten, welcher sich in dem Zustande der Nothwehr befindet.

Die Frage ist jetzt die: In welchem Rechtsverhältnisse stehen die kriegführenden und die neutralen Mächte zu einander? — Erwägt man die vielen Streitigkeiten, zu welchen dieses Verhältniß Veranlassung giebt, so darf man vermuthen, daß diesen Streitigkeiten ein Nothstand zum Grunde liege d. i. daß in der Erfahrung die Rechte der kriegführenden und die der neutralen Völker mit einander kollidiren. Und diese Vermuthung bestätigt sich, wenn man das in Frage stehende Verhältniß, so wie es sich in der Erfahrung stellt, einer genaueren Prüfung unterwirft.

Auf der einen Seite können die neutralen Mächte mit vollem Rechte behaupten, daß sie zu den kriegführenden Mächten fortdauernd in demselben Verhältnisse stehen, in welchem sie zu ihnen, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, stehen würden, sey es übrigens auch, daß der Gebrauch, welchen sie, die neutralen Mächte, von ihren Rechten machten, die Führung des Krieges der einen kriegführenden Macht erleichterten, der andern erschwerten. Denn ein Krieg ist in Beziehung auf die neutralen Mächte eine *res inter alios acta*. Denn er kann die kriegführenden Mächte nicht der Verbindlichkeiten entledigen, welche sie gegen eine dritte d. i. gegen die neutrale Macht auf sich haben und mithin nicht die Rechte schmälern, welche der neutralen Macht im Verhältniß zu den kriegführenden Mächten zustehn. Und eben so wenig kann sich die neutrale Macht von den Verbindlichkeiten, welche ihr gegen die kriegführenden Mächte obliegen, um deswillen loszählen, weil diese Mächte Krieg mit einander führen. — Zu Folge dieses Grundsatzes handelt eine neutrale Macht nicht rechts- oder neutralitätswidrig, wenn sie ihren Unterthanen z. B. gestattet, beiden kriegführenden Mächten Kriegsbedürfnisse zuzuführen oder abzulassen, sollte auch diese Erlaubniß, bewandten Umständen nach, nur der einen kriegführenden Macht in Beziehung auf die Führung des Krieges zu statten kom-

men. Ja selbst dann handelt die neutrale Macht nicht rechts- oder neutralitätswidrig, wenn sie dieselbe Erlaubnis auf den Verkehr mit der einen kriegführenden Macht beschränkt. Eben so kann die neutrale Macht, unbeschadet ihrer Neutralität, den Durchzug durch ihr Land den Heeren beider kriegführenden Mächte oder auch nur dem Heere der einen kriegführenden Macht verwilligen. Denn in allen diesen Fällen thut die neutrale Macht weiter nichts, als was sie im Verhältniß zu den jetzt kriegführenden, wenn diese in Frieden mit einander lebten, zu thun berechtigt seyn würde.

Auf der andern Seite können die kriegführenden Mächte erwidern: Zugegeben, daß der Krieg, welchen wir mit einander führen, für eine jede dritte Macht eines *inter alios acta* ist, so steht doch einer kriegführenden Macht das Recht zu, von allen den Mitteln Gebrauch zu machen, von welchen sie, um den Feind zum Frieden zu zwingen, Gebrauch machen kann und muß. Nun stellen sich aber in der Erfahrung die Verhältnisse nicht selten so, daß die Ausübung dieses Rechts, des Waffenrechts, der einen oder der andern kriegführenden Macht dadurch erschwert oder selbst unmöglich gemacht wird, daß sich die neutrale Macht der Rechte bedient, welche in der Neutralität wesentlich enthalten sind. Da stehen also zwei Rechte einander gegenüber, welche, obwohl an sich gleich heilig und unverletzlich, dennoch ihren Folgen nach in einzelnen Fällen unvereinbar mit einander sind. Ja, verfolgt man das eine oder das andere dieser Rechte bis zu seiner äußersten Grenze, so wird das eine durch das andere sogar schlechthin aufgehoben. (Es ist in der obigen Darstellung dieses Streites nicht des Falles gedacht worden, daß die neutrale Macht durch ihr Verhalten gegen die kriegführenden Mächte die Absicht an den Tag legt, der einen oder der andern Parthei — verdeckt — Beistand zu leisten. Kein Zweifel, daß in diesem Falle die kriegführende Macht, gegen welche der Beistand absichtlich geleistet wird, einen rechtmässigen Grund zu einem Präventions-

kriege hat. Kein Zweifel ferner, daß sich eine kriegführende Macht nicht selten gerade darüber beschwert, daß der Handlungsweise der neutralen Macht jene Absicht zum Grunde liege. Alsdann aber beruht die Beschwerde der kriegführenden Macht auf dem gemeinen Rechte, und nicht auf der eigenthümlichen Beschaffenheit des Verhältnisses zwischen ihr und der neutralen Macht.)

Kollisionen zwischen den Rechten der kriegführenden und denen der neutralen Mächte kommen weit häufiger in See- als in Landkriegen vor. Die Ursache dieses Unterschiedes liegt auch hier, (wie in einem ähnlichen schon oben angeführten Falle,) in der Beweglichkeit des Staatsgebietes einer Seemacht, weil und in wie fern dieses in Seeschiffen besteht. Jedoch auch im Landkriege bieten sich Kollisionsfälle dieser Art zuweilen dar; und zwar besonders so: Die geographische Lage eines gewissen Landes kann von der Beschaffenheit seyn, daß die eine kriegführende Macht den Feind, ohne die Neutralität dieses Landes zu verletzen, entweder überall nicht oder nicht mit Vortheil angreifen oder verfolgen kann. Offenbar stehen alsdann die Verhältnisse so, daß entweder das Recht der Neutralität oder daß das Recht der Waffen nicht in Vollziehung gesetzt werden kann. So standen z. B. die Verhältnisse, als im Jahre 1809 der Marschall Bernadotte bei seinem Zuge aus Hannover an die Donau die Neutralität der damals noch Preussischen Fürstenthümer Ansbach und Baireuth oder als im Jahre 1814 das Heer der gegen Frankreich verbündeten Europäischen Mächte die Neutralität der Schweiz verletzte.

Betrachtet man die Frage, was die neutrale oder was die kriegführende Macht in Beziehung auf Kollisionsfälle dieser Art, (in einem See- oder in einem Landkriege,) zu thun oder zu lassen haben, aus dem Standpunkte der Politik, so lassen sich allerdings schon gewisse allgemeine Regeln oder Maximen zur Beantwortung dieser Frage aufstellen. Es wird z. B. eine neutrale Macht für die Aufrechthaltung ihrer Neutralität am besten so sor-

gen, daß sie unter den kriegführenden Mächten die vollkommenste Gleichheit hält, daß sie die Ausfuhr der Waaren, deren die eine Macht mehr, als die andere, bedarf, lieber ganz verbietet, daß sie, um eine Verletzung ihrer Neutralität zu verhindern, ihr Heer in einen schlagfertigen Zustand versetzt.

Dagegen würde man sich täuschen, wenn man hoffte, Rechtsgrundsätze aufstellen zu können, nach welchen jene Kollisionsfälle zu entscheiden wären. Diese Fälle sind ja eben deswegen dem Namen und der Sache nach Kollisionsfälle, weil sie keine rechtliche Entscheidung zulassen. Sondern, nur durch ein positives Recht kann das Verhältniß zwischen den kriegführenden und den neutralen Mächten eine rechtsgültige Norm und Ordnung erhalten. Von Rechtswegen muß dieses positive Recht mittelst eines Vergleichs zwischen den so eben genannten Partheien zu Stande kommen; sowohl die eine als die andere Parthei muß etwas von ihrem Rechte nachlassen, auf daß der einen und der andern Parthei, wenn auch nicht ihr Recht, dennoch so wenig als möglich Unrecht widerfahre. Jedoch hat schon die einseitige Erklärung der einen oder der andern Parthei eine rechtliche Gunst in so fern für sich, als sie der Billigkeit gemäß ist d. i. als sie dasjenige obwohl einseitig ausspricht, was ein Vergleich wechselseitig bekräftigen sollte.

Mit dieser Ansicht steht auch der heutige Stand des Europäischen Völkerrechts in der vorliegenden Lehre in Uebereinstimmung. Es bestehen, besonders für den Seekrieg, Verträge unter den Europäischen Völkern, durch welche bald diese bald andere Seemächte ihr gegenseitiges Verhältniß auf den Fall, daß die eine oder die andere Parthei mit einer dritten Macht in einen Krieg verwickelt werden sollte, im voraus bestimmt haben. Verträge ähnlichen Inhalts werden nicht selten beim Ausbruche oder während eines Krieges von der einen oder von der andern kriegführenden Macht mit einer neutralen Macht abgeschlossen. Endlich giebt es auch einseitige Erklärungen, welche in

den das Recht der Neutralität betreffenden Fragen bald den kriegführenden ¹⁾ bald den neutralen Mächten zur Richtschnur dienen. In die letztere Kategorie gehört insbesondere das „System der bewaffneten Neutralität zur See“, ²⁾ ein System, welches, selbst abgesehen von seinem innern Werthe, schon deswegen auch hier ausführlicher zu erörtern ist, weil es die vorliegende Lehre fast ihrem ganzen Umfange nach umfaßt.

Schon im siebenjährigen Kriege (1756—1763) hatten sich die Klagen, welche von den neutralen Seemächten über die Verletzung ihrer Neutralitätsrechte bereits in früheren Seekriegen geführt worden waren, nicht nur wiederholt sondern auch mit neuen vermehrt. Wie immer in einem Seekriege die schwächere Macht der geborne Freund die stärkere der geborne Feind der neutralen Flagge ist, so hatte auch in jenem Kriege Großbritannien das Uebergewicht, zu welchem es in demselben Kriege gelangt war, den Neutralen fühlen lassen. Alle diese Klagen erwachten von neuem, als der Aufstand mehrerer Britischer Kolonien in Nordamerika gegen das Mutterland einen Seekrieg in Europa zur Folge hatte. Da stellte nun Katharina II, damals Kaiserin von Rußland, in einer an die kriegführenden Mächte, — an Großbritannien und an Frankreich und seine Allirten, — gerichteten Erklärung (vom 28sten Februar 1780) die Grundsätze auf, nach welchen sich Rußland in seinem Handelsverkehre mit den kriegführenden Mächten richten würde, mit dem Zusatze, daß Rußland eine Verletzung dieser Grundsätze von Seiten der einen oder der andern kriegführenden Mächte als eine Kriegserklärung betrachten werde. ³⁾ Zugleich erließ die Kai-

1) Dieses Inhalts sind zum Theil in Großbritannien die Orders in council.

2) Van de Poll, de principiis foederis, quod dicitur neutralitas armata. Leyden 1821.

3) Frankreich und dessen Allirte versprachen, sich nach diesen Grundsätzen richten zu wollen. Großbritannien erklärte nur, daß es den von ihm eingegangenen Verträgen auch ferner nachkommen werde.

serin an die übrigen neutralen Mächte ¹⁾ die Einladung, jener Erklärung beizutreten. Dieser Einladung wurde auch fast von allen jenen Mächten entsprochen.

Grundsätze des Systemes der bewaffneten Neutralität: 1) Wenn auch das Europäische Völkerrecht das *jus occupationis bellicae* in Seekriegen sowohl auf das Privat- als auf das Staatsgut des Feindes erstreckte, so wurde doch darüber gestritten, ob eine kriegführende Macht auch das in einem neutralen Schiffe verladene Gut des Feindes wegzunehmen berechtigt sey, oder ob die neutrale Flagge auch Feindesgut decke. Die kriegführenden Mächte beriefen sich auf die Rechtsregel: *Ubi rem meam invenio, ibi eam vindico*, die neutralen Mächte auf die Unverletzlichkeit, welche einem neutralen Lande gebührt und mithin den unter der Flagge einer neutralen Macht segelnden Schiffen gebühre. Das System der bewaffneten Neutralität erklärte sich für die Rechtsregel: *Frei Schiff frei Gut!* ²⁾ 2) Es war (und es ist auch jetzt noch) in Europa unbestritten Rechtens, daß die neutralen Schiffe weder der einen noch der andern kriegführenden Macht Kriegsbedürfnisse zuführen dürfen. Und man kann dieses Verbot damit vertheidigen, daß der indirekte Beistand zum Kriege, welcher allemal in der Zufuhr solcher Waaren liegt, in vielen Fällen einem direkten Beistande (*de facto*) gleich kommt. Aber dieses Verbot gab zu einer Streitfrage Veranlassung, welche ihrem Wesen nach nur durch eine Vorschrift des positiven Rechts entschieden werden konnte, zu der Frage, welche Arten von Waaren das Verbot unter sich begreife. Diese Frage wurde nun durch das System der bewaffneten Neutralität so erlediget, daß die neutralen Mächte, welche dem Systeme beitraten, die einen diesen die andern einen andern Vertrag, in welchem

1) An alle Seemächte, auch an einige Landmächte.

2) An abridged history of the principal treaties of peace etc. with reference to the question of the neutral Flag protecting the property of an enemy. By Furneaux. Lond. 1837.

diese Frage bereits entschieden war, zur Regel für ihr Verhalten gegen die kriegführenden Mächte in Beziehung auf dieselbe Frage wählten. Den kriegführenden Mächten sollte zwar, zur Aufrechthaltung jenes Verbotes, nach wie vor das Recht zustehn, durch ihre Schiffe die neutralen Schiffe visitiren zu lassen. *) Jedoch wurde dieses den Neutralen besonders lästige Recht gewissen Einschränkungen, (z. B. in dem Falle, da Handelsschiffe unter einem Geleite segeln würden,) unterworfen. Endlich: 3) Dem Europäischen Völkerrechte nach ist in einem Seekriege die eine und die andere Macht befugt, die Küsten und Häfen des Feindes zu blokiren. Die Frage ist aber die: Wenn ist eine Blokade als rechtgültig und mithin als ein Gesetz für die neutralen Mächte zu betrachten? so daß das neutrale Schiff, welches die Blokade bricht, mit Fug und Recht genommen (für eine gute Prise erklärt) werden darf? Muß der blokirte Hafen etc. von den feindlichen Schiffen so umstellt seyn, daß das Einlaufen mit augenscheinlicher Gefahr für die neutralen Schiffe verbunden ist? oder genügt schon die Erklärung, daß der und der Hafen etc. in Blokadezustand versetzt sey, wenn auch für die Wirksamkeit dieser Erklärung nicht durch eine hinreichende Anzahl vor dem Hafen etc. kreuzender Schiffe gesorgt ist? Das System der bewaffneten Neutralität entschied diese Frage, — in der Erwägung, daß eine Blokade der letzteren Art weit weniger dem Feinde als den Neutralen Schaden zufüge und daß, wenn eine solche Blokade rechtsgültig wäre, mittelst des Blokaderechts dem Handel der Neutralen beziehungsweise gänzlich ein Ende gemacht werden könnte, — so, daß nur eine Blokade der ersten Art für die Neutralen verpflichtend seyn solle.

*) Ueber dieses Recht, das zur Aufrechthaltung des in Frage stehenden Verbotes eben so nothwendig, als für die Neutralen demüthigend ist, wird noch immer mit besonderer Lebhaftigkeit gestritten. Vgl. Alison, history of Europe during the French revolution. Lond. 1840. (Hier findet man eine ausführliche — zugleich die neueste Erörterung dieses Rechts.)

Dieses System der bewaffneten Neutralität entsprach den Forderungen der Billigkeit in dem Grade, daß man hoffen durfte, dasselbe werde mit der Zeit zu dem Ansehn eines gemeinen Europäischen Rechts gelangen und so, mit den Ergänzungen und Verbesserungen, deren es bedürfen möchte, die Grundlage eines friedlicheren Europäischen Seerechtes werden. Allein, wenn man auch diese Hoffnung noch immer nicht aufgeben darf ¹⁾, so haben doch die Kriege der Französischen Revolution, so wie sie so manche andere völkerrechtliche Anomalien zur Folge hatten, so auch nicht nur die Erneuerung und Entwicklung des Systemes der bewaffneten Neutralität verhindert, sondern sogar zu einer seerechtlichen Praxis geführt, welche mit den Grundsätzen dieses Systemes geradezu in Widerspruch steht. Schon in den ersten Jahren des Krieges, welcher, durch die Französische Revolution veranlaßt, zwischen Großbritannien und Frankreich ausbrach, wurden besonders von der ersteren Macht, Mafsregeln ergriffen, welche die Schifffahrt der neutralen Mächte in einem der Vorzeit unbekannten Grade benachtheiligten. Der Kampf wurde in seinem Verlaufe, je länger er dauerte, desto erbitterter. Endlich wurde von Frankreich (von dem Kaiser Napoleon) das sogenannte Kontinentalsystem aufgestellt, von Großbritannien Gleiches mit Gleichem erwidert. Nicht genug, daß dieses System die Küsten Großbritanniens und beziehungsweise die Frankreichs ihrer ganzen Ausdehnung nach in Blockadezustand versetzte, auch dem Handelsverkehre unter den neutralen Mächten that es auf mehr als eine Weise Eintrag. ²⁾ Von

1) In den Wirren der Gegenwart (1840), als ein Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich unabwendbar zu seyn schien, ist auch die Wiederherstellung des Systems der bewaffneten Neutralität in Anregung gekommen.

2) Zugleich wurde auf dem Festlande gegen alles Britische Eigenthum, das in dem Bereiche der Französischen Waffenmacht war, gewüthet. Was in Seekriegen für erlaubt gehalten wird, wurde auf den Landkrieg ausgedehnt.

den Forderungen oder von der Stimmung des Augenblicks überwältiget, vergaß man des Rechts, das doch für alle Zeiten gültig ist. ¹⁾

Jedoch, aus dem Kontinentalsysteme gieng unmittelbar und schon in den Zeiten seiner Herrschaft ein anderes System hervor, welches vielleicht dereinst in der Geschichte des Europäischen Seerechts, als eine Stufe oder Einleitung zur Vervollkommnung dieses Rechts, eine wichtige Rolle spielen wird, das System der Lizenzen. Wenn auch das Kontinentalsystem darauf berechnet war, den Handelsverkehr zwischen den Britischen Inseln und dem Festlande gänzlich abubrechen, so konnte doch der Menschen Witz und Wahn nicht alle die Bande der Abhängigkeit lösen, in welche die Natur, indem sie dem einen Lande diese einem andern andere Schätze verlieh, die Völker gegenseitig versetzt hat. Es sah sich also Frankreich genöthiget, Lizenzen d. i. Erlaubnißsscheine auszustellen, kraft welcher die mit einem solchen Scheine versehenen Schiffe Waaren von einer bestimmten Qualität und Quantität (direkt) nach Großbritannien ausführen und aus Großbritannien einführen durften. ²⁾ Vielleicht, daß diese Politik in künftigen Kriegen wieder hervorgesucht und so

1) Die Geschichte des Kontinentalsystems prediget ganz besonders die Lehre: Gerechtigkeit ist die beste Politik! — Das Kontinentalsystem nährte den Krieg, anstatt den Frieden zu beschleunigen. Da es den Kaufleuten Großbritanniens leichter war, Waaren auf das Festland einzuschwärzen, als Waaren vom Festlande zu beziehen, so war es das Interesse dieser Kaufleute, alle die Mafsregeln ihrer Regierung zu unterstützen, durch welche diese Regierung genöthigt wurde, Ausgaben auf dem Festlande zu machen. Denn so wurde das Festland in den Stand gesetzt, die Waaren zu bezahlen, die es aus Großbritannien bezog.

2) Zu den Waaren, welche kraft einer solchen Erlaubnißs aus Frankreich ausgeführt werden durften, gehörten auch Bücher. Da wurden die Buchläden von ihren alten Hütern befreit. Die Ladung wurde dann entweder ins Meer geworfen oder in England als Makulatur verkauft. — Eine Regierung ist allemal im Nachtheile, wenn sie es mit dem Eigennutze der Menschen aufnimmt.

einem Seerechte der Weg gebahnt wird, welches den Handelsverkehr unter kriegführenden Völkern eben so, wie den Handel der neutralen Mächte, in Schutz nähme.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von der Wiederherstellung des Friedens.

Kriegführende Mächte haben in einem jeden Augenblicke das Recht, Frieden mit einander zu schliessen. Eine kriegführende Macht handelt sogar widerrechtlich, wenn sie sich unbedingt weigert, mit dem Feinde in Friedensunterhandlungen zu treten, oder wenn sie einen Krieg fortsetzt, welcher nicht weiter eine Ursache hat oder dessen Ursache die kriegführende Macht zu beseitigen bereit ist. Denn der Zweck des Krieges ist der Friede. — Jedoch steht deshalb nicht einem dritten Volke das Recht zu, die kriegführenden Mächte zu einem Friedensschlusse zu nöthigen. Denn kein Volk ist zum Herrn und Richter über die Handlungen anderer Völker gesetzt. Eine „bewaffnete Vermittlung“ lässt sich nur unter der Bedingung rechtfertigen, dass der Vermittler für seine eigene Sicherheit zu fürchten hat, wenn die kriegführenden Mächte nicht Frieden mit einander schliessen.

Die Beendigung eines Krieges, welche allein mit den Grundsätzen des Völkerrechts in Uebereinstimmung steht, ist ein *Friedensschluss*. — Ein Waffenstillstand also, ein Vertrag, durch welchen die unter den Partheien ausgebrochenen Feindseligkeiten bloß für eine bestimmte Zeit oder bis auf Widerruf eingestellt werden, ist, wenn auch als eine Vorbereitung zum Frieden, doch nicht in so fern, als er die Stelle eines Friedensschlusses vertreten soll, ein rechtmässiger Vertrag. Mohammed, welcher es den Bekennern seiner Lehre zur Pflicht machte, mit den Ungläubigen nur Waffenstillstand

zu schliessen, erwog in seinem Bekehrungseifer nicht, daß ein Religionsstifter sein Ansehn aufs Spiel setzt, wenn er seinen Schülern Pflichten auferlegt, zu deren Erfüllung Waffenmacht vorausgesetzt wird. — Eben so wenig ist ein Vertilgungskrieg (*bellum internecinum*) mit den Grundsätzen des Völkerrechts vereinbar. Ein Krieg im Sinne des Völkerrechts wird von einem Volke gegen das andere, beide als Gemeinden oder moralische Personen betrachtet, und nicht gegen die Einzelnen geführt, aus welchen das feindliche Volk besteht. Kann ein solcher Vertilgungskampf, (also z. B. der Kampf, welchen jetzt die Vereinigten Staaten gegen die Indianer in Florida zu bestehen haben,) gerechtfertiget werden, so kann die Rechtfertigung wenigstens nicht aus dem Völkerrechte entlehnt werden. — Dasselbe gilt von dem Falle, da ein Krieg durch die Vernichtung der Selbstständigkeit des feindlichen Volkes beendet wird. Das ist eine Revolution, welche durch Feindesgewalt (durch eine Intervention) ins Werk gesetzt worden ist.

Im Staate kann ein Rechtsstreit entweder durch einen Vergleich oder durch einen Spruch des Richters beendet werden; im Stande der Natur nur auf die erstere Weise. Ein Friedensschluss *ist* und *soll* von Rechts wegen ein Vergleich seyn, durch welchen kriegführende Mächte den Rechtsstreit, der unter ihnen bisher *mit den Waffen* verhandelt worden ist, *in der Güte* beilegen. Wie bei einem Vergleiche unter Privatpersonen bleibt die Rechtsfrage, über welche unter den kriegführenden Mächten gestritten wurde, unentschieden; wie in einem Vergleiche unter Privatpersonen hat die eine und die andere kriegführende Macht von den Rechten, für welche sie bisher gekämpft hat, etwas nachzulassen, kann die eine oder die andere die grösseren Opfer zu bringen haben. Dem Rechte nach aber stehen beide Partheien in Beziehung auf den abzuschliessenden Frieden einander gleich. Denn keine dieser Partheien ist der Richter der andern. Aber darin unterscheidet

sich ein Friedensschluss von einem Vergleiche unter Privatpersonen, daß ein Friedensschluss von der einen Seite ein erzwungener Vergleich seyn kann, ein Gesetz, zu dessen Annahme der Sieger die Besiegten genöthiget hat. Dieser Zwang ist (de jure oder von Rechts wegen) nicht so zu deuten, als ob der Sieg — also physisches Uebergewicht — dem Sieger ein Recht gäbe, als ob mithin der Sieger, so weit sich nur immer seine Macht erstreckt, eine jede Bedingung den Besiegten vorschreiben dürfte, sondern so, daß der Sieg den Sieger nur in den Stand setzt, die Rechte, die er abgesehn von dem Siege hat, die Rechte, welche seinem Urtheile nach von der Gegenparthei beeinträchtigt worden sind, gegen diese geltend zu machen. Auch dann also, wenn der Friedensschluss von der einen Seite ein erzwungener Vertrag ist, soll er noch immer die Natur eines Vergleiches haben d. i. noch immer so abgeschlossen werden, daß der Sieger den Besiegten nur die Bedingungen vorschreibt, welche er ihnen kraft der Rechte, zu deren Vertheidigung er den Krieg geführt hat, (ad tollendas belli causas) vorzuschreiben befugt ist, und daß er, diese Rechte nicht bis aufs Aeufserste erstreckt. — Gleichwohl stellt sich in der Erfahrung die Sache gewöhnlich anders. Nur dann, wenn der Krieg weder dem einen noch dem andern Theile ein entschiedenes Uebergewicht gegeben hat, darf man hoffen, daß der Friede, welcher unter ihnen abgeschlossen wird, in der That und Wahrheit ein Vergleich seyn wird. In dem entgegengesetzten Falle, wenn also der Sieger die Friedensbedingungen vorschreibt, wird der Friedensvertrag leicht den Grundsätzen eines Vertrags untreu werden. Denn es ist noch schwerer, sich des Glücks nicht zu überheben, als im Unglücke das Gleichgewicht nicht zu verlieren. Wozu kommt, daß die meisten Kriege entweder gleich anfangs Präventionskriege sind oder in ihrem Verlaufe Präventionskriege werden, also Kriege, deren Ursache auch die härtesten Bedingungen rechtfertigen oder beschönigen kann, welche der Sie-

ger den Besiegten auferlegt. — Je häufiger die Fälle sind, daß sich der Sieg entschieden für die eine kriegführende Macht erklärt, desto bedenklicher würde es mit dem Ansehn des Grundsatzes stehn, daß ein Friedensschluss den Charakter eines Vergleiches haben soll, wenn nicht in denselben Fällen für die Befolgung dieses Grundsatzes fast immer auch Gründe der Politik sprächen. Schon das Lob der Mäßigung, welches sich der Sieger erwirbt, wenn er von seinem Uebergewichte nicht den äußersten Gebrauch bei den Friedensbedingungen macht, die er den Besiegten vorschreibt, kommt dem Ansehn jenes Grundsatzes zu statten. (*Parcere subjectis et debellare superbis.*) Sodann aber läuft ein Volk, welches rasch von einer Eroberung zur andern fortschreitet, Gefahr, daß das schnell aufgeführte Gebäude seiner Macht eben so schnell wieder zusammenstürze. Auch bei einer jeden einzelnen Erweiterung des Staatsgebietes, zu welcher ein Volk den errungenen Sieg benutzt oder benutzen kann, ist das Verhältniß, in welchem die Macht des Volkes zu der Eroberung und diese zu jener steht, in Rechnung zu nehmen. Wenn sich auch die Grenze nicht im Allgemeinen bestimmen läßt, auf welche ein Volk den Umfang seines Landes zu beschränken hat, wenn es nicht der Gefahr, in sich selbst zu zerfallen oder sein Land nicht weiter nach allen Seiten hin vertheidigen zu können, ausgesetzt seyn soll, so giebt es doch für ein jedes einzelne Volk eine solche Grenze. Eben so kann eine Eroberung die Macht des Volkes, welches die Eroberung macht, anstatt zu steigern, sogar vermindern; z. B. wenn die Eroberung die militärischen Grenzen des Landes, dieses seiner bisherigen Gestalt nach betrachtet, verrückt, oder wenn sie einer Art der Vertheidigung bedarf, welcher die Kriegsmacht des Siegevölkeres nicht gewachsen ist *), oder wenn sie, Völ-

*) Großbritannien, eine Seemacht, hat seine Eroberungen in Europa weislich auf eine Anzahl Inseln, (auf einen Gürtel, der Europa umgiebt,) beschränkt. — Algier.

ker einer verschiedenen Nationalität an einander schmiessend, einen Zwiespalt im Innern zur Folge hat. Der Befolgung dieser Maximen verdankten die Römer die Stetigkeit der Fortschritte, welche die Römer, als Eroberer, bis zu dem Ziele machten, das sie sich klüglich setzten. ¹⁾ Sie brachen nur die Kraft des Feindes, wenn ihnen auch der Sieg die Macht gab, den Feind zu vernichten. Das Ziel nie aus den Augen verlierend, übereilten sie doch nie ihre Unternehmungen. Sie schlossen Frieden, um einen andern Feind, den sie bisher übersehn zu haben schienen, anzugreifen. Sie befestigten ihre Macht zuerst in dem Mittelpunkte ihrer Herrschaft, ehe sie die Stärke ihres Armes entfernteren Ländern fühlen ließen. Sie gaben das Erobern auf, als es räthlicher war, auf die Erhaltung als auf die Vergrößerung des Baues, den sie aufgeführt hatten, Bedacht zu nehmen. Dieser Bau hat Jahrhunderte lang gedauert, weil Jahrhunderte lang an demselben gearbeitet worden war. ²⁾ Dagegen sind die Reiche, welche ihre plötzliche Entstehung einem Eroberer, (dieses Wort in seiner engeren Bedeutung genommen,) verdankten, fast immer eben so schnell wieder zerfallen, als sie zusammengefügt worden waren.

Ein Friedensschluss hat für die *Dauerhaftigkeit* des wiederhergestellten Friedens Bürgschaft zu leisten. Er leistet diese Bürgschaft, wenn er unter billigen Bedingungen abgeschlossen wird. Er kann sie und er darf in den äußersten Fällen sie auch so leisten, daß er durch die Härte der Bedingungen, welche der Sieger den Besiegten vorschreibt, diesen die Erneuerung der Feindseligkeiten unmöglich macht. ³⁾ — Auf

1) Vgl. die S. 25. Anm. 2. a. Schr.

2) Wir würden die Römer, als Eroberer und als Erhalter des Eroberten, vielleicht noch mehr bewundern, wenn wir das System, welches die Römer zur Sicherung und Vertheidigung ihrer Landesgrenze befolgten, theils seinem inneren Zusammenhange nach, theils in allen seinen Einzelheiten kennten.

3) Ein Friedensschluss, der den Mittelweg hält, ist nur ein Waffenstillstand.

keinen Fall darf in dem Friedensschlusse selbst der Keim oder der Reiz zu einem neuen Kriege liegen. Daher ist vorzugsweise bei einem Friedensschlusse darauf zu sehn, daß nicht durch die Dunkelheit oder Zweideutigkeit der Wortfassung neue Streitigkeiten unter den Partheien veranlaßt werden. Daher sind in einem Friedensschlusse ferner alle die Streitfragen und zwar endgültig (definitiv) zu entscheiden, welche den nun beendigten Krieg verursacht haben. Sollte es bewandten Umständen nach unmöglich oder unthunlich seyn ¹⁾, die eine oder die andere dieser Fragen sofort endgültig zu entscheiden, so ist in dem Friedensvertrage die Art genau zu bestimmen, wie die Frage (und zwar demnächst) erlediget werden soll. Es ist sogar rathsam, auch diejenigen unter den Partheien streitigen Fragen durch den Friedensschluß zu beseitigen, welche, obwohl nicht die Veranlassung zu dem jetzigen Kriege, dennoch den Ausbruch eines neuen Krieges unter denselben Partheien zur Folge haben könnte. ²⁾ Aus demselben Grunde lassen sich die Friedensbedingungen nur in den äußersten Fällen rechtfertigen, welche, der Sache nach, dem bisherigen Kriegszustande auch nach wiederhergestelltem Frieden Fortdauer geben; z. B. also die Bedingung der Entrichtung einer Kriegskontribution zur Erstattung der Kriegskosten, ferner die Bedingung, daß das Heer der einen Macht noch eine Zeit lang in dem Lande der andern Macht bleiben solle. Dagegen hat ein Friedensschluß nöthigenfalls zugleich die Art und Weise zu bestimmen, wie der Friedensvertrag in Vollziehung gesetzt werden soll.

Durch den Friedensschluß wird nicht etwa ein schlechthin neues Rechtsverhältniß unter den Partheien begründet,

1) Z. B. wenn es zur Bestimmung der Scheidlinie zwischen zwei Ländern an hinlänglich genauen Landcharten fehlt, (Friede zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten vom J. 1814) — oder wenn Gefahr bei einem Verzuge ist.

2) Z. B. also dem Friedensschlusse einen Verzicht auf veraltete „Prätensionen“ einzuverleiben.

sondern nur das Rechtsverhältniß, das unter ihnen vor dem Ausbruche des Krieges bestand, wiederhergestellt, wenn auch mit Vorbehalt der Veränderungen, welche in diesem Verhältnisse durch den Friedensschluß selbst getroffen worden sind. Denn, da die rechtlichen Folgen eines Krieges nicht über den Nothstand, durch welchen der Krieg allein gerechtfertiget werden kann, ausgedehnt werden dürfen, so ist ein Krieg nur als eine einstweilige Einstellung (oder als eine Suspension) und nicht als eine gänzliche Vernichtung des Rechtsverhältnisses zu betrachten, welches unter den Partheien vor dem Ausbruche des Krieges bestand. Es leben daher nach wiederhergestelltem Frieden z. B. die Vertragsverbindlichkeiten, welche diese Partheien vor dem Kriege gegen einander hatten, schon von Rechtswegen wieder auf, wenn es auch rathsam seyn kann, die fortdauernde Gültigkeit dieser Verbindlichkeiten in dem Friedensschlusse ausdrücklich zu bestätigen. *)

*) Eine von dieser Frage verschiedene Frage ist die: Haben die Gerichte eines Staates nach den Verträgen, welche die Regierung dieses Staates mit der Macht, mit der sie jetzt in einen Krieg verwickelt ist, früher abgeschlossen hat, auch während der Dauer dieses Krieges zu sprechen? Die Frage ist nicht eine völkerrechtliche sondern eine Frage des Weltbürgerrechts. Sie ist in Gemäßheit dieses Rechts zu bejahen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß diese Verträge auch als Normen richterlicher Entscheidungen von der einen und von der andern kriegführenden Macht einstweilen außer Kraft gesetzt werden können. Vgl. mein Handbuch des Franz. Civilrechts. §. 3. Anm. 4.

ACHT UND ZWANZIGSTES BUCH.

Des VÖLKERRECHTES ZWEITES BUCH.

Das Völkerstaatsrecht.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von *Völkerstaaten überhaupt.*

ERSTES HAUPTSTÜCK.

*Der Völkerstaat eine Rechtsidee. *)*

In rechtlicher Hinsicht ist ein Volk, — gleichsam ein künstlicher Mensch, — einem Menschen gleichzustellen. Denn beiden, einem Volke und einem Menschen, kommt die Eigenschaft der Persönlichkeit zu d. i. das Vermögen, Andere — andere physische oder moralische Personen, — rechtlich zu verpflichten und von Anderen rechtlich verpflichtet zu werden. So wie daher den Menschen, als Einzelnen, die Pflicht obliegt, einen Staatsverein mit einander abzuschließen, so haben dieselbe Pflicht auch Völker gegen einander. In der einen und in der anderen Beziehung

*) Von dem Unterschiede zwischen einem Völkerstaate und einem zusammengesetzten Staate s. Bd. III. S. 10. — Die Worte: Staat, (ohne den Zusatz: Völkerstaat,) einfacher Staat, bezeichnen in dem vorliegenden Buche allemal den Staatsverein, dessen Mitglieder einzelne Menschen sind. Dasselbe gilt von dem Worte: Staatsrecht.

beruht diese Pflicht auf der Rechtlosigkeit des Naturstandes d. i. desjenigen Zustandes, in welchem der Mensch oder ein Volk sein eigener Richter über Recht und Unrecht ist. Wie daher das Völkerstaatsrecht seinen Grundlagen nach von dem Staatsrechte nicht wesentlich verschieden, so ist es auch seinem Inhalte nach von dem letzteren Rechte nicht wesentlich verschieden. Nur die Verhältnisse sind verschieden, auf welche dieselben Grundsätze in der einen und in der andern Wissenschaft anzuwenden sind.

Zwar setzt das Völkerstaatsrecht noch andere That-sachen voraus, als die, welche das Staatsrecht voraussetzt, — die That-sachen, daß mehrere Völker neben einander existiren und daß sie in dem Verhältnisse der Wechselwirkung zu einander stehn. Aber diese Voraussetzung beruht auf eben so ewigen Naturgesetzen, als die Voraussetzung des Staatsrechts, daß sich die Menschen zu einander gesellen können und daß sie zu einander gesellt sind.

Neue Rechtsfragen bieten sich dar, wenn man sich den Fall denkt, daß mehrere Völkerstaaten neben einander oder daß neben einem Völkerstaate selbstständige Staaten existiren, allemal übrigens das Verhältniß der Wechselwirkung vorausgesetzt. Auch diese Fragen werden in dem vorliegenden Buche, wenigstens im Allgemeinen, zu erörtern seyn.

Der Satz: Auch Völker sollen in einen Staatsverein mit einander treten, — ist eben sowohl eine Maxime der Politik als ein Gebot des Rechts. Denn — *nulla salus bello, pacem deprecemur omnes!* Aber, wenn beide, die Politik und das Recht, zu demselben Resultate führen, so ist es sogar eine Forderung der Politik, das Resultat vor allen Dingen aus Rechtsgründen abzuleiten. Denn, die Stimme des Rechts ist die entscheidendere; sie spricht zugleich zum Gewissen.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von dem

Unterschiede zwischen einem Völkerstaate und einem Völkerbunde. ¹⁾

Ein Völkerbund (*une confédération*) ist ein unbedingter Gesellschaftsvertrag, welchen mehrere Völker, theils zum Schutze und Trutze gegen ihre auswärtigen Feinde, theils zur gütlichen Beilegung ihrer gegenseitigen Streitigkeiten, mit einander abschließen. Er ist ein unbedingter Verein, d. i. eine jede Beschränkung des Vereines, sey es daß sie die Zeitdauer desselben oder daß sie die Fülle oder das Maß ²⁾ des zu leistenden Beistandes, oder daß sie die Beschaffenheit der in der Güte beizulegenden Streitigkeiten beträfe, ist mit dem Wesen eines Völkerbundes unvereinbar. — So ist der Begriff eines Völkerbundes in Beziehung auf die Aufgabe des vorliegenden Hauptstücks zu bestimmen. ³⁾ Denn nur wenn man den Begriff so bestimmt, ist ein Völkerbund einem Völkerstaate am nächsten verwandt, ist es also vorzugsweise nothwendig, den einen Begriff von dem andern zu unter-

1) Vgl. *The Federalist*, on the constitution of the United States. By Hamilton, Maddison and Jay. N. A. Philadelphia 1826. Briefe, geschrieben von Männern, welche an der Ausarbeitung der Verfassung der Union einen sehr wichtigen Antheil hatten und in diesen Briefen die Gründe (die *rationes*) des Gesetzes dieser Verfassung erörtern; ein Werk, das zugleich für die Lehre von der Verfassung eines Völkerstaates oder Völkerbundes überhaupt von der größten Wichtigkeit ist.

2) Eine Bundesmatrikel beschränkt nicht die Beitragspflichtigkeit der einzelnen Bundesglieder zu den Bundeslasten. Sondern sie vertheilt diese Lasten nur unter die einzelnen Bundesglieder; übrigens allemal mit dem Vorbehalte, daß diese nöthigenfalls auch mit ihrer ganzen Macht Beistand zu leisten haben.

3) Höchst unbestimmt sind die Definitionen, welche man von diesem Begriffe bei andern Schriftstellern findet. S. z. B. Klüber, *Völkerrecht*. §. 148.

scheiden. Indem man übrigens einen Völkerstaat von einem Völkerbunde, unter der Voraussetzung jenes Begriffs, unterscheidet, unterscheidet man ihn zugleich von einem Bündnisse (alliance) unter Völkern. Denn ein Bündnis ist nur ein in irgend einer Beziehung beschränkter Bund.

Es tritt nun zwischen einem Völkerbunde, das Wort in der so eben bestimmten Bedeutung genommen, und einem Völkerstaate an sich (oder in thesi) ein vierfacher Unterschied ein. 1) Der Grund, auf welchem die Rechte und Verbindlichkeiten der Verbündeten beruhen, ist ein Vertrag, ein Gesellschaftsvertrag. Die rechtliche Grundlage eines Völkerstaates ist unmittelbar das Rechtsgesetz, ist die Pflicht, an die Stelle des Naturstandes den Staat, (das Gegentheil von jenem Zustande) zu setzen, wenn auch zu dieser Grundlage die andere d. i. ein Vertrag hinzukommen kann, welcher aber alsdann nur als das (faktische) Anerkenntnis jener Pflicht zu betrachten ist. — 2) In einem Völkerstaate sind die einzelnen Völker, aus welchen der Verein besteht, einer Gewalt d. i. einem an sich unbedingten Zwangsrechte unterworfen. Verbündete haben als solche nur die Verbindlichkeiten gegenseitig auf sich, welche sie einander gelobt haben. ¹⁾ In einem Völkerstaate muß daher ein Wille gebieten; in einem Völkerbunde gilt dagegen von Rechtswegen die Stimme des einen Volkes so viel, als die des andern ²⁾, die Mehrheit der Stimmen also nur vermöge einer besonderen Uebereinkunft. Auch können die Verbündeten nach Gefallen einer solchen Uebereinkunft Einschränkungen und Ausnahmen

1) Man sollte nicht von Rechten sprechen, welche der Bund gegen seine einzelnen Mitglieder habe, noch von Verbindlichkeiten des Bundes gegen diese. (Dasselbe gilt von einer jeden Gesellschaft.) Sonst verfällt man leicht in den Irrthum, einen Bund als eine Körperschaft, als eine Universitas, zu betrachten. At singuli debent, singulis debetur.

2) In einem Bunde gilt, (wie in einer jeden Gesellschaft,) von Rechtswegen die Regel: *Melior est prohibentis conditio.*

einverleiben. ¹⁾ — 3) Die Gewalt, welche über einen Völkerstaat gebietet, erstreckt sich eben deswegen, weil sie eine Gewalt ist, also ihrem Wesen nach eben sowohl auf die inneren als auf die auswärtigen Angelegenheiten der unter dem Vereine begriffenen Staaten, wenn sie auch in der ersteren Beziehung, damit sich der Völkerstaat nicht in einen einfachen Staat verwandle, durch die Verfassungsgesetze zu beschränken ist. Dagegen hat ein Völkerbund nur die auswärtigen Verhältnisse der Verbündeten zu seinem Gegenstande. Denn sonst würde er in die Kategorie der Staatsverträge gehören d. i. der Verträge, welche eines rechtlichen Verpflichtungsgrundes ermangeln. ²⁾ — Endlich, 4) so wenig ein Theil eines Staatsgebietes von dem Ganzen losgerissen werden darf, so wenig steht es den einzelnen Mitgliedern eines Völkerstaates frei, aus dem Verbande hervorzutreten. Dagegen macht ein Verbündeter, wenn er den Bund aufkündigt, nur von seinem guten Rechte Gebrauch. Denn ein Gesellschaftsvertrag ist für den einzelnen Gesellschafter nur unter der Bedingung verpflichtend, daß der Zweck der übrigen Gesellschaftsglieder auch der seinige ist.

Jedoch, so gewiß sich auch ein Völkerstaat und ein Völkerbund ihrem Wesen nach (oder in thesi) von einander unterscheiden, in der Erfahrung (oder in hypotesi) läßt sich gleichwohl nicht zwischen den Vereinen der einen und denen der andern Art eine scharfe Scheidlinie ziehn. So wenig sich in einem Völkerstaate eine Macht begründen läßt, welche in seinem Inneren einem jeden Widerstande gewachsen wäre, eben so wenig kann man sich wegen der Fortdauer eines Völkerbundes auf den

1) Wie z. B. in der Deutschen Bundesakte (Art. VII. §. 4.) geschehen ist. Ob es rathsam sey, die Uebereinkunft auf diese Weise zu beschränken, ist eine andere Frage. — Eine ähnliche Vorschrift enthielt der Westphälische Friede über die Gültigkeit der mehreren Stimmen auf dem Deutschen Reichstage. Er verwandelte so das Deutsche Reich, der Sache nach, in einen Völkerbund.

2) Vgl. oben S. 67.

guten Willen der Verbündeten allein verlassen. So wenig ein Völkerstaat die Selbstständigkeit der unter ihm begriffenen Staaten auch in ihren inneren Angelegenheiten gänzlich aufheben kann und darf, eben so wenig könnte ein Völkerbund auf die Dauer bestehn, welcher die Selbstständigkeit der Verbündeten in ihren inneren Angelegenheiten gänzlich unbeschränkt liesse. In der Erfahrung also sind Völkerstaaten und Völkerbünde nur dem Grade und nicht ihrem Wesen nach verschiedene Vereine, lassen sie sich von einander nur in so fern unterscheiden, als sich die einen mehr der Idee eines Völkerstaates die anderen mehr der Idee eines Völkerbundes nähern. In diesem Sinne kann man z. B. sagen, daß sich in dem Deutschen Bunde der Charakter eines Völkerstaates, den dieser Bund schon ursprünglich in einem gewissen Grade hatte, seit dem Jahre 1819 noch mehr entwickelt habe. (Die Worte: Völkerstaat und Völkerbund, werden daher in der Folge als gleichbedeutend gebraucht werden.)

Mit dieser Ansicht von der nahen Verwandtschaft, welche in der Erfahrung zwischen Völkerstaaten und Völkerbünden eintritt, stimmt auch das Zeugniß der Geschichte allenthalben überein. Man nehme z. B. aus der Griechischen Vorzeit den Bund der Aetolier oder den Achäischen Bund ¹⁾, oder aus der Vorzeit Italiens den Latinerbund ²⁾, oder aus den neueren Zeiten das Deutsche Reich und den Deutschen Bund, die Schweizereidgenossenschaft, die Union der Vereinigten Staaten von Nordamerika, — alle diese Vereine, wenn auch den Namen und den For-

1) Vgl. Ubbo Emmius, *Vetus Graecia*. T. III. (Lugd. Bat. 1626.) p. 274. Der Bund der Aetolier entstand erst nach dem Tode Alexanders; der Achäische Bund, (welcher, unter seinem großen Feldherrn Philopömen, den düstern Abendhimmel der Griechischen Freiheit noch durch einen Sonnenblick erleuchtete,) scheint schon früher bestanden zu haben.

2) Vgl. Niebuhr, *Römische Geschichte*. — Vielleicht war jedoch dieser Bund, wenigstens anfangs, nicht ein Völker- sondern ein National-Bund.

men nach von einander verschieden, haben dennoch die auffallendste Familienähnlichkeit, sind dennoch desselben schwankenden Charakters. So giebt es z. B. in der Union der Vereinigten Staeten eine Parthei, welche die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten von der Centralregierung zu erhalten und zu steigern trachtet, eine andere, welche in der entgegengesetzten Richtung thätig ist. Dieselbe Partheiung herrscht auch in der Schweiz. Eben so war sie in dem Deutschen Reiche nicht unbekannt. ¹⁾ So wie eine Partheiung dieser Art aus dem Wesen eines Völkerstaates oder Völkerbundes hervorgeht, so entspricht sie zugleich den wesentlichen Interessen eines solchen Vereines. Nur wenn die eine oder die andere Parthei entschieden das Uebergewicht erhält, droht dem Vereine Gefahr, — beziehungsweise die Gefahr des Ueberganges in einen einfachen Staat, oder die Gefahr der Auflösung.

Verschieden von einem Völkerstaate oder Völkerbunde ist ein Nationalbund, — eine Verbindung, welche die verschiedenen Stämme einer und derselben Nation mit einander unterhalten, um das Andenken an ihre gemeinschaftliche Abstammung von Zeit zu Zeit feierlich zu erneuern und sich an die Pflichten zu erinnern, welche ihnen, als Zweigen eines und desselben Stammes, gegenseitig obliegen. — Ein solcher Bund, und nicht ein Völkerbund, war einst in Griechenland der Bund der Amphiktionen. ²⁾ Erst in den Kriegen der Griechen mit den Persern bildete sich unter den Griechischen Staaten ein Verhältniß, welches mit dem unter den Mitgliedern eines Völkerbundes eintretenden einige Aehnlichkeit hatte. Zugleich aber hatte dieses Verhältniß so vieles Eigenthümliche, daß eine kurze Darstellung desselben dem Gegenstande des

1) Es gab eine Zeit, da man die Deutschen Publicisten in „Cäsarianer“ und „Fürstnerianer“ eintheilte! (Glückliche Zeit!)

2) Die Schreibart des Wortes ist zweifelhaft. Einige schreiben, wie im Texte, Amphiktionen, (die Herumwohnenden,) Andere Amphyktionen, von Amphyktion, dem angeblichen Stifter des Bundes. — F. W. Tittmann, über den Bund der A. Berlin 1812.

vorliegenden Hauptstückes nicht fremd seyn wird. *) Also, zu Anfang jener Kriege gelangte, im Drange der Umstände, Athen, der damals mächtigste Griechische Staat, zur Hegemonie d. i. zur Leitung des Heeres der Griechen gegen den gemeinschaftlichen Feind. Auch nachdem es den Griechen gelungen war, den Feind von ihrem Boden zu vertreiben und die Gefahr nur noch aus der Ferne drohte, lebte dennoch der Gedanke, daß ein Griechischer Staat die übrigen, ein Stamm die ganze Nation in Beziehung auf ihre auswärtigen Angelegenheiten und namentlich in Verhältniß zu den Persern zu lenken und zu leiten habe, im Volke fort. Er griff sogar mit der Zeit mehr und mehr ins Leben ein; ja der Kampf um die Hegemonie oder die Feldherrlichkeit, (denn diese wechselte unter den Griechischen Freistaaten so wie der eine oder der andere dieser Staaten das Uebergewicht über die übrigen erhielt,) wurde endlich der Haupthebel der Griechischen Politik. So heftig und dauernd war dieser Kampf, daß in ihm eine Hauptursache der Erschöpfung der Griechischen Freistaaten lag, welche dem Könige Philipp von Macedonien den Sieg über die Freiheit der Griechen erleichterte. Und so groß war das Gewicht, welches die Nation auf die Hegemonie legte, daß sich selbst Philipp von Macedonien, schon im Rathe der Amphiktionen der Erste, schon Gebieter in Griechenland, noch zum Feldherrn der Griechen gegen die Perser ernennen liefs, um die Gewalt, welche der Sieg in seine Hand gelegt hatte, in eine nach den Ansichten der Griechen rechtmäßige Gewalt zu verwandeln. Gleichwohl war die Hegemonie weniger ein Vorrecht als ein Vorzug; sie steigerte weniger die Macht, als das Ansehn und den Einfluß des Staates, welcher zu ihr gelangte. So unvollkommen war der Verein, welcher die Grundlage oder die Folge dieser Feldherrlichkeit war, daß er Kriege unter den Griechen selbst eher veranlaßte als verhinderte. Er

*) Heeren, Ideen über die Politik etc. der vornehmsten Völker der alten Welt, Griechenland. Achter Abschnitt.

stand mit der Nationaleinheit der Griechen in einem so unmittelbaren Zusammenhange, daß er eben so viel von der Natur eines Nationalbundes als von der eines Völkerbundes hatte. — Auch sonst ist die Geschichte reich an Beispielen von Nationalvereinen. So bestand einst, wie uns Tacitus berichtet ¹⁾, ein solcher Verein in Deutschland unter den verschiedenen Stämmen der Sueven. — Den Partheien und dem Zwecke nach von Völkerbünden verschieden unterscheiden sich die Nationalvereine von diesen auch durch die Art und Weise, wie die Verbindung äußerlich unterhalten wird. Zu bestimmten Zeiten kommt die Nation an einem Orte zusammen, welchen die Sage geheiligt hat. ²⁾ Den Schutzgöttern der Nation werden Opfer gebracht. Es folgen Spiele und andere Festlichkeiten. Mit einem Worte, es wird ein Familienfest im Großen gefeiert.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

*Von den
Bedingungen, unter welchen Völkerstaaten und Bünde
entstehn*

*und
von den
Gewährleistungen für die Fortdauer dieser Vereine.*

Völkerstaaten oder Völkerbünde entstehen entweder so, daß gewisse Völker einen Staatsverein oder einen Bund allererst mit einander abschließen, oder so, daß ein einfacher Staat in einen Völkerstaat übergeht d. i. daß

1) Tacit. Germania. c. 39. — S. auch ebend. c. 40. (Auch hier ist offenbar von einem Nationalbunde die Rede, welcher mehrere norddeutsche Völkerschaften unter sich begriff, von einem Bunde, aus welchem sich vielleicht der in der Geschichte erst später hervortretende Sachsenbund entwickelte.)

2) So erzählt Tacitus von den Sueven: *Stato tempore coeunt in silvam „auguriis patrum et prisca formidine sacram“* — in einem Hain, „durch die Weihe der Väter und altes Grauen geheiligt.“

sich ein Volk in mehrere Völker spaltet, diese jedoch, vereinigt zu einem Völkerstaate, den früheren Verein in einer andern Gestalt fortsetzen. Auf die erstere Weise hat sich z. B. der Verein gebildet, welcher, wie in der folgenden Abtheilung dieses Buchs gezeigt werden wird, unter den Völkern des heutigen Europas besteht. ¹⁾ Des letzteren Ursprungs ist z. B. die Schweizer Eidgenossenschaft, die Union in Nordamerika, der Deutsche Bund.

Dafs, wenn sich ein Staat in mehrere Staaten spaltet, die Theile des bisherigen Ganzen dennoch als Glieder eines Völkerstaates oder Bundes mit einander vereinigt bleiben, liegt so ganz in der Natur der Verhältnisse, dafs man sich unter dieser Voraussetzung leichter die Entstehung des neuen Vereines, als die gänzliche und bleibende Auflösung des früheren erklären kann. ²⁾ Wenn auch das äufsere Band, welches diese Staaten bisher zu einem einzigen Staate vereinigte, gelöst oder zerrissen worden ist, so giebt es doch noch andere Bande, welche ihnen eine politische Verbindung, wenn auch eine anders gestaltete, zum Bedürfnisse machen. Sogar kann sich der Fall so stellen, dafs einerseits die Errichtung eines Bundes das Mittel ist, die Auflösung des Staates ins Werk zu setzen und dafs andererseits in der Verfassung des nun aufgelösten Staates schon der Grundrifs zu der dem Bunde zu gebenden Verfassung liegt. (So stellte sich z. B. der Fall, als sich

1) In den Zeiten des Unterganges des Weströmischen Reichs tritt in Deutschland fast plötzlich der Bund der Franken, der Bund der Alemannen und der Bund der Sachsen hervor. Ueber die Entstehung dieser Vereine giebt uns die Geschichte kaum irgend eine Auskunft. Unstreitig waren sie des im Texte zuerst angeführten Ursprungs. Vielleicht wurde jedoch ihre Entstehung mehr durch Kämpfe im Innern Deutschlands als durch den Kampf gegen Rom veranlaßt.

2) Die Spanisch-Südamerikanischen Kolonien sind seit ihrer Trennung vom Mutterlande in mehrere Staaten zerfallen, unter anderem deswegen, weil es die Politik des Mutterlandes war, diese Kolonien von einander getrennt zu erhalten, Zwietracht und Eifersucht unter ihnen zu stiften.

die Staaten der Union von Großbritannien losrissen.) Mit einem Worte, ein Völkerstaat oder Bund, der auf diese Weise entsteht, hat, schon was seinen Ursprung betrifft, eine Geschichte. Auch verbürgen ihm dieselben Ursachen, welchen er seine Entstehung verdankt, zugleich seine Dauer. — Von dieser Art, wie solche Vereine entstehen können, wird in der Folge weiter nicht die Rede seyn.

Schwieriger ist die Entstehung dieser Vereine unter der entgegengesetzten Voraussetzung auf ihre Ursachen zurückzuführen. — Zwar scheinen dieselben Gründe, welche die einzelnen Menschen nöthigen, ihr Heil im Staate zu suchen, auch die Völker zu demselben Entschlusse bestimmen zu müssen. Ja, auch angenommen, daß ein Volk für die Unverletzlichkeit seiner Rechte weniger, als der einzelne Mensch für seine Sicherheit im Stande der Natur zu fürchten hat, so droht doch ein Krieg, welcher unter Völkern ausbricht, einer Unzahl Menschen zugleich Tod und Verderben, und so wirken doch die Ursachen, welche die Menschen überhaupt entzweien, als Ursachen der Kriege unter Völkern, im Großen und in neuen Gestalten. So hat es z. B. den Völkern des Nordens von jeher und überall, (in Europa, in Asien, in Amerika,) nach den Schätzen des Südens gelüstet. — Allein, wenn die Menschen fast überall *), die Völker nur ausnahmsweise zu Staaten vereinigt sind, so erklärt sich dieser Unterschied daraus, daß nicht leicht jemand gehorcht, wenn er nicht gehorchen muß. (Gehorsam ist, wie — nach Brown — das Leben, ein gezwungener Zustand.) Einem Volke aber dringt sich die Nothwendigkeit, Ruh' und Friede mit einem Theile seiner Selbstständigkeit zu erkaufen, in dem Grade weniger auf, als dem einzelnen Menschen, in welchem es mächtiger als ein einzelner Mensch ist. Wäre auch das

*) Ausnahmen findet man nur bei Stämmen, welche dem Thiere näher stehen, als dem Menschen, oder welchen die Ungunst des Klima's oder die Unfruchtbarkeit des Landes kein anderes Zusammenleben, als das in Familien, gestattet.

Volk nicht eine Macht der ersten Grösse, so überschätzt doch eine jede Macht ihre Kräfte. Ja, wäre auch das Volk, als ein Ganzes betrachtet, noch so friedliebend, so ist doch die Regierung, im Innern des Gebietens gewohnt, schwerlich geneigt, ihre Selbstständigkeit in den auswärtigen Verhältnissen aufzugeben. — Das ist die Auflösung des Räthsels!

Es muß daher, wenn sich Völker entschliessen sollen, in einen Staatsverein oder in einen Bund mit einander zu treten, die Gefahr, die ihnen von aussen droht, aus besonderen Gründen so groß und so dringend seyn, daß die Furcht jeden Widerwillen zu überwinden vermag. Und die Gefahr ist von dieser Art, wenn entweder eine Anzahl Staaten von einem ihnen bei weitem überlegenen Nachbar (oder auch von mehreren) gemeinschaftlich und auf die Dauer bedroht werden oder wenn eine Anzahl Staaten in einem Verhältnisse zu einander stehn, daß einer den andern in einem jeden Augenblicke zu fürchten hat, keiner aber mächtig genug ist, um den übrigen die Spitze zu bieten. Auf die eine oder auf die andere dieser Ursachen (oder auch zuweilen auf beide Ursachen zugleich) kann man die Ursprünge eines jeden Völkerstaates oder Bundes, er gehöre der Vergangenheit oder der Gegenwart an, zurückführen. Selbst die Völkerstaaten machen nicht eine Ausnahme von der Regel, welche ein geoffenbartes Recht zur Grundlage haben oder hatten. Die Offenbarung ist dann nur das Gewand, in welches das aus dem Interesse der unter dem Vereine begriffenen Völker eingekleidet wird.

Jedoch, selbst wenn diese Bedingungen der Entstehung eines Völkerstaates, die eine oder die andere oder beide zusammen, gegeben sind, muß noch immer eine weitere Bedingung hinzukommen, wenn ein solcher Verein zu Stande kommen, oder wenigstens, wenn er von Dauer seyn soll. Diese Bedingung ist, daß die Völker, welche einen solchen Verein unter sich abschliessen wollen oder abgeschlossen haben, ein jedes derselben für sich betrach-

tet, auch ihrem inneren Zustande nach einander verwandt seyn müssen. Denn die Centrifugalkraft, welche sie aus einander treibt, ist zu mächtig, als daß ihr die auswärtigen Staatsinteressen die Waage halten könnten. Ein Völkerstaat muß in so fern einem Volke gleichen, das in der That und Wahrheit ein Ganzes ist. Die Mitglieder eines solchen Vereines müssen, was ihre Nationalität, (und besonders in dieser Beziehung,) — ihre Verfassung — ihren Glauben — ihre Handelsinteressen — ihre Kultur und Civilisation betrifft, gleich als ein Volk betrachtet werden können. Jedoch ist das nicht so zu deuten, als ob eine jede Verschiedenheit oder Ungleichheit oder Partheiung unter ihnen mit dem Gedeihen des Vereines unvereinbar wäre oder als ob nicht, nach Zeit und Umständen, eine Ausnahme von der Regel dem Ganzen vortheilhaft seyn könnte. Sind doch selbst in einem einfachen Staate Einheit und Mannigfaltigkeit, Einigkeit und Partheiung mit einander vereinbar. So steht z. B. der Deutsche Bund allerdings deswegen fester als das Deutsche Reich, weil es unter seinen Mitgliedern eine weit geringere Zahl Freistaaten giebt, als es unter den Ständen des Deutschen Reiches gab. Aber, wenn auch die vier freien Städte des Deutschen Bundes noch immer ein fremdartiger Zusatz zu dem Deutschen Bunde zu seyn scheinen, so können sie doch, als Freihäfen für den Handel mit dem Auslande, den Stützen des Deutschen Bundes beigezählt werden. *)

Ein Völkerstaat oder Bund, der schon längere Zeit bestanden hat, hat in sich selbst eine Bürgschaft für seine Fortdauer. Je ausgedehnter das Gebiet des Vereines und je größer die Zahl seiner Mitglieder ist, desto stärker ist diese Bürgschaft.

*) Man kann daher die Frage aufwerfen, ob es nicht rathsam gewesen wäre, die freie Stadt Frankfurt zum Eintritt in den Preussischen Mauthverein nicht zu veranlassen.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von der Verfassung eines Völkerstaates.

Die verschiedenen möglichen Verfassungsformen, welche in dem dritten Bande dieses Werkes unter der Voraussetzung einfacher Staaten aufgezählt worden sind, können auch die eines Völkerstaates seyn. Es kann also ein Völkerstaat z. B. eine monarchische oder eine aristokratische oder eine demokratische Verfassung haben d. i. es kann in einem solchen Staate entweder einem Staate oder einigen Staaten oder der Gesammtheit der Staaten des Vereines die höchste Gewalt zustehn. Und die Geschichte lehrt, daß der Plan, Völker zu einem Staate zu vereinigen, bald in dieser bald in einer anderen Gestalt in Vollziehung gesetzt werden ist. *)

Ein Völkerstaat kann in der Form der Monarchie nur unter *der* Bedingung auf die Dauer bestehn, daß ein Staat den übrigen Staaten des Vereines zusammen an Macht überlegen ist, — in der Form der Aristokratie, daß einerseits dasselbe Uebergewicht bei einigen Staaten des Vereines ist und daß andererseits unter diesen Staaten ein Gleichgewicht der Macht eintritt, — endlich in der Form der Demokratie, daß alle Staaten des Vereines einander an Macht ohngefähr gleich sind, daß sich also das Gleichgewicht der Macht, von welchem in dem zweiten Falle die Fortdauer der Verfassung nur beziehungsweise abhängt, auf alle Staaten des Vereines erstreckt. Diese Bedingungen, unter welchen ein Völkerstaat bald diese bald eine andere Verfassung haben kann, sind keine anderen, als die, von welchen auch in den einfachen Staaten die Verschiedenheit der Verfassungsformen abhängt oder abhängen sollte. Aber eine Verfassungsform, wel-

*) Ich beziehe mich einstweilen auf das, was in der zweiten Abtheilung dieses Buchs von dem Wechsel der Verfassung des Europäischen Völkerstaates gesagt werden wird.

che nicht die Machtverhältnisse zur Grundlage hat, die unter den Mitgliedern des Staatsvereines bestehn, kann sich noch eher in einem einfachen Staate, als in einem Völkerstaate behaupten. Denn über jenen vermag die Kunst mehr, als über diesen; dieser bedarf mehr, als jener, eines freiwilligen Gehorsams. (Doch lehrt das Beispiel der Völkerstaaten gleichsam im Großen, was auch den einfachen Staaten in dieser Beziehung noth thue.) Nichts gefährdet daher die Fortdauer eines Völkerstaates so sehr, als wenn seine Verfassung mit der relativen Macht der einzelnen unter dem Vereine begriffenen Staaten in Widerspruch steht. An diesem Fehler litt die Deutsche Reichsverfassung, nachdem sich das Deutsche Reich entschieden in einen Völkerstaat oder Völkerbund verwandelt hatte. Daher z. B. die feindliche Stellung des Hauses Brandenburg gegen diese Verfassung.

Eine jede dieser verschiedenen Verfassungsformen, welche ein Völkerstaat haben kann, hat einen Keim des Verderbens in sich. (Auch in dieser Beziehung erinnert das Schicksal der Völkerstaaten an das der einfachen Staaten.) — Die monarchische Form setzt den Völkerstaat der Gefahr aus, daß er sich in einen einfachen Staat verwandle. — Hat ein Völkerstaat eine aristokratische Verfassung, so ist es um ihn geschehn, wenn es unter den Mächten, welche in seinen Angelegenheiten die entscheidende Stimme haben, zu einer Spaltung kommt. (Die Bürgschaft für die Fortdauer des Deutschen Bundes ist die Einigkeit zwischen Oesterreich und Preussen.) — Ist die Verfassung eines Völkerstaates das Analogon einer Demokratie, so kann und wird es nicht an inneren Unruhen fehlen, welche die Einheit des Staates bedrohn oder wenigstens seinen Zweck vereiteln.

Wie auch die Verfassung eines Völkerstaates ihrer Grundform nach beschaffen sey, allemal verdient die einfachere Organisation vor einer zusammengesetzteren den Vorzug. Formen sind ein treffliches Mittel, der Herrscherwillkühr einen Damm entgegenzusetzen. Aber

in einem Völkerstaate ist nicht diese sondern die Unbeholfenheit zu fürchten, mit welcher sich ein so künstlicher und ein so zusammengesetzter Körper, wie ein Völkerstaat ist, bewegt. Da ist mehr die Ungezwungenheit diplomatischer Verhandlungen an ihrer Stelle. Man kann daher die Frage aufwerfen, ob die Verfassung des Deutschen Bundes dadurch gewonnen hat, daß sie die Bundesversammlung in den engeren Rath und in das Plenum eintheilt. (Jedoch stellen sich die Verhältnisse in der Wirklichkeit so, daß diese Eintheilung kaum irgend einen Nachtheil für die Beschleunigung der Verhandlungen hat.)

Wie die Gesetze eines einfachen Staates die persönliche Freiheit der einzelnen Unterthanen beschränken können, so können auch die eines Völkerstaates einem jeden unter dem Vereine begriffenen Staate die Verbindlichkeit auferlegen, seine Verfassung nicht ohne Zustimmung des Vereines abzuändern. Angenommen nun, daß sie eine Vorschrift dieser Art enthalten, so ist es nicht zweifelhaft, daß, wenn der eine oder der andere jener Staaten diese Vorschrift verletzt, der Regierung des Völkerstaates ein „Interventionsrecht“ zustehe. Jedoch auch unter der entgegengesetzten Voraussetzung steht einem Völkerstaate dasselbe Recht zu. Denn es kann einem solchen Staate auf keinen Fall gleichgültig seyn, ob die unter ihm begriffenen Staaten ihre bisherige Verfassung beibehalten oder aber sie einseitig abändern. Am wenigsten kann er gleichgültig zusehn, wenn in dem einen oder in dem andern Staate eine Revolution ausbricht oder auszubrechen droht. Denn eine solche Begebenheit erschüttert allemal die Verfassung und die Macht, ja sie bedroht sogar die Fortdauer des Vereines, als eines Ganzen.

Alles das also, was in dem vorigen Buche (im Naturrechte) gegen das Interventionsrecht an- und ausgeführt worden ist, ist auf einen Völkerstaat nicht anwendbar. Vielmehr steht dieses Recht der Regierung eines solchen Staates eben so unbedingt und unbeschränkt zu, wie das Recht, Gewaltthatigkeiten unter den Mitgliedern des

Vereines zu verhindern. Wenn daher unter den Staaten des heutigen Europa's so häufig über das Recht der Intervention gestritten wird, so gilt der Streit in der That der Frage, ob das unter diesen Staaten bestehende Verhältniß nach den Grundsätzen des Naturrechts oder nach denen des Staatsrechts zu beurtheilen sey. Dafs in dem heutigen Europa der Grundsatz der Nichtintervention eben so oft verletzt als aufgestellt wird, ist der beste Beweis, dafs sich jenes Verhältniß der Idee eines Völkerstaates wenigstens nähere.

Uebrigens ist, was Interventionen betrifft, nur die Rechtsfrage in dem Obigen erörtert worden. Eine andere Frage ist die, ob es in einem gegebenen Falle rathsam sey, von dem Interventionsrechte Gebrauch zu machen. Die Beantwortung dieser Frage, einer Frage der Politik, hängt von dem mehr oder weniger genauen Zusammenhange ab, in welchem die Verfassungsangelegenheiten der einzelnen unter dem Vereine begriffenen Staaten oder des in dem gegebenen Falle unmittelbar betheiligten Staates mit dem Interesse der Gesamtheit stehn.

FÜNFTES HAUPTSTÜCK.

Das Regierungsrecht eines Völkerstaates.

Aus dem Wesen eines Völkerstaates oder Bundes ergibt sich für das Regierungsrecht eines solchen Vereines der *Grundsatz*: Staaten, welche sich zu einem Völkerstaate oder Bunde vereinigt haben, behalten ihre Selbstständigkeit in ihren inneren Regierungsangelegenheiten, sie verlieren sie in ihren auswärtigen Angelegenheiten. Denn nur unter der Bedingung, dafs sie ihre Selbstständigkeit in der einen Beziehung behalten und in der andern verlieren, ist der Verein einerseits nicht ein einfacher Staat und andererseits doch ein Völkerstaat oder Bund.

Also *erstens*: Ein jeder der unter einem solchen Vereine begriffenen Staaten ist und bleibt unabhängig in seinen *inneren* Regierungsangelegenheiten. — Es beruht dieser Satz nicht bloß auf dem Wesen sondern zugleich auf dem Interesse eines Völkerstaates oder Bundes. Denn eine jede Fessel, welche den Staaten des Vereines ohne Noth angelegt wird, ist für diese Staaten zugleich eine Verleitung, dem Vereine überhaupt abtrünnig zu werden. Der Tarif, durch welchen vor einigen Jahren der Kongreß der Nordamerikanischen Union, zur Beförderung der inneren Industrie, die Einfuhr gewisser Fabrikate mit hohen Zöllen belastete, hätte fast die Auflösung der Union zur Folge gehabt. — Jedoch leidet die aufgestellte Regel in so fern eine Ausnahme, (wenn anders nicht diese Beschränkung der Regel schon auf ihrem Grunde beruht,) als ein Völkerstaat allerdings berechtigt ist, seine Mitglieder gegenseitig zur Befolgung der Grundsätze zu verpflichten, welche das Weltbürger- und das Staatenrecht über das Verhältniß zwischen dem In- und dem Auslande enthält; (vgl. die folgenden beiden Bücher des vorliegenden Bandes) als mithin die Gesetzgebung eines Völkerstaates z. B. vorschreiben kann, daß unter den Staaten des Vereines Freiheit der Aus- und Einwanderung, Freiheit des Handelsverkehres, Sicherheit des literarischen Eigenthumes, Vollziehbarkeit der im Auslande gesprochenen Urtheile Rechtens seyn solle. *) Denn in so fern handelt es sich von Mafsregeln, welche eben so nothwendig sind, die unter dem Vereine begriffenen Staaten durch ihre inneren Interessen mit einander zu vereinigen, als Zwiespalt unter diesen Staaten zu verhindern.

Zweitens: Ein jeder unter einem Vereine dieser Art begriffene Staat verliert seine Selbstständigkeit, was seine *auswärtigen* Angelegen-

*) Die Gesetze des Deutschen Bundes enthalten mehrere Bestimmungen, welche dieser Ansicht entsprechen.

heiten betrifft. — Zwar erstreckt sich dieser Satz, streng genommen, nur auf das Recht des Krieges und des Friedens.¹⁾ Jedoch ist allemal das Interesse und selbst die Fortdauer eines Völkerstaates gefährdet, dessen Verfassung den einzelnen Mitgliedern des Vereines gestattet, unter sich oder mit andern Völkern in ein jedes Verhältniß zu treten, welches sich auf das Recht des Krieges und des Friedens nicht unmittelbar bezieht, also z. B. unter sich oder mit andern Völkern eine jede Art von Verträgen einzugehen, welche nicht unmittelbar das Recht des Krieges und des Friedens zu ihrem Gegenstande haben. (Daher hat z. B. die Verfassung der Nordamerikanischen Union eine vollkommnere Organisation, als die der Schweizer Eidgenossenschaft.) Denn beschränkt man die Abhängigkeit der Bestandtheile eines Völkerstaates von dem Ganzen auf das Recht des Krieges und des Friedens, — wie läßt sich zwischen den auswärtigen Angelegenheiten, welche von dem Vereine zu erledigen sind, und denen, in welchen die einzelnen Staaten des Vereines ihre Selbstständigkeit behalten, eine genugsam bestimmte Scheidlinie ziehn? oder wie kann man dem Vereine zumuthen, Rechte zu vertheidigen, welche ohne sein Zuthun von dem einen oder von dem andern seiner Mitglieder erworben, oder Verbindlichkeiten in Vollziehung zu setzen, welche in derselben Art eingegangen worden sind? oder ist nicht unter derselben Voraussetzung die Einheit der Interessen gefährdet, welche eine so wesentliche Bedingung des Gedeihens eines solchen Vereines ist? (Man kann daher nur bedauern, daß sich dem Preussischen Mauthvereine nicht alle Staaten des Vereines²⁾ angeschlossen haben.) Auf

1) Der Ausdruck: Recht des Krieges und des Friedens, ist hier in seiner engeren Bedeutung zu verstehn, — also nur von dem Rechte, Krieg zu führen, Frieden zu schließen, neutral zu bleiben, Verbindlichkeiten einzugehn, die sich unmittelbar auf den Krieg beziehen, u. s. w.

2) Die freien Städte und die Staaten des Hauses Oesterreich jedoch ausgenommen.

jeden Fall sollte ein Völkerstaat die besonderen Verträge, welche seine Mitglieder unter sich oder mit anderen Regierungen abschließen könnten, von seiner Genehmigung auf irgend eine Weise abhängig machen. — Jedoch übersehe man bei diesen und bei ähnlichen Bemerkungen nicht, daß Diplomaten durch so viele Verhältnisse und Rücksichten gefesselt sind, daß ihnen weit mehr das, was ihnen gelingt, zum Verdienste, als das, was sie der Nachwelt überlassen, zur Schuld anzurechnen ist.

Die einzelnen Staaten, aus welchen ein Völkerstaat oder Bund besteht, mögen nun, was ihre auswärtigen Angelegenheiten betrifft, in dem Vereine schlechthin oder nur in Beziehung auf das Recht des Krieges und des Friedens betrifft, aufhören, selbstständige Staaten zu seyn, allemal muß dem Vereine eine Macht zu Gebote stehn, durch welche er Ruhe im Inneren Frieden nach Außen erhalten kann. Die schwache Seite eines jeden Völkerstaates oder Bundes! Ist der Verein wegen der Mittel, deren es zur Herstellung einer äußeren Macht bedarf, an die Geldbeiträge und Mannschaftskontingente der einzelnen Staaten des Vereines verwiesen, so steht er in einer Abhängigkeit theils von dem guten Willen theils von den inneren Einrichtungen dieser Staaten, welche mit dem Interesse seiner Macht schwer zu vereinigen ist. Ist er berechtigt, Steuern unmittelbar auszuschreiben und zu erheben, und selbst ein Heer aufzustellen, so ist umgekehrt die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten, auch die in ihren inneren Angelegenheiten, gefährdet. In dem einen wie in dem andern Falle ist ein Zwiespalt zwischen dem Vereine und seinen Mitgliedern zu besorgen. In dem einen wie in dem anderen Falle bedarf das stärkere Gewicht eines Gegengewichts. *)

Ein Völkerstaat mag schlechthin oder nur in Beziehung auf das Recht des Krieges und des Friedens der Idee eines

*) Von welcher Art dieses Gegengewicht seyn könne, kann man beziehungsweise aus der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes und aus der der Nordamerikanischen Union entnehmen.

Staates entsprechen, allemal ist der Verein im Verhältniß zu andern Völkern (oder Völkerstaaten) gleich als ein Volk zu betrachten. Es kann also ein solcher Verein, als eine Gesammtheit, Gesandte an auswärtige Regierungen abordnen und von ihnen annehmen, Verträge mit andern Völkern abschließen, Krieg führen und Frieden schließen u. s. w. Eben so hat ein solcher Verein seine Mitglieder gegen andere Völker in denselben Fällen und Beziehungen zu vertreten, in welchen diese Verbindlichkeit einem Volke wegen der einzelnen Mitglieder der Volksgemeinde obliegt. — Wenn den einzelnen zu einem Völkerstaate vereinigten Völkern die Eigenschaft einer moralischen Person zukommt, so kommt dieselbe Eigenschaft auch dem Vereine zu, in welchem und durch welchen jene Völker ihr Recht des Krieges und des Friedens ausüben. So unvollkommen auch ein Völkerstaat der Idee eines Staates entsprechen mag, er ist dennoch, in dem Interesse des Rechts, einem Volke gleichzuachten. Mit diesem Resultate steht das Europäische Völkerrecht in Uebereinstimmung, wenn es z. B. den Deutschen Bund als eine Macht, die unter ihm begriffenen Völkerschaften gleich als ein Volk betrachtet.

Wenn jedoch die Mitglieder eines solchen Vereines, abgesehn von dem Rechte des Krieges und des Friedens, im Verhältniß zu andern Völkern zugleich (mehr oder weniger) selbstständige Staaten sind, so können sie in denselben Verhältnisse, so weit ihre Selbstständigkeit geht, als „halbsouveraine“ Staaten, (als *états mi-souverains*,) auf dieselben Rechte, wie schlechthin selbstständige Staaten, Anspruch machen. Der Umfang dieser Rechte aber, — oder der an sich nur negative Begriff eines halbsouverainen Staates, — kann nur durch Verträge oder durch positive Gesetze seine Bestimmung erhalten.

Da Einigkeit unter den Mitgliedern eines Völkerstaates oder Bundes selbst die oberste Bedingung (die *conditio sine qua non*) des Bestehens und der Erfolge eines solchen Vereines sind, so haben die Gesetze des Vereines vor al-

len Dingen auf organische Einrichtungen für die gütliche Beilegung oder für die rechtliche Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten Bedacht zu nehmen, welche unter den Vereinsgenossen entstehen könnten. Der schwierigste Theil dieser Aufgabe ist der, welcher die Bestellung eines Staatsgerichtshofes betrifft. Die Aufgabe ist in so fern bald so bald anders zu lösen, je nachdem es die in der Erfahrung gegebenen Verhältnisse gestatten oder fordern. Diese Verhältnisse können es sogar unmöglich und mithin, (denn nur was ausführbar ist, ist rathsam,) unräthlich machen, in die Verfassungsurkunde eines Völkerstaates einen Staatsgerichtshof aufzunehmen. In dem Europäischen Völkerstaate sind alle Gewalten in den fünf Europäischen Hauptmächten vereinigt. Dafs jedoch die Aufgabe nicht schlechthin unauflösbar sey, beweist z. B. die Verfassung der Nordamerikanischen Union, die der Schweizer Eidgenossenschaft, die des Deutschen Bundes. ¹⁾

ZWEITE ABTHEILUNG.

Der Europäische Völkerstaat.

PERIODEN

der Verfassungsgeschichte dieses Staates.

ERSTE PERIODE.

Das Mittelalter. — Entstehung des Europäischen Völkerstaates. Er erhält eine monarchische Verfassung. Sein Oberhaupt ist ein geistlicher Herr, — der Pabst. ²⁾

Das Weströmische Reich, — gealtert, einer Verjüngung unfähig, entvölkert, seiner Verfassung und Regie-

1) Die Frage, welche einst auf dem Deutschen Bundestage (von Preussen) aufgeworfen wurde, ob sich die Kompetenz des Bundes-Austrägal-Gerichts auch auf Rechtsstreitigkeiten „politischer Art“ erstrecke, war für den Bund eine Lebensfrage.

2) J. Chstph. Mayer, über die beiden höchsten Würden des h.

rung ersättiget, — war endlich, nach einem langen und schweren Todeskampfe, der hartnäckigen Tapferkeit der Deutschen erlegen. Als sich der Sturm einigermaßen gelegt, das Chaos einige Gestalt und Ordnung gewonnen hatte, war in Europa eine neue Welt aus den Trümmern der alten hervorgegangen.

Der bei weitem größte Theil des Europäischen Bodens war in dem Besitze zweier großer Nationen, — der Germanen ¹⁾ und der Slaven oder Sarmaten.

Die Germanen hatten in dem Westen von Europa, die Slaven im Osten ihre Wohnsitze. — Jene bewohnten Deutschland ²⁾, Dänemark, Norwegen und Schweden, England, einen Theil von Schottland, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien. Sie theilen sich wieder in Nationen rein-germanischer und in Nationen gemischter Abkunft. In den letzteren, — z. B. in den Franzosen, in den Spaniern, in den Italienern, — hat sich das Deutsche Blut mit dem Römischen, bald mehr bald weniger ³⁾, gemischt. Uebrigens, so wichtig auch diese Spaltung der Germanischen Nation für die Geschichte dieser Nation und

Römischen Reichs. Hamb. 1798. *Pouvoir du pape sur les souverains au moyen age.* Par M***. Soloth. 1840. — Aufgefrischt wurde die Idee eines christlich-europäischen Völkerstaates mit einem geistlichen und einem weltlichen Oberhaupte von Leibnitz in der Schrift: *De jure suprematus ac legationis principum Germaniae.*

- 1) Ich gebrauche das Wort: Germanen, um die gesamte Nation von den Deutschen, einer Abtheilung oder einem Stamme der Germanen zu unterscheiden.
- 2) Jedoch nicht seinem ganzen heutigen Umfange nach. Während der s. g. großen Völkerwanderung waren die Slaven nach Westen vorgedrungen. Sie hatten sich in einem großen Theile des östlichen Deutschlands (Deutschland nach seinem späteren Umfange betrachtet) festgesetzt.
- 3) Bald mehr bald weniger — In welchem Verhältnisse? kann man aus der Sprache einer jeden dieser Nationen abnehmen. — Die Engländer bilden gleichsam das Mittelglied zwischen beiden Klassen. Einst rein-germanischer Abkunft sind sie durch die Folgen, welche der Sturz des Sächsischen Königshauses hatte, den romanischen Nationen verwandt geworden.

der unter ihr begriffenen Völker ist, so hat sie doch, so lange sie besteht, nie die gänzliche Auflösung der National-einheit der Germanen zur Folge gehabt, vielmehr zur Erhaltung dieser Einheit das Ihrige beigetragen. — Die andere große Nation, die Slavische, bestand zu Anfang der Periode, mit welcher die Geschichte des Europäischen Völkerstaates beginnt, aus einer großen Anzahl von einander gesonderter Stämme und von einander unabhängiger Völkerschaften. Jedoch mit der Zeit traten drei große Völker slavischer Abkunft in der Geschichte hervor, die Russen, die Polen, die Böhmen. Jetzt giebt es nur noch ein Volk dieser Abstammung, welches seine Selbstständigkeit behauptet hat, — die Russen.

Die Verschiedenheit zwischen der Germanischen und der Slavischen Nation scheint schon in den ältesten Zeiten in alle Zustände und Verhältnisse der einen und der andern Nation eingegriffen zu haben. Eine Nachricht, die uns Tacitus *) aufbewahrt hat, deutet darauf hin, daß ursprünglich Viehzucht die Hauptbeschäftigung der Völker Slavischer Abkunft war. Die Germanen waren schon in der Urzeit ihrer Geschichte eine vorzugsweise Ackerbau treibende Nation. Wie vieles Andere aber reiht sich nicht schon an diesen Unterschied an? Eben so scheint in den Staaten Slavischen Ursprungs von jeher das aristokratische Element vorherrschend gewesen zu seyn. Dagegen hatten die Verfassungen der Germanischen Staaten schon in den ältesten Zeiten einen demokratischen Bestandtheil; und, wenn auch in diesen Staaten die gemeine Freiheit in der Folge von Zeit zu Zeit unterdrückt wurde, so wußte sie doch immer ihr altes Recht von neuem geltend zu machen. Im Verlaufe der Zeit nahm die Verschiedenheit zwischen der einen und der andern Nation eher zu als ab. Ein großer Theil der Slavischen Nation verdankte die Anfänge

*) Germania cap. ult. „Hi tamen“, (Peucini et Fenni,) „et domos figunt et pedum usu ac pernecitate gaudent. Quae omnia diversa sunt Sarmatis, in plaustro equisque viventibus.“

seiner Kultur und Civilisation und seine Aufnahme in die Gemeinschaft der Christen dem oströmischen oder Griechischen Reiche und der Griechischen Kirche. Die Germanische Nation stand in demselben Verhältnisse zu dem weströmischen Reiche und zur lateinischen Kirche. Die Germanischen Völker hatten es hauptsächlich mit einander zu schaffen. Die Slavischen hatten noch überdies einen langen und lange zweifelhaften Kampf gegen die Einfälle Asiatischer Völker zu bestehn, einen Kampf, welcher ihr Fortschreiten in der Kultur und Civilisation verhinderte. Das von der See überall umflossene und ausgezackte westliche Europa begünstigte die geistige Entwicklung seiner Bewohner weit mehr, als das nicht eben so vortheilhaft gestaltete östliche Europa. Vielleicht, daß auch zwischen der einen und der andern Nation, was die Bildsamkeit und den Bildungstrieb betrifft, ein Unterschied eintritt. ¹⁾ So war denn von jeher und so ist noch jetzt die Slavenwelt eine andere Welt, als die der Germanischen Nation, wenn und wo anders nicht Germanische Kultur und Civilisation zu den Völkern Slavischer Abkunft vorgedrungen ist.

Die Germanische und die Slavische Nation, in so vielen Beziehungen verschieden von einander und gleichwohl auf einer sehr ausgedehnten Grenze einander berührend, konnten um so weniger in Frieden mit einander leben. Auch ist der Kampf zwischen ihnen so alt, als ihre Geschichte. ²⁾ Als sich die Deutschen auf das Weströmische Reich gestürzt hatten, besetzten Slavische Völker einen bedeutenden Theil des von seinen Bewohnern entblößten westlichen Deutschlands. In der Folge bemächtigten sich die Deutschen wieder dieses ihres alten Besitzthumes. Hierauf wurde Jahrhunderte lang zwischen beiden Nationen mit abwechselndem Glücke gefochten. Jetzt ist nur

1) Es ist bemerkt worden, daß sich die Russen durch die Fähigkeit, nachzubilden, auszeichnen.

2) Schon Tacitus sagt: *Germani a Sarmatis mutuo metu aut montibus separantur.* Germania c. 4.

noch ein Volk Slavischer Abkunft, das Russische, übrig, welches seine Selbstständigkeit behauptet hat. Dieses aber ist schon jetzt zu einer Macht gelangt, welche dem Germanischen Europa Gefahr droht. Und erwägt man die Gesetze, nach welchen sich die Bevölkerung eines Landes im Verlaufe der Zeit vermehrt ¹⁾, so eröffnet sich die Aussicht in die Zukunft, daß die Russische Nation mit den ihr einverleibten Slavischen Stämmen der Germanischen Kultur und Civilisation dereinst dasselbe Schicksal bereiten werde, welches die Römische traf, als die Deutschen das Weströmische Reich überflutheten. (Nach dieser Ansicht könnte oder sollte man einen Krieg zwischen Völkern Germanischer Abkunft als einen Bruderkrieg betrachten.) — Jedoch so wichtig auch dieser alte Kampf und Zwiespalt für die äußere Geschichte des Europäischen Völkerstaates in allen ihren Perioden ist, für die Geschichte der Verfassung dieses Vereines erhält er erst im letztverflossenen Jahrhunderte Bedeutung. Der Europäische Völkerstaat ist Germanischen Ursprungs. Auch jetzt noch ist die Einheit der Germanischen Nation die Grundlage dieses Vereines. Rußland hat erst unter der Regierung des Zar's Peter des Großen das Bürgerrecht in dem Europäischen Völkerstaate erlangt. Dann aber hat es sich schnell auf die Stelle emporgeschwungen, auf welcher es jetzt in diesem Vereine steht. (Aehnliches geschah in Griechenland in den Zeiten Philipp's von Macedonien.)

Neben jenen beiden Hauptnationen bewohnten den Europäischen Boden zu der Zeit, mit welcher die Geschichte des Europäischen Völkerstaates beginnt, noch einige andere minder mächtige Nationen, zum Theil Ueberbleibsel von Nationen, welche einst über einen weit größeren Theil von Europa verbreitet gewesen waren ²⁾, — z. B. im Osten

1) Je bevölkerter ein Land ist, in einem desto geringeren Verhältnisse nimmt seine Bevölkerung zu; und umgekehrt. — Rußland ist vergleichungsweise nur wenig bevölkert.

2) Das gilt namentlich von den Galen oder Walen. „Validiores olim Gallorum res fuisse, summus auctor divus Julius tradit.“

die Griechen, im Norden die Preussen, die Letten, die Finnen, im Westen die Galen oder Celten, die Basken. ¹⁾ Aber auch die Geschichte dieser Nationen steht mit dem Ursprunge des Europäischen Völkerstaates in keinem Zusammenhange. Ja, unter den Staaten, welche der Europäische Völkerstaat dormalen unter sich begreift, giebt es nur einen einzigen, dessen Bevölkerung von einer jener Nationen abstammt, — das Königreich Griechenland. ²⁾

Dafs und wie sich nun unter den Völkern Germanischer Abstammung schon im Mittelalter ein Verein bildete, welcher sich der Idee eines Völkerstaates wenigstens näherte, soll jetzt jedoch nur mit der Ausführlichkeit gezeigt werden, welche mit dem Plane des vorliegenden Werkes vereinbar ist.

Die Einheit, welche unter den Germanischen Völkern, als Zweigen desselben Stammes, vor der Vernichtung des Weströmischen Reichs bestanden hatte, wurde nicht dadurch aufgelöst, dafs einige dieser Völker neue Reiche in den Provinzen des Weströmischen Reiches stifteten, andere in ihren alten Wohnsitzen beharrten. Alle diese Völker standen, wie früher, ohngefähr auf derselben Stufe der Kultur und Civilisation; alle hatten dieselben Sitten und Gebräuche, dieselben Rechte und Staatseinrichtungen. Die Völker, welche sich in den Provinzen des Römischen Reiches niederliessen, blieben sogar ihrer Muttersprache

Tac. German. c. 28. — Es giebt in der Deutschen Sprache Wörter, welche gleichsam geschichtliche Urkunden sind. Von dieser Art sind die Wörter: Wälsch, Wälschland, wälschen für fremd etc. Sie deuten darauf hin, dafs die Deutschen, als sie von Asien nach Europa einwanderten, besonders mit den schon früher eingewanderten Galen oder Walen in Berührung kamen und zu kämpfen hatten.

- 1) Eine wegen ihrer Sprache besonders merkwürdige Nation. Die Sprache deutet auf eine Vorzeit hin, in welcher diese Nation auf einer sehr hohen Stufe der Kultur und Civilisation stand.
- 2) Bekanntlich ist auch die Bevölkerung des Königreichs Griechenland nicht rein-Hellenischer Abkunft.

noch lange treu. ¹⁾ Dieselben Völker stellten überall in den von ihnen eroberten Ländern einen Rechtszustand her, welcher ein Nachbild der Verfassung war, welche ihnen ihre Voreltern überliefert hatten. Alle hatten für die Nationalrechte die Achtung, daß sie einem Jeden nach dem Rechte seiner Nation zu leben gestatteten. (*Quemlibet sua lege vivere permissum.*) Eben so verschwägerten sich nach wie vor ihre Fürstengeschlechter mit einander. Auch unter den Völkern dauerte das *jus connubii* fort. Mit einem Worte, auch nach der Eroberung und Zerstückelung des Weströmischen Reiches waren und blieben die Germanischen Völker eine Nation.

Diese Bande, welche die Nationaleinheit der Germanischen Völker fortdauernd wahrten, wurden jetzt sogar durch ein neues Band vermehrt und verstärkt. Jene Völker wurden nach und nach insgesamt in die Gemeinschaft der — damals noch nicht gespaltenen — christlichen Kirche des Abendlandes aufgenommen. ²⁾ So wie aber eine jede Religion oder wenigstens eine jede, welche den Namen einer Religion verdient, unter ihren Bekennern eine gewisse Verwandtschaft stiftet, so gilt dasselbe auch von dem Christenthume, ja von diesem sogar vorzugsweise, da das Christenthum die Menschen als Geschöpfe und Kinder Gottes und mithin als unter einander verbrüdet betrachten lehrt. Auch kann man sich die vergleichungsweise schnelle und im Ganzen friedliche Bekehrung der Germanischen

1) Nur langsam giengen aus der Mischung der Dialekte der Deutschen Sprache mit der Lateinischen, (vielleicht hatte auch diese ihre Dialekte,) die Romanischen Sprachen hervor. Noch an dem Hofe Karls des Großen wurde nur Deutsch gesprochen.

2) Die große Mehrzahl dieser Völker wurde erst nach der Zerstörung des Weströmischen Reichs zum Christenthume bekehrt, jedoch einige, z. B. die Westgothen, schon früher. (Die Westgothen waren anfangs Arianer. Endlich trug jedoch bei diesem Volke der Katholicismus den Sieg davon. Ein Ereigniß, auf welches man zurückgehn muß, wenn man sich den nachmaligen überwiegenden Einfluß der Geistlichkeit in Spanien genügend erklären will.)

Völker zum Christenthume kaum anders als durch die Voraussetzung erklären, daß dieselbe durch die Nationaleinheit dieser Völker, durch die ihnen gemeinsamen Ansichten, Interessen und Rechte befördert wurde. *) Bei allen diesen Völkern war z. B. die Einehe, (wie auch bei den Römern schon seit den ältesten Zeiten,) Rechtens. Darum waren sie insgesamt für das Christenthum empfänglicher; darum konnten sie, im Süden, ihre Nationalität leichter mit der Römischen verschmelzen. (Wo Vielweiberei herrschte, ist es dem Christenthume fast nie gelungen, festen Fuß zu fassen. Eben so schwer hält es, daß zwei Nationen zu einer einzigen zusammenwachsen, wenn bei der einen nur die Einehe, bei der andern auch Vielweiberei erlaubt ist. Merkwürdige Beweise für den entscheidenden Einfluß, welchen der Zustand des weiblichen Geschlechts auf die Schicksale der Völker und Nationen hat!)

Jedoch die Ausbreitung des Christenthums unter den Germanischen Völkern stand noch überdies in einer besonderen und näheren Beziehung auf die Erhaltung und Steigerung der Nationaleinheit dieser Völker. — Mit dem Christenthume zugleich kam zu ihnen das christliche Kirchen-
thum, so wie sich dieses im Weströmischen Reiche ausgebildet hatte. So wie die christliche Kirche im Römischen Reiche kraft der Einheit des Staates ein Ganzes gewesen war, so bildeten jetzt die Germanischen Völker, (welche insgesamt und fast ausschließlich ihre Wohnsitze in dem Gebiete der Lateinischen Kirche hatten,) kraft der Einheit dieser Kirche einen äußeren Verein. In der ganzen Lateinischen Kirche, also bei allen Germanischen Völkern, war dasselbe Kirchenrecht, das Römische, in Kraft. Ueberall war die Verfassung der Kirche dieselbe. Auch die äußere Einheit der Kirche wurde durch das Ansehn und den Einfluß des Römischen Patriarchen, so wie, anfangs durch

*) Die Frage: Was hat die Ausbreitung des Christenthums, nach der Verschiedenheit der Nationen und Völker, hier befördert, dort verhindert? verdiente vielleicht noch eine ausführlichere Untersuchung, als die ihr bisher gewordene.

die Erinnerung an die allgemeinen Kirchenversammlungen der Vorzeit und dann durch die Wiederherstellung dieser Versammlungen aufrecht erhalten. — Die Verbindung, welche so unter den Germanischen Völkern durch die Kirche gestiftet wurde, hatte wieder eine andere zur Folge oder in ihrem Geleite. Auch das weltliche Recht des untergegangenen Römerreiches wurde von einem grossen Theile dieser Völker angenommen oder beibehalten. ¹⁾ Ja, damit die Germanische Welt dieselbe Einheit, wie die Römische Vorwelt, hätte, wurde sogar das Römische Reich oder die Römische Kaiserwürde wiederhergestellt. — Diese neue Doppelverwandtschaft unter den Germanischen Völkern wirkte wieder auf die ursprüngliche Nationaleinheit, dieselbe erhaltend und fördernd, mannigfaltig zurück. Die Verschiedenheit zwischen den romanischen und den rein germanischen Völkern wurde so grossentheils ausgeglichen. Die Verfassungen aller Germanischen Staaten erhielten denselben neuen Zusatz, die Hierarchie der Lateinischen Kirche; in allen diesen Staaten kam es zu demselben Kampfe, zu dem Kampfe zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt oder, mit andern Worten, zu dem Kampfe zwischen Asiatischen und Germanischen Rechtsgrundsätzen. ²⁾ — Auf der andern Seite aber hatte auch die Nationaleinheit der Germanischen Völker auf die Verfassung und auf den gesammten Zustand der christlichen Kirche — oder die Germanische Welt auf die

1) Die Rechtslehrer der Universitäten waren offenbar der Meinung, dass auch das weltliche Recht des Römischen Reichs das gemeine Recht der Germanischen Nation sey. Schwebte ihnen nicht der Gedanke vor, dass die Nationaleinheit der Germanischen Völker eines gemeinen Rechts bedürfe? war es also das Ansehn des Römischen Rechts allein, was sie zu jener Meinung veranlasste?

2) Zwischen Asiatischen Rechtsgrundsätzen. — Das ist so zu deuten: Die Hierarchie der christlichen Kirche gieng aus einer Uebertragung der Israelitischen Staatsverfassung auf die Verfassung dieser Kirche hervor. Zugleich erhielt das Mosaische Recht überhaupt auf die rechtlichen Ansichten der Christen einen sehr bedeutenden Einfluss.

erneuerte Römische — den mannigfaltigsten Einfluss. Die christliche Kirche wurde bei diesen Völkern etwas anders, als sie im Römischen Reiche gewesen war und als die Griechische Kirche noch jetzt ist. Denn das ist überhaupt eine Eigenthümlichkeit der Germanischen Nation, daß sie sich auch das Fremdartige aneignen und anbauen kann. In Beziehung auf die Kirche konnte sich diese Eigenthümlichkeit um so eher bethätigen, da die Verfassung der Kirche und die Verfassungen der Germanischen Staaten in mehr als einer Hinsicht einander verwandt waren. In beiden gab es z. B. eine Aristokratie, in beiden berathende Versammlungen. (Kirchenversammlungen — Reichs- und Landtage.) Die hohe Geistlichkeit gelangte nach und nach zu den Vorrechten des Adels der Germanischen Staaten, der Land- und Grundherren, z. B. zur Reichsstandschaft. Das veränderte nicht blos die Stellung der Hierarchie zum Staate; das hatte auch in dem inneren Zustande der Kirche große Veränderungen zur Folge.

Ungeachtet so die Germanische Welt romanisirt und die Römerwelt germanisirt wurde, ungeachtet so gleichsam eine neue — eine zum Theil Römische zum Theil Germanische — Nation entstand, so erhielt doch durch diese Mischung die Nationaleinheit der Germanischen Völker eine neue Stütze. Denn desto mehr blieben diese Völker ihrer Kultur und Civilisation, ihren Verfassungen und Rechten, ihren Sitten und Gebräuchen nach einander verwandt. Die Einheit und Stetigkeit ihrer kirchlichen Zustände wiederholte sich in einem gewissen Grade in der Gleichartigkeit des Verlaufes, welchen die Geschichte der Germanischen Völker überhaupt nahm. Ja es kam mit der Zeit sogar dahin, daß sich diese Völker noch in anderen Beziehungen, als in Beziehung auf die Einheit der christlichen Kirche, gleich als ein Volk betrachteten. So bildete z. B. die Ritterschaft (*la chevalerie*) in dem ganzen Germanischen Europa einen großen Verein. Alle, die in diesen Orden aufgenommen wurden, sie mochten einem Volke angehören welchem sie wollten, waren als Ordens-

glieder dem Stande und den Rechten nach einander gleich. Und doch war die Ritterschaft ein politischer Verein. Das innere Leben, das in diesem Orden herrschte, der lebhafteste Verkehr unter den Ordensgliedern — in Kampfspielen, bei Kreuzzügen, in Kriegen überhaupt, auf Irrfahrten, — war zugleich eins der wirksamsten Mittel, die Nationaleinheit der Germanischen Völker überhaupt aufrecht zu erhalten, Sitten und Meinungen in dem ganzen Germanischen Europa in Einklang zu setzen. ¹⁾ Aehnliches läßt sich von den Städten der Germanischen Staaten behaupten. Die städtischen Gemeinden waren in allen diesen Staaten ohngefähr nach demselben Plane organisirt; das Wandern der Handwerksgesellen unterhielt einen lebhaften Verkehr unter ihnen ²⁾; die Bünde, die sie häufig unter sich abschlossen, umfaßten nicht selten die Städte mehr als eines Landes. ³⁾ Endlich wurde auch die Nationaleinheit der Germanischen Völker durch die Hochschulen oder Universitäten wesentlich gefördert. Diese Hochschulen waren damals noch, kraft der Verbindung, in welcher sie mit der Kirche standen, wahrhaft Europäische oder Germanische Lehranstalten. (Noch hatte man nicht den engherzigen Gedanken gefaßt, daß eine Hochschule nur eine Staatsanstalt seyn solle oder zu seyn brauche!) Auf allen wurden dieselben Wissenschaften in derselben Sprache vorgetragen, die Wissenschaften, welche ein allgemeines Europäisches Interesse hatten. Die blü-

1) Vgl. über den Zusammenhang des Ritterwesens mit der Nationaleinheit der Germanischen Völker: *Tableau des Progrès de la société en Europe. Trad. de l'Anglais de G. Stuart. (Par. 1789. II. T.) I, 254. — The history of chivalry. By Mills. Lond. 1825. II. Vol.*

2) Was die Kampfspiele (die Turniere) für die Sitten und Meinungen der höheren Stände waren, das war das Wandern der Handwerksgesellen für die des Bürgerstandes.

3) Das gilt z. B. von der einst so berühmten und so mächtigen Hanse. — Kortüm, die Entstehung der freistädtischen Bünde im Mittelalter und in der neueren Zeit. Zürich 1827.

hendsten unter ihnen wurden von Jünglingen aus allen Ländern des Germanischen Europa's besucht. (Ein Universitätsbann war damals noch unbekannt!) Der literarische Adel, den die Universität irgend eines Europäischen Landes ertheilt hatte, wurde in dem ganzen Germanischen Europa anerkannt.

Jedoch, wenn auch, aus den in dem Obigen angeführten Ursachen, die Nationaleinheit der Germanischen Völker durch die s. g. große Völkerwanderung keineswegs aufgehoben wurde, wenn auch seit dieser Zeit neue Bande die Verwandtschaft unter diesen Völkern sogar befestigten und verstärkten, und wenn auch dieselben Völker, zu Folge der Beschaffenheit ihrer Wohnsitze, bald mit einem ihnen gemeinschaftlichen Feinde bald und noch häufiger unter sich in Krieg verwickelt waren, so würde doch alles dieses schwerlich hingereicht haben, sie zu einem Völkerstaate oder Bunde zu vereinigen. Andere Völker, die in einem ähnlichen Verhältnisse zu einander standen, wie damals die Germanischen, haben es dennoch nie zu einem Vereine dieser Art gebracht. Wie die Nationaleinheit mehrerer Völker nicht immer zu einem Nationalvereine unter ihnen führt, so ist zwischen einem Nationalvereine und einem Völkerstaate oder Bunde ein noch größerer Abstand. Sondern, wenn auch die Nationaleinheit der Germanischen Völker die Grundlage war, auf welcher schon in dieser Periode das Gebäude eines Europäischen Völkerstaates aufgeführt wurde, so verdankte doch dieser Bau seine Entstehung *unmittelbar* der hierarchischen Verfassung der christlichen Kirche und ins besondere der Gestalt, in welcher sich diese Verfassung bei den Germanischen Völkern nach und nach — durch das *Papstthum* — ausbildete. Der Europäische oder Germanische Völkerstaat dieser Periode war die lateinische oder römisch-katholische Kirche selbst, weil und in wie fern das Oberhaupt dieser Kirche zugleich das Oberhaupt der unter ihr begriffenen Völker war. Wie so viele Völker

die Anfänge ihrer Civilisation der Religion verdankt haben, so erwarb sich die Religion dasselbe Verdienst in dem vorliegenden Falle um die Germanischen Völker in Beziehung auf die gegenseitigen Verhältnisse unter ihnen.

Schon im Römischen Reiche hatte die christliche Kirche eine hierarchische Verfassung erhalten d. i. eine Verfassung, welche die Lehrer und Diener der Religion, kraft einer ihnen von Gott ertheilten Bestallung, zur Herrschaft über den kirchlichen Verein ermächtigte ¹⁾, — besonders durch den geschichtlichen Zusammenhang, in welchem das Christenthum mit dem Judenthume stand, wenn auch der Kampf, welchen das Christenthum mit dem Heidenthume zu bestehn hatte, zur Begründung oder Befestigung dieser Verfassung mitwirkte. Jedoch war die Hierarchie der christlichen Kirche im Römischen Reiche bei weitem nicht das, was sie in späteren Zeiten in den Staaten der Germanischen Nation wurde. — In dem Römischen Reiche gebrach es ihr, wenigstens in der Zeit der Auflösung des Weströmischen Reiches, an der Macht, welcher sie in der Folge, bei den Germanischen Völkern, ihren überwiegenden politischen Einfluß verdankte. Die Reichthümer der Kirche, (der Erbin der heidnischen Tempel,) waren zwar ansehnlich genug, doch nicht so groß, daß sie die Selbstständigkeit des Staats gefährdet hatten. Denn die Kirche fand den Grund und Boden überall schon getheilt, hin und wieder selbst zerstückelt. Eben so wenig begünstigten die Rechtsbegriffe und die Staatseinrichtungen, welche die Römer von ihren Voreltern überkommen hatten, die Macht der Hierarchie. ²⁾ — Dieser fehlte es selbst an innerer Einheit. Nicht zu gedenken der Verschiedenheit zwischen der Lateinischen und der Griechischen Kirche, einer Verschiedenheit, welche, wenn sie auch erst im neun-

1) Diese Verfassung tritt schon im zweiten Jahrhunderte — fast plötzlich — hervor.

2) Der Kaiser war zugleich Pontifex Maximus, der oberste Priester der altrömischen Nationalreligion. Denselben Titel führten noch die ersten christlichen Kaiser.

ten Jahrhunderte zu einer gänzlichen Trennung der einen Kirche von der andern führte, dennoch schon weit früher eine geheime Spaltung der katholischen Kirche war, hatte auch die Hierarchie überall nicht einen inneren Mittelpunkt, nicht eine kirchliche Behörde, welche die gesammte Hierarchie fortdauernd zu einer einzigen Körperschaft vereinigt hätte. Allgemeine Kirchenversammlungen wurden nur von Zeit zu Zeit und selten gehalten. Aufser den Patriarchen zu Rom hatte die Kirche noch vier andere Patriarchen. Und ein jeder dieser Patriarchen ragte mehr durch seinen Rang und durch sein Ansehn über die übrige Geistlichkeit hervor, als dafs er in einem gewissen Bezirke die Rechte eines obersten Bischoffs ausgeübt hätte. Und eben so wenig bildeten diese Patriarchen zusammen einen ständigen Vorstand der Kirche. *) — Endlich aber konnte von einer völkerrechtlichen Bedeutsamkeit dieser Hierarchie schon um deswillen nicht die Rede seyn, weil sich das Gebiet der christlichen Kirche noch kaum über die Grenzen des Römischen Reichs hinaus erstreckte.

Alles dieses änderte sich, als, nach der Zerstörung des Weströmischen Reichs die Lateinische Kirche die Völker Germanischer Abkunft nach und nach in sich vereinigte. — Die Hierarchie dieser Kirche gelangte jetzt zu einer äufseren oder politischen Macht, welche sie in der untergegangenen Römerwelt niemals gehabt hatte. Die Kirche erwarb mit der Zeit einen liegenschaftlichen Reichthum, welcher sie für den Verlust, den sie in den Stürmen der Zeit in einem Theile ihres Gebietes etwa erlitten hatte, mehr als entschädigte. Denn es fehlte nicht an dem guten Willen, noch, — da der Grund und Boden sehr ungleich vertheilt und viel Land noch ungebeut war, — an den Mitteln, die Kirche mit Grundstücken zu begaben. Sogar wufste es die Kirche mit der Zeit dahin zu bringen, dafs

*) Das Gebiet der Kirche (oder das des Römischen Reichs) war nicht etwa, wie in Bisthümer etc., so auch in Patriarchate eingetheilt. — Nur auf allgemeinen Kirchenversammlungen hatten die Patriarchen gewisse ihnen gemeinschaftliche Vorrechte. U. s. w.

das Recht, welches sie auf den Zehnten von allen Früchten des Landes zu haben behauptete, allgemein anerkannt wurde. Die Liegenschaften, welche die Kirche erwarb, waren entweder schon zu der Zeit, da sie von der Kirche erworben wurden, Freigüter, oder sie erhielten doch bald diese Eigenschaft. Nun hatte aber der Besitz eines Freigutes eine ganz andere politische Bedeutung nach dem Deutschen als nach dem Römischen Rechte. Nach jenem Rechte waren Freigüter Grundherrschaften d. i. die Besitzer dieser Güter hatten gewisse Hoheitsrechte über ihre Grundholden, sie hatten eben so das Recht, auf Reichs- und auf Landtagen zu erscheinen. Mithin waren auch die Vertreter der Kirche, die Bischöffe, zur Ausübung dieser Rechte befugt. Ihnen kamen noch überdies, was ihre Stellung im Staate betraf, Erinnerungen aus der Vorzeit der Nation zu statten. Denn auch die heidnischen Priester hatten auf den Landesgemeinden eine sehr wichtige Rolle gespielt ¹⁾, ja sie allein hatten das Recht gehabt, peinliche Strafen zu verhängen. ²⁾ So wie aber die Hierarchie der christlichen Kirche durch ihre politischen Vorrechte unmittelbar die Eigenschaft eines mächtigen Standes in den Germanischen Staaten erhielt, so gewährten ihr dieselben Vorrechte noch überdies den Vortheil, daß sie die Ansprüche, welche sie als Hierarchie auf Herrschaft über die Gläubigen machte, desto leichter und vollständiger ins Werk setzen konnte. — In dem Römischen Reiche hatte es der christlichen Kirche überhaupt an einem inneren Mittelpunkte gefehlt. Der Lateinischen Kirche wurde dieser jetzt, als bei den Völkern der Germanischen Nation

1) Tacit. German. c. 11.

2) Tacit. German. c. 7. — Zwar stellte die Kirche den Satz auf: *Ecclesia non sitit sanguinem*; vielleicht veranlaßt durch die Gerichtsbarkeit, welche die heidnischen Priester in peinlichen Sachen ausgeübt hatten, und in der Absicht, den Unterschied zwischen diesen und den christlichen Priestern desto bemerkbarer zu machen. Aber desto weiter erstreckte sich die Strafgerichtsbarkeit der Synodalgerichte.

das Pabstthum seine vollständige Ausbildung erhielt. Wenn auch der Grund zu der Gewalt, zu welcher der Bischoff der Stadt Rom bei diesen Völkern über die Lateinische Kirche nach und nach gelangte, schon in den Zeiten des Römischen Reichs gelegt worden war, so kann man doch behaupten, daß diese Gewalt nur dadurch zum Pabstthume d. i. zu einer unbedingten Herrschaft über die Lateinische Kirche erstarkte, daß diese Kirche nach der Zerstörung des Weströmischen Reiches die Kirche der Germanischen Nation wurde, mit anderen Worten: daß das Pabstthum in *diesem* Sinne und Umfange aus der gesamten Gestalt und Beschaffenheit der Germanischen Welt hervorgieng. Das Pabstthum, eine Veranstaltung, durch welche alle Völker Germanischer Abkunft zu einem äußeren Ganzen vereinigt wurden, entsprach eben deswegen dem Interesse der Germanischen Nation; es hatte in derselben Eigenschaft die National-einheit der Germanen zu seiner Grundlage, die Sympathieen und Erinnerungen der Nation, — auch die Erinnerungen, welche sich an den Namen der Stadt Rom und an den Zauber dieses Namens knüpften, (und an was sonst, als an Namen, kann der Mensch sein Andenken an Menschen oder Reiche, die nicht mehr sind, anreihen?) — zu seinen Bundesgenossen. Da die Germanische Welt in allen ihren Theilen ohngefähr dieselbe war, so konnte der Pabst bei der Ausführung des Planes, die gesamte Lateinische Kirche seiner Herrschaft zu unterwerfen, überall dieselben Maximen befolgen, von denselben Mitteln Gebrauch machen. Er hatte es in allen Germanischen Staaten mit denselben Partheien zu thun; er konnte überall auf dieselben Freunde rechnen, er hatte überall dieselben Gegner zu bekämpfen. Was ihm bei dem einen Volke gelang, konnte er dann auch andern Völkern als ein Beispiel entgegenhalten. Dagegen hatte er nicht eine Vereinigung der Germanischen Völker gegen seine Ansprüche zu fürchten. Zwar gelangte das Pabstthum erst im elften Jahrhunderte

— durch Gregor den VII. — zu seiner vollen Reife. ¹⁾ Aber Gregor VII. vereinigte nur das, was Vielen schon lange vorgeschwebt hatte, von Anderen schon lange in einzelnen Beziehungen erstrebt worden war, zu einem vollständig ausgebildeten Systeme; er führte das, was schon die Vergangenheit in Bruchstücken versucht hatte, nur folgerichtiger und umfassender aus. Gregor VII. stand höher, als sein Zeitalter, aber in seinem Zeitalter. Darum war er ein großer Mann. ²⁾ — Da übrigens die Lateinische Kirche jetzt nicht mehr, wie im Weströmischen Reiche, die Kirche eines Staates war, sondern mehrere Völker unter sich begriff, so hatte sie schon deswegen eine andere politische Stellung, als vormals. Sie war jetzt namentlich auch für das Völkerrecht bedeutsam.

Mit diesen Veränderungen, welche theils in dem Inneren der Lateinischen Kirche theils in den äusseren Verhältnissen dieser Kirche vor sich giengen, war nun das Daseyn eines Europäischen oder Germanisch-Europäischen Völkerstaates unmittelbar und wesentlich gegeben. — Keine Hierarchie kann eine Gewalt anerkennen, die über ihr oder, als eine selbstständige Gewalt, neben ihr bestände. Sondern, wenn sie neben ihrer Gewalt noch eine andere Gewalt — die Staatsgewalt — duldet, so muß diese wenigstens eine von ihr (unmittelbar oder mittelbar) übertragene und ihr untergeordnete Gewalt seyn. Denn das Ideal, das theoretische und das praktische Ideal, der Hierarchie ist die Theokratie. Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen! ist der Wahlspruch einer jeden Priesterherrschaft. Wenn also auch in der katholischen Christenheit außer oder in der Kirche d. i. dem Staate Gottes noch weltliche Staaten bestanden, so mußten doch diese, und zwar sowohl in ihren inneren als in ihren auswärtigen Angelegenheiten, der geistlichen Gewalt

1) Gregor VII. saß von 1073 bis 1085 auf dem päpstlichen Stuhle.

2) Vgl. über Gregor VII. (außer dem Werke von Vogt. Wien 1815) Life and Pontificate of Gregor VII. By R. Greisleý. Lond. 1833.

der Hierarchie und deren Oberhaupt, dem Pabste, unterworfen seyn, und so bildeten doch diese Staaten, kraft der auf dem Pabstthume ruhenden Einheit des Kirchenstaates, einen einzigen grossen Völkerstaat. Schon von Rechts wegen also stand dem Pabste ein Interventionsrecht in den inneren Angelegenheiten eines jeden einzelnen Staates, so wie, wenn Streitigkeiten unter den Staaten der Christenheit entstanden, das Richteramt zu; und das eine und das andere Recht hatte, in dem Geiste der Verfassung dieses Völkerstaates, keine andere Grenzen und Schranken, als die, welche die geistliche Gewalt selbst diesen Rechten setzte. Was hiernach schon an sich Rechtens war, wurde übrigens von den Gesetzen der Kirche ausdrücklich bekräftiget. ¹⁾

Der Idee eines Europäischen (oder Germanischen) Völkerstaates entsprach auch die Wirklichkeit — wenigstens in einem gewissen Grade. Indem der Pabst theils die Zeitumstände überhaupt theils einzelne ihm günstige Begebenheiten ²⁾ weislich benutzte, wufste er die Rechte geltend zu machen, welche ihm zu Folge jener Idee über die Staaten und Völker der Christenheit zustanden. Der Plan gelang um so eher, da er zugleich im Geiste des Germanischen Rechts ausgeführt wurde.

Der Hauptgrundsatz des Rechts des Europäischen Völkerstaates, — in der That der Grundsatz, aus welchem sich alle andere Regeln dieses Rechts als Folgerun-

1) c. 10. dist. 96. c. 6. X. de majorit. et obedient. Clem. unic. de jurej. Clem. 2. de sententiis et re judic. c. 1. in Extrav. commun. de majorit. — In den Sätzen, welche man Dictatus Hildebrandini zu nennen pflegt, kommen folgende Stellen vor: Quod solius Papae pedes omnes principes deosculentur. — Quod illi liceat Imperatores deponere. — Quod a fidelitate iniquorum subjectos potest absolvere.

2) Eine solche Begebenheit, (wohl in dieser Beziehung die wichtigste,) war die Entthronung der Merowinger, des ersten Herrscherstammes der Franken, durch die Karolinger. Pipin liess sich von dem Pabste krönen, um seine Usurpation in ein Recht zu verwandeln.

gen ergaben, — war der: Als Stellvertreter Gottes auf Erden ist der Pabst der Oberherr oder der Landesherr (der dominus directus) aller Länder der Christenheit ja aller Länder der Erde. — Es hat also der Pabst über die Länder der Christenheit und über die Herren dieser Länder (oder über die weltlichen Könige und Fürsten) alle die Rechte, welche, dem Deutschen Rechte nach, in der Landeshoheit enthalten sind. Die Herren dieser Länder stehen zu dem Pabste in demselben Verhältnisse, wie die Grundherren eines Landes zu dem Landesherrn. (Sie haben nur eine Nutzherrlichkeit, nur ein s. g. dominium utile.) Da sich, als das Pabstthum zu seiner vollkommenen Reife gelangte, das Lehnswesen von Frankreich aus über einen grossen Theil von Europa und namentlich auch über Italien verbreitet hatte, so lautete derselbe Satz in der Sprache des Lehnrechts so, daß dem Pabste die Lehnsherrlichkeit über alle Länder der Christenheit zustehe. Wenn es auch dem Pabste nicht gelang, ein förmliches Anerkenntniß dieser seiner Ober- oder Lehnsherrlichkeit von allen Königen und Fürsten der Christenheit zu erhalten ¹⁾, so suchte er doch in allen Ländern der Christenheit wenigstens in einzelnen Fällen und Beziehungen die Eigenschaft eines Landes- und Lehnsherrn geltend zu machen, und so fehlte es doch nicht an Beispielen, daß einzelne Fürsten, — bald um sich gegen den Uebermuth ihrer Vasallen bald um sich gegen die Ansprüche eines mächtigen Nachbars eine Schutzwehr zu verschaffen, bald um sich einer gemachten Eroberung zu versichern ²⁾, — ihr Land dem Pabste zu Lehn auftrugen. —

1) Namentlich nicht von dem Könige Deutschlands, dem Römischen Kaiser. Constitutio Ludovici Bavari.

2) Der erste Grund bestimmte einen König von England, der zweite die Könige von Schottland, der dritte die Eroberer Neapels, Fürsten aus dem Hause Anjou, zu dieser oblatio in feudum. — Vielleicht war hierbei noch ein anderer altdeutscher Rechtsgebrauch nicht ohne Einfluß. Man nahm ein Freigut, (allodium,) um zu beurkunden, daß es keinen Lehnsherrn auf Erden habe,

Sogar auf den gesammten Erdkreis dehnte der Pabst seine Landes- und Lehnsherrlichkeit aus. Als im 15ten Jahrhunderte die Spanier und die Portugiesen über das Eigenthum an den Ländern, die sie in andern Welttheilen entdeckt hatten oder noch entdecken würden, in Streit mit einander geriethen, theilte der Pabst diese Länder unter sie mittelst einer Scheidlinie, die er von Norden nach Süden zog. ¹⁾ Dieselbe Ansicht von der Weltherrlichkeit des Pabstes lag auch den Kreuzzügen gegen die Ungläubigen zum Grunde, welche der Pabst predigte.

So wie dem Pabste schon kraft seiner Weltherrlichkeit das Recht zustand, in Streitigkeiten zwischen den Königen und Fürsten der Christenheit das Richteramt zu verwalten und so über die Aufrechthaltung des Friedens in der Christenheit zu wachen, so hatte er dieses Recht noch überdies als oberster Bischoff der Kirche zu Folge der Grundsätze, welche von der bischöflichen Gerichtsbarkeit überhaupt gelten. ²⁾ Diese Gerichtsbarkeit

von der Sonne, als dem Symbole der Gottheit, feierlich zu Lehn. (Sonnen- oder Gotteslehne. Vgl. meinen *liber quaestionum*. Wittenb. 1805. qu. XI.) Indem ein Land dem Pabste zu Lehn aufgetragen wurde, verwandelte es sich in ein solches Sonnen- oder Gotteslehn. Freilich zog der Pabst andere Folgerungen aus dieser Handlung.

1) Vgl. Klüber, *Europ. Völkerrecht*. §. 126. Anm. a. — Freilich machte sich der Römische Hof, indem er durch die gezogene Scheidlinie den Streit entschieden zu haben glaubte, eines schweren geographischen Irrthums schuldig. — Religionsstifter sollten Bedenken tragen, über Gegenstände Belehrungen zu ertheilen, welche in das Gebiet der Naturwissenschaft (in der weitesten Bedeutung) einschlagen. Sie laufen sonst Gefahr, ihr Ansehn überhaupt auf das Spiel zu setzen. (Die Entdeckung, daß die Erde die Gestalt einer Kugel habe und sich um die Sonne bewege, hat der katholischen Kirche vielleicht mehr geschadet, als alle Ketzereien zusammen. Wie sehr mühen sich die englischen Theologen ab, die Mosaische Schöpfungsgeschichte mit der heutigen Theologie zu vereinigen!) Eben so wenig sollten geistliche Herren ihre Entscheidungen auf Voraussetzungen gründen, welche die Naturwissenschaft über kurz oder über lang widerlegen könnte.

2) S. Lingard, *history of England*. III, 13. (Pariser Ausg. vom J. 1826.)

erstreckte sich nach den Gesetzen der Kirche so weit, daß alle bürgerliche Rechtsstreitigkeiten ebensowohl bei den geistlichen als bei den weltlichen, gewisse aber, — z. B. die über die Vollziehung eines eidlich bestärkten Vertrages, — allein bei jenen Gerichten anhängig gemacht werden konnten. Da verstand es sich nun schon von selbst, daß in völkerrechtlichen Streitigkeiten, da die Könige und Fürsten einerseits eben so, wie alle andere katholische Christen, Mitglieder und Söhne der Kirche waren und andererseits keinen anderen ihnen gemeinschaftlichen Richter, als den Pabst, hatten, dieser das Richteramt zu verwalten habe. Aber um sich dieses Gerichtsstandes noch mehr zu versichern, wurden noch überdies in den Verträgen unter regierenden Herren die Päbste nach altdeutscher Art zu Austrägen (oder Schiedsrichtern) für die Streitigkeiten, welche unter den Partheien über die Vollziehung dieser Verträge entstehen könnten, ausdrücklich gewählt. ¹⁾ Oder es wurden auch diese Verträge zu demselben Zwecke eidlich bestäget.

In den inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten der Christenheit hatte der Pabst noch überdies in einer andern Eigenschaft ein Interventionsrecht. Er war in dieser Beziehung zugleich der Vertreter der Hierarchie einer jeden einzelnen Nationalkirche, der Schutz- und Schirmherr der verschiedenen Nationalkirchen. Darum konnte er auch bei der Ausübung seines Interventionsrechts fast immer auf den Beistand der Hierarchie der Nationalkirche rechnen. ²⁾ Uebrigens stand dieses Interventionsrecht mit der obersten Landes- und Lehnsherrlichkeit des Pabstes noch in einer besonderen Verbindung. Da der Zehnte eine Abgabe war, welche

1) Dumont, corps diplom. T. I. P. I. p. 216. 286. 299. 304. 308. 210. 500. P. II. p. 243. etc.

2) Doch gab es Ausnahmen. Dann war gewöhnlich der Pabst der unterliegende Theil. So Bonifaz VIII. in seinem Streite mit dem Könige von Frankreich, Philipp dem Schönen. Die Bischöffe der Gallikanischen Kirche erklärten sich für den König.

schon in den ältesten Zeiten die Grundherren häufig von ihren Grundholden erhoben hatten, so wurde durch die allgemeine Einführung des Kirchenzehntens der Grundsatz, daß das Oberhaupt der Kirche, als solches, der oberste Landes- und Lehnsherr der Länder der Christenheit sey, auch auf den Grundbesitz in einem jeden einzelnen Lande unmittelbar ausgedehnt.

Wenn es auch dem Pabste nicht gelang, unter den Völkern oder in den einzelnen Staaten der Christenheit Friede und Ruhe auf die Dauer herzustellen, (wie hätte es ihm in einem Zeitalter gelingen können, in welchem sich der Staat noch nicht die Kraft der Einzelnen zugeeignet hatte,) so wirkte doch der Gottesfriede, welchen die Päbste für gewisse Tage des Jahres geboten hatten ¹⁾, wenigstens so viel, daß man von Zeit zu Zeit ausruhen konnte. In einigen Europäischen Ländern wurde sogar auf Jahre ein Gottesfriede — oder ein von der Geistlichkeit des Landes bekräftigter Landfriede — errichtet. ²⁾ Auch in dieser Hinsicht riefen die Päbste und die Hierarchie nur eine schon der heidnischen Vorzeit der Nation bekannte Sitte von neuem ins Leben. ³⁾

Wegen der politischen Macht und Stellung der Hierarchie konnten die Päbste selbst zu den Waffen ihre Zuflucht nehmen, um nöthigenfalls ihre Gebote oder Entscheidungen in Vollziehung zu setzen. Jedoch in der Regel reichten schon die geistlichen Zwangsmittel hin, den Päbsten dem Gehorsam zu verschaffen. Das schrecklichste und daher das wirksamste unter diesen Mitteln, das Mittel, von welchem die Päbste insbesondere gegen den beharrlichen Ungehorsam eines regierenden Herrn Gebrauch machten, war das Interdikt, mit welchem ein Land belegt

1) c. 1. X. de pace et treuga. Dumont, in dem a. W. T. I. P. I. p. 65. Der Pabst Calixtus II. soll zuerst (im J. 1119) einen solchen Gottesfrieden geboten haben.

2) S. Du Cange, glossarium mediae Latinitatis, v. treuga Dei.

3) Tacit. Germania. c. 40.

wurde, der Befehl, daß in dem ganzen Umfange eines Landes der öffentliche Gottesdienst eingestellt seyn sollte. ¹⁾

Auch in den auswärtigen Verhältnissen des Europäischen Völkerstaates bethätigte sich der Pabst als das Oberhaupt dieses Staates. Von dem Pabste wurde die Christenheit zu den Waffen bald gegen die Ungläubigen, (z. B. gegen die Araber in Palästina, gegen die Türken,) bald gegen eine kätzerische Macht, (z. B. gegen die Albigenser, gegen die Hussiten,) gerufen. An den Kriegen, welche die Christenheit unter dem Paniere des Kreuzes führte, nahm der Pabst mit Rath und That Antheil. Oft begleitete ein päpstlicher Legat das Heer der Kreuzfahrer. Eben so sorgte der Pabst, soweit es in seiner Macht stand, für die Herbeischaffung der Geldmittel, welche die Ausrüstung und Unterhaltung des Heeres erforderte. ²⁾

Jedoch die schwache Seite einer jeden Hierarchie, einer jeden Theokratie, ist der Krieg. Denn einerseits lassen sich Belohnungen in einer andern Welt getroster, als Siege über den Feind in dieser Welt, verheissen, und andererseits ist es für einen geistlichen Herrn leichter, den — ihm nicht geziemenden — Kriegsbefehl einem Andern zu übertragen, als den Befehlshaber der bewaffneten Macht in Gehorsam zu erhalten. — Die hierarchische Verfassung des Europäischen Völkerstaates war in dieser Beziehung so organisirt: Der jeweilige Römische Kaiser Deutscher Nation war, wenn auch nicht dem Namen doch der Sache

1) Wie tief ein solcher Befehl in alle menschliche Verhältnisse — auch abgesehn von den Glaubensmeinungen des Zeitalters — eingriff, kann man am besten aus der Formel dieser Befehle abnehmen. S. z. B. das Interdikt, welches der Pabst Innocenz III. über England aussprach, b. Dumont in dem a. W. T. I. P. I. p. 385.

2) Hieher gehört z. B. die Kreuzbulle in Spanien, — die Bulle des Pabstes Alexander III., welche dem Adel gestattete, seine Lehne, um Geld zu einem Kreuzzuge aufzubringen, an Bürgerliche zu veräußern oder zu verpfänden. (In dem thesaur. Anecd. von Martène und Durand. T. III. p. 749.)

nach d. i. im Geiste des päpstlichen Systemes der Grob-
feldherr der päpstlichen Krone. ¹⁾ Er war zu die-
ser Würde gelangt, weil er als König von Deutschland
das Oberhaupt des mächtigsten unter den Germanischen
Staaten, zugleich des ursprünglichen Wohnlandes der
Germanen, und als Römischer Kaiser der Nachfolger
der altrömischen Kaiser war. Seine Feldherrnwürde
hatte dieselbe doppelte Grundlage, wie das Pabstthum;
beide ruhten sowohl auf Germanischem als auf Römischem
Grund und Boden; beide verschmolzen die alte Welt mit
der neuen; beide wahrten die Einheit der Germanischen
Nation, wie sie ihren Ursprung der Einheit dieser Nation
verdankten. So wie schon die Verwandtschaft unter bei-
den Würden, welche auf der Gleichartigkeit des Ursprungs
und des Rechtstitels dieser Würden beruhte, dem Pabste
eine gewisse Sicherheit gegen die Uebergriffe seines Kron-
grobfeldherrn gewährte, so war es noch überdies Rech-
tens, daß ein jeder neue Römische Kaiser, damit er seiner
Pflichten gegen das Oberhaupt des Europäischen Völker-
staates desto weniger uneingedenk wäre, seine Krone aus
den Händen des Pabstes empfangen mußte. Obwohl also
der Römische Kaiser als König in Deutschland von seiner
Nation gewählt wurde, so verblieb doch immer dem Pabste
das Recht, die Würdigkeit des Erwählten in Beziehung
auf das Römische Kaiserthum zu prüfen. ²⁾ Auch konnte

1) Das Verhältniß, in welchem der Römische Kaiser in späteren
Zeiten (*confirmata jam potentia papali*) zu dem Pabste stand,
entwickelte sich aus der weit älteren Vogtei (*Advokatie*) des
Kaisers über den Römischen Stuhl. Hatte aber der Vogt einer
Kirche nicht von Amts wegen die Pflicht auf sich, die Kirche mit
bewaffneter Macht zu vertheidigen? war er nicht von Amts we-
gen zugleich der Anführer der Mannschaft der Kirche?

2) In dem Streite über die Unabhängigkeit des Deutschen Reichs vom
päpstlichen Stuhle unter dem K. Ludwig dem Baier, und auch bei
andern Gelegenheiten, scheint man nicht immer den im Texte ge-
machten Unterschied genugsam berücksichtigt zu haben. Vgl.
über jenen Streit: Pütter, *Literatur des Deutschen Staatsrechts*,
Th. I. §. 17. 18.

aus dem Rechte des Pabstes, die Römische Kaiserkrone zu verleihn, die weitere Folgerung abgeleitet werden, dafs ein gekrönter Kaiser wegen eines Mißbrauchs seiner Gewalt von dem Pabste zur Verantwortung gezogen und nach Befinden selbst abgesetzt werden könne. Da überdies das Steigen der päpstlichen Gewalt in der gesamten Christenheit mit dem Sinken der königlichen Gewalt in Deutschland fast gleichen Schritt hielt, so hatte der Europäische Völkerstaat für die Fortdauer seiner Verfassung am wenigsten von dem Römischen Kaiserthume zu fürchten. Es gerieth sogar die kaiserliche Gewalt in einen Verfall, welcher es den Kaisern unmöglich machte, den Pflichten ihrer Feldherrnwürde immer Genüge zu leisten, — den päpstlichen Stuhl in seinen Händeln mit den Italienischen und mit andern Staaten zu schützen und zu schirmen, in den Kreuzzügen nach dem gelobten Lande ihre Oberfeldherrlichkeit zu behaupten. Gleichwohl hat man sich die Politik, welche der Römische Stuhl in Beziehung auf sein Verhältniß zu den Römischen Kaisern Deutscher Nation befolgte, vorzugsweise aus der — von dem Römischen Stuhle erkannten oder geahndeten — Gefahr zu erklären, mit welcher eine jede geistliche Gewalt von dem Anführer ihrer bewaffneten Macht bedroht ist. Darum wurde von den Pabsten eine jede Mafsregel zur Befestigung oder Ausdehnung der päpstlichen Gewalt fast immer zuerst in Deutschland in Vollziehung gesetzt, ein jeder Angriff auf die Rechte der weltlichen Gewalt fast immer zuerst gegen den Römischen Kaiser gerichtet. Die kaiserliche Gewalt konnte der päpstlichen um so gefährlicher werden, da die Kaiser eben so, wie die Pabste, und nicht ohne eine Parthei für sich zu haben *), bald, nach dem Vorgange der altrömischen Kaiser, eine Weltherrschaft, (*dominium mundi*,) bald, die Grundsätze des Lehnrechts benutzend,

*) Auf den Europäischen Universitäten theilten sich die Rechtslehrer in Legisten und Dekretisten, — in Vertheidiger der kaiserlichen, der päpstlichen Gewalt.

auf die Lehnsherrlichkeit über alle Länder der Christenheit Anspruch machten. *)

Man wird das, was in dem Obigen über das Daseyn eines Europäischen Völkerstaates während des Mittelalters gesagt worden ist, nicht so deuten, als ob der damalige Rechtszustand der Europäischen Völker Germanischer Abstammung der Idee eines Völkerstaates vollkommen entsprochen hätte. Gährende Elemente, Gegensätze, schwankende Verhältnisse waren der allgemeine Charakter dieses Zeitalters. Es kämpften mit einander die geistliche und die weltliche Gewalt, — das Recht der Kirche und Germanische Nationalrechte, — das Pabstthum und das Kaiserthum, — das Königthum und die Aristokratie, — der geistliche und der weltliche Adel, — der Adel und der Bürgerstand, — der friedliche Geist des Christenthums und der kriegerische der Germanischen Nation, — neue Ansichten und Kenntnisse und die Ueberlieferungen der Griechischen und Römischen Vorzeit, — in der Kirche selbst war ein Schisma entstanden, welches erst durch das Concilium zu Basel, nicht ohne Nachtheil für die päpstliche Gewalt, gehoben wurde. Eine neue Welt war zu Ende dieser Periode im Werden. Aber kein sterbliches Auge konnte voraussehn, welche Gestalt diese Welt haben würde. Doch durfte man hochfliegende Erwartungen hegen. Wie es, wenn ein Mensch zu einer selbstständigen intellektuellen und moralischen Bildung gelangen soll, eine Zeit lang in seinem Inneren gegährt haben muß, so gilt dasselbe auch von Völkern. Nur sind in dem Leben eines Volkes oft erst Jahrhunderte das, was in dem Leben eines Menschen schon Jahre oder Tage sind.

*) Bis auf diesen Tag hat die Englische Krone den amtlichen Titel: The imperial crown, — eine Verwahrung gegen diesen Anspruch.

ZWEITE PERIODE.

Die Reformation, eine Revolution im Europäischen Völkerstaate.

Vom Jahre 1517 bis zum Jahre 1648.

Vorbereitet durch den Kampf zwischen einander entgegengesetzten Elementen, welcher die Zeiten des Mittelalters charakterisirt, durch einen Kampf, in welchem und durch welchen die Völker Germanischer Abkunft nach und nach mündiger geworden waren, begünstiget von einer grossen Erfindung des 15ten Jahrhunderts, von der Erfindung der Buchdruckerkunst *), beschleuniget durch einen Fehler, dessen sich die Kirchenversammlungen zu Konstanz und zu Basel schuldig gemacht hatten, als sie die päbstliche Gewalt schwächten, anstatt sie zu verstärken, brach zu Anfang des 16ten Jahrhunderts die Reformation aus, eine Begebenheit, welche in ihrem Verlaufe den gesammten gesellschaftlichen Zustand jener Völker erschütterte und umgestaltete.

Grosse d. i. folgenreiche Begebenheiten haben mit grossen Männern d. i. mit Männern, deren Thaten auf das Schicksal eines oder mehrerer Völker einen entscheidenden Einfluss gehabt haben, das gemein, dafs die einen wie die andern aus den verschiedensten Standpunkten betrachtet werden können. (Daher auch die einen wie die andern eben so leidenschaftliche Tadler als enthusiastische Lobredner finden.) Die Reformation ist sogar eine welthistorische Begebenheit. Man mag die neuere Geschichte der Europäischen Menschheit von einer Seite betrachten, von welcher man will, allemal führt die Verkettung der Ursachen und Wirkungen auf die Reformation zurück. Hier ist jedoch diese Begebenheit nur aus dem Standpunkte

*) Man darf wohl behaupten: Ohne die Druckerpresse keine Reformation! Vgl. Hallam, introduction to the literature of Europe in the 15. 16. and 17th centuries. Lond. IV Vol. 1837—39.

des Rechts so wie in Beziehung auf die Folgen, welche sie für den Rechtszustand der Germanischen Völker und namentlich für den Europäischen Völkerstaat hatte, in Betrachtung zu ziehn.

In Beziehung auf die römischkatholische Kirche d. i. in Beziehung auf den Staat Gottes, dessen sichtbares Oberhaupt der Pabst ist ¹⁾, war die Reformation unmittelbar, in wie fern sie gelang, eine Revolution d. i. eine gesetzwidrige Umgestaltung der Verfassung dieses Staates und, in wie fern sie mißlang, der Versuch einer Revolution. Sie ist also in dieser Beziehung mit den Grundsätzen zu rechtfertigen, mit welchen sich Revolutionen überhaupt unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen lassen. Sie hatte übrigens in so fern die Tendenz, die Verfassung der christlichen Kirche von dem Einflusse gänzlich zu befreien, welchen auf sie *Asiatische* Rechtsbegriffe und Rechtsgrundsätze, wegen des geschichtlichen Zusammenhanges des Christenthumes mit dem Judenthume gehabt hatten, mit andern Worten, an die Stelle der hierarchischen Verfassung der römisch-katholischen Kirche eine Kirchenverfassung zu setzen, welche auf dem Grundsätze der Gewissens- und der Religionsfreiheit beruhte. ²⁾

1) Die römisch-katholische Kirche selbst nennt sich, — und, nach ihrer Dogmatik, mit Recht, — *civitas Dei*.

2) Es ist der Reformation von Einigen, z. B. von Schmid in seiner Geschichte der Deutschen, der Vorwurf gemacht worden, daß sie die verfassungsmäßigen Behörden der katholischen Kirche abgehalten habe, Reformen zu machen. Dem sey also! Aber der Streit galt nicht einzelnen Lehren etc. dieser Kirche, sondern dem Rechtsprincipe ihrer Verfassung. Dieses konnte die Kirche nicht aufgeben, ohne sich selbst zu vernichten. Vgl. Reinhold, Ehrenrettung der Reformation. — Freilich vergaß man sehr bald, selbst von Seiten der Protestanten, den eigentlichen Streitpunkt. Man machte das Dogma oder die Liturgie zur Hauptsache. Und auch jetzt noch giebt es nur zu viele Protestanten, welche dem Rechtsprincipe nach Katholiken sind. Doch wenigstens Luther wußte recht wohl, worauf es eigentlich ankomme. Vgl. meine Abh. de juris prudentia Lutheri. Wittenb. 1804.

— Eben so war die Reformation in Beziehung auf die Verfassungen der einzelnen Germanischen Staaten eine Revolution oder der Versuch einer Revolution. Denn auch diese Verfassungen hatten die Verfassung und das Recht der römisch-katholischen Kirche theils unmittelbar theils mittelbar zur Grundlage. Jedoch wurde die Reformation in dieser Beziehung in denjenigen Staaten legitimirt, in welchen sich die Regierung für die Reformation erklärte. ¹⁾ Uebrigens hatte die Reformation in dieser Beziehung dieselbe Tendenz, wie in Beziehung auf die Kirche. Sie sollte aus den Verfassungen jener Staaten den *Asiatischen* Zusatz verban-
nen, den sie durch das auf die Mosaische Gesetzgebung sich gründende Recht der römisch-katholischen Kirche erhalten hatten, sie sollte also die germanischen Staaten gleichsam wieder germanisiren d. i. die Einheit zwischen Staat und Kirche aufheben, dem Königthume eine andere Grundlage geben, als die einer den Königen und Fürsten der Erde von Gott ertheilten Vollmacht. ²⁾ — Noch weiter erstreckten sich die Folgen, welche die Reformation, als eine Erschütterung des Rechtszustandes der Germanischen Völker, für den Europäischen oder Germanischen Völkerstaat hatte. Sie bewirkte unmittelbar sogar die Auflösung dieses Staates. Das Band, welches bisher die Völker Germanischer Abkunft zu einem politischen Ganzen vereinigt hatte, war das Pabstthum. Das Ansehn des Pabstes aber wurde

1) Man hat die Thatsache, daß die Reformation mehr im nördlichen als im südlichen Europa glückte, auf mehr als eine Weise zu erklären versucht. Die Hauptursache dürfte in dem Unterschiede zwischen den Romanischen und den rein Germanischen Völkern zu suchen seyn.

2) Die Germanischen Völker verbanden ursprünglich mit dem Königthume einen sehr beschränkten Begriff. (Vgl. Tacit. German. c. 43.) Der König war ihnen nur ein Schutz- und Schirmherr. Der Ausdruck: Des Königes Bann, bezeichnete noch in späteren Zeiten die königliche Gewalt überhaupt. S. die Deutsche Glosse zum Sachsenspiegel. III, 64.

jetzt von einem grofsen Theile der Europäischen Regierungen nicht weiter anerkannt. Die übrigen Europäischen Regierungen verehrten zwar fortdauernd in dem Pabste das Oberhaupt ihrer Kirche. Aber auch diese bewachten mit Eifersucht die Selbstständigkeit, zu welcher sie schon in der vorigen Periode mehr und mehr gelangt waren. Der Pabst, ihrer Hülfe gegen die Reformation bedürfend, konnte um so weniger in der Eigenschaft eines über die Monarchen und Regierungen der Christenheit gesetzten Herrn und Richters gegen sie auftreten. Auch das Beispiel, welches die protestantischen Fürsten gaben, blieb nicht ohne Einflufs.

Jedoch, wenn auch die Reformation, indem sie die Einheit des Glaubens und der Verfassung der christlichen Kirche in dem Germanischen Europa aufhob, zugleich der Nationaleinheit der Völker Germanischer Abkunft eine kräftige Stütze entzogen hatte, im übrigen bestand diese Einheit dennoch fortdauernd. Ja es trug sogar die Reformation selbst zur Erhaltung der Einheit der Germanischen Nation bei, als sie theils, in allen monarchischen Staaten, (und die Mehrzahl der Germanischen Staaten waren Monarchien,) das Interesse der königlichen Gewalt befördernd *), eine Verwandtschaft unter den Verfassungen dieser Staaten erhielt, theils durch die Religionshändel, die sie in ihrem Gefolge hatte, den geistigen Verkehr unter den Germanischen Völkern neu belebte. Zugleich waren die alten Fördernisse der Nationaleinheit der Germanischen Völker zum Theil im Zunehmen, z. B. der Handelsverkehr unter diesen Völkern. — So wie aber in der Nationaleinheit der Germanischen Völker die Grundlage des Europäischen Völkerstaates fortdauernte, so sprachen auch nicht nur die alten sondern selbst neue Gründe für die Erhaltung oder für die Wiederherstellung eines solchen Ver-

*) Die Neuerungen, welche Philipp II, König von Spanien, in der Verfassung seiner Staaten traf, wurden auch in andern Staaten nachgeahmt. Müller, Geschichten der Europäischen Menschheit, XXstes Buch.

eines. Das Haus Habsburg war durch eine reiche Erbschaft zu einer Macht gelangt, welche der Selbstständigkeit aller anderen Europäischen Fürstenhäuser Gefahr drohte. Zwei groſse politische Partheien, die katholische und die protestantische, standen einander gerüstet und feindselig gegenüber. Zugleich hatte die vorige Periode Erinnerungen und Ueberlieferungen hinterlassen, welche auf die Art hindeuteten, wie man den Friedenszustand von Europa sichern könne.

In der That war man auch nicht über die Frage, *ob*, sondern nur über die, *wie* das verfallene oder niedergerrissene Gebäude des Europäischen Völkerstaates wieder aufzuführen sey, getheilter Meinung. — Die eine Parthei, die erhaltende oder konservative, gieng darauf aus, vor allen Dingen die vormalige Einheit der katholischen Kirche wieder herzustellen. Dieser Plan, in welchem zugleich die Wiederherstellung der bisherigen Verfassung des Europäischen Völkerstaates lag, wurde zuerst von der katholischen Kirche selbst versucht. Zur Wiedervereinigung der Protestanten mit der katholischen Kirche wurde von dieser eine allgemeine Kirchenversammlung zu Trient gehalten. Der Plan mißlang in dieser Gestalt und er mußte in dieser Gestalt mißlingen. Denn wie konnten die Protestanten den Grundsatz anerkennen, daß über Religions-sachen Stimmenmehrheit entscheiden könne? ¹⁾ Aber seinem Zwecke nach wurde dieser Plan theils von dem Pabste theils von dem Hause Habsburg ²⁾, den Häuption

1) Die Protestanten hatten anfangs selbst auf die Haltung eines allgemeinen Conciliums angetragen. Sie weigerten sich aber das Tridentinische anzuerkennen, weil von ihm, zu Folge seiner Zusammensetzung, kein unpartheiisches Urtheil zu erwarten sey. Stellten sie jenen Antrag bona fide, so war ihnen selbst der Geist des Protestantismus noch nicht klar geworden. Wie auch das Concilium zusammengesetzt wurde, nimmermehr konnten sie sich demselben unterwerfen.

2) Das Haus Habsburg Oesterreichischer Linie war zugleich in dem Besitze der Würde eines Römischen Kaisers, — der zweithöchsten Würde der Christenheit während des Mittelalters.

der conservativen Parthei, während dieser ganzen Periode unausgesetzt verfolgt. — Eine andere Parthei, die Nothwendigkeit erkennend, an die Stelle der bisherigen Verfassung des Europäischen Völkerstaates ein ganz neues Gebäude zu setzen, machte es sich, mit Rücksicht auf die in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse, zur Aufgabe, ein politisches Gleichgewicht unter den Germanischen Staaten herzustellen. An der Spitze dieser Parthei stand Frankreich. Denn der Kampf für das System des politischen Gleichgewichts galt hauptsächlich der Beschränkung der überwiegenden Macht des Hauses Habsburg; und von den Ländern dieses Hauses war Frankreich auf dem Festlande nach allen Seiten hin umgeben. Zu derselben Parthei gehörten die protestantischen Regierungen. Denn das Haus Habsburg führte die Sache der katholischen Kirche, welche zugleich die eigene war. In dem Zwecke, einen äußeren Verein unter den Germanischen Völkern zu erhalten oder wiederherzustellen, mit einander übereinstimmend, standen also gleichwohl beide Partheien, wegen der für diesen Zweck tauglichen Mittel, in einem entschieden feindlichen Verhältnisse zu einander, wenn auch von den Staaten der zweiten Parthei die einen aus diesen die andern aus andern Gründen gemeinschaftliche Sache mit einander machten. — So verwickelt war der Streit, so viel stand auf dem Spiele, so aufgereggt waren die Völker Germanischer Abkunft und ihre Beherrscher durch Religionshafs und politische Eifersucht, so schwankend war noch das neue, das seiner vormaligen Grundlage entrückte Europäische Völkerrecht *), dafs über kurz oder über lang das Schicksal des Europäischen Völkerrechts durch die Gewalt der Waffen entschieden werden mußte. Doch lange zögerte der Entscheidungskampf. (So sammelt sich in dem menschlichen Körper der Stoff zu einer Krankheit

*) Das berühmte Werk des Hugo Grotius *de jure belli et pacis* erschien zuerst im Jahre 1624 — also erst nach dem Ausbruche des 30jährigen Krieges.

lange, ehe die Krankheit zum Ausbruche kommt.) Endlich kam es zu dem langen und blutigen Kampfe, welcher von seiner Dauer den Namen des dreissigjährigen Krieges erhalten het. Der Westphälische Friede (1648), welcher diesen Krieg beendigte ¹⁾, entsprach seinem Geiste und seinen Resultaten nach, in Beziehung auf den Europäischen Völkerstaat dem Plane, welchen die zweite der oben gedachten Partheien verfolgt hatte. Er begründete in dem Europäischen Völkerstaate endgültig eine neue Verfassung. Diese Verfassung war das System des Europäischen Gleichgewichts. Die Urkunde des Westphälischen Friedens (das instrumentum pacis Osnabrucensis und das i. p. Monasteriensis) war von nun an das Verfassungsgesetz (oder die Konstitution) des Europäischen Völkerstaates. Bestätiget in allen folgenden Europäischen Friedensschlüssen der dritten Periode behauptete sie dieses Ansehn bis zum Ausbruche der Französischen Revolution.

DRITTE PERIODE.

Das

System des Europäischen Gleichgewichts.

Die Verfassung

des Europäischen Völkerstaates ist eine Demokratie.

Vom Jahre 1648 bis zum Jahre 1789. ²⁾

Das System des politischen Gleichgewichts, — dieses System einstweilen im Allgemeinen betrachtet, — beruht auf der Anwendung eines Grundsatzes der Statik auf das Verhältniß unter Völkern. Wie die Schalen einer

1) Einige besondere Friedensschlüsse erfolgten erst später. Diese sind jedoch hier unter dem Ausdrucke: Westphälischer Friede, begriffen.

2) Wheaton, histoire des progrès qu' a fait le droit des gens en Europe depuis la paix de Westphalie jusqu' au congrès de Vienne; avec un précis historique des progrès du droit des gens en Europe avant la paix de Westphalie. Lpz. (Bis jetzt nur angekündigt.)

Waage im Gleichgewichte mit einander stehn, wenn die eine und die andere Waagschaale mit einem gleich grossen Gewichte beschwert ist, eben so wird, nimmt man an, zwischen zweien oder mehreren Völkern Friede herrschen, wenn sie, einander an Macht ohngefähr gleich, von einem Kriege mit einander eben so viel zu fürchten als zu hoffen haben. *) So trügerisch auch dieser Schluss oder diese Analogie ist, — denn hat man für die Macht eines Volkes einen genügenden Mafsstab? ist die Macht eines Volkes eine unveränderliche Gröfse? pflegt nicht, wenn man eben so viele Gründe hat, zu fürchten als zu hoffen, die Hoffnung den Ausschlag zu geben? — so unsicher mithin auch die Bürgschaft ist, welche ein politisches Gleichgewicht für die Stiftung eines dauerhaften Friedens unter selbstständigen Völkern leistet, so giebt es doch für die Erreichung dieses Zwecks kein anderes oder besseres Mittel. Daher kommen auch so viele Beispiele in der Geschichte vor, daß man von dem Systeme des politischen Gleichgewichts Gebrauch gemacht hat. So suchte Hannibal ein Bündniß zwischen Karthago und Macedonien zu Stande zu bringen, damit die vereinte Macht dieser beiden Staaten der Römischen die Waage hielte. Eben so beruhte die Politik, welche Theodorich, König der Ostgothen, in Beziehung auf die seinem Reiche benachbarten Germanischen Staaten beobachtete, auf den Grundsätzen jenes Systemes.

Das System des politischen Gleichgewichts kann auf eine doppelte Weise in der Erfahrung dargestellt werden; entweder so, daß die unter einem und demselben Völkerstaate oder Bunde begriffenen Staaten sammt und sonders einander der Macht nach ohngefähr gleich sind, oder so, daß zwar einige dieser Staaten den übrigen an Macht bei weitem überlegen sind, unter ihnen selbst aber Gleichgewicht der Macht eintritt. (Dem ersteren

*) Auf derselben Analogie beruht auch, wenn ein (einfacher) Staat eine zusammengesetzte Verfassung hat, das System des Gleichgewichts der Gewalten.

Falle ist der Fall gleichzustellen, da, was den einzelnen Staaten in Beziehung auf Gleichheit der Macht abgeht, durch Kunst — durch besondere Bündnisse — ersetzt wird.) Angenommen übrigens, daß gewisse Völker in vielseitigen und bleibenden Berührungen mit einander stehn, so ist das System des politischen Gleichgewichts, in der einen und in der andern Beziehung, zugleich der Grund, welcher diese Völker bestimmen kann und nach Befinden bestimmen wird, einen politischen Verein unter sich abzuschließen oder einen unter ihnen schon bestehenden zu erhalten.

Ein Völkerstaat, welcher ein politisches Gleichgewicht in der ersten Art zur Grundlage hat, ist seinem Wesen nach eine Demokratie oder einer Demokratie vergleichbar; liegt ihm dagegen ein politisches Gleichgewicht der zweiten Art zum Grunde, so ist er seinem Wesen nach eine Aristokratie oder einer Aristokratie vergleichbar, d. i. das Recht, über die Angelegenheiten zu entscheiden, steht in dem ersteren Falle der Gesammtheit der Vereinsglieder in dem letzteren den Mächtigsten unter ihnen, als einer besonderen Körperschaft, zu. Schon in einem einfachen Staate ist das Recht, zu herrschen, durch die Macht, dieses Recht geltend zu machen, bedingt. Noch weniger kann sich die Verfassung eines Völkerstaates erhalten, wenn sie nicht den Verhältnissen entspricht, welche unter den vereinigten Staaten in Beziehung auf ihre Macht bestehen. — So viel zur Einleitung.

In Europa war das System des politischen Gleichgewichts schon in der vorigen Periode nicht unbekannt. Der Kriegszug Karls VIII., Königes von Frankreich, nach Italien (1494) gab Veranlassung, daß zuerst die Italienischen Staaten ein Gleichgewicht unter sich künstlich (durch Bündnisse) herzustellen suchten. *) Ein Beispiel, welches Italien, damals das Heimathland der Politik, berühmt durch seine Staatsmänner und durch seine politi-

*) Robertson, Geschichte der Regierung Karls V. Bd. I.

schen Schriftsteller, gegeben hatte, konnte nicht ohne Nachfolge bleiben. Das System des politischen Gleichgewichts war auch im Großen, war auch auf das Verhältniß unter den Völkern Germanischer Abkunft überhaupt anwendbar. Es empfahl sich nicht nur durch seinen inneren Werth, sondern vielleicht selbst durch seine Künstlichkeit. Ins besondere aber stellten sich die gegenseitigen Verhältnisse unter den Völkern Germanischer Abstammung schon in der vorigen Periode so, daß sie nicht nur die Anwendung jenes Systemes auf die Europäische Politik zu einem dringenden Bedürfnisse machten, sondern selbst gegen den Willen der Betheiligten einen Zustand in Europa verwirklichten, welcher dem Systeme des politischen Gleichgewichts wenigstens in einem gewissen Grade entsprach. Vergeblich machte das Haus Habsburg auf eine Suprematie über Europa, vergeblich machte die katholische Kirche auf Alleinherrschaft Anspruch. Ein Gleichgewicht zwischen der Macht des Hauses Habsburg und der des Hauses Bourbon, ein politisches Gleichgewicht zwischen dem katholischen und dem protestantischen Religionstheile war das endliche Resultat des Kampfes, welcher über jene Ansprüche geführt wurde. Der Westphälische Friede bestätigte nur den Zustand der Dinge, welchen die Begebenheiten herbeigeführt hatten. Von nun aber war die Erhaltung und die Ausbildung *) des Europäischen Gleichgewichts das Ziel, auf welches die Regierungen der Germanischen Staaten, als eine Gesamtheit, ihre Bestrebungen richteten.

Der Europäische Völkerstaat hatte jetzt, zu Folge des Systemes des politischen Gleichgewichts und so wie sich dieses System in dem damaligen Europa stellte, eine demokratische Verfassung. — Zwar waren schon damals einige Mächte, namentlich Frankreich, Oesterreich, Groß-

*) Als es seine ganze Ausbildung erhalten hatte, unterschied man wieder von dem allgemeinen Europäischen Gleichgewichte das besondere im nördlichen, im mittleren, im südlichen Europa u. s. w.

britannien und, nachdem im 18ten Jahrhunderte Rußland zu dem Vereine hinzugekommen war, auch Rußland den übrigen Europäischen Mächten bei weitem überlegen. Aber noch hatten jene Mächte ihre Kräfte nicht vollständig entwickelt. (Denn noch hatten sie das Geheimnifs des Staatskredites nicht entdeckt. Noch wurden die Kriege mit vergleichungsweise kleineren Heeren geführt.) Sowohl deswegen als wegen ihrer Zahl wogen auch die kleineren Staaten noch in der politischen Waagschaale von Europa. Endlich aber, — vielleicht die Hauptursache, — noch waren die Europäischen Hauptmächte durch zu viele besondere Interessen unter sich getheilt, als dafs unter ihnen eine Verbindung hätte zu Stande kommen können, welche ihnen zusammen und gleich als einer Körperschaft die Leitung der Europäischen Angelegenheiten gesichert hätte. Die Machtverschiedenheit der Europäischen Staaten hatte daher nur die Folge, dafs unter diesen Staaten in dem Europäischen Völkerstaate eine Klassenordnung bestand, ähnlich der, welche einst im Römischen Freistaate Rechtens war.

Eine mächtige Stütze hatte diese Verfassung an den Verwandschaftsverhältnissen, welche die Europäischen Herrschergeschlechter zu einer grossen Familie vereinigten, und in dem Standesgeiste, welcher in diesen Geschlechtern, als in einem hohen Europäischen Adel herrschte. — Wenn es auch die Fürstengeschlechter der Germanischen Völker von jeher für politisch-wichtig gehalten hatten, sich mit einander zu verschwägern, so stieg doch der politische Einfluß der Verwandschaft unter diesen Geschlechtern in dem Grade, in welchem, besonders auch seit den Zeiten der Reformation *), die Macht der Europäischen Fürsten in dem

*) Im Kampfe mit einander suchten beide Kirchen bei den weltlichen Regierungen Hülfe. Diese war nicht unentgeltlich zu haben. Gewaltsame Mafsregeln, zu welchen eine Regierung von der einen Parthei zur Unterdrückung der andern aufgefordert worden war, wurden am Ende auf beide Partheien ausgedehnt. (Spanien. Frank-

Inneren ihrer Staaten zunahm. Da nun die Europäischen Staaten der Mehrzahl nach Monarchien waren, so verschlang sich das Adelsrecht jener Fürstengeschlechter mit dem Europäischen Völkerrechte dieser Periode so, daß es eben so, wie dieses, die Europäischen Staaten dem Rechte nach einander gleich stellte, wenn auch unbeschadet der Verschiedenheit ihres Ranges.¹⁾ Denn in dem Rechte eines Erbadels liegt wesentlich der Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Standesgenossen. Auch der Adelsgeist, der deshalb in den Europäischen Fürstenhäusern herrschte, diente dem Systeme des politischen Gleichgewichts zur Stütze. Ein Geist der Erhaltung und des Machtneides verfeindete er alle Europäische Herrscher mit demjenigen ihres Mittels, welcher den politischen Zustand von Europa gewaltsam umzugestalten beabsichtigte. Man werfe einen Blick auf die Geschichte der Kriege dieser Periode, und man wird mit leichter Mühe finden, daß das Adelsrecht und der Adelsgeist der Europäischen Dynastien einen unverkennbaren Einfluss auf den Charakter fast aller dieser Kriege hatten.

Wenn auch das System des politischen Gleichgewichts, so wie es sich in dieser Periode gestaltet hatte, seinem Zwecke, Frieden unter den Europäischen Völkern zu erhalten, keinesweges genügte²⁾, so gebührt ihm doch in

reich.) Protestantische Rechtsgelehrte stellten den Satz auf: *Quilibet princeps est papa in territorio suo.* (Heinrich VIII, König von England, erklärte sich geradezu für das Oberhaupt — für den Papst — der Anglikanischen Kirche.) Auch bei den Katholiken fanden diese Stimmen Anklang.

- 1) Auch Rußland ist, erst seitdem, (nach dem Aussterben des Hauses Romanow im Mannsstamme,) ein Deutsches Fürstenhaus auf dem Russischen Throne sitzt, in eine genauere Verbindung mit dem Europäischen Völkerstaate getreten.
- 2) Man könnte sagen: Es herrschte während dieser Periode in dem Europäischen Völkerstaate derselbe Geist der Unruhe, welcher die Demokratie in einer jeden ihrer Gestalten charakterisirt. — Jedoch die wahre Ursache der Unzulänglichkeit des Systemes in seiner damaligen Gestalt lag in der Künstlichkeit des Baues. Der Europäischen Staaten waren zu viele; sie waren einander an Macht zu ungleich.

völkerrechtlicher Hinsicht das Lob, daß es die Europäische Staatenwelt vor großen Erschütterungen bewahrte. Ihm gebührt noch ein anderes Lob, das mit dem völkerrechtlichen Zwecke des Systemes wenigstens in einer sehr nahen Verbindung steht. Die Europäischen Völker wurden durch dieses System veranlaßt oder genöthiget, in der Vervollkommnung ihres inneren Zustandes mit einander zu wetteifern, auf daß nicht das eine oder das andere im Frieden Eroberungen machte, welche es dann im Kriege zu Eroberungen benutzen könnte.

VIERTE PERIODE.

Die Zeiten

*der Französischen Revolution, zugleich einer Revolution
im*

Europäischen Völkerstaate.

*Plan, dem Europäischen Völkerstaate die Form einer
Monarchie zu geben.*

Vom Jahre 1789 bis zum Jahre 1815.

Obwohl die bisherige Verfassung des Europäischen Völkerstaates — oder das System des Europäischen Gleichgewichts in seiner bisherigen Gestalt — bis zum Anfange dieser Periode äußerlich bestand, so war doch der Boden, auf welchem das Europäische Gleichgewicht ruhte, schon in der vorigen Periode von mehr als einer Seite her untergraben worden.

Für einen Völkerstaat oder Bund ist es unter keiner Voraussetzung gleichgültig, ob die unter dem Vereine begriffenen Staaten, einen jeden für sich betrachtet, diese oder eine andere Verfassung haben, ob also z. B. in dem einen oder in dem andern dieser Staaten, besonders in einem der mächtigsten, die Verfassung von der Gefahr einer gewaltsamen Umgestaltung bedroht sey. — In mehreren Europäischen Staaten aber hatten sich Meinungen und An-

sichten verbreitet, welche mit den Verfassungen dieser Staaten geradezu in Widerspruch standen. Das war vorzugsweise in Frankreich der Fall, wo die verfassungsmässig unbeschränkte Gewalt der Krone eine Opposition ins Leben gerufen hatte, welche, (wie der Französische Nationalcharakter die Extreme liebt,) ihre Angriffe bald gegen den gesamten gesellschaftlichen Zustand der Europäischen Menschheit richtete, eine Opposition, deren Gefährlichkeit noch dadurch gesteigert wurde, daß in Frankreich das Christenthum nur zu sehr in ein bloßes Kirchenthum ausgeartet war. Und das Ansehn, dessen die Französische Literatur in dem übrigen Europa genoß, hatte die Folge gehabt, daß dieselben Meinungen auch bei andern Europäischen Nationen mehr oder weniger Eingang gefunden hatten. Es fehlte daher schon in der vorigen Periode nicht an Zeichen, durch welche der politische Himmel das Nahen eines Sturmes ankündigte.

Das System des Europäischen Gleichgewichts konnte sich überdies nur so lange halten, als Achtung für den Besitzstand eine Grundmaxime der auswärtigen Politik der Europäischen Politik war. Aber auch die Heiligkeit des Besitzstandes war schon in der vorigen Periode in mehr als einem Falle verletzt oder verkannt worden. Der schwerste unter diesen Fällen war die (erste) Theilung Polens *), nicht deswegen, weil diese Theilung die Macht dreier Mitglieder des Europäischen Völkerstaates plötzlich vermehrte und so dem bisherigen politischen Gleichgewichte unter den Europäischen Staaten wesentlich Eintrag that, sondern deswegen, weil ihr eine Maxime zum Grunde lag, welche das Eigenthum der Völker an ihren Ländern überhaupt unsicher machte. Auch die schonungslose Aufhebung des Jesuitenordens, so wie die Veränderungen, welche der Kaiser Joseph II. in seinen Staaten durch ein Macht-

*) Zu diesen Fällen gehört außerdem noch die Theilnahme Frankreichs an dem Aufstande der Britischen Kolonien in Nordamerika, — das Projekt, die Oesterreichischen Niederlande gegen Baiern zu vertauschen.

wort traf, ohne immer wohlbegründeter Rechte zu achten, waren so viele Angriffe auf den Besitzstand, welche, obwohl nicht unmittelbar gegen die Verfassung des Europäischen Völkerstaates gerichtet, dennoch, als Beispiele der Nichtachtung des Besitzstandes, auch diese gefährdeten.

So vorbereitet und nachdem das politische Gleichgewicht unter den Europäischen Staaten schon mehr als eine Erschütterung erlitten hatte, nahm die Französische Revolution ihren Anfang. Der erste ins Grofse gehende Angriff auf den inneren und äufseren Zustand der Europäischen Staaten wurde in Frankreich gemacht; nicht nur weil die Grundsätze der neueren Staatswissenschaft besonders von den Schriftstellern Frankreichs entwickelt worden waren und vorzugsweise in diesem Lande Beifall gefunden hatten, sondern auch weil es der Geist der absoluten Monarchie eben so wenig, als der einer Hierarchie, gestattet, durchgreifende Reformen mit der Verfassung vorzunehmen.

Schon die Haupttendenz der Französischen Revolution, — der Verfassung Frankreichs eine völlig neue Grundlage zu geben, — gereichte mittelbar zum Nachtheile des bisherigen Systemes des Europäischen Gleichgewichts. Denn so wurde die Einheit aufgelöst, welche bisher unter den Europäischen Staaten, in Beziehung auf die Verfassungen dieser Staaten, im Ganzen bestanden hatte. Zwar hatte Großbritannien schon seit lange eine Staatsverfassung, welche, wie die neue Verfassung Frankreichs, auf den Grundsätzen des Repräsentativsystemes beruhte. Gleichwohl unterschied sich die neue Französische Verfassung, auch abgesehn von der vorübergehenden Verwandlung der Französischen Monarchie in eine Republik, von der Britischen Verfassung wesentlich durch die Art, wie in Frankreich das Repräsentativsystem ausgeführt wurde. Und in derselben Beziehung sind die Verfassungen beider Staaten auch jetzt noch von einander wesentlich verschieden. Frankreich z. B. hat nicht, wie Großbritannien, einen grundherrlichen mit der Verfassung verwebten Adel. Eben

so hat Frankreich nicht, wie Großbritannien, mit Freibriefen versehene Gemeinden. So ist aber die Verfassung Frankreichs nicht blos der Britischen sondern auch den Verfassungen anderer Europäischen Staaten entfremdet. — Man hat die Französische Revolution schon oft mit der Reformation verglichen. Sie war in der That eine Ergänzung oder vollständigere Durchführung des Rechtssystemes, welches der Reformation zum Grunde lag. Man kann ihr insbesondere nicht das Lob versagen, daß sie dem Grundsatz der Religionsfreiheit, sogar in ganz Europa, eine Anerkennung verschaffte, zu welcher dieser Grundsatz in Europa noch nie seit der christlichen Zeit gelangt war. Sie förderte die Sache der Religionsfreiheit selbst dadurch, daß sie, nicht nur in Frankreich sondern auch in mehreren anderen Europäischen Ländern, die katholische Kirche der Reichthümer entledigte, welche diese Kirche theils der Frömmigkeit theils der Politik früherer Jahrhunderte verdankte. Die Hierarchie der katholischen Kirche, ihrer Reichthümer beraubt und so dem Volke näher gestellt, hat eben so viel und noch mehr an geistlicher Macht gewonnen, als sie an weltlicher verloren hat. *) Gestützt auf die Meinung der Menge kann sie ihre Unabhängigkeit vom Staate desto nachdrücklicher vertheidigen. In dieser Beziehung ist die Sache der katholischen Kirche zugleich die der protestantischen Kirche und umgekehrt. Dem gemeinschaftlichen Streben beider Kirchen kann in dem Kampfe für Religionsfreiheit der Sieg um so weniger entgehn. Jedoch

*) Reichthum ist eine Handhabe, an welcher der Staat die Menschen vorzugsweise erfassen kann. — Zur Bestätigung der im Texte aufgestellten Behauptung kann man sich auf die heutige Stellung der katholischen Geistlichkeit in Irland, — in Belgien, — in Preussen berufen. In den reichsunmittelbaren Bischöffen des Deutschen Reichs hatte der Charakter des Reichsfürsten den des Bischofs in Schatten gestellt. Die Hierarchie der Deutschen katholischen Kirche fiel im Jahre 1803, ohne daß ihr irgend eine Aufregung im Volke zu Hülfe kam. (Vielleicht hat Niemand die heutige Stellung der katholischen Kirche zum Staate klarer erkannt, als der Abbé Lamennais.)

in einer Beziehung wurde die Französische Revolution der Tendenz der Reformation gänzlich untreu. Indem sie alles neu zu schaffen beabsichtigte und sich daher von ihrem Urbilde, der Britischen Verfassung, entfernte, nahm sie, anstatt sich mit der Reformation auf die Verjüngung und Vervollkommnung der Germanischen Institutionen zu beschränken, eine antigermanische Richtung. Ob sie auch in so fern und als der Anfang einer ganz neuen Zeit Beifall verdiene, ist die Streitfrage, welche die Freunde der Grundsätze der Französischen Revolution bis auf diesen Tag entzweit.

Dieselbe Begebenheit hatte überdies die Aufhebung des bisherigen politischen Gleichgewichts unter den Europäischen Staaten unmittelbar zur Folge. In den Kriegen dieser Periode war die Französische Nation — bis zum Jahre 1812 — so entschieden siegreich, vergrößerte sie ihr Gebiet durch so bedeutende Eroberungen, daß die Grundlagen jenes Gleichgewichts gänzlich vernichtet wurden. Auch die Stütze war nicht mehr, welche dieses System an den Verwandtschaftsverhältnissen unter den Europäischen Dynastien gehabt hatte.

Nachdem jedoch Napoleon die Revolution an seinen Siegerwagen gefesselt und die Kaiserkrone auf sein Haupt gesetzt hatte, gab ihm, dem Schooskinde und Erben der Revolution, dieser durch Frankreichs Siege und Eroberungen herbeigeführte Zustand Europa's den Plan an die Hand, den Europäischen Völkerstaat in einer andern Gestalt, in der Form einer Monarchie, wiederherzustellen. Und der Grund zu dem neuen Baue war schon gelegt. Das Haupt oder der Schwerpunkt des Europäischen Staatskörpers war das monarchische Frankreich. Von den übrigen Europäischen Staaten waren einige durch die Verwandtschaft ihrer Fürsten mit dem Französischen Kaiserhause, andere als Schutzgenossen, wieder andere durch ihnen aufgedrungene Bündnisse, alle durch Furcht genöthiget, der Richtung zu folgen, welche ihrer Politik das Oberhaupt des Französischen Kaiserreiches gab. Selbst für den Aus-

bau des neuen Gebäudes war schon Vieles geschehn oder vorbereitet. Dafs der Kronprinz des Französischen Reiches den Titel: König von Rom, erhielt, dafs die Stadt Rom für die zweite Hauptstadt des Kaiserreichs erklärt, der Pabst in den ersten Bischoff dieses Reichs verwandelt wurde, deutete zur Genüge das Vorbild an, welchem die Ausführung des Planes nacheifern würde. ¹⁾

Jedoch Napoleon erlag, ehe er sein Werk zu vollenden vermochte, der Eile, mit welcher er an demselben gearbeitet hatte, dem Zornmuth der Völker, welche er endlich sogar gezwungen hatte, seine Eroberungspläne zu unterstützen, den Fortschritten, welche seine Feinde, von ihm belehrt, in der Kriegskunst gemacht hatten, und der Ermüdung seiner Nation. Frankreich wurde, durch den Pariser Vertrag ²⁾ vom 30sten Mai 1814 (und wiederholt durch den Pariser Frieden vom 20sten November 1815) auf die Grenzen — mit einigen jedoch weniger bedeutenden Ausnahmen — beschränkt, welche es vor dem Ausbruche der Kriege der Französischen Revolution gehabt hatte. Die Aufgabe, den durch die Stürme dieser Periode zerrütteten politischen Zustand von Europa zu ordnen, (oder die gemachte Beute zu theilen,) wurde einem Kongresse vorbehalten. Auch versammelte sich dieser noch in demselben Jahre in der Hauptstadt des Oesterreichischen Kaiserstaates.

Allerdings hatten die auf diesem Kongresse versammelten Europäischen Mächte im allgemeinen den Plan, den status quo ante bellum wiederherzustellen und so das Unrecht wieder gut zu machen, welches die Französische Revolution durch ihre Folgen so vielen Mitgliedern des Europäischen Völkerstaates zugefügt hatte. Jedoch Vieles liefs sich nicht wiederherstellen. (Denn die Verkettung

1) Vgl. *Réflexions sur l'intérêt de l'Europe*. Par Bonald. Par. 1810.

2) Der Name: *traité* de Paris, rührt daher, dafs die Französischen Staatsmänner klüglich behaupteten, dafs, wegen der Restauration der Bourbons, von einem mit Frankreich abzuschliessenden Frieden nicht die Rede seyn könne.

der Begebenheiten — oder was die Griechischen Tragiker das Schicksal nannten, — ist nicht selten mächtiger, als die Mächtigsten der Erde!) Anderes durfte nicht abgeändert werden, wenn man nicht den kaum wiederhergestellten Europäischen Frieden von neuem gefährden wollte. — Das galt ins besondere von der Vertheilung des Europäischen Bodens. Eine Menge kleinerer Staaten war von der Ländercharte Europa's verschwunden. Man sah ein, daß das Zeitalter der kleinen Staaten vorüber sey, daß sie die neuere Kriegskunst unmöglich mache. Einige Europäische Großmächte hatten ihre Besitzungen — beziehungsweise während des Entscheidungskampfes oder schon in den früheren Jahren dieser Periode — entweder bedeutend vergrößert oder doch besser konsolidirt. Durfte man erwarten, daß sie zur Wiederherstellung des status quo ante bellum die errungenen Vortheile aufgeben würden? Es gieng also aus den Verhandlungen des Wiener Kongresses ein ganz anders gestaltetes Europa hervor, als das des Jahres 1789 gewesen war. Die ersten unter den Europäischen Mächten hatten insgesamt an Macht zugenommen, selbst Frankreich nicht ausgeschlossen, welches nicht mehr, wie vor der Revolution, durch seinen inneren Rechtszustand an der Entwicklung seiner Waffenmacht verhindert wurde. Die übrigen Europäischen Staaten hatten im Ganzen an politischem Gewichte verloren, theils weil sich ihre Zahl bedeutend vermindert hatte, theils weil ihre Macht nicht verhältnißmäfsig gestiegen war.

FÜNFTE UND LETZTE PERIODE.

Die Verfassung des Europäischen Völkerstaates eine Aristokratie.

Vom Jahre 1815 bis auf die Gegenwart (1841).

Die Hauptaufgabe, welche der Wiener Kongress zu lösen hatte, war vielleicht die, dem Europäischen Völker-

staaten eine den Zeitumständen angemessene neue Verfassung zu geben. Nun kann zwar die Schlussakte des Wiener Kongresses (vom 9ten Juni 1815) ins besondere in dem Sinne als das Grundgesetz (oder als die Konstitutionsurkunde) dieses Staates betrachtet werden, daß diese Urkunde, indem sie den Umfang und die Grenzen der einzelnen Europäischen Länder bestimmte und beziehungsweise den Europäischen Boden neu vertheilte, den Grund zu der heutigen Verfassung des Europäischen Völkerstaates legte. Ueber die Form aber oder über die Organisation, welche die Verfassung dieses Staates zu Folge ihrer Grundlagen haben sollte, erklärte sie sich nicht. Die Rückkehr Napoleons nach Frankreich nöthigte den Kongress, seine Verhandlungen schnell zum Schlusse zu bringen. Der Schreckensruf ertönte: Hannibal ante portas! — Jedoch, was die Schlussakte in dieser Beziehung übergegangen hatte, wurde bald hernach, anfangs unabsichtlich dann planmäfsig, ergänzt.

Den Pariser Vertrag (vom Jahre 1814) hatten acht Mächte unterzeichnet, Oesterreich, Rußland, Preussen, Großbritannien, Frankreich, Schweden, Spanien und Portugal. Dieselben acht Mächte (*les huit puissances signataires du traité de Paris*) leiteten die Verhandlungen des Wiener Kongresses. Jedoch bald entstand, veranlaßt durch die Zeitumstände, aus diesem Vereine ein noch engerer. Nach der Rückkehr Napoleon's von der Insel Elba schlossen vier von jenen acht Mächten, — Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preussen, — den 25sten März 1815 mit einander ein neues Bündniß gegen Frankreich. Eben so wurde der Friede vom Jahre 1815, welcher den von neuem ausgebrochenen Krieg beendigte, nur von jenen vier Mächten, so wie von Frankreich, unterzeichnet. Denn nur diese fünf Mächte hatten an diesem Kriege Theil genommen; nicht zu gedenken, daß ihnen die übrigen drei Mächte, Schweden, Spanien und Portugal, dem politischen Gewichte nach keineswegs gleich standen. An diesen Friedensschluß reihte sich wieder der

Kongress an, welcher im Jahre 1818 zu Aachen ebenfalls nur von jenen fünf Mächten gehalten wurde. Veranlassung zu diesem Kongresse gab eine Bedingung des Pariser Friedens, (1815), zu Folge welcher zur Erhaltung der Ruhe in Frankreich ein Theil dieses Landes von einem Heere der Verbündeten fünf Jahre lang besetzt bleiben sollte und seitdem besetzt geblieben war. Frankreich wünschte, der ungebetenen Gäste loszuwerden, und richtete daher an Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preussen den Antrag, sich wegen der Zurückziehung des Occupationsheeres zu einem Kongresse zu vereinigen. Der Kongress, welcher hierauf zu Aachen zusammen kam, erledigte auch diese Angelegenheit auf eine Frankreichs Wünschen entsprechende Weise. Zugleich aber faßte er Beschlüsse, welche, da sie dem aus den Kriegen der vorigen Periode hervorgegangenen oder durch das endliche Resultat dieser Kriege wiederhergestellten Vereine unter den Europäischen Völkern eine bestimmte und bleibende Form und Gestalt gaben, den Namen des organischen Gesetzes des Europäischen Völkerstaates verdienen. Dieses, — in dem Schlufsprotokolle des Kongresses, vom 15ten November 1818, enthaltene — Gesetz *) lautet so: 1) Frankreich ist in den zwischen Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preussen bestehenden Verein aufgenommen. 2) Dieser Verein soll ein bleibender Verein seyn. Sein Zweck ist die Aufrechthaltung des Europäischen Friedens. (*Le maintien de la paix générale.*) 3) Der Verein behält sich vor, zur Erreichung dieses Zwecks von Zeit zu Zeit Kongresse zu halten. 4) Wenn auf einem dieser Kongresse eine Angelegenheit verhandelt werden soll, welche die Rechte einer dritten Macht betrifft, so soll diese Macht zu dem Kongresse eingeladen werden.

*) Auch das ist für die heutige Verfassung des Europäischen Völkerstaates bedeutsam, daß den Verträgen, welche die Europäischen Großmächte auf einem Kongresse mit einander abschließen, die Form der Protokolle gegeben wird.

Theils nach dem Wortlaute theils nach dem Geiste dieses Gesetzes besteht also in Europa ein grofser alle Völker und Mächte dieses Welttheiles umfassender Verein *), welcher sich, man mag ihn nun einen Völkerstaat oder einen Völkerbund nennen, der Idee eines Staatsvereines nähert. Denn die fünf Mächte, von welchen das Gesetz ausgegangen ist, haben die Gewährleistung für den Frieden in ganz Europa übernommen. Ja, diese Gewährleistung ist so allgemein gefafst, daß sie sich nicht auf die Aufrechthaltung des Friedens unter den Europäischen Staaten beschränkt, sondern selbst auf die Wahrung des Friedens in dem Inneren der einzelnen Europäischen Staaten ausgedehnt werden kann; wie sie denn auch in diesem Sinne, z. B. als in Neapel eine Revolution versucht und als in Spanien dem Könige Ferdinand VII. die Constitution der Cortez wieder aufgedrungen wurde, gedeutet worden ist. — An der Spitze dieses gröfseren Vereines steht ein engerer Verein, eine Pentarchie. Die fünf Mächte, Oesterreich, Rußland, Großbritannien, Frankreich und Preußen, haben zusammen und gleich als eine Körperschaft die oberste Leitung der Europäischen Angelegenheiten, das Directorium Europae. (Daher ist die heutige Verfassung des Europäischen Völkerstaates eine Aristokratie.) Daß sich diese fünf Mächte in der Eigenschaft einer Gesammtheit und nur in dieser Eigenschaft die Leitung der Europäischen Angelegenheiten vorbehalten haben, ergiebt sich unmittelbar daraus, daß sie ausdrücklich mit einander übereingekommen sind, zur Erledigung dieser Angelegenheiten Kongresse von Zeit zu Zeit zu halten. Besonders in dieser Beziehung ist die heutige Verfassung des Europäischen Völkerstaates das

*) Selbst auf die Türken, also auf ein nichteuropäisches Volk, ist der Verein neuerlich ausgedehnt worden. Und mit Recht; da das Schicksal der Türkei für das übrige Europa eben so wenig gleichgültig seyn kann, als das Schicksal der Fremdlinge, die sich in einem Lande aufhalten, für die Gesammtheit der Inländer gleichgültig ist.

unmittelbare Resultat der Begebenheiten der vorigen Periode, — des Einflusses, welchen diese Begebenheiten auf die Machtverhältnisse unter den Europäischen Staaten gehabt haben, der Erfahrungen, welche man während jener Periode gemacht hatte. — Die übrigen Europäischen Staaten, (diejenigen jedoch ausgenommen, welche, wie die Deutschen Bundesstaaten und die Kantone der Schweiz, wieder unter sich zu einem besonderen Bunde vereinigt sind,) stehen nur zu der Gesammtheit jener fünf Mächte in einem Verhältnisse der Schutzgenossenschaft. Wenn auch die eine oder die andere der fünf Europäischen Großmächte das Interesse gewisser anderer Europäischer Staaten in dem engeren Vereine besonders wahrnehmen und vertreten kann, so würde doch ein Gesetz, welches die übrigen Staaten unter die einzelnen Großmächte, als die besonderen Schutzgenossen einer gewissen Großmacht, vertheilte, nicht nur die Einheit des Europäischen Völkerstaates aufheben, sondern auch die Bürgschaft entkräften, welche in der Verfassung dieses Staates, weil und in wie fern sie die Berathung und Erledigung der Europäischen Angelegenheiten den fünf Großmächten gemeinschaftlich überträgt, für die Selbstständigkeit der übrigen Staaten liegt. *) Eben so; wenn auch eine der fünf Großmächte für sich in den inneren oder äußeren Händeln gewisser anderer Europäischer Staaten die Rolle des Mittelsmannes übernehmen kann, so würde doch eine einseitige bewaffnete Vermittelung nicht mit den Rechten der Gesammtheit der fünf Großmächte zu vereinigen seyn.

Die heutige Verfassung des Europäischen Völkerstaates kommt mit der, welche dieser Staat in der dritten Periode oder nach dem Systeme des Europäischen Gleichgewichtes hatte, allerdings in so fern überein, als auch jene ein politisches Gleichgewicht zur Grundlage hat. Jedoch, so wie die heutige Verfassung des Europäischen

*) Hieraus ergiebt sich die wahre Tendenz der Schrift: Die Europäische Pentarchie. Lpz. 1839.

Völkerstaates nur ein Gleichgewicht der Macht unter den fünf Großmächten voraussetzt *), so unterscheidet sie sich auch in einer jeden andern Beziehung von der Verfassung der dritten Periode. Und auch in so fern ist der Vortheil auf ihrer Seite. Sie steht mit der dermaligen Vertheilung des Europäischen Bodens in einem genaueren und besseren Zusammenhange, als die vormalige Verfassung mit der ihres Zeitalters stand. Sie ist einfacher und ungekünstelter. Das System des Europäischen Gleichgewichts verlief sich wegen seines äusseren Lebens auf die immerwährenden Gesandtschaften. Die Europäischen Kongresse, welche zu Folge des organischen Gesetzes des heutigen Europäischen Völkerstaates gehalten werden sollen, sind denn doch eine andere und bessere Bürgschaft für die äufsere Thätigkeit und Wirksamkeit des Vereines. In den neuesten Zeiten scheint es sogar dahin kommen zu wollen, daß die fünf Großmächte in London zu einem immerwährenden Kongresse vereinigt bleiben.

Der heutigen Verfassung des Europäischen Völkerstaates verdankt die Europäische Menschheit das — für sie seltne — Glück eines 25jährigen fast ungestörten Friedens. Die Stürme, welche — seit dem Jahre 1818 — den Europäischen Frieden bedrohten, wurden von den fünf Großmächten bis jetzt noch immer durch Kongresse bedrängt, — namentlich durch die Kongresse zu Troppau, (1820,) zu Laibach, (1821,) zu Verona, (1822,) zu London, (wegen der Belgischen und dann wegen der orientalischen Angelegenheiten.) Und schon in der langen Dauer des Friedenszustandes liegt eine gewisse Bürgschaft für seine Fortdauer.

Jedoch nicht seiner heutigen Verfassung allein verdankt der Europäische Völkerstaat diese Erfolge. In dem Zustande der Europäischen Menschheit haben sich Veränderungen begeben, welche fast ohne Ausnahme der

*) An physischer Kraft steht Preussen den übrigen Großmächten nach. Was folgt hieraus?

Erhaltung des Europäischen Friedens zum Vortheile gereichen.

Es hat sich die Zahl und beziehungsweise die Wirksamkeit der Ursachen vermindert, welche in früheren Zeiten Zwietracht unter den Europäischen Völkern stifteten. — Erlöschen oder wenigstens gedämpft ist der Religionshafs, der einst die Katholiken und die Protestanten so unheimlich entzweite. — Die Kolonialpolitik hat nicht in demselben Grade, wie vormals, einen feindseligen Einfluß auf die auswärtigen Verhältnisse der Europäischen Seemächte. Einige dieser Mächte haben ihre Kolonien größtentheils verloren. England, die größte Kolonialmacht, ist theils durch die Zeitumstände genöthiget, theils durch eine reiflichere Erwägung seiner Handelsinteressen bestimmt worden, die Strenge seiner ehemaligen Kolonialpolitik zu mildern. — Die Nationalantipathien, welche einst selbst Völker Germanischer Abkunft einander entfremdeten, haben wenigstens an Intensität verloren. Durch die Vermehrung und Vervollkommnung der Gelegenheiten zum Reisen ist der persönliche Verkehr unter den Europäischen Nationen weit lebhafter, als ehemals, geworden; es haben sich diese Nationen, durch die häufigen Reisen Einzelner ins Ausland, gleichsam von Angesicht zu Angesicht kennen gelernt. Dieselbe Folge hatten auch die Stürme der vorigen Periode. Auf eine andere Weise, aber mit nicht geringerem Erfolge, hat die größere Lebendigkeit des geistigen Verkehres unter den Europäischen Nationen zur Beseitigung oder doch zur Milderung des Vorurtheiles beigetragen, welches ehemals einige dieser Nationen gegen einander hegten.

Auch die Rechnung über Gewinn und Verlust stellt sich, wenn es der Frage gilt: Krieg oder Frieden? jetzt anders, als vormals. — Je größer das Kapital ist, das ein Volk im Landbaue, in Gebäuden, in Gewerben u. s. w. angelegt hat, je größer der Aufwand ist, welchen ein Krieg zu Folge des jeweiligen Standes der Kriegskunst erfordert, je entscheidender die Resultate sind,

welche er aus demselben Grunde für die eine oder für die andere Parthei in Aussicht stellt ¹⁾, desto verhängnisvoller, desto unglückschwangerer ist der Entschluß, einen Krieg anzufangen. Man darf daher annehmen, daß Völker, bei welchen die obigen Voraussetzungen eintreten, weit mehr als diejenigen, bei welchen es an diesen Voraussetzungen (schlechthin oder zum Theil) fehlt, für den Frieden gestimmt seyn werden; wie auch diese Annahme durch die Völkergeschichte, wenn man die Geschichte ungebildeter und die gebildeter Völker neben einander stellt, vollkommen bestätigt wird. Zu den Völkern der ersteren Art gehören aber gerade die Völker des heutigen Europa's. Auf diese Völker sind alle jene Voraussetzungen und jetzt mehr als jemals anwendbar. Ja, was die dritte jener Voraussetzungen betrifft, könnte leicht die Benutzung einer Kraft, welche schon so große Wunder gewirkt hat, d. i. die Benutzung der Dampfkraft für den Krieg, die Resultate künftiger Kriege in einem der Vorzeit unbekannten Grade steigern. — Man ist versucht hinzuzusetzen, daß die Zahl der kleinen Staaten, an welchen sich vormals die großen Staaten wegen eines ihnen durch einen Krieg verursachten Verlustes erholen konnten, vergleichungsweise jetzt weit geringer ist.

Auch ist in dem heutigen Europäischen Völkerstaate eine Stimme von Gewicht, welche, so wie die Sachen in Europa stehn, in der Regel für den Frieden ist, — die Stimme der Völker. ²⁾ — In mehreren Staaten ist diese Stimme sogar eine entscheidende Stimme; nämlich in allen den Staaten, welche konstitutionelle Monarchien sind.

1) Ein jeder Fortschritt in der Kriegskunst ist zugleich ein Fortschritt zum ewigen Frieden! — Aus diesem Standpunkte kann man z. B. die Invasionskriege der neueren Zeit betrachten. Das Ziel eines Feldzuges — das Operationsobjekt — ist die Hauptstadt des feindlichen Landes. (Darum befestigen jetzt die Franzosen Paris.)

2) Das Wort: Volk, wird hier in der (staatsrechtlichen) Bedeutung gebraucht, in welcher das Volk der Regierung entgegen gesetzt wird.

In anderen Staaten, in welchen das Gewicht dieser Stimme auf der Abhängigkeit der Regierung von der öffentlichen Meinung beruht, hat sie zwar nur die Eigenschaft einer berathenden Stimme. Aber auch in dieser Eigenschaft kann sie gerade in unseren Tagen von der Regierung nicht unbeachtet bleiben. Denn nicht nur ist der politische Einfluß der öffentlichen Meinung schon deswegen in Europa gestiegen, weil in den Europäischen Staaten Einsichten und Kenntnisse mehr und mehr Gemeingut geworden sind, sondern es hat diesen Einfluß noch überdies theils die heutige Kriegsverfassung theils das Schuldenwesen der Europäischen Staaten bedeutend verstärkt. Die Kriegsverfassung; weil die Kriege Nationalkriege geworden sind; das Schuldenwesen; weil der Staatskredit, und mithin nicht nur der Stand der Staatspapiere sondern auch die Möglichkeit neue Anlehne zu machen, (die gleichwohl ein jeder neue Krieg unausbleiblich fordert,) von der Meinung des Publikums abhängt. — Dafs aber in dem heutigen Europa die Stimme der Völker in der Regel eine Stimme des Friedens seyn werde, braucht kaum erst im Einzelnen nachgewiesen zu werden. Unsicher ist der Gewinn, welcher ein Krieg der Mehrheit des Volkes bringen wird; desto gewisser sind die Lasten, welche ein Krieg dem Volke auflegen, die Opfer, die er von ihm fordern wird. Einem Kriegsadel frommt der Krieg, nicht den erwerbenden Volksklassen, am wenigsten dem Landmanne. Ist aber die Belebung der „Industrie“ nicht der Hebel der inneren Politik in dem heutigen Europa? *) hat nicht schon deswegen die Stimme der erwerbenden Volksklassen an Gewicht, gegen vormalis, zugenommen? Endlich, die Kapitalisten sind (und nicht ohne Grund) ängstliche Leute. Sie befürchten daher, dafs ein neuer Europäischer Krieg ein Gebäude erschüttern könnte, das zu seinem Falle kaum einer Erschütterung be-

*) Daher der genaue Zusammenhang, in welchem die Fortdauer des Europäischen Friedens mit dem Verhältnisse zwischen dem Adels- und dem Bürgerstande steht.

darf. Sie sind eine Macht, welche, weil sie zu den unsichtbaren Mächten gehört, desto mehr zu scheuen ist und gescheut wird. — Auf jeden Fall sind jetzt die Zeiten nicht mehr, da die Entscheidung über Krieg und Frieden bald von dem Dienstinteresse eines Ministers, (z. B. eines Louvois,) bald von den Launen eines Weibes, (z. B. einer Pompadour,) abhieng. Wie im Privatleben so wird auch im öffentlichen öfter aus Unverstand als aus Böswilligkeit gesündigt. Schon die Fortschritte, welche die Europäische Menschheit in Kenntnissen und Wissenschaften überhaupt gemacht hat, begünstigen die Erhaltung des Europäischen Friedens.

Endlich; selbst die Verschiedenheit, welche unter den Verfassungen der Europäischen Staaten eintritt, — daß die Staaten des Ostens absolute (verfassungsmässig unbeschränkte) die des Westens konstitutionelle Monarchien sind, — dürfte bewandten Umständen nach, als eine neue Bürgschaft für die Erhaltung des Europäischen Friedens betrachtet werden können *). Denn, wenn auch ein Völkerstaat oder Bund desto fester steht, je weiter sich die Gleichartigkeit der unter dem Vereine begriffenen Staaten erstreckt, so gereicht doch, da und weil die Europäischen Staaten ihren Verfassungen nach von einander verschieden sind, die Spaltung derselben in zwei große Abtheilungen der Standhaftigkeit des Vereins am wenigsten zum Nachtheile, ja selbst beziehungsweise zum Vortheile. — Es besteht nun in dem Europäischen Völkerstaate ausser dem politischen Gleichgewichte zwischen den fünf Großmächten, eine jede derselben für sich betrachtet, ein zweites politisches Gleichgewicht, ein Gleichgewicht theils zwischen den Großmächten theils überhaupt zwischen den Europäischen Staaten der einen und denen

*) Vgl. die Spaltung Europa's in zwei feindselige Halbregionen etc. Augsb. 1832. Fla the, Geschichte des Kampfes zwischen dem alten und dem neuen Verfassungsprincip. Lpz. 1833. II. Bde. — Uebrigens ist diese Klassifikation der Europäischen Staaten nur im Ganzen richtig.

der anderen Abtheilung. Und wenn auch das festere Zusammenhalten unter den Staaten der einen und denen der anderen Klasse in einzelnen Fällen vorübergehend gestört werden kann, (wie es gerade jetzt gestört ist,) so wird sich doch der naturgemäße Zustand der Dinge immer von neuem geltend machen. — Mit jener Spaltung ist wieder die Partheiung verschlungen, welche die Europäische Menschheit überhaupt über die höchsten Fragen der Staatsverfassungslehre dermalen entzweit. Durch jene Spaltung werden zugleich die Gefahren abgewendet oder doch vermindert, welche sonst diese Partheiung für den Europäischen Friedenszustand haben könnte. — Man wird auch hier an die Zeiten der Reformation — oder an die Begebenheiten der zweiten Periode — erinnert. Auch damals gab es eine ähnliche Spaltung, eine ähnliche Partheiung. Man hat jedoch bei dieser Vergleichung nicht zu übersehn, daß zwischen den Monarchien der einen und denen der andern Art der Unterschied nicht so schroff ist, wie einst der zwischen der katholischen und den protestantischen Staaten war, — daß die Meinungsverschiedenheit über politische Fragen die Menschen nicht eben so heftig und nachhaltig entzweit, wie die in Religionssachen, — daß, was die Grundsätze der inneren Staatsverwaltung betrifft, kaum irgend ein wesentlicher Unterschied zwischen den Staaten des heutigen Europa's, wenigstens zwischen denen der Germanischen Nation, besteht.

Gleichwohl würde man sich gründlich irren, wenn man nun den Europäischen Frieden für immer und in einer jeden Beziehung für gesichert hielte *). — Die Menschen sind nun einmal ein kriegslustiges, ja ein blutdürstiges Geschlecht. Das beweist am besten die Vergötterung, welche den Eroberern zu Theil wird, wenn diese auch ihrer Er-

*) Auch den Friedensgesellschaften, die in den neuesten Zeiten hin und wieder gestiftet worden sind, kann man die Erreichung des von ihnen beabsichtigten Erfolgs mehr wünschen, als prophezeihen.

oberungslust Tausende zum Opfer gebracht haben. Einem jeden Völkerstaate oder Bunde droht überdies der nicht zu beseitigende Zwiespalt zwischen den gemeinsamen Interessen des Vereines und den besonderen seiner einzelnen Mitglieder Gefahr. Dieser Zwiespalt besteht auch in den Europäischen Völkerstaaten, und, je größer die Zahl der unter diesem Vereine begriffenen Staaten ist, und da die besonderen Interessen einiger dieser Staaten einander auch in anderen Welttheilen durchkreuzen, desto mehr. Eben so fehlt es dem Europäischen Völkerstaate bis jetzt noch an Gesetzen, welche, indem sie die Interessen der inneren Verwaltung der verbündeten Staaten wahrnehmen, die beste Bürgschaft für die Fortdauer des Vereines leisten würden. Ja selbst das einzige Gesetz dieser Art, welches bis jetzt das heutige Europäische Völkerrecht enthält, — die Bestimmung der Schlussakte des Wiener Kongresses über die Beschiffung der Flüsse und Ströme, welche zwei Länder von einander scheiden oder ihren Lauf durch die Länder verschiedener Regierungen haben, — ist noch nicht einmal vollständig in Vollziehung gesetzt worden. Jedoch, so wie es der Zukunft vorbehalten bleibt, das zu ergänzen, was dem heutigen Europäischen Völkerrechte in der letzteren Beziehung noch abgeht, so ist den übrigen in dem obigen erwähnten Gefahren ein jeder Völkerstaat oder Bund mehr oder weniger ausgesetzt. Aber es giebt noch überdies zwei Gefahren, welche insbesondere die Fortdauer des Europäischen Friedens bedrohn. (Schon die Bekanntschaft mit einer Gefahr hat eine schützende Kraft.)

Nämlich *erstens*: Wenn ein Volk durch irgend eine Erwägung abgehalten werden kann, Krieg zu führen, so ist es durch die, daß sein Land der Kriegsschauplatz werden könnte. (Wer den Krieg nur aus der Ferne kennen gelernt hat, kennt ihn nur als ein Schauspiel.) Auf die Fortdauer eines Völkerstaates oder Bundes ist daher nur unter der Bedingung zu rechnen, daß alle unter dem Vereine begriffenen Völker der Gefahr, den

Feind im Lande zu sehn, ohngefähr im gleichem Grade ausgesetzt sind. — Unter den fünf Europäischen Großmächten, — den Grundpfeilern des Europäischen Friedens, — tritt in dieser Beziehung ein wesentlicher Unterschied ein. Schon Frankreich, Oesterreich und Preussen stehen in dieser Hinsicht nicht einander gleich. Noch weit weniger hat Rußland, am wenigsten aber hat Großbritannien jene Gefahr zu fürchten. Rußland; weil es, obwohl eine Kontinentalmacht, dennoch, (wie der Feldzug vom Jahre 1812 beweist,) durch seine Masse dem Einfalle eines vom westlichen Europa her vordringenden Feindes fast unübersteigliche Hindernisse entgegensetzt. Großbritannien, weil es, ein Inselland, durch seine „hölzernen Mauern“ gegen einen feindlichen Einfall gesichert ist. (Man kann behaupten, daß Großbritannien auf seinem Boden seit den Zeiten Wilhelms, des Eroberers, keinen auswärtigen Feind gesehn habe.) Nicht in der überwiegenden Macht dieser beiden Staaten liegt (wenigstens für jetzt) der Grund zu Besorgnissen, sondern darin, daß sie, wenn ein Krieg ausbricht, nicht eben so, wie die andern Großmächte, für den eigenen Heerd zu fürchten haben.

Zweitens: Die Regierungen der Europäischen Staaten, nur wenige ausgenommen, führen noch immer, mitten im Frieden, einen geheimen nie rastenden Krieg mit einander, einen Krieg, welcher, wenn er auch nicht mit tödtlichen Waffen geführt wird, dennoch den Quellen des Lebens gilt. Dieser Kriegszustand hat seinen Grund in der Politik, welche eine Ueberlieferung der Vorzeit, von den Europäischen Regierungen auch jetzt noch, und jetzt sogar noch allgemeiner, als vormals *), in Beziehung auf den auswärtigen Handel befolgt wird. Die Europäischen Regierungen sind der Ansicht, daß man den Wohlstand eines Volkes nicht anders oder nicht besser, als auf Kosten des Wohlstandes anderer Völker, befördern könne, daß man

*) Namentlich hat Rußland diese Politik erst in den neuesten Zeiten angenommen.

daher, um die „Industrie“, — die Produktion und (besonders) die Fabrikation — im Innern des Landes zu steigern, die Waareneinfuhr zu erschweren d. i. mit verhältnißmässig hohen Zöllen, (welche man, um den Namen: Prohibitivzölle zu vermeiden, Schutzzölle zu nennen pflegt,) zu belasten, die Waarenausfuhr aber möglichst zu begünstigen habe. — Es ist hier der Ort nicht, dieses System der Handelspolitik ausführlicher darzustellen oder dasselbe seinem innern Werthe nach zu prüfen. Aber so viel liegt am Tage, daß eine solche Politik den Geist der Feindseligkeit, welcher den Erwerbsneid in allen seinen Gestalten charakterisirt, unter ganzen Völkern entflammt, — daß eine Regierung, welche diese Politik befolgt, wenn sie sich, sey es in dem Interesse des Handels mit dem Auslande sey es aus einem andern Grunde zu einem Kriege entschließt, auf die Zustimmung aller derer rechnen kann, welche jene Politik schon mit dem feindlichen Volke verfeindet hat, — endlich, daß unter dem Einflusse derselben Politik, Völkerverträge, namentlich Handelsverträge, nicht selten nur Saamen zu neuer Zwietracht ausstreuen. Leider! ist es eben so gewiß, daß man diesem Kriegszustande oder diesem „bewaffneten Frieden“ nicht ein baldiges Ende prophezeien kann. Auf der Bahn dieser Politik kann man leichter vorwärts als rückwärts schreiten. Auf diese Politik kann man ferner den Satz anwenden: *Bellum alit bellum!* Den Regierungen gestattet das Interesse ihrer Kriegsmacht nicht, eine Politik aufzugeben, welche ihnen zu einer so bedeutenden Einnahme verhilft.

In der obigen Darstellung des heutigen Zustandes des Europäischen Völkerstaates ist nicht der „heiligen Alliance“ gedacht worden. Und doch werden noch immer, besonders in England und in Frankreich, Stimmen laut, welche dieser heiligen Alliance eine bedeutende Wichtigkeit für das heutige Europäische Völkerrecht beilegen.

Ich schicke das Geschichtliche voraus: — Es verpflichteten sich die Monarchen von Rußland, Oesterreich, und

Preussen mittelst einer von ihnen den 26sten September 1815 (also nach dem Schlusse des Wiener Kongresses) unterzeichneten Erklärung ¹⁾ vor Gott und vor der Welt, „dass sie bei ihrer Handlungsweise allein die Vorschriften des Christenthums, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens zur Richtschnur nehmen wollten, sowohl in der Verwaltung ihrer Staaten, als auch in ihren Verhältnissen mit einem jeden andern Staate“. Dieser Erklärung trat auch der König von Frankreich (Ludwig XVIII.) bei; und ebenso ist sie von den übrigen Monarchen der Christenheit zu der ihrigen gemacht worden, ausgenommen von dem Könige des Britischen Reichs, welcher jedoch die Verweigerung seiner Zustimmung nicht auf den Inhalt sondern nur auf die Form der Erklärung gründete ²⁾. Diese von jenen drei Monarchen ausgegangene und dann fast von allen Monarchen der Christenheit wiederholte Erklärung wird nun die heilige Alliance genannt.

Offenbar aber ist diese so genannte heilige Alliance nicht eine Alliance oder ein Bündniss im Sinne des Völkerrechts, d. i. nicht ein Vertrag, aus welchem jene Monarchen gewisse ihnen gegenseitig zustehende Rechte ableiten könnten. Wollte man ihr diese Deutung geben, so würden in der That alle die Monarchen, von welcher jene Erklärung ausgieng oder angenommen wurde, durch dieselbe auf ihre Selbstständigkeit gegenseitig verzichten, einander gegenseitig ein uneingeschränktes Interventionsrecht in allen Verfassungs- und Regierungsangelegenheiten eingeräumt haben. Sondern diese heilige Alliance war nur ein Manifest, durch welches jene Monarchen gemeinschaftlich, (daher der Name: Alliance,) das grosse Europäische Publikum, mit den Grundsätzen bekannt machten, welche sie bei der Regierung ihrer Staaten befolgen wür-

1) Vgl. auch das Protokoll des Aachner Kongresses vom 15ten Novbr. 1818.

2) D. i. nur darauf, dass die Erklärung eine persönliche Verpflichtung der Monarchen enthalte, in so fern aber, nach der Britischen Verfassung, nicht von dem Könige genehmigt werden könne.

den. Die Monarchen sprechen diese Grundsätze öffentlich und feierlich aus, um dem frevelhaften Vorwurfe zu begegnen, als ob sie gemeint wären, den über den gemeinschaftlichen Feind errungenen Sieg nur in ihrem Interesse und nicht zum Vortheile ihrer Völker zu benutzen. Allerdings enthielt die Erklärung ein Gelöbnis; aber in diesem Gelöbnisse lag nicht eine rechtliche Verpflichtung, am allerwenigsten eine gegenseitige. Allerdings ist die Erklärung, welche den Namen der heiligen Alliance führt, ein Denkmal, an welches sich grofse Erinnerungen knüpfen. Aber mit dem Europäischen Völkerrechte stand sie nur in dem Zusammenhange, in welchem die Gesinnungen und die Regierungsgrundsätze der Europäischen Monarchen mit diesem Rechte — oder vielmehr mit der Praxis dieses Rechtes — überhaupt stehn. Nur für das Verfassungsrecht der Europäischen Monarchien hatte sie eine besondere und unmittelbare Bedeutung.

Jedoch schon gehört die heilige Alliance mehr der Geschichte als der Gegenwart an. Sie war die persönliche Angelegenheit der in Europa regierenden Herren. Von diesen sind nur Wenige noch am Leben; die mächtigsten sind insgesamt von dem Schauplatze dieser Welt abgetreten. Auch der Fürst ist nicht mehr, dessen Persönlichkeit vielleicht mehr, als irgend eine politische Berechnung, zur Entstehung der heiligen Alliance beitrug.

Wirft man einen Blick auf das Ganze der Geschichte des Europäischen Völkerstaates, so bieten sich folgende Bemerkungen oder Resultate gleichsam von selbst dar.

Unter den Ursachen, auf welche die Entstehung eines Europäischen Völkerstaates zurückzuführen ist, gebührt der Verbindung, welche das Christenthum und die Verfassung der christlichen Kirche unter den Völkern germanischer Abkunft stifteten, die erste Stelle. Dieselbe Ursache hat auch in der Folge nie aufgehört, auf die Schicksale dieses Staates einen entscheidenden Einfluß zu haben. Sie behauptet diesen Einfluß vielleicht auch jetzt noch, wenn

auch Viele kurzsichtig oder undankbar genug sind, um ihn zu verkennen oder herabzusetzen. (Was wären wir Europäer ohne das Christenthum? wir Menschen ohne Religion?) Wer Unfrieden zwischen der katholischen und der protestantischen Kirche stiftet, untergräbt zugleich eine Hauptgrundlage des Europäischen Völkerstaates.

Die Europäischen Völker haben für die Organisation des unter ihnen bestehenden politischen Vereines nach und nach alle die einfachen Verfassungsformen benutzt, welche überhaupt möglich sind, — die Monarchie, die Demokratie, die Aristokratie. Nur mit einer zusammengesetzten Verfassung haben sie noch keinen Versuch gemacht. Ob und wie dem Europäischen Völkerstaate eine solche Verfassung gegeben werden könne, ist denn doch vielleicht nicht eine so müßige Frage, als sie vielen zu seyn scheint. Träume gehen zuweilen in Erfüllung. Ein Staatsmann ist der, dessen politische Träume eintreffen.

Den verschiedenen Perioden der Geschichte des Europäischen Völkerstaates entsprechen fast eben so viele Perioden der inneren Geschichte der Europäischen Staaten, diese Staaten im Ganzen betrachtet. Was die Europäischen Staaten unter sich entzweite oder vereinigte, hatte fast immer in dem Inneren derselben ähnliche Folgen.

Erste Periode des Europäischen Völkerstaates.

Der Europäische Völkerstaat eine geistliche Monarchie, mit einem weltlichen Kronfeldherrn. — Im Inneren der Europäischen Staaten Kampf zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, — zwischen dem Königthume und der geistlichen und weltlichen Aristokratie.

Zweite Periode. Die Reformation, eine Revolution im Europäischen Völkerstaate. — Im Inneren Kampf zwischen dem Katholicismus und dem Protestantismus, mit welchem sich fast überall der Kampf für und wider das Königthum verschlingt.

Dritte Periode. Das System des Europäischen Gleich-

gewichts. Kriege unter den grossen Europäischen Herrschergeschlechtern; Successionskriege. — Sieg und Ausbildung des Königthums.

Vierte Periode. Die Zeiten der französischen Revolution, einer neuen Revolution im Europäischen Völkerstaate. — Im Innern Kampf zwischen dem absoluten Königthume und dem Repräsentativsysteme.

Fünfte Periode. Der Europäische Völkerstaat eine Aristokratie. — Fortschritte, welche das Repräsentativsystem macht. Das demokratische Princip gewinnt überall an Einfluss, theils durch den verschuldeten Zustand der Europäischen Staaten, theils weil die Regierungen dieser Staaten in der Beförderung der „inneren Industrie“ mit einander wetteifern. Das Streben der Völker in ihren inneren Angelegenheiten ist auf politische und auf bürgerliche Freiheit gerichtet.

Prudens futuri temporis exitum

Caliginosa nocte premit deus

Ridetque, si mortalis

Ultra fas trepidat.

NEUN UND ZWANZIGSTES BUCH.

Das Weltbürgerrecht.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Begründung des Weltbürgerrechts.

Der menschliche Verstand, damit er sich finden (orientiren) lerne, sondert die Naturkörper nach Reichen, Klassen, Gattungen, Arten von einander. Dieses Ursprungs ist z. B. der *Begriff* der Menschheit, — der Begriff der Einheit aller Menschen in Beziehung auf ihre physische Beschaffenheit. An diesen Begriff reiht sich unmittelbar die *Idee* der Menschheit an, — die Idee der Einheit aller Menschen in moralischer Hinsicht, in Beziehung auf ihre Pflichten und Rechte. Diese Idee liegt dem Kosmopolitismus oder Weltbürgersinne, sie liegt eben so dem kosmopolitischen oder dem Weltbürgerrechte zum Grunde.

Der Kosmopolitismus ist eine jener Idee entsprechende Gesinnung. Die Maxime desselben ist die: Wenn auch die Menschengattung nach Familien, nach Stämmen und Nationen, nach Staaten und Völkern gesondert und geschaart ist, so soll doch der Mensch sich als ein Mitglied eines die gesamte Menschheit umfassenden Vereines, alle Menschen als seine Brüder, das Interesse der gesamten Menschheit als das seinige betrachten und so handeln, wie es diese Ansicht fordert. Die Maxime lautet mit andern Worten so: *Homo sum, humani nil a me alienum puto.* Nicht das verlangt diese Maxime, daß sich der Mensch, uneingedenk der Pflichten, welche ihm seine besonderen Verhältnisse auferlegen, nur das Wohl der gesamten Menschheit zum Ziele setzen solle. Sondern sie erinnert ihn nur, daß er noch andere Pflichten, als

diese besonderen, daß er auch Pflichten gegen die menschliche Gesellschaft überhaupt auf sich habe, daß er bemüht seyn müsse, jene Pflichten zugleich mit diesen in Uebereinstimmung zu setzen.

Eben so ist das *Weltbürgerrecht* ein der Idee der Menschheit — der Idee der Einheit der menschlichen Gesellschaft — entsprechendes Recht. Der Grundsatz dieses Rechtes ist der: Wenn auch die Menschengattung — in rechtlicher Hinsicht — in Völker gespalten ist, und wenn auch ein jedes einzelne Volk sein besonderes Recht hat, haben darf und soll, so soll doch jene Spaltung nicht die Gemeinschaft (oder den Verkehr) unter den Menschen überhaupt aufheben, diese Verschiedenheit der positiven Rechte nicht die Theilnahme aller Menschen an dem besondern Rechte eines jeden einzelnen Volkes ausschließen. Vielmehr soll von Rechtswegen ein jeder einzelne Staat den Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande frei lassen, In- und Ausländer einander dem Rechte nach gleichstellen. Mit andern Worten, es soll sich ein jeder einzelne Staat in der einen und in der andern Beziehung als ein Mitglied eines alle Staaten der Erde umfassenden Vereines betrachten und verhalten. Denn, wenn auch eine jede einzelne Regierung befugt ist, das Rechtsgesetz nach ihrer eigenen besten Ueberzeugung zu deuten und so wie sie es gedeutet hat (oder die Gesetze des Staats) in Vollziehung zu setzen, so überschreitet doch eine Regierung die Grenzen ihrer Gewalt, wenn sie die Rechte verkennt oder beschränkt, welche dem Menschen gegen alle seine Mitmenschen und überall zustehen. Und wie kann der Mensch den Pflichten des Weltbürgers Genüge leisten, wenn er nicht die Rechte eines Weltbürgers hat?

Das Weltbürgerrecht setzt die Thatsache voraus, daß in der Erfahrung mehrere Staaten neben einander existiren. Wenn ein Staat die gesammte Menschheit oder wenn ein Völkerstaat alle Völker der Erde in sich begriffe, so würde das Weltbürgerrecht nicht ein für sich bestehendes oder auf einer besonderen Thatsache beruhendes Recht sondern nur

ein Bestandtheil des gemeinen Rechts jenes Staates oder dieses Völkerstaates seyn. So wie aber die Sachen in der Erfahrung stehn (und wohl immer stehn werden,) hat das Weltbürgerrecht den Zweck, die rechtlichen Nachtheile beziehungsweise zu beseitigen, welche mit der physischen Nothwendigkeit der Koexistenz mehrerer Staaten wesentlich verbunden sind.

Der oben aufgestellte Grundsatz enthält wieder zwei Grundsätze oder Forderungen; — es soll der Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande *frei*, (Hptst. II.) das Recht für In- und für Ausländer *dasselbe* seyn. (Hptst. III.) Wenn auch die eine wie die andere Forderung hier unbedingt ausgesprochen worden ist, so leidet doch sowohl die eine als die andere ihre Einschränkungen; — vermöge derselben Thatsache, auf welcher das Weltbürgerrecht selbst beruht.

Eine Gesetzgebung, welche den Grundsätzen des Weltbürgerrechts entspricht, hat allemal zugleich auch auf andere Fächer der Gesetzgebung einen für das Gemeinbeste vortheilhaften Einfluss. Wie tief greift nicht z. B. der Grundsatz des Weltbürgerrechts, daß der Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande frei seyn soll, selbst wenn man diesen Grundsatz auf den W a a r e n v e r k e h r beschränkt, in den gesammten Rechtszustand eines Volkes ein? — Jedoch das Weltbürgerrecht hat noch ein anderes Nebeninteresse für sich, das, welches auf dem Zusammenhange dieses Rechts mit dem Naturzwecke der Staaten *) beruht. Sollen die Staaten in der That und Wahrheit Erziehungsanstalten seyn, soll es in der Macht eines Volkes stehn, sich dem Ideale einer wahrhaft menschlichen Kultur und Civilisation zu nähern, zu diesem Ende eine Bahn zu betreten, welche so weit reicht, als die Perfektibilität unserer Gattung, soll ein Volk im Stande seyn, sich von Zeit zu Zeit, wenn das alte veraltet ist, gleichsam zu verjüngen, so muß das Recht dieses Volkes den Grundsätzen des Welt-

*) S. Buch V. Hptst. 2.

bürgerrechts huldigen. Sonst gleicht ein Volk den Bewohnern eines Thales, welche, — nach allen Seiten hin von hohen Bergen eingeschlossen, mit den Bewohnern des flachen Landes selten oder nie im Verkehre, auf einen engen Kreis von Vorstellungen und Bedürfnissen beschränkt, daher gleichsam eine Welt für sich, — immer und ewig das bleiben, was sie ihrer Nationalität und ihren örtlichen Verhältnissen nach schon vor Jahrhunderten waren. Einem Volke, das von der übrigen Welt gleichsam abgeschnitten ist, fehlt es an der Möglichkeit, sich mit andern Völkern, seinen Zustand mit dem anderer Völker zu vergleichen. Und doch setzt alles Erkennen, ein jedes geistige Fortschreiten ein Vergleichen voraus *). Warum hat sich in China seit einer lange von Jahrhunderten wenig oder nichts verändert? Giebt es nicht in den Alpen der Schweiz, also ganz in unserer Nähe, einzelne Gemeinden, welche, von der übrigen Welt abgeschlossen, die Ueberreste längst untergegangener Nationen, seit Jahrhunderten ja vielleicht seit Jahrtausenden, von dem Wechsel der Zeiten kaum berührt worden sind? Wenn die Griechen der Vorzeit, nachdem bei ihnen die Zeit der kleinen Freistaaten vorüber war, ihre politische Freiheit in einer andern Gestalt zu retten oder wiederherzustellen nicht vermochten, wenn bei den Römern auf den Freistaat so plötzlich der Kriegsbefehl eines Einzigen folgte, so hatte an diesem Schickale auch der antikosmopolitische Charakter der politischen Ansichten und der positiven Rechte jener Nationen seinen Antheil. Dafs und wie politische Freiheit mit dem Königthume gepaart werden könne, war ihnen ein Geheimnifs. Ein besonderes Interesse hat das Weltbürgerrecht kraft seines Verhältnisses zum Naturzwecke der Staaten für die Völker Germanischer Abkunft. Dem kosmopolitischen Cha-

*) Ohne ein Vergleichen ist sogar keine Selbsterkenntnifs, kein Bewusstseyn der eigenen Individualität möglich. Wie das Kind erst spät zu der Vorstellung: Ich, gelangt, so haben auch nur gebildete Völker einen Eigennamen.

rakter ihrer Kultur und Civilisation verdankten diese Völker vorzugsweise das Uebergewicht, welches sie bisher über die übrigen Völker der Erde behauptet haben. Schon in den frühesten Zeiten treten in dem Charakter der Germanischen Nation einzelne Züge ¹⁾ und in den Germanischen Volksrechten Eigenthümlichkeiten ²⁾ hervor, welche auf die Fähigkeit und auf den Beruf der Nation zu einer wahrhaft menschlichen Kultur zu gelangen, hindeuten. Man verfolge dann die Geschichte der Germanischen Völker durch die einzelnen Perioden. In keiner Periode Stillstand oder Rückschreiten, in einer jeden Kampf und Neuerungen. Sogar verjüngt hat sich die Nation von Zeit zu Zeit, — namentlich als sie sich zum Christenthume bekehrte, als die Reformation theils unmittelbar theils mittelbar den Zustand der Europäischen Menschheit umgestaltete, als die Französische Revolution eine Masse neuer politischer Ansichten in Umlauf setzte, über welche man schon jetzt wenigstens das Urtheil fällen kann, daß sie durch die Allgemeinheit und Wichtigkeit ihrer Resultate eine Verjüngung der Europäischen Menschheit zur Folge haben werden. Alle diese Thatsachen und Veränderungen aber standen und stehen mit dem weltbürgerlichen Charakter der Denkart, der Gewohnheiten und Rechte der Germanischen Völker in dem Verhältniss der Wechselwirkung.

1) Z. B. Liebe zu Abentheuern, (kaum möchte eine andere Sprache ein diesem Worte entsprechendes Wort enthalten,) — Achtung für das weibliche Geschlecht, — Annahme bewährter Institutionen des Auslandes. (Arminius ahmte die Organisation der Römischen Heere nach).

2) Z. B. Theilnahme des Volkes an der Staatsverwaltung, — gemischte Verfassungen, — der Grundsatz, quemlibet lege sua vivere.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

*Von der
Freiheit des Verkehrs zwischen dem In- und dem Auslande,
oder
von dem ersten Grundsätze des Weltbürgerrechts.
(S. Hptst. I.)*

In der Freiheit des Verkehrs zwischen dem In- und dem Auslande liegt *erstens* die Freiheit, sich aus dem Inlande in das Ausland zu begeben. — Vermöge dieser Freiheit oder als Weltbürger ist der Mensch berechtigt, aus seinem bisherigen Wohnlande auszuwandern und in ein anderes Land einzuwandern. Es ist daher schon eine Gesetzgebung widerrechtlich, welche das Auswandern, wenn sie es auch nicht schlechthin verbietet, dennoch durch eine von dem Auswanderer zu entrichtende Abgabe, (durch eine *gabella emigrationis*,) erschwert. Sey es auch, daß durch eine Auswanderung das Kapital des Volkes eine Verminderung erleide, die Eigenschaft welche der Mensch als Bürger eines bestimmten Staates hat, ist nur eine bedingte Eigenschaft d. i. die Verbindlichkeiten, welche ihm diese Eigenschaft auferlegt, hängen von der Bedingung ab, daß er des Schutzes dieses Staates genießt und genießen will. Zwar erstreckt sich das Recht zur Auswanderung nicht so weit, daß von demselben zum Nachtheile derer Gebrauch gemacht werden könnte, welche einen Rechtsanspruch an den zur Auswanderung Entschlossenen haben *). Jedoch erstreckt sich diese Beschränkung nicht auf die allgemeinen Verbindlichkeiten, welche den Unterthanen, als solchen, obliegen, z. B.

*) Dieser hat also z. B. ehe er auswandert, seinen Gläubigern entweder Zahlung zu leisten oder Bürgschaft (*de iudicio sisti* und *de solutione*) zu stellen. — Dasselbe gilt, nach Beschaffenheit der Umstände, auch von dem Falle, daß Einer nur eine Reise ins Ausland unternehmen will. (Die Englischen Gerichte erlassen daher nach Befinden a *Writ ne exeat regno*).

nicht auf die Konskriptionspflichtigkeit¹⁾. Eben so widerrechtlich ist es andererseits, entweder das Einwandern schlechthin zu verbieten oder die Erlaubniss zum Einwandern an Bedingungen zu knüpfen, welche sich nicht durch eine besondere Gefahr, die dasselbe dem Staate bringen könnte, rechtfertigen lassen²⁾. — Vermöge der Freiheit, sich ins Ausland zu begeben, und mithin dem Weltbürgerrechte nach, ist ein Jeder berechtigt, aus seinem Wohnlande ins Ausland oder durch ein Land in das andere zu reisen und auf diesen Reisen die Land- und Wasser-Strassen des Auslandes ganz so, wie ein Inländer³⁾, zu benutzen, auch sich im Auslande, nach Gefallen längere oder kürzere Zeit aufzuhalten. Wenn sich auch diese Freiheit dem strengen Rechte nach nicht so weit erstreckt, dass ein Inländer, unbeschadet seines Staatsbürgerrechts, in die Kriegs- oder in die Civildienste eines auswärtigen Staates zu treten berechtigt wäre, so ist es doch der Billigkeit und einem altdeutschen Herkommen gemäss, ihr diese Ausdehnung zu geben, übrigens mit dem Vorbehalte, dass der Regierung das Recht ver-

1) Wer in Kriegs- oder sonst in Diensten des Staates steht, hat eine besondere Verbindlichkeit gegen den Staat auf sich. Auch die im Texte aufgestellte Regel ist mit dem Vorbehalte zu verstehen, ne fraus legi fiat.

2) Ueber die Fälle, in welchen sich Einschränkungen dieser Art rechtfertigen lassen, lässt sich nichts im Allgemeinen festsetzen. In den Vereinigten Staaten ist die Beschränkung des Einwanderungsrechts schon oft selbst auf dem Kongresse zur Sprache gekommen. Bisher ohne Erfolg! Und mit Recht. Ein stark bevölkerter Staat hat in dieser Beziehung ein anderes Interesse, als ein Staat der entgegengesetzten Art. In den V. St. spricht noch überdies das Interesse der Verfassung gegen die Beschränkung jenes Rechts. Wegen der Verschiedenheit zwischen dem Deutschen und dem Englischen Nationalcharakter wird die grosse Zahl derer, welche aus Deutschland einwandern, von vielen Nordamerikanern als sehr vortheilhaft für die Erhaltung der Verfassung betrachtet.

3) Also z. B. gegen Entrichtung derselben Abgaben. Haben die Inländer keine Weg- (oder Chaussée-) Gelder zu entrichten, so ist diese Freiheit billig auch auf die Ausländer auszudehnen.

bleibt, diejenigen ihrer Unterthanen, welche in auswärtigen Diensten angestellt sind, in einem jeden Augenblick einzuberufen¹⁾. Umgekehrt lässt sich zwar die (eine zu gewöhnliche) Beschränkung jener Freiheit, — dass sich der Ausländer durch einen Pafs legitimiren muss, — (nach den Grundsätzen des Nothrechtes) vertheidigen. Jedoch könnte die Verbindlichkeit zu dieser Legitimation vielleicht ohne Gefahr auf ausserordentliche Zeiten und Umstände beschränkt werden, wie sie auch in Europa erst in solchen Zeiten überhaupt oder allgemein eingeschränkt worden ist²⁾. — Die Freiheit, sich ins Ausland zu begeben, hat zugleich ein besonderes konstitutionelles Interesse für sich. Eine Regierung, welche ihren Unterthanen diese Freiheit verkümmert, verwandelt ihr Gebiet in demselben Verhältnisse in ein grosses Gefängniß. Ein Verhafteter aber, besonders ein unschuldig Verhafteter, kann sich, um seiner Haft los und ledig zu werden, gar Manches erlauben, was einem Andern nicht erlaubt ist. Wo dagegen das Auswandern einem Jeden freisteht, sind Klagen über die Verfassung oder über die Regierung allemal weniger gerecht oder weniger zu fürchten. Patet exitus! Wer z. B. in Europa eine Vorliebe für die Demokratie hat, — die Wahl zwischen dieser Verfassung und der Monarchie ist in einem gewissen Sinne eine Geschmacksache, — braucht sich dann nur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika niederzulassen. In der That haben auch in unseren Tagen die vielen Auswanderungen nach Amerika viel-

1) Struben, Nebenstunden 111, 18. — Wie weit man in dieser Beziehung in der Strenge gehen könne, lehrten die Dekrete Napoleons v. 6. April 1809 und v. 26. Juni 1811. (Vgl. m. Handb. des franz. Civilrecht §. 166.) Und doch sind in Frankreich diese Decrete noch jetzt in Kraft.

2) Deutschland verdankt diese schöne Erfindung den Franzosen, der französischen Revolution. Auf diese Veranlassung hat auch Grossbritannien zuerst einen Alien-Akt erhalten. Aber er ist sehr mild, und wird noch milder vollzogen. Pfister, eine namhafte Auktorität, bemerkt in seinen Kriminalrechtsfällen, dass die grössten Spitzbuben gewöhnlich die besten Papiere haben.

leicht nicht weniger vortheilhafte Folgen für das Interesse der Monarchie als für das der Demokratie in Amerika.

Der in Frage stehende Grundsatz fordert *zweitens* Freiheit des Waarenverkehrs zwischen dem In- und dem Auslande, Handelsfreiheit unter allen Völkern der Erde. — Mit diesem Grundsatze steht nicht etwa blos die Politik im Widerspruche, welche (wie z. B. die Politik der Chinesischen und die der Japanischen Regierung) das Inland dem Handelsverkehre mit dem Auslande gänzlich verschließt, sondern schon die, welche, um den Erwerbsfleiß im Inlande zu begünstigen, die Einfuhr gewisser Waaren entweder schlechthin verbietet oder doch mit hohen Zöllen belastet, (welche also die *aemulatio* in eine *obtrectatio* verwandelt). Eben so wenig ist mit jenem Grundsatze ein Verbot der Waarendurchfuhr oder auch nur eine Belastung der Waarendurchfuhr mit Zöllen vereinbar. Wenn auch die Waaren, welche aus einem Lande durch ein anderes in ein drittes geführt werden, während der Durchfuhr des Staatsschutzes in diesem Lande genießsen, so folgt doch hieraus keinesweges, dass sich Transitzölle rechtfertigen ließen. Die Land- und Wasserstrassen, welche durch ein Land führen, sind Gemeingut der Völker. Wenn auch die Völker berechtigt waren, den Erdboden sich einseitig zuzueignen, so durften sie doch durch diese Vertheilung nicht die Gemeinschaft oder den geselligen Verkehr unter den Menschen aufheben oder erschweren. Ueberdies unterstützen und befördern die Freiheit des persönlichen und die des Waarenverkehrs einander gegenseitig. Der Wechselhandel z. B., eine Entdeckung des Mittelalters, welche eine kosmopolitische genannt werden kann, hat eben so wohl die Menschen beweglicher als die Waaren käuflicher gemacht.

Zu Folge desselben Grundsatzes soll es endlich *drittens* allen Völkern der Erde freistehen, einen geistigen Verkehr mit einander zu unterhalten, von einander zu lernen, einander die Erzeugnisse ihrer Literatur mitzutheilen, mit einem Worte, an

dem grossen Werke der Kultur und Civilisation gemeinschaftlich zu arbeiten. — Wenn auch die Menschheit als ein Ganzes noch fern von dem Ziele ist, welches sie hier nach zu verfolgen hat, so ist doch in Europa (auch in einem Theile des von Europäern bevölkerten Amerika's) schon viel für diese Freiheit des geistigen Verkehrs geschehen. Da unterhalten Zeitungen und Zeitschriften einen ununterbrochenen Gedankentausch unter den Völkern; da verschmilzt sich eine Europäische Literatur immer mehr und mehr, so dafs es, wie einen hohen regierenden, so einen hohen literarischen Europäischen Adel giebt; da giebt es Akademien der Wissenschaften, welche in ihre Mitte eben so wohl Fremde, als Inländer aufnehmen; da vereinigen sich in mehreren Ländern die Gelehrten eines gewissen Fachs zu Zusammenkünften, in welchen auch Fremde eine freundliche Aufnahme finden; da geniessen auch in einem Seekriege die Schiffe, welche die eine oder die andere kriegführende Macht auf eine Entdeckungsreise aussendet, aller Rechte der neutralen Flagge.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von dem Rechte der Fremden,

oder

von dem zweiten Grundsatze des Weltbürgerrechts.

(S. Hptst. I.)

In dem zweiten Grundsatze des Weltbürgerrechts wird der Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Menschen auf das Verhältniss zwischen In- und Ausländern, unbeschadet jedoch der Verschiedenheit und der Unabhängigkeit der Staaten von einander, angewendet. In der Regel also haben Ausländer, zu Folge dieses Grundsatzes, in einem jeden Staate dieselben Rechte oder sie können doch in einem jeden Staate dieselben Rechte er-

werben, wie die Inländer. Jedoch ist es einer jeden einzelnen Regierung verstattet, Ausnahmen von jener Regel zum Nachtheile der Fremden zu machen, wenn und in wie fern sich diese Ausnahmen als Mittel rechtfertigen lassen, welche zur Wahrung der Selbstständigkeit des Staates unumgänglich nothwendig sind.

Der vorliegende Grundsatz gilt erstens von den Fremden, welche sich nun vorübergehend im Lande aufhalten. Der Staatsverein ist nicht ein unter gewissen bestimmten Individuen abgeschlossener Vertrag; er ist vielmehr das Nachbild einer Idee, welche die Rechte der Menschen überhaupt unter den Schutz einer öffentlichen Macht zu stellen gebietet. — Dagegen kann sich nach Zeit und Umständen eine Gesetzgebung rechtfertigen lassen, welche diesen Fremdlingen sogar gewisse Vorrechte, — ein Gastrecht, — z. B. einen privilegierten Gerichtsstand, verleiht¹⁾. Denn, wer eines besonderen Schutzes bedarf, soll billig auch eines besonderen Schutzes genießen. Nicht selten sind in der Geschichte die Beispiele, dafs bei den rohesten Stämmen, bei Stämmen, welche den Fremdling und den Feind wohl selbst mit einem und demselben Worte bezeichnen²⁾, gleichwohl die Pflichten der Gastfreundschaft eine eben so grofse Ausdehnung als Heiligkeit haben. Bei Mehreren dieser Völkerschaften bestehen zugleich, für die Erwerbung der Rechte eines Gastfreundes, besondere und sonderbare Gebräuche³⁾. Erscheinungen, die nicht so schwer zu erklären sind! Ist nicht der Mensch überhaupt willig, einen Beistand zu lei-

1) Vergl. Mittermaier, Grundsätze des Deutschen Privatrechts §. 98.

2) Wie einst die Römer. *Adversus hostem aeterna auctoritas esto!* lautet ein Gesetz der XII. Tafeln.

3) Z. B. bei den Beduinen (s. Burckhard's Reisen); auf einigen Inseln der Südsee. — An diese Gebräuche reihen sich denn wieder andere, wenn die Völkerschaft zu einer höheren Bildungsstufe fortgeschritten ist. S. Tomasini de tesseris hospitalitatis liber singularis. In J. Gronovii thesau. Graecar. antiquit. Vol. 1.

sten, dessen er selbst im nächsten Augenblicke bedürfen kann? Wird nicht ein Gebrauch, je sonderbarer er ist, desto getreulicher beobachtet? — Auf keinen Fall aber kann der Gast ein Recht im Lande erwerben oder geltend machen, welches nach den Gesetzen des Landes ein Unrecht ist. Z. B. Ein Sklav, der den Boden Großbritanniens betritt, ist frei. Ein Ausländer also, der nach Großbritannien kommt, und einen Sklaven bei sich hat, kann diesen, wenn er ihm entläuft, nicht verfolgen¹⁾.

Der vorliegende Grundsatz gilt *zweitens* von denen, welche in ein Land eingewandert sind, also ihren Wohnsitz in ein anderes Land bleibend verlegt haben. — Diese haben sogar dem Weltbürgerrechte nach einen wohlbegründeten Anspruch auf dieselben staatsbürgerlichen Rechte, wie die Eingebornen. So wie jedoch die Erwerbung oder die Ausübung des Staatsbürgerrechts überhaupt, in dem Interesse des Staates, von gewissen Bedingungen abhängig gemacht werden kann, so gilt dasselbe auch von der Theilnahme der Einwanderer an diesem Rechte. Das billigste Gesetz ist das, welches Eingewanderte, erst nachdem sie sich eine gewisse Zeit lang im Lande aufgehalten haben, zur Ausübung des Staatsbürgerrechts zulässt²⁾, das unbilligste das, welches sie von der Erwerbung des Staatsbürgerrechts schlechthin ausschließt.

Endlich *drittens*: Vermöge desselben Grundsatzes können alle die Rechte, welche in einem Lande dem Inländer zustehen — das Staatsbürgerrecht jedoch ausgenommen³⁾, — von einem Ausländer, auch ohne dass sich dieser in dem Lande aufzuhalten oder nie-

1) Et sic saepe judicatum est.

2) Selbst die Gesetze der Staaten der Union schreiben diese Bedingung vor.

3) Nam nemo duarum civitatum civis esse potest. (In den Deutschen Staaten kommen hin und wieder Ausnahmen von dieser Regel vor, — Anomalien, welche zu schwer zu lösenden Aufgaben Veranlassung geben.)

derzulassen braucht¹⁾), erworben und ausgeübt werden. Es kann also z. B. ein Grundstück auch einen Ausländer zum Eigenthümer haben; ein Grundstück kann einem Grundstücke des Nachbarlandes dienstbar seyn; in Beziehung auf das Erbrecht ist zwischen In- und Ausländern kein Unterschied zu machen; ein Ausländer kann gegen einen Inländer dieselben Vertragsrechte, wie ein Inländer, z. B. durch Briefe oder in einem dritten Lande²⁾ erwerben. Den Inbegriff der Rechte, welche einem Ausländer zu Folge dieser Regel (der dritten) zustehen, kann man das Fremdenrecht oder das Recht der Fremden nennen.

Man kann in seinen Rechten von einem andern Lande aus verletzt werden, ohne daß man sich in diesem Lande aufhält oder ein Besitzthum in demselben hat, ohne daß also die Widerrechtlichkeit der Handlung schon aus dem Gastrechte oder aus dem Rechte der Fremden abgeleitet werden kann. Es kann z. B. der A in dem Lande B, seinem Wohnlande, eine Schmähschrift gegen den C, den Einwohner eines andern Landes, bekannt machen, — oder es kann ein Zweikampf zwischen A und B, den Einwohnern zweier verschiedener Länder, in welchem A fällt oder verwundet wird, auf der Grenze so vollzogen worden seyn, daß A in dem einen, B in dem andern Lande stand, oder es kann im Inlande der Verlagsartikel eines auswärtigen Buchhändlers nachgedruckt werden³⁾. Nun

1) So unterscheidet sich dieser Fall von den vorigen beiden. (Es ist also bei dieser — dritten — Regel unter einem Ausländer jederzeit der zu verstehen, der im Auslande nicht nur seinen Wohnsitz, sondern auch seinen Aufenthalt hat.)

2) S. einen hieher gehörenden Fall in den Times. Jahr 1839. Monat November Nr. 17,199.

3) Ein merkwürdiger Fall, in welchem eine ähnliche Frage zur Sprache kam, wurde im Jahre 1840 von den französischen Gerichten entschieden. Der Engländer Rowland verfertigt zu London ein Schönheitsmittel, Macassar-Oel, für welches er ein Patent gelöst hat. Er hat einen Kommissionair zu Paris. Als nun ein anderer Pariser Kaufmann dasselbe Mittel unter derselben

ist zwar auch in den Fällen dieser Art der Staat verpflichtet, die Ausländer unter den Schutz seiner Gesetze zu stellen. Diese Verbindlichkeit aber beruht nicht auf den Grundsätzen des Weltbürger-, sondern auf denen des Völkerrechts. Denn der Grund dieser Verbindlichkeit ist nicht der, dass der Staat auf die Erhaltung oder Wiederherstellung der von der Koexistenz mehrerer Staaten bedrohten Einheit der menschlichen Gesellschaft Bedacht zu nehmen hat, sondern der, daß der Staat seine Unterthanen im Verhältnisse zu dem Auslande, sie mögen in diesem Verhältnisse in ihren Rechten verletzt worden seyn oder Rechte verletzt haben, zu vertreten hat.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von der

Stellung des Weltbürgerrechts zum Völkerrechte.

Eine Verletzung der Vorschriften des Weltbürgerrechts ist nicht etwa zugleich eine völkerrechtswidrige Handlung*). Das Volk handelt vielmehr widerrechtlich, welches ein anderes Volk zur Bekräftigung oder Befolgung der Grundsätze des Weltbürgerrechts mit den Waffen anhält. Die Selbstständigkeit der Völker in ihren inneren Angelegenheiten ist der oberste Grundsatz des Völkerrechts. Wie aber in einem gegebenen Staate das Verhältniß zwischen dem In- und dem Auslande zu bestimmen sey, ist eine innere Angelegenheit dieses Staates. Ist nicht von Rechts wegen auch der einzelne Mensch der Herr seines Umgangs mit andern Menschen?

Etiquette ohne Auftrag verkaufte, belangte ihn Rowland auf Schadenersatz. Und es wurde ihm dieser in zwei Instanzen zuerkannt.

*) Daher sollten die Lehren des Weltbürgerrechts nicht, wie es doch von den meisten Schriftstellern geschieht, dem Völkerrechte einverleibt werden.

Es giebt jedoch eine Art der Feindseligkeiten (oder des Krieges), von welcher eine Regierung, unbeschadet der Grundsätze des Völkerrechts, Gebrauch machen kann, um eine andere Regierung zur Bekräftigung oder zur Vollziehung der Vorschriften des Weltbürgerrechts zu nöthigen, — die Retorsion, eine antikosmopolitische Handlungsweise, welche von einer Regierung der andern erwidert wird¹⁾. — Dem Völkerrechte nach ist die Retorsion eine schlechthin erlaubte Maasregel. Denn nach diesem Rechte ist es den Regierungen überhaupt anheimgestellt, ob sie die Vorschriften des Weltbürgerrechts befolgen oder nicht befolgen wollen. Aus dem Standpunkte des Staatsrechtes betrachtet bedarf dagegen die Retorsion für eine jede ihrer Maasregeln eines besondern Rechtfertigungsgrundes. Denn ein Unrecht, das erwidert wird, ist deswegen nicht weniger ein Unrecht. Eine Retorsion fügt oft zu dem Verluste, welches man durch das Unrecht erleidet, einen zweiten, einen gleichartigen oder einen neuen, hinzu²⁾. Auf keinen Fall darf sich der Richter eine Retorsion erlauben, zu welcher ihn nicht die Gesetze ausdrücklich ermächtigt haben.

FÜNFTES HAUPTSTÜCK.

Von dem

antikosmopolitischen Geiste der positiven Gesetze.

Zur

Philosophie des positiven Rechts.

Ein positives Recht, welches mit den Grundsätzen des Weltbürgerrechts vollkommen übereinstimmt, möchte

1) Von der Retorsion kann noch in einer andern Beziehung Gebrauch gemacht werden. Von dieser in dem folgenden Buche.

2) Z. B. Nach dem Rechte einiger Kantone der Schweiz stehen

sich schwerlich, sey es in der Vergangenheit oder in der Gegenwart, nachweisen lassen. (Sind nicht auch die Menschen insgesamt Egoisten?) Nur mehr oder weniger sind die positiven Rechte eines antikosmopolitischen Geistes. Die positiven Gesetzgebungen, welche das Aeufserste geleistet haben, was eine antikosmopolitische Gesetzgebung leisten kann, sind vielleicht die Chinesische, die Spartanische, die Mosaische. Unter diesen drei Gesetzgebungen möchte wieder der Mosaischen der Preis des Antikosmopolitismus gebühren. Ueber die ganze Erde zerstreut, nachdem der Jüdische Staat schon vor so vielen Jahrhunderten untergegangen ist, sind dennoch die Juden überall und noch jetzt scharf und schroff von allen andern Völkern gesondert*). Unter den Gesetzgebungen, welche des entgegengesetzten Charakters sind, behauptet die der vereinigten Staaten von Nordamerika eine ehrenvolle Stelle.

Eine Hauptursache — vielleicht die allein ursprüngliche — des antikosmopolitischen Geistes der positiven Rechte ist die Verschiedenheit der Völker ihrer Natio-

in einem Gante die ausländischen Gläubiger den inländischen nach. Die Retorsion greift den Privatkredit der Inländer an. — Wenn eine Regierung retorquendo die Einfuhr gewisser Waaren verbietet oder mit hohen Zöllen belastet, so hat diese Maasregel zugleich die Folge die Einfuhr der Waaren in das Land, gegen welches die Maasregel gerichtet ist, zu vermindern. Denn aller Handel ist ein Tausch.

*) „Moses, quo sibi in posterum gentem firmaret, novos ritus contrariosque caeteris mortalibus indidit. Profana illic omnia, quae apud nos sacra; rursum concessa apud illos, quae nobis incesta.“ Tacit. histor. V. 4. (Wie verschieden beurtheilen doch einen und denselben Gegenstand auch die einsichtsvollsten Männer, je nachdem ihr Standpunkt dieser oder ein anderer ist.) — In Deutschland giebt es unter den Juden eine nicht zu verachtende Parthei, welche, um das Volk zu entnationalisiren (oder für das Christenthum vorzubereiten,) den Deismus predigen, gleich als wäre dieser die Lehre Mosis. — Auf die Aehnlichkeit, welche zwischen der Mosaischen und der Lykurgischen Gesetzgebung auch in Einzelheiten eintritt, kann hier nur gelegentlich aufmerksam gemacht werden.

nalität oder Abstammung nach. — Unter Nationen oder Stämmen tritt ein ganz ähnliches Verhältniß ein, wie unter Familien. Die eine Familie, die eine Nation will es der andern zuvorthun, die eine hält sich für edler oder edlergebohren, als die andere*), das Interesse der einen durchkreuzt das Interesse der andern. So entstehen unter Nationen, wie unter Familien, erst einzelne Händel und Reibungen. An diese reihen sich dann mit der Zeit erbliche Vorurtheile und Antipathien, welche eine Nation gegen die andere hegt. Das endliche Resultat ist Nationalfeindschaft. Wie kann aber bei Völkern, welche als Nationen einander verfeindet sind, das Weltbürgerrecht Eingang finden? Wenn man nun annehmen kann, das es ursprünglich so viele Staatsvereine und Völkerschaften als Stämme und Nationen gab, und daß die Ursachen, durch welche Nationen einander entfremdet werden, in dem Kindesalter der Menschheit besonders wirksam waren, so darf man behaupten, daß alle positive Rechte ursprünglich nationale oder antikosmopolitische Rechte waren, und daß das Weltbürgerrecht überall, wo es zu Ansehn gelangt, seinen Sieg über jene Rechte nur der Kultur und Civilisation verdankte. Mit einem Worte, ein Volk muß schon in einem gewissen Grade entnationalisirt seyn, wenn es den Grundsätzen des Weltbürgerrechts gelingen soll, sich bei ihm geltend zu machen. — Das ist nicht so zu deuten, als ob Kosmopolitismus und Patriotismus unvereinbar mit einander wären. Der Mensch steht zu seinen Mitmenschen in einer Menge praktischer Verhältnisse, die ihn in engeren und weiteren Kreisen stufenweise umgeben. Wenn auch in Kollisionsfällen die besonderen Pflichten den allgemeinen vorgehen, so liegt doch in der Erfüllung jener zugleich die beste Vorbereitung zur Erfüllung dieser. Wer in sei-

*) Sehr oft kommt in der Geschichte der Fall vor, dass, wenn eine Nation aus mehreren Stämmen besteht, der eine Stamm sich für den edelsten hält oder für den edelsten gehalten wird. S. z. B. Tacit Germn. c. 39.

nem Hause ein Despot ist, wird, zur Gewalt gelangt, denselben Charakter offenbaren, sollte er auch bis dahin die Rechte des Volks noch so eifrig vertheidiget haben.

Der antikosmopolitische Geist, welcher in dem positiven Rechte eines Volkes lebt, kann ferner auf dem Interesse der Staatsverfassung oder (was in den meisten Fällen dasselbe ist) auf dem Interesse der öffentlichen Macht beruhn. — Eine geistliche Herrschaft z. B. würde ihren Vortheil gänzlich verkennen, wenn sie es ihren Unterthanen freistellen wollte, mit den Ungläubigen oder mit den Irrgläubigen nach Gefallen zu verkehren. Die Hierarchie der katholischen Kirche hat daher weislich, besonders seit den Zeiten der Reformation, auf Mittel bedacht genommen, die Gläubigen von der Gefahr zu bewahren, welche ihnen der geistige Verkehr mit den Akatholiken bringen könnte. Auch eine jede andere väterliche Herrschaft hat eine ähnliche Politik zu befolgen. Auf die Unmündigkeit des Volkes sich gründend, hat sie, diese Politik verschmähend, zu befürchten, daß der Verkehr mit dem Auslande Ansichten und Wünsche oder Bedürfnisse im Volke verbreiten werde, welche mit der Zeit die Grundlagen der Verfassung erschüttern könnten. In Europa freilich läßt sich diese Politik leichter empfehlen als durchführen. Darum nagt an den in Europa bestehenden väterlichen Einherrschaften insgeheim ein Wurm, welcher diese Verfassungen, je langsamer, desto sicherer untergräbt.

Zu den Ursachen, aus welchen der antikosmopolitische Geist der meisten positiven Rechte abzuleiten ist, gehört auch der Erwerbsneid. — Besonders diese Ursache hat die Rechte der Germanischen Völker den Grundsätzen des Weltbürgerrechts entfremdet. Zuerst gelangte eine auf Erwerbsneid gegründete Politik in den Städten der Germanischen Staaten zur Herrschaft. Das war eine unmittelbare Folge von dem Ansehen und Einflusse der Zünfte und Innungen in diesen Städten. Denn Zünfte und Innungen gehen überall darauf aus, die Zahl der Mitwerber

nöglichst zu beschränken, ihr Monopolium namentlich gegen Auswärtige aufrecht zu erhalten. Dieselbe Politik ahmten in der Folge die Regierungen im Großen, zum Schutze des inländischen Erwerbsfleisses gegen den des Auslandes, nach. — Derselben Ursache ist es beizumessen, daß kleine Staaten den Grundsätzen des Weltbürgerrechts so häufig untreu werden. Ob sie wohl, je beschränkter ihre Mittel sind, desto mehr geneigt seyn sollen, Fremde zum Einwandern zu veranlassen und so die Talente oder Kapitalien des Auslandes für das Inland zu gewinnen, so sind doch in diesen Staaten der Gelegenheiten, wie man sein Fortkommen, z. B. im Staatsdienste, finden kann, vergleichungsweise so wenige, daß von denselben gewöhnlich die gerade entgegengesetzte Politik befolgt wird. Hierzu kommt, daß, je enger ein Verein in Beziehung auf die Zahl seiner Mitglieder ist, desto mehr ihm ein Geist der Ausschließung herrscht.

Endlich ist den in Frage stehenden Ursachen auch die Verschiedenheit der Religionen — oder, richtiger, die Verschiedenheit der Glaubensmeinungen, — beizuzählen. Diese Ursache dürfte sogar unter allen übrigen diejenige seyn, welche der Bekehrung aller Völker der Erde zu den Grundsätzen des Weltbürgerrechts die unübersteiglichsten und bleibendsten Hindernisse in den Weg legt. Denn die Idee, welche dem Weltbürgerrechte zum Grunde liegt, steht mit den erhabensten Wahrheiten der Religion in einem so genauen Zusammenhange, daß das Weltbürgerrecht nur bei den Völkern, welche an diese Wahrheiten glauben, zu der ihm gebührenden Herrschaft gelangen kann.

Allein es giebt Religionen, welche, (wie z. B. die der Indianer in Nordamerika,) noch so unausgebildet sind, daß sie mehr in der Ahndung übersinnlicher Wesen als in bestimmten Glaubenslehren bestehen. — Es giebt andere, welche, wenn auch ausgebildeter und wenn auch duldsam, dennoch die Idee der Einheit der menschlichen Gesellschaft oder die der rechtlichen Gleichheit aller Menschen auf

keine Weise unterstützen. In diese Klasse gehören die polytheistischen Religionen, deren Gottheiten nicht bloß Nationalgottheiten, (Schutzgottheiten einer bestimmten Nation) sind. — Die Religionen, welche ihren Bekennern die Pflicht auferlegen, entweder einen einzigen Gott als ihren Nationalgott oder auch mehrere Götter in derselben Eigenschaft zu verehren, sind sogar eines dem Weltbürgerrechte feindseligen Geistes. Die Mosaische Gotteslehre ¹⁾, die Gotteslehre der Hellenen und die (wenigstens die älteste) der Römer z. B. waren dieses Geistes. — Endlich die monotheistischen Religionen scheinen zwar ihrem Wesen nach von der Beschaffenheit zu seyn, daß sie ihre Bekenner für das Weltbürgerrecht stimmen müssen. Denn der Monotheismus ist die Lehre von einem einigen Gotte, dem Schöpfer Himmels und der Erde, dem Herrn aller Menschen und Völker. Gleichwohl entsprechen nicht alle positive Religionen dieser Klasse der Erwartung, welche man von ihrem kosmopolitischen Geiste hegen sollte.

Die drei monotheistischen Religionen, welche darma-
len die meisten Bekenner zählen, sind die Bramalehre, das Christenthum, die Lehre Mohammeds oder der Islam²⁾. Unter diesen drei Religionen kommt nur dem Christenthume die Eigenschaft einer weltbürgerlichen oder kosmopolitischen Religion zu. (Wie wunderbar, daß das Christenthum zuerst einem Volke gepredigt wurde, dessen Gesetze und Meinungen im höchsten Grade antikosmopo-

1) Wie hat man doch verkennen können, daß der Jehova des Volkes Israel, und der Gott der Christen nicht dasselbe Wesen, — jener ein Nationalgott, dieser der Gott aller Menschen, — sey!

2) Ich habe diese drei Religionen in chronologischer Ordnung angeführt. In Beziehung auf die Zahl ihrer Bekenner folgen sie auf einander in absteigender Linie so: Bramalehre, Islam, Christenthum. — Zur Bramalehre rechne ich auch den Buddhismus. Freilich herrschen über das Verhältniß zwischen beiden noch mehrere Dunkelheiten. Uebrigens ist in dieser Religion die Lehre von einem einzigen Gotte am meisten durch eine Mythologie entstellt.

litisch waren!) Denn nur dem Christenthume liegt die Idee des höchsten Wesens zum Grunde, daß Gott der *Vater* aller Menschen sey. Nur das Christenthum stellt alle Menschen ihre Pflichten, Ansprüchen und Hoffnungen nach einander gleich. Nur das Christenthum ist weder auf eine bestimmte Nationalität, noch auf eine bestimmte Oertlichkeit berechnet. Nur die Moral des Christenthumes also enthält die Lehren, welche die Aufgabe und die Grundlage des Weltbürgerrechts sind.

Schon wegen des Zusammenhangs also, in welchem das *Weltbürgerrecht* mit einer *Weltreligion* steht, darf es, mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der positiven Religionen, nicht befremden, wenn die positiven Rechte, welche den Grundsätzen des Weltbürgerrechts huldigen, nur zu den Seltenheiten gehören. Man kann sogar behaupten, daß die Idee eines Weltbürgerrechts das ausschließliche Eigenthum derjenigen Völker sey, welche sich zum Christenthume bekennen, — daß die Europäischen Völker den weltbürgerlichen Charakter ihrer Kultur und Civilisation, und den ihrer positiven Rechte, dem Christenthume, wenn auch nicht allein, doch vorzugsweise verdanken.

Auf eine eigenthümliche Weise offenbart sich der weltbürgerliche Geist des Christenthums, — die Eigenschaft der christlichen Religion, in der sie eine *Weltreligion*, d. i. eine Religion ist, welche zum Heile der gesamten Menschheit verkündet, der Glaube aller Menschen seyn kann und soll, — in der römisch-katholischen Kirche. Diese Kirche leitet aus jener Eigenschaft des Christenthumes die Folgerung ab, daß ein christlicher Staat, ein Staat Gottes, ein Weltstaat die gesamte Menschheit umfassen, sich über die gesamte Erde erstrecken solle. Sie selbst ist dieser Staat. — Entspräche die römisch-katholische Kirche auch in der Erfahrung der Idee eines Weltstaates vollkommen, — reichte also ihr Gebiet so weit, als die bewohnbare Erde, und begriffe die Gewalt der Kirche nicht nur die geistliche, sondern auch die

weltliche Gewalt in sich, beständen mithin nicht innerhalb ihres Gebietes wieder mehrere weltliche Staaten, so würden für die Gesetzgebung dieser Kirche die Aufgaben, welche das Weltbürgerrecht, so wie dieses Recht oben dargestellt worden ist, zu lösen hat, überall nicht besondere und selbstständige Aufgaben seyn. Das Recht der katholischen Kirche würde unter jenen Voraussetzungen schon seinem Wesen nach einen weltbürgerlichen Charakter haben, wenn auch mit den Einschränkungen, welche sich aus der Natur einer geistlichen Herrschaft ergeben. — Jedoch in der Erfahrung stellt sich die Sache anders. Da bestehen aufserhalb und innerhalb des Gebiets der Kirche noch andere Staaten; — aufserhalb des Gebiets der Kirche die Staaten der ungläubigen und der irrgläubigen Völker, in dem Gebiete der Kirche die weltlichen Staaten. Da steht also die römisch-katholische Kirche in einem doppelten Verhältnisse, in welchem von dem kosmopolitischen oder antikosmopolitischen Geiste ihrer Gesetze die Frage seyn kann. — In dem ersteren Verhältnisse hat das Recht dieser Kirche (wie schon oben erwähnt worden ist) im Ganzen einen antikosmopolitischen Charakter. Wie könnte es anders seyn, da die Kirche noch eine andere und höhere Würde kennt, als die, welche der Mensch als Mensch hat? da sie, auf Weltherrschaft Anspruch machend, in denen, welche die Gültigkeit dieses Anspruchs nicht anerkennen, nur Feinde erblicken kann? — In dem letzteren Verhältnisse aber war die römisch-katholische Kirche von jeher der Pflichten eingedenk, welche ihr der kosmopolitische Geist des Christenthums auferlegte. Durch die Erfüllung dieser Pflichten erwarb sie sich besonders im Mittelalter grofse Verdienste um die Europäische Menschheit. Die Reisenden schützte das Pilgergewand; die kirchlichen Wohlthätigkeitsanstalten standen auch den Fremdlingen offen; durch die Universitäten und durch die Klöster veranlafste und pflegte die Kirche einen literarischen Verkehr unter allen Völkern

der katholischen Christenheit¹⁾; und eben so gewährte sie dem Handel mannigfaltige Gelegenheiten und Aufmunterungen²⁾.

Man kann den Inhalt des vorliegenden Hauptstücks kurz so zusammenfassen: Das Weltbürgerrecht hat dieselben Feinde, wie der Grundsatz der rechtlichen Gleichheit überhaupt.

1) Die Gelehrtenwelt verdankte auch die Einheit ihrer Sprache der Kirche. Diese Sprache, die lateinische, war die amtliche Sprache der Kirche.

2) Die kirchlichen Feste, der Ablass (indulgentiae), der an gewissen Orten an bestimmten Tagen zu erlangen war, gaben Veranlassung zur Entstehung der Messen, der Dulte. (Von indulgere.)

DREISSIGSTES BUCH.

Das Staatenrecht.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Begründung des Staatenrechts).*

Dem Weltbürgerrechte liegt die Idee eines Weltstaates, eines die gesamte Menschheit umfassenden Staates zum Grunde; das Staatenrecht hat die Idee eines Völkerstaates zu seiner Grundlage.

Der Grundsatz des Weltbürgerrechts lautete so: Wenn auch die menschliche Gesellschaft in mehrere Staatsvereine gespalten ist, so soll doch eine jede einzelne Regierung das Verhältniß zwischen den In- und den Ausländern so bestimmen, als ob ein Staat die gesamte Menschheit in sich begriffe, oder als ob alle Menschen Bürger eines und desselben Staates wären. Mit andern Worten, es soll eine jede einzelne Regierung, so weit es in ihrer Macht steht, die Idee eines Weltstaates in Beziehung auf die Rechte der Menschen, diese als Einzelne und als Weltbürger betrachtet, darstellen.

Dagegen lautet der Grundsatz des Staatenrechtes so: Wenn auch in der Erfahrung mehrere von einander unabhängige Staaten neben einander existiren, so soll doch eine jede einzelne Regierung ihre Hoheitsrechte so ausüben, wie sie dieselben, wenn alle Staaten der Erde einen einzigen Völkerstaat bildeten, in Beziehung auf die Hoheitsrechte der übrigen Staaten aus-

*) Vergl. oben Band 1. S. 129.

zuüben verpflichtet seyn würde, damit das Verhältniß unter mehreren Staaten der Idee eines alle Staaten der Erde umfassenden Staates wenigstens annäherungsweise entspreche. (Unter Hoheitsrechten sind im Staatenrechte nicht alle und jede Rechte der Staatsgewalt oder der Machtvollkommenheit, sondern nur diejenigen zu verstehn, welche der Regierung, als solcher, d. i. über ihr Gebiet und über ihre Unterthanen zustehn. Das Recht des Krieges und des Friedens ist daher im Staatenrechte unter den Hoheitsrechten nicht begriffen.)

Beide, das Weltbürgerrecht und das Staatenrecht, sind Theile des Staatsrechts, d. i. beide Rechte handeln nur von Schranken, welche eine Regierung sich selbst — nach dem einen oder nach dem andern jener Rechte — zu setzen hat. Weder das eine noch das andere ermächtigt ein Volk, gegen ein anderes Volk, welches die Vorschriften des Weltbürgerrechts oder die des Staatenrechts verletzt hat, die Waffen zu ergreifen. Sondern nur die Verfassung eines jeden einzelnen Staates kann die Heilighaltung dieser Rechte verbürgen. Sowohl das eine als das andere Recht also ist eine besondere, eine von dem Völkerrechte verschiedene Wissenschaft¹⁾. Sie würden die Eigenschaft besonderer Wissenschaften selbst dann behalten, wenn man sie mit Rücksicht auf das Recht eines Völkerstaates bearbeitete. Obwohl alsdann Bestandtheile dieses Staatsrecht würden sie doch noch immer besondere Aufgaben und diese nach besonderen Grundsätzen zu beantworten haben.

Das Staatenrecht²⁾ läßt daher den Grundsatz des Völkerrechts, d. i. des auf das Verhältniß unter Völkern angewendete Naturrechts, — daß das Gebiet eines Staates für

1) Was gleichwohl oft übersehen worden ist. S. die Schriften, welche von Struve (über das positive Rechtsgesetz in seiner Beziehung auf räumliche Verhältnisse) S. 5. angeführt hat.

2) Dasselbe gilt auch von dem Weltbürgerrechte; was jedoch hier weiter nicht in Betracht kommt.

alle andere Völker ein Heiligthum seyn solle, daß eine Regierung innerhalb ihres Gebiets von einer jeden andern Regierung schlechthin unabhängig sey, — in seiner ganzen Kraft bestehen. Das Staatenrecht ertheilt nicht etwa einem Volke gegen das andere neue Rechte, d. i. nicht etwa Rechte, welche dem einen Volke gegen das andere nicht schon dem Völkerrechte nach zuständen. Angenommen, z. B. daß dem Staatenrechte nach die Regierungen, eine jede in ihrem Gebiete, auch im Auslande gesprochene Urtheile in Vollziehung zu setzen haben, so handelt doch deshalb eine Regierung nicht völkerrechtswidrig, welche in ihrem Gebiete, also auf ihrem Grund und Boden, solchen Urtheilen die Vollziehbarkeit gänzlich versagt. (*Qui jure suo utitur, nemini injuriam facit*). Umgekehrt kann das Staatenrecht die Regierungen nicht zu einer Handlungsweise ermächtigen, welche mit den Grundsätzen des Völkerrechts im Widerspruche stehn würde. Denn da ein Volk im Verhältniß zu andern Völkern gleich als ein einzelner Mensch zu betrachten ist, so kann es sich nicht zur Vertheidigung einer völkerrechtswidrigen Handlung auf die Grundsätze berufen, welche es bei der Leitung seiner inneren Angelegenheiten zu befolgen hat. Angenommen z. B., daß, wenn sich ein Verbrecher aus seinem Wohnlande in ein anderes Land geflüchtet hat, das Staatenrecht die auswärtige Regierung zur Auslieferung des Geflüchteten verbinde, so kann doch diese Verbindlichkeit nicht auf politische Verbrechen ausgedehnt werden. Denn in der Auslieferung eines Verbrechers dieser Art wurde eine völkerrechtswidrige Intervention in den inneren Angelegenheiten des Staates, in welchem das Verbrechen verübt worden ist, liegen.

Hieraus folgt zugleich: Wenn in irgend einem Falle das, was in dem einen Staate Rechtens ist, kraft der Vorschriften des Staatenrechts in einem andern Staate in Vollziehung zu setzen ist, so steht gleichwohl alles das, was die Vollziehung für sich, z. B. die Bedingungen und die Art derselben betrifft, lediglich und allein unter dem

Rechte desjenigen Staates, von welchem die Vollziehung ins Werk zu setzen ist. In so fern ist und bleibt dieser Staat dennoch schlechthin selbstständig. — Beispiele: Sollte auch für die Entscheidung einer gewissen bürgerlichen Rechtssache ein auswärtiges Recht maßgebend seyn, das gerichtliche Verfahren in der Sache steht dennoch lediglich und allein unter den Gesetzen desjenigen Staates, vor dessen Gerichten die Sache anhängig ist. Der Klage eines Ausländers wird die Einrede der Verjährung*) entgegengesetzt. Die Zulässigkeit dieser Einrede, (z. B. die Frage, ob die zur Verjährung erforderliche Zeit abgelaufen sey,) ist schlechthin nach dem Rechte des Gerichtsstandes zu beurtheilen. — Ein Wechsel, welchen ein Londner Haus auf ein Pariser Haus gezogen hat, wird von dem Trassaten nicht acceptirt und daher von dem Präsentanten protestirt. Sowohl nach dem Französischen als nach dem Englischen Rechte muß die Protestation in einer gesetzlich bestimmten Frist nach der Verweigerung der Acceptation geschehn. Kürzer ist diese Frist nach dem Französischen, länger nach dem Englischen Rechte. Der Präsentant wird berechtigt seyn, seinen Rückgriff gegen das Londner Haus zu nehmen, wenn er auch nur die längere Frist des Englischen Rechts nicht versäumt hat. — In einem Lande soll ein im Auslande gesprochenes Urtheil in Vollziehung gesetzt werden. Bei der Vollziehung ist die Executionsordnung jenes Landes in Anwendung zu bringen.

In dem oben aufgestellten Grundsätze des Staatenrechts liegen wieder drei Sätze, ein Verbot und zwei Gebot.

Erstens: Ein jeder einzelne Staat hat durch die Ausübung seiner Hoheitsrechte (nicht die Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, welche einem andern Staate über dasselbe Individuum oder über denselben Gegenstand zustehn oder

*) Man übersehe nicht, daß hier nur von der Verjährung (praescriptio) und nicht von der Ersitzung die Rede sey.

zugestanden haben können; mit andern Worten (denn Hoheit und Unterthänigkeit sind Wechselbegriffe; wer jene beschränkt, beschränkt auch diese und umgekehrt), wenn ein und dasselbe Individuum etc. mehreren Staaten zugleich unterthänig ist oder nacheinander unterthänig war, so ist die eine Unterthänigkeit mit der andern, so wie es die Beschaffenheit der verschiedenen Arten der Unterthänigkeit oder beziehungsweise die unter ihnen eingetretene Reihenfolge fordert, in Uebereinstimmung zu setzen. — Ferner ist, wie die Hoheit ein wesentlich unbedingtes Recht, so die Unterthänigkeit eine wesentlich unbedingte Pflicht. In der Erfahrung jedoch können sich die Verhältnisse so stellen, daß ein und dasselbe Individuum gegen mehrere Staaten zugleich Unterthanenpflichten auf sich hat. Denn es ist die Unterthänigkeit entweder eine persönliche oder eine dingliche Unterthänigkeit. (*Subjectio est vel personalis vel realis.*) Die erstere ist eine Unterthänigkeit, in welcher das Individuum für seine Person zu einem bestimmten Staate steht; und zwar entweder weil dieses Individuum seinen Wohnsitz oder weil es seinen Aufenthalt in dem Gebiete dieses Staates hat. (*Subditi perpetui*, Unterthanen schlechthin oder Unterthanen in der engeren Bedeutung, — *subditi temporarii*, vorübergehende Unterthanen, beziehungsweise Fremde oder Fremdlinge.) Die letztere oder die dingliche Unterthänigkeit entsteht so, daß in einem Lande ein Ausländer bewegliche oder unbewegliche Sachen besitzt oder Schuldner hat*). Es kann also geschehn, daß ein und dasselbe Individuum — in verschiedenen Be-

*) Die hier angedeutete Terminologie — Unterthanen (in der engeren Bedeutung), Fremde oder Fremdlinge, Ausländer, — werde ich in der Folge beibehalten. — Uebrigens kann auch ein und dasselbe Individuum aus mehreren Ursachen zugleich einem und demselben Staate unterthänig seyn. Jedoch bedarf dieser Fall, ein zusammengesetzter, nicht einer besonderen Erörterung.

ziehungen — mehreren Staaten zugleich unterthänig ist, z. B. in dem einen Staatengebiete seinen Wohnsitz, in einem andern seinen Aufenthalt hat. Der vorliegende Grundsatz bezieht sich auf die sämmtlichen Fälle dieser Art. — Derselbe Grundsatz begreift auch den Fall unter sich, da ein Unterthan sein bisheriges Wohnland mit einem andern vertauscht, also aus der Herrschaft des Rechts, unter welchem er bisher stand, heraus und unter die Herrschaft eines andern Rechts tritt. Auch in diesem Falle steht das Verhältniß in Frage, in welchem die Rechte verschiedener Staaten, das Recht des bisherigen und das des neuen Wohnlandes, zu einander stehn.

Zweitens: Die Regierungen sind einander nöthigenfalls zur *Hülfe Rechtens* verpflichtet, mit andern Worten, eine Regierung hat ihre Unterthanen nöthigenfalls zur Erfüllung der Verbindlichkeiten anzuhalten, welche denselben, weil und in wie fern sie zugleich Unterthanen einer andern Regierung sind, obliegen. — Denn da in der Erfahrung die Fälle häufig genug vorkommen, daß eine Regierung den Pflichten, welche sie gegen ihr Volk auf sich hat, nicht ohne den Beistand einer andern Regierung Genüge leisten kann, so dürfen Staaten, welche in der Erfahrung neben einander bestehn, die Hülfe Rechtens nicht versagen, wenn das Verhältniß unter ihnen der Idee eines Völkerstaates, — dem Grundsätze des Staatenrechts, — wenigstens annäherungsweise entsprechen soll. Darf in einem einfachen Staate ein Theil dem Ganzen eine Behörde der andern den verfassungsmässigen Beistand verweigern?

Endlich, *drittens:* Was eine Regierung beurkundet (bezeugt) hat, ist auch für alle andere Regierungen und in allen andern Staaten Gewissheit*). — Das Zeugniß, welches von einer Staats-

*) Die Regel dürfte selbst auf den Fall anwendbar seyn, da eine Regierung eine gewisse Thatsache nicht ex certa scientia, son-

behörde innerhalb der Grenzen ihrer Kompetenz und in der gesetzlichen Form abgelegt wird, (oder eine öffentliche Urkunde,) verdient dem Staatsrechte nach vollen Glauben, (*probat rem ipsam*). Denn es ist ein öffentliches, d. i. ein im Namen des Gesetzes oder kraft der Machtvollkommenheit des Staatsherrschers abgelegtes Zeugniß, und nicht eine bloße Privatmeinung. Gebührte einem solchen Zeugnisse nicht voller Glaube, so würde es in der Staatenwelt überall nicht eine juridische Gewissheit für irgend eine Thatsache geben. Und gleichwohl beruht z. B. die Rechtskraft eines Urtheiles auf der Voraussetzung, daß sowohl die Thatsache, auf welche sich die richterliche Entscheidung bezieht, als das Recht, nach welchem der Fall entschieden worden ist, absolut gewiß sey. — Dieselbe Beweiskraft aber ist einem solchen Zeugnisse auch dem Staatenrechte nach oder auch in allen andern Staaten beizulegen. Denn das Staatenrecht erhebt nur das, was in einem einzelnen Staate Rechtens ist oder Rechtens seyn soll, zu dem gemeinen Rechte der Staaten.

Die weitere Erläuterung der vorstehenden drei Rechtsregeln bleibt den folgenden drei Hauptstücken vorbehalten.

Wenn auch die Lehren, welche zusammen das Staatenrecht bilden, einzeln schon vielfältig bearbeitet worden sind, z. B. und vorzugsweise die Lehre von der Collision unter den Gesetzen verschiedener Staaten*), so

dern ex praesumptione facti für gewiß erklärt hat. Z. B. Nach dem Rechte des Fürstenthums A sollen diejenigen Verschollenen, welche aus dem und dem Feldzuge nicht nach 5 Jahren zurückgekehrt sind, für todt erachtet werden. *Ubique pro mortuis habendi esse videntur.*

*) Ueber die Geschichte dieser Lehre s. eine Abh. von mir: Ueber die Regel: *Locus regit actum*. In der Zeitschrift: *Themis*, Zeitschrift für praktische Rechtswissenschaft. Herausg. von Elvers, Bd. II. (Gött. 1829.) S. 95 ff. und v. Struve, über das positive Rechtsgesetz in seiner Beziehung auf räumliche Verhältnisse. Karlsru. 1834. S. 45. — Die Hauptrolle in der Geschichte dieser Lehre spielt die Eintheilung der Gesetze oder Statute in *statuta*

hat man doch bisher nicht eben so auch die Vereinigung aller dieser Lehren zu einem wissenschaftlichen Ganzen. Selbst an einem Eigennamen fehlte es bisher dieser Wissenschaft. (Und doch ist es für das Gedeihen einer Wissenschaft nichts weniger als gleichgültig, ob sie einen Namen und welchen sie habe *). Denn Kleider machen Leute! Ich habe den Namen: Staatenrecht, gewählt, weil er mir den Gegenstand dieser Wissenschaft am besten zu entsprechen schien.) — Das hatte unter anderem den Nachtheil zur Folge, daß man in der Lehre von dem Konflikte unter den Gesetzen Fragen zusammenstellte, welche doch nach ganz verschiedenen Principien zu beantworten sind. Man verwechselte z. B. die Frage von der Auslegung einer Rechtshandlung mit der von dem Konflikte, unter den Gesetzen, diese als Entscheidungsnormen für eine Rechtsfrage betrachtet. (Ein Beispiel:

personalia, realia, mixta. (Allein kann man wohl in einer Lehre von einer Eintheilung ausgehen, ohne ein allgemeingültiges Princip — den Eintheilungsgrund — vorausgeschickt zu haben?) Unter den älteren Schriftstellern über diese Lehre ist die vorzüglichste J. N. Hertius *de collisione legum.* (In ej. Opusc. T. I.) — Neuere und neueste Schriftsteller: Story on the conflict of laws. Edinburgh 1835. (Nachdruck des Werkes eines Rechtsgelehrten in den Vereinigten Staaten.) Robertson, a treatise on the law of personal succession, in the different parts of the realm; and on the cases regarding foreign and international succession which have been decided in the British Courts. Lond. 1835 Burge, commentaries on colonial and foreign laws generally and in their conflict with each other and with the law of England. Lond. 1838. IV. Vol. N. Rocco, del uso ed autorità delle leggi delle duo Sicilie, considerate nelle relazioni con le persone e col territorio degli stranieri. Napoli 1838. (Vergl. die Zeitschrift für Rechtswiss. und Gesetzgebung des Auslandes. Bd. XI. S. 267.) Claus, le temps et l'espace dans leur rapport avec les sciences morales et politiques. Trad. de l'Allemand. Par. 1840. (Das Deutsche Original ist nicht in den Buchhandel gekommen.) v. Wächter, Abh. über die Kollision der Gesetze. In dem civilist. Magazine. Bd. XXIV. Heft. 2. v. Struve s. oben. — Wer Lust hat zu polemisieren, kann sie durch die Bearbeitung dieser Lehre büßen.

*) Wie z. B. die Geschichte des Naturrechts beurkundet.

A aus dem Lande B verspricht in dem Lande C dem D aus dem Lande E ein Fuder Wein von der und der Beschaffenheit zu liefern. Das Fuder hat in einem jeden dieser drei Länder ein anderes Maas. Von welchem Maase ist in diesem Vertrage das Fuder zu verstehn? Die Frage ist überall nicht eine Rechtsfrage, nicht eine Frage des Staatenrechts, sondern eine *quaestio facti et voluntatis*.)

Obwohl die Aufgabe des Staatenrechts, so wie sie oben gefasst worden ist, nur das Verhältniß unter den Regierungen verschiedener *Staaten* betrifft, so wiederholt sie sich doch in dem Innern eines Staates, in welchem mehrere Ortsrechte neben einander bestehn oder dessen Gebiet wieder aus mehreren der Regierung des Ganzen untergeordneten Gebieten besteht. Die Grundsätze des Staatenrechts sind auch auf diesen Fall — analogisch — anwendbar, wenn auch nur mit den Modifikationen, welche sich aus den Eigenthümlichkeiten der Verfassung eines solchen Staates ergeben können und fast immer ergeben müssen. Denn ein solcher Staat ist bedingungs- und beziehungsweise ein Inbegriff mehrerer Staaten. (Von dieser Anwendung der Grundsätze des Staatenrechts wird in der Folge weiter nicht die Rede seyn.) Auf der andern Seite können auch die Grundsätze des Staatenrechts, wenn man sie auf Staaten dieser Klasse anwendet, mehr als einer Modifikation bedürfen.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Anwendung

des

ersten Grundsatzes (des I. Hptst.) auf den Fall,

da

ein und dasselbe Individuum der Unterthan

zweier oder mehrerer Staaten

zugleich ist.

I. Von der Unterthänigkeit (in der engeren Bedeutung) oder von den Unterthanen, welche diese Eigenschaft vermöge ihres Wohnsitzes haben.

Die Unterthänigkeit, welche auf dem Wohnsitze*) beruht, ist eine schlechthin unbedingte Pflicht; mit andern Worten, auf das Verhältniß, in welchem ein Individuum zu der Regierung steht, in deren Gebiete er seinen Wohnsitz hat, ist die Idee der Unterthänigkeit schlechthin (und mithin auch allein) anwendbar. Es giebt entweder überall nicht Unterthanen und mithin überall nicht Staaten, oder durch den Wohnsitz muß eine Unterthänigkeit in der Eigenschaft einer schlechthin unbedingten Pflicht begründet werden.

Die Hoheit, unter welcher ein Individuum vermöge seines Wohnsitzes steht, ist auch in dem Sinne ein schlechthin unbedingtes und unbeschränktes Recht, daß sie nicht auf das Gebiet des Staatsherrschers (oder der

*) Der Wohnsitz (domicilium) ist der Ort, an welchem Einer von dem Gesetze als fortdauernd anwesend betrachtet wird. In der Regel hat Einer seinen Wohnsitz an dem Orte, wo er sich fortdauernd aufzuhalten beabsichtigt. Jedoch kann Einer auch kraft Gesetzes, (und ohne daß er jene Absicht hat,) seinen Wohnsitz an einem bestimmten Orte haben. Bei Völkern, die keine feste Wohnsitze haben, ist es die Absicht des Individuums, auf die Dauer Mitglied des Staatsvereins zu seyn, durch welche die Unterthänigkeit begründet wird.

Regierung) beschränkt ist, sondern über den Unterthan, (mit Vorbehalt der weiter unten anzuführenden Ausnahmen,) auch jenseits der Grenzen ihres (geographischen) Gebietes, — mithin, wo sich auch der Unterthan aufhalte, und wo er auch Geld und Gut besitze, — ganz so, wie im Inlande, zu gebieten berechtigt ist, daß also der, welcher in einem Lande seinen Wohnsitz hat, dem Rechte dieses Landes überall und in einer jeden Beziehung unterworfen ist und bleibt. (Subditus — per domicilium — ubique subditus. Wie es eine Regel des Staatsrechts des Deutschen Reiches war: *Immediatus ubique immediatus!*) — Denn, so wie der ursprüngliche Rechtsgrund der Hoheit (oder Unterthänigkeit) nicht der ist, daß der Staat ein (geographisches) Gebiet hat, so wie also die Hoheit und die Unterthänigkeit nicht aus der Rechtsregel abgeleitet werden kann: *Quicquid est in territorio est de territorio*, eben so kann die Hoheit und die Unterthänigkeit ihre Kraft und Gültigkeit nicht dadurch verlieren, daß sich der eine oder der andere Unterthan im Auslande aufhält, oder zu einer auswärtigen Regierung in einem Verhältnisse dinglicher Unterthänigkeit steht*). Allerdings ist der Satz in einem gewissen Sinne richtig: Die Gesetze eines Staats gelten nicht außerhalb seines Gebietes. (*Leges non valent extra territorium.*) Aber nur in dem Sinne, daß der Staat seine Gesetze nur innerhalb seines Gebietes zu vollziehen berechtigt ist; und nicht in dem Sinne, daß die Gesetze eines Staates für seine Unterthanen (das Wort Unterthanen immer in der engeren Bedeutung genommen,) nur innerhalb der Grenzen seines Gebietes verbindende Kraft haben.

Aus diesen Vordersätzen folgt: 1) Niemand kann der Unterthan, (der *subditus perpetuus*,) zweier oder mehrerer Staaten zugleich seyn. (*Nemo duarum civitatum civis esse potest.*) Das in seiner Art Absolute duldet

*) Vgl. Bd. I. S. 88 ff.

seinem Wesen nach nicht ein Zweites neben sich. — Daher gehört in das Gebiet des Staatenrechts nicht der — in der Erfahrung zuweilen eintretende — Fall, daß ein und dasselbe Individuum der Bürger zweier oder mehrerer Staaten ist. Ein solches Individuum vereinigt dann in sich mehrere Persönlichkeiten. Da diese Eigenschaften mit einander wesentlich unvereinbar sind, so kann die Frage nicht davon seyn, wie man die eine Eigenschaft durch die andere zu beschränken habe, sondern nur davon, wenn das Individuum in der einen und wenn es in der andern Eigenschaft zu betrachten sey*).

2) Wenn auch der Unterthan eines Staates zugleich zu einem andern Staate in dem Verhältnisse einer vorübergehend - persönlichen oder in dem einer dinglichen Unterthänigkeit stehen kann, so ist und bleibt doch, wenn der eine oder der andere Fall eintritt, die bleibend - persönliche Unterthänigkeit oder die Unterthänigkeit in der e. B. die Regel, nach welcher der Unterthan in dem einen oder in dem andern Verhältnisse zu beurtheilen ist. Die Rechte, welche dem Unterthan eines Staates in einem andern Staate als einem Fremden, als einem Ausländer zustehn, die Verbindlichkeiten, welche ihm unter derselben Voraussetzung in einem andern Staate obliegen, sind nur Ausnahmen von der Regel oder Beschränkungen der Regel. Diese Ausnahmen und Beschränkungen können nur den Einfluß auf die Regel haben, der sich durch den Grund der vorübergehend - persönlichen oder durch den der dinglichen Unterthänigkeit rechtfertigen läßt. Wo dieser Grund wegfällt, bleibt es bei der Regel. — Der Grundsatz also, von welchem das Staatenrecht bei der Aufgabe des vorliegenden Hauptstücks überhaupt auszugehen hat, ist der, daß ein Unterthan überall

*) Der in Frage stehende Fall kommt in Deutschland nicht selten vor. Er ist allemal eine *mater rixarum*, z. B. wenn es sich von einer zu treffenden oder getroffenen Verfügung auf den Todesfall handelt.

und in einer jeden Beziehung dem Rechte seines Wohnlandes unterworfen sey und bleibe, — oder in der Sprache des altdeutschen Rechts, *quemlibet sua lege vivere* *). Die unmittelbare Aufgabe des vorliegenden Hauptstückes aber ist die, die Ausnahmen und Einschränkungen nachzuweisen und zu begründen, welche sich aus den oben angeführten Thatsachen ergeben.

II. Von der Unterthänigkeit der *Fremden* und von dem Verhältnisse dieser Unterthänigkeit zu der Unterthänigkeit in der engeren Bedeutung.

Zu Folge des Grundsatzes, *quemlibet sua lege vivere*, steht der Fremde fortdauernd unter den Gesetzen (und mithin unter den Gerichten) seines Wohnlandes. Er kann daher z. B. in allen bürgerlichen Rechtssachen, nach wie vor, bei dem Gerichte seines Wohnsitzes, ja nur bei diesem Gerichte belangt werden. Dagegen verstößt gegen die Vorschriften des Staatenrechts ein Gesetz, welches in bürgerlichen Rechtssachen das Gericht des Aufenthaltes des Fremden dem Gerichte des Wohnsitzes des Fremden gänzlich gleichstellt.

Jener Grundsatz leidet jedoch, in seiner Anwendung auf Fremde, folgende Ausnahmen:

1) In dem Interesse der öffentlichen Sicherheit können auch Fremde den Gesetzen und Gerichten des Staates, in dessen Gebiete sie sich aufhalten, unterworfen werden. Denn in dem Gastrechte liegt nicht ein Freibrief für die Fremden, die Rechte des Staates, welcher sie aufgenommen hat, oder die seiner Unterthanen zu verletzen. Auch entzieht das Staatenrecht den Regierungen nicht das Kriegerrecht, welches sie gegen ihre Feinde haben. — Daher ist es z. B. allgemein Rechtens, daß die Strafge-

*) Wenigstens ist diese Regel des altdeutschen Rechts dem Grundsatz des vorliegenden Hauptstückes nahe verwandt.

setze eines Staates eben sowohl auf Fremde, als auf Eingeborne, angewendet werden *). Gleichwohl tritt bei der Ausübung der Strafgewalt zwischen Fremden und Unterthanen ein Unterschied ein. Seine Unterthanen darf (und soll) der Staat auch wegen den Vergehungen, welche sie im Auslande verübt haben, zur Verantwortung ziehn; Fremde aber sind ihm nur wegen der von ihnen in seinem Gebiete begangenen Vergehungen verantwortlich. Denn weiter erstreckt sich der Grund nicht, vermöge dessen der Staat auch Fremde zu bestrafen berechtigt ist. Wenn hiernach dieselbe That nach den Gesetzen zweier Staaten, zugleich nach den Gesetzen des Wohnsitzes und nach denen des Aufenthaltsortes, strafbar seyn kann, so folgt daraus nur so viel, daß beiden Staaten in den Fällen dieser Art eine konkurrente Gerichtsbarkeit zustehe.

2) Auch Fremde können angehalten werden, zu den Staatslasten einen Beitrag zu leisten. Jedoch ist bei dieser Belastung nicht zu übersehen, theils, daß die Fremden dem Staate, in dessen Gebiete sie sich aufhalten, denn doch weniger, als die Eingebornen verdanken, theils, daß das Weltbürgerrecht für eine mildere Behandlung der Fremden spricht. Ueberhaupt aber können dem Staatenrechte nach nicht Dienste, weder Kriegs- noch andere Dienste, den Fremden auferlegt werden. Denn für ihre Person sind die Fremden nicht Unterthanen.

3) Wenn und in wie fern ein Fremder in dem Lande, wo er sich aufhält, Geld und Gut besitzt, ist er der Regierung dieses Landes in allen den Fällen unterthan, in welchen er aus diesem Grunde in das Verhältniß einer dinglichen Unterthänigkeit tritt. (S. die Abtheilung III. dieses Hauptstücks.)

Endlich 4) giebt es auch Fälle, in welchen sich der Staat, wenn er auf Fremde seine Gerichtsbarkeit,

*) Auch die obligationes ex delicto a peregrino commissae stehen unter den Gesetzen und Gerichten des Landes, wo das Vergehen verübt worden ist.

bald auf eine ihm von der Regierung des Wohnlandes stillschweigend ertheilte Vollmacht, bald auf eine prorogatio fori tacita berufen kann! — Zu den Fällen dieser Art gehören Sachen, welche keinen Verzug leiden. Wenn es z. B. zwischen Eheleuten oder zwischen einem Vater und seinem Kinde zu gefährlichen Irrungen kommt, so ist den Partheien, auch wenn sie Fremde sind, die Hülfe Rechts nicht vor den Gerichten des Inlandes zu versagen, vorausgesetzt übrigens, daß der klagende Ehegatte zur Wahrnehmung seiner ehelichen Rechte oder der Vater zur Aufrechthaltung seines Ansehns nicht auf Maasregeln anträgt, welche das Recht des Aufenthaltsortes anzuwenden nicht gestattet. — Oder, wenn sich ein böser Schuldner, um seinen Gläubigern zu entgehn, aus seinem Wohnlande in ein anderes Land flüchtet, so ist es dem Staatenrechte gemäß, daß er entweder zur Landesräumung angehalten oder daß das Gericht seines Aufenthaltsortes an die Stelle des Gerichts seines Wohnsitzes gesetzt werde. — Fremde haben wegen der Verbindlichkeiten, die sie in dem Lande, wo sie sich aufhalten, (gegen Eingeborne oder Fremde) eingegangen sind, billig vor den Gerichten dieses Landes Recht zu nehmen und zu geben. Nicht eben so möchte sich mit Gründen des Staatenrechts ein Gesetz vertheidigen lassen, welches die Inländer ermächtigte, einen Fremden wegen einer jeden Schuldforderung oder Verbindlichkeit, (wo also diese auch entstanden seyn möge,) vor den Gerichten des Inlandes zu belangen*).

*) Der Code civil des Français (oder der Code Napoléon) enthält Art. 14. eine solche Ermächtigung.

III. Von der Unterthänigkeit der *Ausländer* oder von der *dinglichen* Unterthänigkeit und von dem Verhältnisse dieser Unterthänigkeit zu *der* in der engeren Bedeutung.

1) Wenn und in wie fern der Grund der dinglichen Unterthänigkeit der Besitz einer Sache oder ein dingliches Recht an einer Sache ist¹⁾).

Von entscheidender Wichtigkeit für diese Lehre ist der Unterschied zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen²⁾. Sogar ist die dingliche Unterthänigkeit, je nachdem sie auf der einen oder auf der andern Grundlage beruht, wesentlich verschiedener Art. (Um Worte zu sparen, werde ich die dingliche Unterthänigkeit, welche unbewegliche Sachen oder Liegenschaften zur Grundlage hat, die der ersten Art, und die andere, welche auf beweglichen Sachen beruht, die der zweiten Art nennen.)

Die dingliche Unterthänigkeit der ersten Art ist in ihrer Sphäre, — d. i. so weit ihr Grund reicht, also in Beziehung auf die Liegenschaft oder Liegenschaften, durch welche sie begründet wird, — ein Seitenstück zu der bleibend persönlichen Unterthänigkeit (oder zu der Unterthänigkeit in der engeren Bedeutung); sie schließt, so weit ihr Grund geht, die Unterthänigkeit in der engeren Bedeutung gänzlich aus; wer als Ausländer Liegenschaften in einem Staatsgebiete besitzt, ist in Beziehung auf diese Liegenschaften schlechthin und ausschliesslich der Unterthan

1) Wenn ich in der Folge von Sachen spreche, betrachte ich sie allemal als Gegenstand des Besitzes und der dinglichen Rechte. Als Gegenstände einer Verbindlichkeit werden sie unter der folgenden Rubrik in Betrachtung gezogen werden.

2) Die Englischen Juristen, (veranlaßt durch die Eigenthümlichkeiten des Englischen Erbrechts,) heben diesen Unterschied mehr und besser heraus, als die Deutschen.

desjenigen Staates, in dessen Gebiete die Liegenschaften liegen, und nicht der Unterthan der Regierung seines Wohnlandes. — Denn zur äußeren Darstellung der Idee des Staates wird, so wie ein Volk, das dem Herrscher unbedingt unterthan ist, so ein Land, über welches er unbedingt gebietet, erfordert. Wenn der Ausländer als Besitzer einer Liegenschaft des Inlandes der Herrschaft eines auswärtigen Rechts unterworfen wäre, so würde eine der Bedingungen wegfallen, auf welcher die Selbstständigkeit des Staates beruht, — seine Alleinherrschaft über das Staatsgebiet. Obwohl also durch die auf dem Besitze einer Liegenschaft beruhende dingliche Unterthänigkeit des Ausländers dessen persönliche Unterthänigkeit oder dessen Rechtsverhältniß zu der Regierung seines Wohnlandes beziehungsweise gänzlich aufgehoben wird, so sind doch beide Zweige desselben Stammes, beide desselben Charakters.

Hiernach entscheidet über die Eigenschaften, welche ein Ausländer haben muß, um eine Liegenschaft im Auslande *) zu erwerben, schlechthin und allein das Recht des Landes, in welchem die Liegenschaft gelegen ist. (Das *jus rei sitae*.) Ein Beispiel! In Schottland werden uneheliche Kinder durch die nachfolgende Ehe ihrer Eltern legitimirt. Nicht so in England. Nun setze man den Fall: Der Schottländer A hat mit der B in Schottland ein uneheliches Kind erzeugt, hierauf die Mutter in Schottland geheirathet. Bei seinem in Schottland erfolgten Tode hinterläßt er ein in England liegendes Grundstück. Das Kind folgt nicht in dieses Grundstück. (Dasselbe würde auch dann Rechtens seyn, wenn sich A vor seinem Tode in England niedergelassen hätte.) Doch man setze den umgekehrten Fall: Der Engländer A erzeugt mit der B in England ein uneheliches Kind. Er heirathet

*) Das Ausland setze ich hier jederzeit dem Wohnlande des Ausländers entgegen. — In demselben Sinne spreche ich von Sachen, die einem Ausländer, als solchem, gehören.

in der Folge in England die Mutter des Kindes. Er stirbt in England und hinterläßt Grundstücke, die in Schottland liegen. Vererbt er diese Grundstücke auf das Kind? Zwar könnte man dem Erbrechte des Kindes entgegensetzen, daß das Englische Recht, nach welchem die in Frage stehende Ehe unstreitig zu beurtheilen sey, die Legitimation durch nachfolgende Ehe überall nicht kenne, daß mithin eine Ehe, in welche Eltern eines unehelichen Kindes, die Engländer sind, mit einander treten, dem Kinde die Rechte eines ehelichen Kindes auch auswärts nicht zu ertheilen vermöge*). Gleichwohl ist die entgegengesetzte Meinung die richtigere. Denn man unterscheide bei der vorliegenden Frage die Thatsache und ihre rechtlichen Folgen. Was das Schottische Recht fordert oder voraussetzt, ist lediglich und allein die Thatsache, daß die Eltern eines unehelichen Kindes einander geheirathet haben. In Beziehung auf diese Thatsache ist es gleichgültig, in welchem Lande die Ehe der Eltern abgeschlossen worden ist. Die rechtlichen Folgen dieser Thatsache zu bestimmen, ist lediglich und allein die Sache des Schottischen Rechts. Nach diesem Rechte aber hat die nachfolgende Ehe der Eltern eines unehelichen Kindes die Legitimation des Kindes zur Folge. Wollte man also in unserem Falle der nachfolgenden Ehe der Eltern die Wirkung der Legitimation aus dem angegebenen Grunde absprechen, so würde man den Grundsatz verletzen, daß eine Liegenschaft schlechthin und allein nach dem Rechte des Landes zu beurtheilen sey. (Der hier widerlegten Meinung liegt der Sache nach der irrige Satz zum Grunde: *Locus regit actum*!)

Auch die Art, wie der Ausländer eine Liegenschaft im Auslande erwerben kann, (der *modus acquirendi*,) ist schlechthin und allein nach dem *jure rei sitae* zu beurtheilen. Z. B. In dem Lande A wird das Eigenthum an einer Sache nur durch die Uebergabe, (nur *per tradi-*

*) Die Gerichtshöfe Englands sprechen nach dieser Meinung.

tionem,) in dem Lande B wird es schon durch die bloße Uebereinstimmung der Partheien (und ohne Uebergabe) von seinem bisherigen Eigenthümer auf einen andern übertragen. C, der seinen Wohnsitz in dem Lande B hat, schließt in diesem Lande einen Kauf über ein Grundstück ab, welches im Lande A liegt. C ist einstweilen noch nicht Eigenthümer des erkauften Grundstücks. — Jedoch ist die vorliegende Frage nicht mit der Frage zu verwechseln, ob ein Ausländer auf die dinglichen Rechte an Liegenschaften Anspruch machen könne, welche dem Inländer kraft Gesetzes zustehn. (Z. B. Nach den Gesetzen Frankreichs hat die Ehefrau wegen ihres Einbringens ein gesetzliches Unterpfand an den Liegenschaften ihres Ehemanns, und eben so der Mündel ein gesetzliches Unterpfand an den Liegenschaften des Vormundes. Kommt jenes Unterpfand auch der Ehefrau eines Ausländers, dieses auch dem Mündel, der ein Ausländer ist, zu*)? Diese Frage gehört überall nicht an das Staatenrecht. Sie betrifft die Auslegung der Gesetze. Sie ist aus dem Standpunkte des Weltbürgerrechts betrachtet, zum Vortheile der Ausländer zu entscheiden.)

Der Ausländer kann nur *die Rechte* an einer Liegenschaft des Inlandes erwerben oder bestellen, welche auch der Inländer an ihr erwerben oder bestellen kann. Z. B. In dem Lande A ist es erlaubt, in dem Lande B ist es verboten, Familienfideikomnisse zu stiften. C, im Lande A wohnhaft, besitzt Liegenschaften in B. Ein Familienfideikommiß, das er stiftet, kann sich nicht auf diese Liegenschaften erstrecken.

Die Liegenschaften, die einem Ausländer als solchem gehören, sind in rechtlicher Hinsicht als ein besonderes, d. i. als ein von dem übrigen Vermögen des Ausländers gesondertes Vermögen zu betrachten. — Hieraus folgt

*) Diese Fragen sind vor den Gerichten Frankreichs schon öfterer vorgekommen. Sie sind bestritten. Vgl. m. Handbuch des französischen Civilrechts. §. 264. Anm. 2 und 10.

z. B. Wenn zu einem Nachlasse Liegenschaften gehören, welche unter der Hoheit eines auswärtigen Staates stehn, so richtet sich die Erbfolge in diese Liegenschaften schlechthin und allein nach dem Rechte dieses Staates. — Wenn ein Ueberschuldeter Liegenschaften im Auslande besitzt, so kann zu diesen ein besonderer Gant (ein concursus particularis,) eröffnet werden; allemal aber ist das Geld, das aus ihnen gelöst wird, nach den Gesetzen des Landes, wo die Liegenschaften gelegen sind, zu vertheilen. — Oder ein Minderjähriger besitzt Liegenschaften im Auslande. Wegen dieser ist ein besonderer Vormund zu bestellen oder der allgemeine Verwaltungsvormund besonders zu bevollmächtigen.

Endlich kann aus dem Grundsätze, aus welchem alle diese Sätze abgeleitet worden sind, auch noch die Folgerung gezogen werden, daß alle dingliche Klagen, welche gegen einen Ausländer wegen der ihm in dieser Eigenschaft gehörenden Liegenschaften angestellt werden, schlechthin in foro rei sitae anzubringen sind.

Von der dinglichen Unterthänigkeit der zweiten Art d. i. von dem Falle, da ein Unterthan bewegliches Gut im Auslande besitzt, gilt die bekannte Regel: *Mobilia sequuntur personam!*

Der Sinn dieser Regel ist nicht der, daß das bewegliche Gut, welches in dem und dem Lande einem Ausländer gehört, schlechthin und allein unter den Gesetzen und Gerichten des Staates stehe, in dessen Gebiete der Ausländer seinen Wohnsitz hat. (So gedeutet, würde sie sogar die Möglichkeit einer dinglichen Unterthänigkeit der zweiten Art aufheben.) Vielmehr sind, wie unbewegliche Sachen, so auch bewegliche, nach dem jure rei sitae zu beurtheilen. Wie denn auch alle positive Gesetzgebungen eine Menge Vorschriften enthalten, welche das Recht der beweglichen Sachen, diese mögen Ausländer oder Inländer seyn, zum Gegenstand haben.

Sondern so ist jene Regel zu deuten, daß bewegliche Sachen, wenn sie in einem gegebenen Falle als

Bestandtheile des Vermögens ihres Eigenthümers in Betrachtung kommen oder gezogen werden, nach dem Rechte, welches der Eigenthümer der Sachen für seine Person hat, (und gleich als das Zubehör dieses Eigenthümers) zu beurtheilen sind, — dafs also, unter derselben Voraussetzung, *die beweglichen Sachen, welche einem Ausländer, als solchem, gehören, unter dem Rechte desjenigen Staates stehen, in dessen Gebiete dieser Ausländer seinen Wohnsitz hat.*

So gedeutet läfst sie sich auf folgende Weise begründen: Alle äussere Gegenstände der Rechte des Menschen können in einer doppelten Eigenschaft betrachtet werden, theils als einzelne Gegenstände oder ihrer physischen Beschaffenheit nach, theils als Bestandtheile des Vermögens einer bestimmten Person oder als Güter überhaupt und ihrem Geldwerthe nach*). (Beide Eigenschaften bestehen neben einander. Nur die letztere beruht auf einer Beziehung, in welcher die einzelnen Gegenstände der Rechte einer Person gedacht werden und zu denken sind.) Diese Verschiedenheit der Eigenschaften oder Beziehungen, in welcher die äusseren Gegenstände der Rechte einer Person betrachtet werden können und zu betrachten sind, hat zugleich die Folge, dafs sie (in der Regel) nach jenen verschiedenen Rechten (oder Gesetzen) beurtheilt werden können und zu beurtheilen sind. Als einzelne Gegenstände stehen sie unter dem Rechte des Landes oder Orts, wo sie sich befinden. Als Bestandtheile des Vermögens einer Person stehen sie unter demselben Rechte, wie die Person, unter deren Vermögen sie begriffen sind. Denn die letztere Eigenschaft kommt diesen Gegenständen wesentlich und allein vermöge der Persönlichkeit dessen zu, zu dessen Vermögen sie gehören. — Hiernach gilt also, anlangend

*) Vergl. oben Band IV. S. 253 ff.

die vorliegende besondere Aufgabe, die Regel: *Mobilia sequuntur personam*, von den beweglichen Sachen, die einem Ausländer im Auslande gehören, lediglich und allein unter der Voraussetzung, daß diese Güter in einem gegebenen Falle als Bestandtheile des Vermögens des Ausländers (und nicht als *res singulae*) in Betrachtung kommen oder gezogen werden.

Aus denselben Vordersätzen scheint jedoch zu folgen, daß auch Grundstücke, welche einem Ausländer im Auslande gehören, wenn und in wie fern sie als Bestandtheile des Vermögens des Ausländers in Betrachtung kommen oder gezogen werden, der Person folgen, d. i. nach dem Rechte des Landes zu beurtheilen sind, in welchem der Ausländer seinen Wohnsitz hat. Und gleichwohl ist oben behauptet worden, daß diese Grundstücke schlechthin und allein unter dem Rechte des Landes stehn, wo sie gelegen sind. — Allein man übersehe nicht den Unterschied, der in der vorliegenden Beziehung zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen eintritt. *Jene* gehören nur bedingungsweise, *diese* dagegen gehören unbedingt zu dem Lande, in welchem sie enthalten sind. Nur indem man diese, nicht aber indem man jene der Herrschaft eines fremden Rechtes unterwirft, thut man der Hoheit über des Land wesentlich Eintrag. Steht es doch einem Jeden frei, sein bewegliches Gut aus einem Lande herauszuziehn!

Zu Folge der Rechtsregel: *Mobilia sequuntur personam*! ist nur ein Mobiliarnachlaß schlechthin nach dem Rechte zu beurtheilen, unter welchem der Erblasser stand, — zieht ein Gant alle bewegliche Güter des Gemeinschuldners an sich, auch wenn sich diese zum Theil im Auslande befinden, kann eine Klage, welche auf Entwährung einer beweglichen Sache gerichtet ist, (eine *vindicatio rei mobilis*,) schlechthin auch vor dem Gerichte des Wohnsitzes des Beklagten angestellt werden, — ist der Vormund eines Mündels, der im Auslande bewegliches Gut besitzt, schon von Rechts wegen befugt, auch dieses

Gut zu verwalten u. s. w. In diesen, so wie in allen ähnlichen Fällen stehen bewegliche und unbewegliche Sachen im Gegensatze ¹⁾).

2) Wenn und in wie fern die dingliche ²⁾ Unterthänigkeit eines Ausländers die Folge von einem persönlichen Rechte, (von einem jure ad rem s. in personam,) ist, welche der Ausländer gegen einen Inländer erworben hat.

Ein Ausländer steht in dem vorliegenden Falle in einem Verhältnisse dinglicher Unterthänigkeit. Denn, (wie sich in der Folge zeigen wird,) indem er Rechte gegen den Inländer erwirbt, tritt er beziehungsweise zugleich unter die Herrschaft des Rechts, welchem der Inländer vermöge seines Wohnsitzes unterthan ist.

So verschieden die Quellen der Verbindlichkeiten sind, so verschieden sind die Arten, wo die in Frage stehende Unterthänigkeit begründet werden kann. Eine Hauptquelle der Verbindlichkeiten sind Verträge. Wo die vorliegende Aufgabe durch Beispiele zu erläutern seyn wird, wird vorzugsweise von Vertragsverbindlichkeiten die Rede seyn.

Eben so verschieden sind die Gegenstände der Verbindlichkeiten und mithin beziehungsweise die Arten jener Unterthänigkeit ³⁾. Jedoch wird bei dem Vortrage dieser Lehre der verschiedenen Gegenstände der Verbindlichkeiten nur gelegentlich gedacht werden, da Vie-

1) Wenn anders nicht die eine oder die andere bewegliche Sache immobilisirt, z. B. mit einem Familienfideikommiss belastet worden ist.

2) Dingliche Unterthänigkeit ist hier nur so viel als nicht persönliche, *subjectio quoad certum objectum*. (Man wird also bei diesem Ausdrucke nicht an die dinglichen Rechte denken.)

3) Die Verbindlichkeiten sind die verschiedenen Erwerbstitel. Der Erwerb kann sowohl öffentliche als Privatrechte zum Gegenstande haben. (Die vorliegende Untersuchung erstreckt sich oder könnte auch auf öffentliche Rechte ausgedehnt werden.)

les, was diese Gegenstände betrifft, schon in der unmittelbar vorhergehenden Ausführung (III, 1.) enthalten ist.

Dieses vorausgesetzt ist die *erste* Regel, nach welcher das in Frage stehende Unterthänigkeitsverhältniß zu beurtheilen ist, die: Ein Ausländer kann gegen einen Inländer nur *die* Rechte erwerben, zu deren Erwerbung er zu Folge der Gesetze seines Wohnlandes befähigt ist; mit andern Worten, der Stand, d. i. die Rechtsfähigkeit (status) eines Menschen richtet sich auch in Beziehung auf Ausländer nach den Gesetzen seines Wohnsitzes. — Die Regel wendet in der That den Grundsatz, welcher über das Verhältniß der absoluten Unterthänigkeit zu einer beschränkten*) schon oben aufgestellt worden ist, nur auf eine Art der letzteren an. Sie ist übrigens so bekannt, daß zur Erläuterung derselben ein einziges Beispiel genügen wird. Also: In dem Lande A gestatten die Gesetze nur, Eheleute von Tisch und Bette zu scheiden; nach den Gesetzen des Landes B hat dagegen eine Ehescheidung auch die Auflösung des Bandes der Ehe zur Folge. Nun nehme man an, daß C, wohnhaft im Lande A, von seiner Ehefrau geschieden worden ist und sich nun von neuem mit der D, welche ihren Wohnsitz im Lande B hat, verheirathet. Diese zweite Ehe ist eine Bigamie.

Zweite Regel: In einem Verbindlichkeitsverhältnisse, z. B. in einem Vertragsverhältnisse, in welchem ein In- und ein Ausländer zu einander stehn (und welches übrigens in Beziehung auf die erste Regel zu Recht beständig ist,) entscheidet die Verbindlichkeit, welche der Schuldner *nach den Gesetzen seines Wohnsitzes* auf sich hat, in einer jeden Beziehung zugleich über die Rechte des

*) Pro illa esse praesumptionem, donec probetur contrarium. S. das vorliegende Hauptstück unter 1.

Gläubigers¹⁾. Denn da sowohl der eine als der andere Theil sich nach seinem Rechte zu richten befugt ist, so muß, wenn zwischen dem einen und dem andern Rechte eine Kollision eintritt, das Recht die Oberhand behalten, durch dessen Vollziehung wenigstens der Gegenparthei auf keinen Fall unrecht geschehen kann. Allerdings stellt diese Regel diejenigen Rechtsverhältnisse dieser Art, aus welchen für beide Theile gewisse Verbindlichkeiten entstehen, unter die Herrschaft zweier verschiedener Gesetzgebungen. Allein darin liegt noch kein Grund, der einen Gesetzgebung vor der andern den Vorzug zu geben oder eine dritte Gesetzgebung, die des Orts, wo das Verhältniß (faktisch) begründet worden ist, Gesetzkraft zu ertheilen²⁾. (*Actor sequitur forum rei.*) — Beispiele, bei welchen allemal vorausgesetzt wird, daß die Partheien, der Gläubiger und der Schuldner, der Kläger und der Beklagte, — vermöge ihres Wohnsitzes — unter verschiedenen und von einander abweichenden Gesetzgebungen, die eine Parthei unter diesen, die andere unter anderen Gesetzen, stehen. Die A belangt den B auf die Vollziehung eines mit ihr abgeschlossenen Eheverlöbnisses oder auf Entschädigung. Die Klage ist statthaft, wenn auch nur in dem Wohnlande des B Eheverlöbnisse verpflichtend sind. Ein Käufer belangt seinen Verkäufer auf Gewähr-

1) In einer jeden Beziehung, also sowohl über die Gültigkeit, als über die Bedingungen, über die Modalität, über den Umfang des Rechts.

2) Und doch setzen Einige, vielleicht gerade aus diesem Grunde, an die Stelle der obigen zweiten Regel die Regel: *Locus regit actum.* — Allein wie läßt sich diese Regel rechtfertigen? Offenbar nur durch den vermuthbaren Willen der Partheien, also nur durch eine Vermuthung, welche, überhaupt schwankend, wenigstens nur durch ein positives Gesetz die Eigenschaft einer Rechtsvermuthung enthalten kann. Die Partheien werden allerdings klüglich handeln, wenn sie in einem Falle dieser Art das *jus loci contractus* oder auch ein anderes Recht zu einer Vertragsnorm für ihre gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten erheben. Jedoch davon ist hier nicht die Frage.

leistung. Das Recht des Klägers ist nach den Gesetzen zu beurtheilen, welche in dem Wohnlande des Beklagten wegen der Gewährleistung in Kraft sind. A hat sich von einem Kapitale, das er dem B vorgestreckt hat, 10 p. C. Zinsen bedungen. Die Klage, welche A gegen den B auf die Bezahlung dieser Zinsen anstellt, ist schlechthin standhaft, wenn in dem Wohnlande des B Vertragszinsen überall nicht ein gesetzliches Maas haben, nur bis auf 6 p. C., wenn die Gesetze desselben Landes höchstens nur 6 p. C. von einem Darlehne zu bedingen gestatten. Weder in dem einen noch in dem andern Falle kommt etwas darauf an, was in dem Wohnlande des A wegen bedungener Darlehenszinsen Rechtens sey.

Uebrigens wird von der Ausnahme, welche von der zweiten Regel in Beziehung auf die Form rechtlicher Handlungen und Geschäfte zu machen ist, unten in dem vierten Hauptstücke dieses Buchs gehandelt werden.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

*Anwendung
des
ersten Grundsatzes (des I. Hptst.) auf den Fall,
da
ein und dasselbe Individuum der Unterthan
zweier oder mehrerer Staaten
nacheinander wird.*

Dieser Fall ist schlechthin nach dem Grundsatze zu beurtheilen: *Lex posterior derogat priori*, das frühere Gesetz wird durch das spätere aufgehoben! Denn der vorliegende Fall ist demjenigen vollkommen analog, da der Gesetzgeber ein neues Gesetz an die Stelle des Gesetzes setzt, welches bisher eine verbindende Kraft im Staate hatte.

Beide Fälle gleichen sich zuvörderst ihrer Beschaffenheit nach vollkommen. — Zwar thut, was in dem einen Falle der Gesetzgeber, in dem andern ein Unterthan. Zwar wird in dem einen Falle einem ganzen Volke, in dem andern nur einem einzelnen Individuum ein neues Gesetz. Jedoch in dem allein wesentlichen Punkte, — daß eine Gesetzgebung mit der andern wechselt, — kommen beide Fälle mit einander überein.

Eben so ist der Grund, warum dem neuen Rechte vor dem älteren der Vorzug zu geben ist, in beiden Fällen derselbe. Der Satz: *Lex posterior derogat priori*, beruht unmittelbar auf dem Wesen der Willenserklärung des Staatsherrschers, durch welche das Gesetz sein Daseyn erhält. Eben so liegt in der Erlaubniß zur Einwanderung wesentlich die Willenserklärung des Staatsherrschers, daß von nun an seine Gesetzgebung ausschließlich für den Einwanderer verpflichtend seyn solle.

Hieraus folgt aber, daß Alles, was von der rückwirkenden Kraft der Gesetze überhaupt gilt, auch auf das Verhältniß zwischen den Rechten zweier Länder in Beziehung auf denjenigen anwendbar ist, welcher aus dem einen dieser Länder aus und in das andere eingewandert ist. Die Rechte z. B., welche der Einwanderer in seinem bisherigen Wohnlande unwiderruflich erworben hat, (die Rechte, welche man wohlerworbene Rechte, *jura quaesita*, zu nennen pflegt) müssen ihm auch in seinem neuen Wohnsitze verbleiben. Uebrigens wenn auch das Recht des letzteren Landes nicht auf die Vergangenheit des Einwanderers angewendet werden darf, so kann doch von dieser Regel in den Fällen (*ex aequitate*) abgewichen werden, in welchen die Abweichung zum Vortheile des Einwanderers gereicht. — Beispiele: (Das Staatenrecht bedarf ganz besonders einer Kasuistik!)

In dem Lande A kann eine Ehe auch durch die bloße Uebereinstimmung der Partheien auf eine gültige Weise eingegangen werden. B und die C, in dem Lande A wohnhaft, haben sich mit einander in diesem Lande solo

consensu verheirathet. Sie verlegen ihren Wohnsitz nach D, in ein Land, in welchem eine Geschlechtsverbindung, nur wenn sie mit gewissen gesetzlich bestimmten Förmlichkeiten eingegangen worden ist, die Eigenschaft einer Ehe hat. Die Ehe des B und der C behält ihre bisherige Kraft und Gültigkeit auch in dem Lande D. Die Rechte dieser Ehegatten waren unwiderrufliche Rechte.

In dem Lande A tritt unter Eheleuten kraft Gesetzes Gemeinschaft der Güter ein, in dem Lande B leben Eheleute kraft Gesetzes in gesonderten Gütern. C und D haben sich in dem Lande A, ihrem damaligen Wohnlande, mit einander verheirathet, ohne übrigens einen Heirathsvertrag mit einander abzuschließen. Sie verlegen ihren Wohnsitz in das Land B. Unter ihnen besteht fortdauernd die bisherige Gemeinschaft der Güter. Das Gesetz des Landes A vertritt, in Beziehung auf sie, die Stelle des Heirathsvertrages. (Anders ist jedoch der Fall zu entscheiden, wenn die Eheleute, nach dem Rechte des Landes A, auch während der Ehe einen Heirathsvertrag mit einander abschließen konnten. Dann kann nicht von einem Rechte die Rede seyn *quod ex lege, tanquam ex pacto, quaesitum sit.*) Wenn, unter denselben Voraussetzungen, C, welcher seinen Wohnsitz im Lande A hat, die im Lande B wohnende D ehelicht, so tritt unter den Eheleuten die gesetzliche Gütergemeinschaft des Landes A ein. Denn im Augenblicke, da sich C mit der D verheirathet, tritt letztere unter die Herrschaft des im Lande geltenden Rechts. (*Uxor sequitur forum mariti.*)

In dem Lande A werden Eheleute dem Bande nach geschieden, in dem Lande B nur in Beziehung auf die Verbindlichkeit des Beieinanderwohnens. Die Eheleute, C und D, sind in dem Lande A, ihrem Wohnlande, — also dem Bande nach, — geschieden worden. Die Geschiedenen lassen sich in dem Lande B nieder. Sie können sich in diesem Lande nicht von neuem verheirathen. Denn sie stehen nun, was die Folgen der erlangten Scheidung betrifft, unter der Herrschaft der Gesetze des

Landes B*), wenn es auch die Billigkeit fordert, daß ihnen ein Gesetz die Wiederverheirathung fortdauernd gestatte.

C errichtet in dem Lande A, in welchem er seinen Wohnsitz hat, ein Testament in der durch die Gesetze dieses Landes bestimmten Form. Er verlegt hierauf seinen Wohnsitz in das Land B, nach dessen Rechte jenes Testament eine ihrer Form nach ungültige Willenserklärung ist. Er stirbt in dem Lande B. Die Frage, ob das in dem Lande errichtete Testament, welches C bei seinem Ableben hinterläßt, aufrecht zu erhalten sey, ist zwar nach den Regeln der Billigkeit, nicht aber nach dem strengen Rechte zum Vortheile des Testaments zu entscheiden. Denn ein Testament, eine bis zum Tode des Testators schlechthin widerrufliche Willenserklärung, ist, wenn es nicht widerrufen worden ist, so zu betrachten, als ob es bis zu dem Tode des Testators in einem jeden Augenblicke von neuem errichtet worden wäre. Hiernach hätte C, nachdem er seinen Wohnsitz in das Land B verlegt hatte, seinen letzten Willen von Rechts wegen in die durch die Gesetze des Landes B vorgeschriebene Form einkleiden sollen.

*) Jedoch ist diese Entscheidung streitig. Denn Einige schlossen auch die Folgen einer früheren Rechtshandlung von der Herrschaft des neuen Gesetzes aus.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

*Von der
Hülfe Rechtens ¹⁾), welche eine Regierung der andern
zu leisten hat.*

*Anwendung
des zweiten (im I. Hptst.) aufgestellten
Grundsatzes.*

Der Fall, daß der Staat zur Ausübung eines Hoheitsrechtes des Beistandes eines andern Staates und zwar um deswillen bedarf, weil die Ausübung dieses Hoheitsrechts zugleich in die Hoheit, welche eine andere Regierung über ihre Unterthanen hat ²⁾), störend eingreift, — also der Fall des vorliegenden Grundsatzes, — kommt am häufigsten bei der bürgerlichen Rechtspflege vor. Da gehört nicht selten die eine Parthei oder die eine Nebenparthei vermöge ihres Wohnsitzes dem einen, die andere aus demselben Grunde einem andern Lande an. Da kann nicht selten dieselbe Rechtssache vor den Gerichten verschiedener Länder anhängig gemacht werden u. s. w. Vermöge des in Frage stehenden zweiten Grundsatzes liegt nun den Gerichten des Auslandes die Verbindlichkeit ob, den Gerichten des Inlandes, wenn

1) Der Ausdruck: Hülfe Rechtens, wird häufig nur von dem Falle gebraucht, da ein Gericht zur Ausübung seiner Gerichtsbarkeit die Hülfe eines andern Gerichts in Anspruch nimmt. Die weitere Bedeutung, welche das Wort in dem vorliegenden Hauptstücke hat, ergiebt sich aus den Textesworten von selbst.

2) Der Grundsatz bezieht sich lediglich und allein auf die Fälle in welchen aus diesem Grunde Beistand verlangt werden kann, nicht also auch auf die Fälle, da ein Staat z. B. aus Schwäche Beistand von einem andern Staate verlangt. (So ist auch das Wort: „Nöthigenfalls“ in der S. 263. vorkommenden Formel des Grundsatzes zu verstehen.) Diese Beschränkung des Grundsatzes ergiebt sich unmittelbar aus der allgemeinen Aufgabe des Staatenrechts.

und in wie fern diese zugleich eines Gerichtszwanges im Auslande bedürfen, den hierzu erforderlichen Beistand zu leisten, z. B. also Vorladungen, Auflagen und andere Ausfertigungen an Ausländer gelangen zu lassen. Vermöge desselben Grundsatzes hat ein Gericht ein im Auslande gesprochenes Urtheil in Vollziehung zu setzen. Und eben so kann auf ein solches Urtheil die *exceptio rei judicatae* gegründet werden, d. i. die Einrede, daß eine einmal rechtskräftig entschiedene Sache nicht von neuem vor Gericht anhängig gemacht werden könne ¹⁾.

Aehnliche Folgen lassen sich aus dem vorliegenden Grundsatz, was die Strafrechtspflege betrifft, ableiten. Z. B. dem Völkerrechte nach steht es in dem Ermessen einer Regierung, ob sie einem Verbrecher, der sich in ihr Land geflüchtet hat, ausliefern oder schützen will. (In einem Kriege kann eine dritte Macht nach Gefallen, entweder der einen oder der andern kriegführenden Macht Beistand leisten. Der flüchtige Verbrecher aber ist gleich als ein Feind desjenigen Staates zu betrachten, dessen Rechte er verletzt hat.) Dem Staatenrechte nach ist dagegen die Auslieferung flüchtiger Verbrecher Rechtens, wenn sich auch eine Regierung, welche gegen diese Regel die Auslieferung eines Inländers versagt, auf eine höhere Pflicht berufen kann ²⁾. Dem Völkerrechte nach braucht sich ein Volk, dessen Rechte von den Unterthanen eines andern Staates verletzt worden sind, nicht mit der Strafe zu begnügen, welche das Gesetz des Wohnlandes des Schuldigen auf Verbrechen gesetzt hat. Anders verhält sich die Sache nach dem Staatenrechte.

1) Auch kann aus einem von den Gerichten des Auslandes anhängigen Rechtsstreite die *exceptio litis pendentis*, nach Befinden, abgeleitet werden, — jedoch nicht kraft des vorliegenden zweiten, sondern kraft des ersten Grundsatzes.

2) Einer andern Ausnahme von derselben Regel, welche die Auslieferung politischer Verbrecher betraf, ist an einem andern Orte Erwähnung geschehen.

Jedoch nicht auf die Gerechtigkeitspflege allein beschränkt sich die Anwendbarkeit des vorliegenden Grundsatzes. Auch die übrigen Hoheitsrechte eines Staates stehen unter dem Schutze dieses Satzes, vorausgesetzt, daß ein Kollisionsfall zwischen ihnen und denen eines andern Staates eintritt, welcher den Schutz nothwendig macht. So verpflichtet z. B. derselbe Grundsatz die Regierungen gegenseitig, Fahnenflüchtige (in Friedenszeiten) einander auszuliefern.

FÜNFTES UND LETZTES HAUPTSTÜCK.

*Von der
Rechtskraft,
welche,*

*was von einem Staate beurkundet worden ist,
auch für alle andere Staaten hat.*

*Anwendung
des dritten (im ersten Hauptstücke aufgestellten)
Grundsatzes.*

Oeffentliche Urkunden, — Privaturkunden kommen, zu Folge der Aufgabe des Staatenrechts, hier nicht in Betrachtung, — werden entweder probationis oder solennitatis causa aufgenommen. In dem einen wie in dem andern Falle hat die Urkunde den Zweck, zum Beweise einer gewissen Thatsache zu dienen. Aber in dem ersten Falle darf dieser Beweis noch durch andere Beweismittel, als durch die Urkunde, in dem letzteren Falle kann er nur durch die Urkunde geführt werden, so daß selbst die Gültigkeit des Geschäfts, von welchem die Urkunde handelt, von der erfolgten Aufnahme und von der Beschaffenheit der Urkunde abhängt*). In demselben

*) Von den Privaturkunden, welche das eine oder das andere positive
Zachariä, vom Staate. V.

Falle pflegt theils das Geschäft selbst, dieses seiner äusseren Beschaffenheit nach betrachtet, theils die Fassung der Urkunde an gewisse besondere Regeln, (Solennitäten oder Feierlichkeiten genannt,) gebunden zu seyn.

Auf die öffentlichen Urkunden der ersten Art, auf die Beweisurkunden in der engeren Bedeutung, ist der Grundsatz: Was eine Regierung beurkundet oder beglaubiget hat, ist überall glaubhaft, — unmittelbar und unbedingt anwendbar. *Instrumentum publicum ubique est publicum.* — Zwar ist oben*) bemerkt worden, daß Alles, was die Vollziehung eines Rechts, also z. B. das deshalb einzuhaltende Verfahren betreffe, unter den Gesetzen desjenigen Staates stehe, von welchen die Vollziehung zu bewerkstelligen ist. Allein die Regel, welche dieser Einwendung zum Grunde liegt, ist nicht in dem Umfange richtig, in welchem sie hier und oben einstweilen aufgestellt worden ist. Sie erstreckt sich nicht auf den Beweis, diesen seiner Beschaffenheit und nicht seiner Form nach betrachtet. (*Ad formam non ad materiam probationis regula pertinet.*) Sie erstreckt sich z. B. nicht auf die Fragen, von welcher Art des Beweises oder von welchen Beweismitteln kann man in einem gegebenen Falle Gebrauch machen? welche Beweiskraft kommt einer jeden einzelnen Art der Beweismittel zu? Diese und ähnliche Fragen betreffen nicht die Vollziehbarkeit, sondern das juridische Daseyn eines Rechts. Zu diesen Fragen aber gehört auch die vorliegende, — ob, was eine Regierung beglaubiget hat, überall Glauben verdiene.

Von den öffentlichen Urkunden der zweiten Art, von den Urkunden, durch welche ein Rechtsgeschäft, wenn es gültig seyn soll, überhaupt und nach Maasgabe

tive Recht den öffentlichen Urkunden der zweiten Art gleichstellt, weiter unten gelegentlich. (Ein Beispiel ist das eigenhändige Testament des französischen Rechts.)

*) S. diesen Band S. 260 f.

seiner äußeren Feierlichkeiten zu bezeugen ist, gilt (zu Folge des vorliegenden Grundsatzes) die Rechtsegel: *Locus regit actum!* d. i. wenn nach den Gesetzen des Landes oder Orts, wo das Geschäft vollzogen worden ist, sowohl die über das Geschäft aufgenommene Urkunde, als, laut dieser Urkunde, das Geschäft mit der erforderlichen äußeren Förmlichkeiten versehen ist, so hat die Urkunde überall die Rechtskraft, die ihr ihrem Gegenstande nach zukommt. Z. B. Ein Testament gilt (seiner Form nach) überall, wenn es nach den Gesetzen des Landes, wo es errichtet worden ist, die Eigenschaft eines förmlichen Testamentes hat. Dasselbe gilt unter derselben Voraussetzung von einem Heirathsvertrage. (In diesem beschränkteren Sinne¹⁾ spricht also die Rechtsregel: *Locus regit actum!* allerdings eine juristische Wahrheit aus). — Zwar sind alle die Gesetze, welche die Gültigkeit eines Rechtsgeschäftes oder einer Rechtsurkunde von der Beobachtung gewisser äußeren Förmlichkeiten abhängig machen, verbieternde Gesetze. Aber nur in dem Sinne, daß diese Gesetze nicht durch eine Privatverfügung abgeändert werden können. Hier steht jedoch nicht diese Art der Abänderung, sondern die Beschränkung einer Rechtsregel durch eine andere in Frage. — Andererseits kann man nicht annehmen, daß dem Gesetze eines Staates, welches für gewisse Handlungen oder Urkunden gewisse Förmlichkeiten vorschreibt, durch die Gesetze des auswärtigen Staates, in dessen Gebiete die Handlung oder die Urkunde vollzogen worden ist, auf eine jede Art und Weise Genüge geschehen könne. Es wird allemal zugleich darauf ankommen, ob das Gesetz des Auslandes auch den besonderen Zwecken entspreche, welche das Gesetz des Auslandes, indem es Förmlichkeiten dieser Art vorschrieb, vor Augen hatte²⁾. Noch weniger läßt sich behaupten, daß ein Rechtsgeschäft, welches im Inlande nur

1) S. oben (Bl. 73. Anm.)

2) Vgl. den Art. 170 des C. civil des Fr.

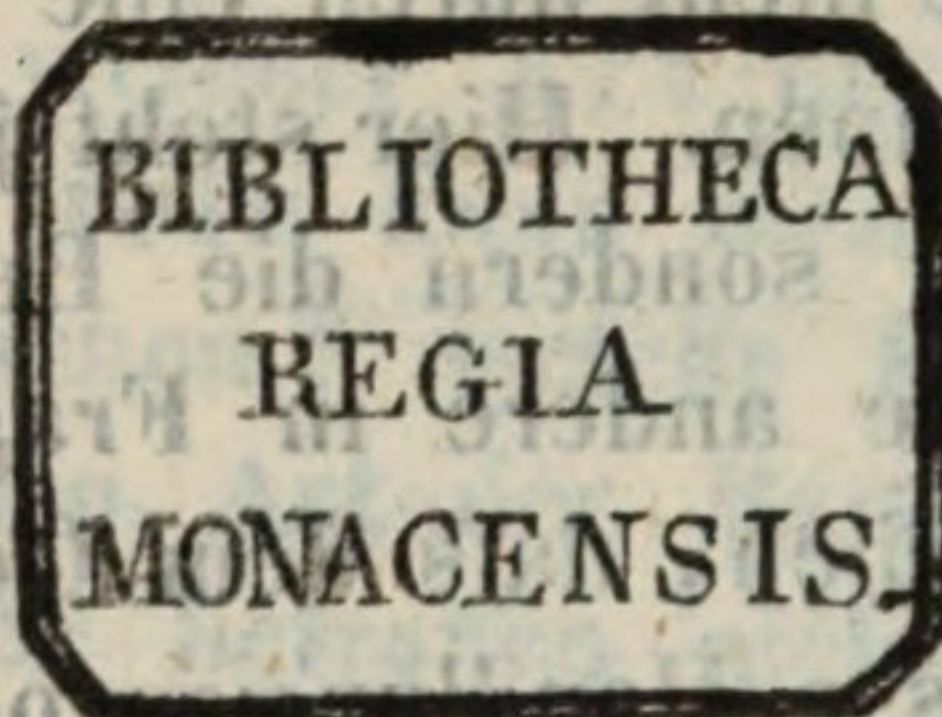
in einer gewissen äusseren Form auf eine rechtsbeständige Weise abgeschlossen werden konnte, wenn es ohne alle äussere Förmlichkeiten in einem auswärtigen Staate abgeschlossen worden ist, dessen Gesetzgebung die Gültigkeit desselben Geschäfts überall nicht von der Beobachtung gewisser äusserer Förmlichkeiten abhängig machte*), auch im Inlande als rechtsgültig zu betrachten sey.

*) Oder auch, anstatt (mit dem Rechte des Inlandes) eine öffentliche Urkunde zu verlangen, schon eine Privaturkunde für hinreichend erklärte. Zur Erläuterung beziehe ich mich auf die Streitfragen, die über die Gültigkeit eines auswärts errichteten eigenhändigen Testamentes geführt worden sind. Vgl. mein Handbuch des franz. Civilrechts. §. 668. Anm. 1.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

in einer gewissen äusseren Form auf eine rechtsbeständige Weise abgeschlossen werden konnte, wenn es ohne alle äussere Förmlichkeiten in einem auswärtigen Staate abgeschlossen worden ist, dessen Gesetzgebung die Gültigkeit desselben Geschäfts überall nicht von der Beobachtung gewisser äusserer Förmlichkeiten abhängig machte*), auch im Inlande als rechtsgültig zu betrachten sey.

*) Oder auch, anstatt (mit dem Rechte des Inlandes) eine öffentliche Urkunde zu verlangen, schon eine Privaturkunde für hinreichend erklärte. Zur Erläuterung beziehe ich mich auf die Streitfragen, die über die Gültigkeit eines auswärts errichteten eigenhändigen Testamentes geführt worden sind. Vgl. mein Handbuch des franz. Civilrechts. §. 668. Anm. 1.



Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Karl Salomo Zachariä's Vierzig Bücher vom Staate

Bd.: 5

Heidelberg 1841

Pol.g. 1003 ta-4/5

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10771225-9